

Stadt Winterthur



Voranschlag 2010 , Teil B

Globalbudgets

IAFP

Inhaltsverzeichnis

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt	5
Stadtentwicklung	14
Theater Winterthur	24
Bibliotheken	31
Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	38
Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten	47
Rechtspflege	56

Departement Finanzen

Finanzkontrolle	62
Finanzamt	68
Informatikdienste (IDW)	74
Steuerbezug	84
Immobilien	92
Städtische Allgemeynkosten/Erlöse	102
Steuern und Finanzausgleich	107

Departement Bau

Tiefbau	112
Entsorgung	122
Vermessung	130
Baupolizei	139
Städtebau	147

Departement Sicherheit und Umwelt

Polizeirichteramt	158
Stadtpolizei	163
Betrieb Parkhäuser und Parkplätze	173
Feuerwehr	180
Zivilschutz	190
Melde- und Zivilstandswesen	198
Umwelt- und Gesundheitsschutz	204

Departement Schule und Sport

Materialverwaltung.....	214
Familienergänzende Kinderbetreuung	221
Schuldienste	229
Berufsbildung	238
Sportamt	247

Departement Soziales

Vormundschaftsamt.....	259
Jugend- und Familienhilfe	265
Sozial- und Erwachsenenhilfe	271
Asylwesen.....	281
Prävention und Suchthilfe.....	287
Alterszentren.....	298
Spitex	307
Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich	314
Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)	319

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur	328
Stadtbus Winterthur	334
FinöV Stadt.....	345
Forstbetrieb.....	352
Stadtgärtnerei	360

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei	370
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle.....	378

Anhang	384
--------------	-----

Personalamt

Auftrag

Das Personalamt der Stadt Winterthur bearbeitet die personalrechtlichen Fragen für den Stadtrat und bereitet die personalrechtlichen Erlasse vor. Es erfüllt die personalpolitischen, personalrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Querschnittsaufgaben der Personalführung und der Personalentwicklung der Stadtverwaltung. Es ist zuständig für deren rechtsgleichen und einheitlichen Vollzug des Personalrechts. Es unterstützt die Departemente und Bereiche in der Personalarbeit mit geeigneten Instrumenten, Massnahmen und Beratungsleistungen.

Produkte

1 Personalpolitik / Personalrecht

Erstellung bzw. Anpassung der personalpolitischen und personalrechtlichen Grundlagen, Bearbeiten personalpolitischer Projekte, Koordination des Vollzugs des Personalrechts und der Umsetzung der stadträtlichen Personalpolitik, Beratung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen, Bearbeitung von personalrechtlichen Fragen und Rechtsmittelverfahren

2 Zentrales Personalmanagement

Zentrale Personaladministration, Bereitstellung und Bewirtschaftung geeigneter HR-Instrumente, Personalcontrolling, Stellenplanbewirtschaftung und Funktionsbewertung, beratende und unterstützende Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Kaufmännische Lehrlingsausbildung für die ganze Stadtverwaltung. Führen des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR).

3 Personal- und Organisationsentwicklung

Bereitstellung eines zentralen Weiterbildungsangebots, beratende und unterstützende Dienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter

4 Gleichstellung

Beratung und Unterstützung der Departemente, Bereiche und Ämter in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Bearbeitung von gleichstellungspolitischen Fragen, Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen, Projekten und Massnahmen, Mitwirkung und Unterstützung in den Produkten "1 Personalpolitik / Personalrecht" und "2 Zentrales Personalmanagement"

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Personalgesetz vom 27. September 1998 (LS 177.10) sowie Ausführungserlasse dazu (subsidiäre Geltung)
- Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (LS 131.1)
- BG über die Gleichstellung von Mann und Frau vom 24. März 1995 (SR 151), kantonales Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 29. Oktober 2001 (LS 151)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Personalstatut vom 12. April 1999
- Vollzugsverordnung zum Personalstatut vom 9. Juni 1999
- Weitere GGRB und Ausführungserlasse des Stadtrats

Stufe Verwaltungseinheit

- Wartungsverträge, Versicherungen, Mandate für Personalschulung

Verantwortliche Leitung

Fritz Lang

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Das Personalamt erbringt seine Dienstleistungen kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte) <i>Messgrösse:</i> Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF Bei Beratungsanfragen erfolgt der Erstkontakt in der Regel innert sieben Tagen. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Personalamtes <i>Messgrösse:</i> Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme in Tagen	709	698	741
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	89	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität des Angebots, Qualität der administrativen Abwicklung. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	82	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Die Stadt bietet eine möglichst hohe Zahl an KV-Ausbildungsplätzen an. <i>Messung / Bewertung:</i> Vorgegebene Mindestzahl an KV-Ausbildungsplätzen <i>Messgrösse:</i> Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	53	54	56
5 Leistungserbringung Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen des Büros für Gleichstellung hinsichtlich der faktischen Umsetzung der Gleichstellung zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	95	85	85

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Das Büro für Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Gleichstellung von Frau und Mann, Frauenförderung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik Gleichstellung <i>Messgrösse:</i> Anzahl Projekte pro Jahr	4	4	4

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	3'010'688	3'159'160	3'234'979

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Personalkosten: Die 2009 bewilligte neue Stelle Projekte/Instrumente/Prozesse wirkt sich mit den vollen Kosten aus; die neue Stelle Marketing/Rekrutierung wird zu 50% budgetiert, weitere Zunahme des KV-Lehrstellenangebots (2 Plätze Büroassistent EBA sowie Folgekosten von in Vorjahren geschaffenen Lehrstellen)

Interne Erlöse: Höhere Residualkostenbeiträge (nicht beeinflussbar)

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Personalkosten: Projekt PA 2010 plus (zusätzliche Stellen), Lohnrunde 09, höhere FAK-Beiträge, AHV-Ersatzrenten, Zunahme des KV-Lehrstellenangebots, Folgekosten von in Vorjahren geschaffenen Lehrstellen (neu FAK-Beiträge wirken sich auch auf Lohnsumme der Lernenden aus)

Sachkosten: Erhöhung Führungsgruppenbeitrag, Projektkosten PA 2010plus entfallen

Interne Erlöse: höhere Residualkostenbeiträge (nicht beeinflussbar)

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	2'867'916	3'086'044	3'357'227
Sachkosten	1'149'434	1'014'730	1'064'700
Beiträge an Dritte	21'736	25'000	25'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	192'547	227'726	214'004
Mietkosten	116'603	116'700	116'900
Übrige interne Kosten	73'641	60'383	59'472
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'421'877</i>	<i>4'530'584</i>	<i>4'837'302</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'421'877	4'530'584	4'837'302
Externe Erlöse	452'645	417'100	452'100
Interne Erlöse	958'544	954'324	1'150'223
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'411'189</i>	<i>1'371'424</i>	<i>1'602'323</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'411'189	1'371'424	1'602'323
Total Nettokosten / Globalkredit	3'010'688	3'159'160	3'234'979
Kostendeckungsgrad in %	32	30	33

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	10.80	13.55	13.55
▪ Auszubildende	53.00	53.00	56.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Stelleneinheiten: Auswirkung der Umsetzung des Projektes PA2010plus

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Umsetzung der Projekte PA2010plus und Analyse dezentrale Personaldienste
- Aufbau des Projektes "Betriebliche Gesundheitsförderung"
- Weiterausbau Personalinstrumente und Systemintegration einzelner HR-Prozesse
- Überarbeitung der Richtpositionsumschreibungen
- Umsetzung des Ausführungskonzeptes zur Personalentwicklung vom 6. Mai 2009
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Genderstatistik

Produkt 1 Personalpolitik / Personalrecht**Leistungen**

- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalpolitischen Grundsätze
- Vorbereitung von personalpolitischen Entscheiden des Stadtrates
- Bearbeitung von personalpolitischen Projekten
- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalrechtlichen Erlasse
- Überwachung des rechtsgleichen und einheitlichen Vollzugs des Personalrechts und Koordination der personalrechtlichen Praxis
- Bearbeitung personalrechtlicher Geschäfte und Mitwirkung in Rechtsmittelverfahren
- Beratung des Stadtrats, der Departemente und Bereiche in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	794'534	567'762	699'314
Erlös	169'661	168'081	203'062
Nettokosten	624'873	399'681	496'252
Kostendeckungsgrad in %	21	30	29

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl von Mitberichten zu Personalgeschäften des Stadtrats	68	100*	100*
Anzahl von Personalverfügungen mit Zustimmung des Personalamts	39	45	45
Anzahl von Rechtsmittelverfahren, in denen das Personalamt mitwirkt	1	2	2
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	5	5	5

* Alle Mitberichte des Personalamtes

Produkt 2 Zentrales Personalmanagement

Leistungen

- Führung der zentralen Personaladministration
- Bereitstellung und Bewirtschaftung des HR-Systems PIAS (Lohn, Budget, Stellenplan, Helpdesk usw.)
- Koordination und Bereitstellung des Instrumentariums für das dezentrale Personalmanagement
- Koordination und Unterstützung der dezentralen Personalrekrutierung
- Durchführung des verwaltungsweiten Personalcontrolling
- Leitung der Funktionsbewertung
- Beratung der Linienvorgesetzten und Personalverantwortlichen in Fragen des Personalmanagements, Bereitstellung und Bewirtschaftung der Informationen
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden
- Kaufmännische Lehrlingsausbildung und Koordination des Lehrlingswesens für die ganze Stadtverwaltung
- Führen des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'194'127	2'459'812	2'644'033
Erlös	614'853	610'427	712'804
Nettokosten	1'579'275	1'849'385	1'931'229
Kostendeckungsgrad in %	28	25	27

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Zufriedenheit mit den Dienstleistungen im Bereich zentrales Personalmanagement in %	89	85	85
Kundenzufriedenheit im Bereich PIAS in %	89	85	85
Zufriedenheit mit der Qualität der KV-Ausbildung in %	89	85	85

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl begleitete Kaderselektionen	14	15*	15*
Anzahl Beratungsgespräche der Mitarbeitendenberatung	381	400	400
Anzahl Beratungsgespräche der Beauftragten für Gleichstellung	221	150	150
Anzahl Lohnauszahlungen	72'783	73'000	73'000

* inkl. BfG

Produkt 3 Personal- und Organisationsentwicklung

Leistungen

- Konzeption und Bereitstellung des zentralen Weiterbildungsangebots (jährliches Weiterbildungsprogramm)
- Konzeption und Durchführung der obligatorischen Führungsschulung
- Konzeption und Durchführung von verwaltungsinternen Kursen, Seminaren und Workshops
- Kursadministration und Bereitstellung der Kursinfrastruktur
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der strategischen und operativen Personalentwicklungsmassnahmen
- Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen im Bereich Personal- und Organisationsentwicklung
- Beurteilung aller beantragten Stellenschaffungen zuhanden des Stadtrates

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	563'673	588'719	552'724
Erlös	236'017	205'599	260'738
Nettokosten	327'656	383'120	291'986
Kostendeckungsgrad in %	42	35	47

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Kurse zentrales Weiterbildungsangebot *	44	40	40
Anzahl Teilnehmertage zentrales Weiterbildungsangebot *	1'144	1'100	1'100

* exkl. BfG und IDW

Produkt 4 Gleichstellung

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Departemente und Bereiche in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeitenden
- Bearbeitung von gleichstellungspolitischen und -rechtlichen Fragen und Vorstössen (zu Gunsten Produkt 1)
- Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen
- Koordination und Bereitstellung eines frauen- und gleichstellungsspezifischen Weiterbildungsangebots (zu Gunsten Produkt 3)
- Koordination und Bereitstellung der Vorgesetztenschulung zu Gleichstellungsthemen
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten (zu Gunsten Produkt 2)
- Erarbeitung und Durchführung von gleichstellungsrelevanten Projekten wie Kinderkrippe, Stipendien für Wiedereinsteigende
- Mitwirkung und Unterstützung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen (zu Gunsten Produkt 1)
- Mitwirkung und Unterstützung bei Personalrekrutierungen (zu Gunsten Produkt 2)
- Leitung der städtischen Arbeitsgruppe Gleichstellung

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	856'562	914'290	941'231
Erlös	390'659	387'317	425'719
Nettokosten	465'903	526'974	515'512
Kostendeckungsgrad in %	46	42	45

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Beratungen Departemente, Bereiche, Mitarbeitende und Vorgesetzte	34	100	50
Anzahl frauen- und gleichstellungsspezifische Kurse	21	25	20
Anzahl Teilnehmertage an frauen- und gleichstellungsspezifischen Kursen	412	240	200
Anzahl bearbeitete Stipendiengesuche	19	20	17
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	2	2	2
Anzahl Mutationen städtischer Kinderkrippenplätze	124	100	100*

Anzahl Beratungen: Seit 2008 sind die Beratungen ohne gleichstellungsrelevante Inhalte in Produkt 2 enthalten.

Anzahl Teilnehmertage an Kursen: Im Jahr 2008 (und auch noch z. T. 2009) wurde die Kampagne "Respekt hat Vortritt" durchgeführt (Schulung der Mitarbeitenden)

* vorbehältlich Outsourcing der Kinderkrippenplätze

IAFP Personalamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	4'421	4'530	4'837	5'327	5'252	5'252
Erlös	1'411	1'371	1'602	1'602	1'602	1'602
Nettokosten/Globalkredit	3'010	3'159	3'234	3'725	3'650	3'650
Kostendeckungsgrad in %	32	30	33	30	31	31

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	2'800	1'363	225	175	100	0	0	937
Gesamt	2'800	1'363	225	175	100	0	0	937

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte). Messgrösse: Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF	709	698	741	741	741	741
Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme bei Beratungsanfragen in Tagen	2	4	4	4	4	4
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	89	85	85	85	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	82	85	85	85	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	53	54	56	56	56	56
5 Leistungserbringung Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen des Büros für Gleichstellung hinsichtlich der faktischen Umsetzung der Gleichstellung zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	95	85	85	85	85	85
Das Büro für Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Gleichstellung von Frau und Mann, Frauenförderung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Messgrösse: Anzahl Projekte pro Jahr	4	4	4	4	4	4

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Personalbefragung im Jahr 2011
- Entwicklung und Umsetzung von Personalmarketingkonzepten für die Stadtverwaltung
- Weiterentwicklung des MAB-Systems

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine

Stadtentwicklung

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtentwicklung pflegt und entwickelt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Winterthur und ihrer Quartiere. Sie fördert das Zusammenleben, unterstützt die Vernetzung der verschiedensten Institutionen und begünstigt die Quartier- und Stadtentwicklung. Dadurch erhöht sie die Lebensqualität der Stadt Winterthur.

Produkte

1 Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung hat die Aufgabe, die Steuerkraft der Stadt Winterthur nachhaltig zu verbessern. Sie setzt sich für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Mit einer gezielten Wohnungspolitik soll sich auch die Steuerkraft bei den natürlichen Personen erhöhen. Gleichzeitig soll die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und wo möglich verbessert werden.

Als Mittel dazu dienen eine fachlich fundierte Politikberatung des Stadtrates und des Stadtpräsidenten, die zielgerichtete Koordination/Vernetzung aller Akteure in Stadtentwicklungsfragen, die Konzipierung und Durchführung von Stadtentwicklungsprojekten in allen standortrelevanten Bereichen. Dies sind namentlich die Bereiche Wirtschaftsstandort, Wohnen, Bildungsstandort, Entwicklungsgebiete und Stadtquartiere. Begleitet wird dies von einer aktiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Stadtentwicklung.

2 Integration

Die Integration von Ausländern und Ausländerinnen soll in der Stadt Winterthur gefördert werden. Als Basis dient das städtische Integrationsleitbild. Darin wird Integration als gegenseitiger Prozess von Fördern und Fordern verstanden. Die Ausländer und Ausländerinnen sollen befähigt werden, ihre Rechte und Pflichten gleichermassen wahrzunehmen. Gleichzeitig soll die Chancengleichheit sichergestellt werden.

Die Integrationsdelegierte übernimmt in der Integration strategische Aufgaben. So sind die Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes die zentralen Aufgaben. Dazu gehören namentlich die fachliche Beratung von kooperativen Verfahren und Projekten sowie Vernetzungsaufgaben. Die Fachstelle für Integration ihrerseits ist für operative Aufgaben zuständig. Sie bietet niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen, Projektberatungen sowie die Vermittlung von Interkulturellen Übersetzern und Übersetzerinnen an.

3 Quartierentwicklung

Die Quartierentwicklung fördert mit den Quartierträgerschaften den soziokulturellen Austausch und das Zusammenleben der Quartierbevölkerung. Sie stellt zusammen mit den Quartierträgerschaften Partizipation und Integration der Quartierbevölkerung sicher. Sie berät und unterstützt die freiwillig tätigen Quartierträgerschaften bei ihren Aufgaben und anerkennt ihr Engagement. Sie koordiniert, vermittelt und vernetzt Anliegen der Quartierträgerschaften und der Quartierbevölkerung im Quartier und zur Verwaltung und umgekehrt.

Sie berät andere Verwaltungsstellen bei Mitwirkungsprozessen und Entwicklungsaufgaben in der Quartierentwicklung. Sie fördert die öffentliche Freizeitgestaltung mit eigenen Angeboten, Leistungsvereinbarungen und Subventionen.

Bei auftretenden Interessen – und Nutzungskonflikten in den Zuständigkeitsbereichen der Quartierentwicklung leistet sie ein aktives Konfliktmanagement zu deren Beilegung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Integrationsartikel 25a (ANAG, 1.10.1999)
- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer Artikel 53 und Artikel 56 (AuG 1.1.2008)
- Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Migration (BFM)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 10.07.2006
- Integrationsleitbild der Stadt Winterthur (2000)
- GGR-Beschluss v. 19.10.70: Schaffung der Geschäftsstelle Quartierkultur und Freizeitaktionen

Stufe Verwaltungseinheit

- Bericht „Auftrag, Führung und Organisation der Koordinationsstelle für Integration“ zuhanden des SR vom 3.3.2003

Verantwortliche Leitung

Mark Würth

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Stadtentwicklung Arbeitsschwerpunkte - eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung) - eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.) - eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen - Wirtschafts- und Bildungsstandort - Wohnen, Wohnstandort - Stadtteilentwicklung - Aussenbeziehungen	1'106 1'231 4'446 1'007 1'041 2'291 111	1'100 1'100 4'000 900 800 2'050 250	1'050 1'200 4'350 1'000 1'000 2'100 250
2 Integration Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes - Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) - Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte - Anzahl Teilnehmer am Deutschintegrationskurs 'Leben in Winterthur' - Anteil der Teilnehmenden, welche den Kurs erfolgreich abschliessen in % Vernetzungsaufgaben - Anzahl Kontakte (lokal, regional, kanton, national) Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer - Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes - Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	27 71 0*) 0*) 66 1'659 95	25-30 30-35 0*) 0*) 60-70 1'700 95	25-30 50 0*) 0*) 60-70 1'700 95
3 Quartierentwicklung Quartierförderung - Information, Beratung und Unterstützung der Quartierträgerschaften - Die Arbeit der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften wird gefördert und unterstützt. - Begleitung von Aufbau- und Entwicklungsaufgaben mit Quartierträgerschaften Messgrössen: - Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften - Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung - Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten) Öffentliche Freizeitgestaltung - Kostendeckungsgrad Ferienprogramm % - Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in % - Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	566 6 19 28 87 21	300-350 6 10-12 27 86 21	500-550 6 18-20 27 86 21

*) seit 01.01.2008 wird der Kurs von der Stiftung ECAP Winterthur im Auftrag der Integration durchgeführt (Leistungsvertrag)

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	4'166'004	4'309'502	4'413'396

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Personalkosten: Die rasante Bautätigkeit in Oberwinterthur und Neuhegi macht einen minimalen Ausbau der Quartierentwicklung nötig.

Sachkosten: Aufgrund des allgemeinen Spardrucks wurden die Kosten für Dienstleistungen Dritter im Vergleich mit dem VO09 gesenkt.

Beiträge an Dritte: Aufgrund neu geschaffener Quartiertreffs im 2009 müssen neue zusätzliche Beiträge im 2010 budgetiert werden.

Externe Erlöse: Die Quartierentwicklung rechnet gegenüber dem 2009 mit höheren Erträgen beim Ferienprogramm.

Interne Erlöse: Aufgrund steigendem Bedarf an interkulturellen Vermittlungen beim DSS und DSO prognostiziert die Integration höhere interne Erträge.

Beiträge von Dritten: Die Integration rechnet im 2010 mit einem Kantonsbeitrag als Abgeltung für ihre Beratungsdienstleistungen (Leistungsauftrag).

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Personalkosten: Lohnrunde 2009 sowie eine minimale Stellenanpassung bei der Quartierentwicklung.

Sachkosten: Einsparungen bei Dienstleistungen Dritter

Beiträge an Dritte: Aufgrund neu geschaffener Quartiertreffs in den Jahren 2008 und 2009 müssen bei der Quartierentwicklung höhere Beiträge budgetiert werden.

Kalkulatorische Kosten: Folgekosten diverser Investitionen bei der Stadtentwicklung bzw. Quartierentwicklung.

Beiträge von Dritten: Die Integration rechnet mit einem Kantonsbeitrag als Abgeltung für ihre Beratungsdienstleistungen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	1'885'046	1'897'342	2'018'325
Sachkosten	1'407'254	1'448'440	1'370'416
Beiträge an Dritte	508'779	532'000	547'600
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	324'397	375'131	449'333
Mietkosten	220'084	225'400	231'300
Übrige interne Kosten	112'039	113'789	107'181
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'457'599</i>	<i>4'592'102</i>	<i>4'724'155</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'457'599	4'592'102	4'724'155
Externe Erlöse	185'862	183'000	191'000
Interne Erlöse	29'837	25'000	34'500
Beiträge von Dritten	75'896	74'600	85'259
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>291'595</i>	<i>282'600</i>	<i>310'759</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	291'595	282'600	310'759
Total Nettokosten / Globalkredit	4'166'004	4'309'502	4'413'396
Kostendeckungsgrad in %	7	6	7

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	13.30	13.26	13.76
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Die rasante Bautätigkeit in Oberwinterthur und Neuhegi macht einen minimalen Ausbau der Quartierentwicklung nötig.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010**Stadtentwicklung**

- Neuhegi: Schrittweise Umsetzung der Entwicklungsstrategie, namentlich Ausbau der Halle 710 in zwei Etappen als Begegnungszentrum, Stützpunkt der Stadtgärtnerei und zur flexiblen Nutzung, Umsetzung der planerisch/rechtlichen Massnahmen im Umfeld des Bahnhofs Hegi.
- Wohnungspolitik: Investorentag, Zwischenevaluation der Wohnungspolitik.
- Entwicklungsimpuls Töss: Abschluss des Gesamtprojekts inkl. Evaluation, Sicherung der mittelfristigen Strukturen, Umsetzung der noch laufenden Teilprojekte (u.a. Gemeinschaftszentrum Bhf Töss, Entwicklungsstrategie Zürcherstrasse, allenfalls Weiterführung Quartiermanagement).
- Stadtlcht Winterthur: Durchführung der Internationalen Lichttage 2010.
- Umsetzung Leitbild Zeughaus-Teuchelweiher: Arealentwicklung Zeughausareal (Nutzungskonzept Zeughäuser, Umzonung, Investorenwettbewerb für Wohnüberbauung).
- Standortpolitik: Sicherung von Gewerbe- und Industrieland in der Stadt Winterthur aber auch zusammen mit den umliegenden Gemeinden; namentlich auch Industrieansiedlungen bei der Frauenfelderstrasse und Ausbau des Unterhaltswerkes der SBB.
- Evaluation von Grossprojekten: Stadion FC Winterthur, allenfalls auch Abklärungen für Event- und übrige Sporthallen.
- Aussenbeziehungen: Aktive Mitarbeit im Rahmen des Projekts Metropolitankonferenz und bei allfällig neu gebildeten Arbeitsgruppen, Mitarbeit im Städtenetz CH.
- Thema Grossstadt Winterthur: Umsetzung der eruierten Handlungsfelder aufgrund der öffentlichen Veranstaltungsreihe vom Frühjahr 2009.

Integration

- Anpassung des Integrationsleitbildes von 2000 an die integrationspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre (Bilaterale Verträge Schweiz-EU, "Neue Zuwanderung" von hochqualifizierten Personen, Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes AuG)
- Initiierung von Projekten im Frühförder- und Elternbildungs-, Gesundheits- und Altersbereich
- Fachliche Unterstützung von Projekten im Frühförder- und Elternbildungsbereich, im Gesundheits- und Altersbereich
- Projektförderung von lokalen Integrationsprojekten (Beratung, Begleitung, Bereitstellung von finanziellen Mitteln)
- Betrieb der Beratungsstelle: Einzelberatung (Information und Triage, muttersprachliche Beratung, Rechtsberatung zum Aufenthaltsrecht, niederschwellige Sozialberatung), Deutschkursberatung
- Vermittlung von qualifizierten interkulturellen Übersetzungen

Quartierentwicklung

- Projekt Töss: Weiterführung der aufgebauten Aussenstelle Quartierentwicklung Töss im Bahnhof Töss und laufende Auswertung des Pilotprojektes; Unterstützung des Betriebes des GZ Bahnhof Töss.
- Projekt Töss: Güterschuppen: Führung der Zwischennutzung und Projektierung des Güterschuppens.
- Sanierung Spielplatz Nägelsee 2. Etappe und Einweihung.
- Freizeitanlage Holzlegi in Wülflingen: Projektierung Küchensanierung und Ausbau.
- Abschluss Bau Quartiertreff Iberg und Aufbau der Betriebsstrukturen.
- Projektierung Quartiertreff Ruchwiesen im Schützenstand oder Alternative.
- Quartierinfrastrukturen im Schloss Hegi und im Quartier Wildbach-Langgasse.
- Standortveränderung der Freizeitangebote an der Palmstrasse.
- Weiterführung und Initiierung von Integrationsprojekten gemäss Integrationsleitbild: Gemeinschaftsanlage Steig in Töss und Ortsverein Hegi.
- Dezentrale Quartierentwicklung: Aufbau 2. Stützpunkt Quartierentwicklung Oberwinterthur/Neuhegi: Niederschwellige, bürgernahe, städtische Anlaufstelle für Information, Koordination, Vernetzung und Beratung, um die soziokulturelle Versorgung und Entwicklung im Stadtkreis und zur Verwaltung zu unterstützen und zu fördern analog Töss.
- Konfliktmanagement im öffentlichen Raum: Bearbeitung einer ausgewählten Anzahl solcher Konflikte im Rahmen eines Pilotprojektes.
- Alle Freizeitanlagen: Ausweitung der öffentlichen Nutzung für soziokulturellen Quartierbedarf, z.B. Spielgruppen, Deutschkurse, etc.

Produkt 1 Stadtentwicklung

Leistungen

Koordination und Politikberatung:

- Organisation Stadtentwicklungskommission
- Bevölkerungsbefragung
- Treffen mit Zürcher BundesparlamentarierInnen

Gebietsentwicklung:

- Koordination Sulzer Stadtmitte
- Koordination Entwicklungsgebiet Oberwinterthur
- Koordination Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher

Projekte:

- Vgl. Liste Wesentliche Massnahmen und Projekte

Aussenbeziehungen:

- Teilnahme an gemeindeübergreifenden Projekten und Einbringen der Interessen der Stadt Winterthur

Grundlagen und Statistik:

- Erhebung bzw. Nachführung von Statistischen Daten
- Beschaffung von Grundlagen in diversen Geschäftsfeldern
- Vertretung der Stadt in gesamtschweiz. Gremien
- Auskünfte an Drittpersonen

Anlaufstelle:

- Gesamtkoordination innerhalb der Stadt bei Anfragen aus Wirtschaftskreisen
- Schnittstelle zur Standortförderung und zu Winterthur Tourismus

Öffentlichkeitsarbeit:

- Information der Öffentlichkeit über stadtentwicklungsrelevante Themen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'712'721	1'784'346	1'694'960
Erlös	4'404	0	0
Nettokosten	1'708'317	1'784'346	1'694'960
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Steuerkraftentwicklung absolut (exkl. juristische Personen) 1)	1'638	1'660	1'640
Steuerkraftentwicklung relativ in % (inkl. jur. Personen) 2)	73	76	76
Anzahl erstellte Wohnungen	557	700	600
Anteil erstellte Wohnungen in % 3)	100	100	100
- davon Wohnungen im höheren Preissegment	21	10	10
- davon Wohnungen im mittleren Preissegment	66	70	75
- davon Wohnungen im tieferen Preissegment	13	20	15

1) Steuerkraftentwicklung absolut: Grundlage Steueramt Winterthur

2) Steuerkraftentwicklung relativ: Grundlage Statistisches Amt Kanton Zürich

3) Preissegmente Wohnungen: Grundlage Baustatistik Stadt Winterthur. Berechnung aus Bausumme im Verhältnis zur Anzahl Zimmer, kleine Wohnungen stärker gewichtet. Werte > 130'000 hoch, < 80'000 tief, dazwischen mittel

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl laufende Projekte per 31.12.	18	17	18
Anzahl abgeschlossene Projekte pro Periode	4	6	4
Anzahl geplante Projekte pro Periode	5	4	4

Produkt 2 Integration

Leistungen

- Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes
- Niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen
- Fachliche Beratung für kooperative Verfahren und Projekte
- Vernetzungsaufgaben Bund, Kanton, Institutionen und Verwaltung (teilweise bundesfinanziert)
- Information und Beratung von Migranten und Institutionen (teilweise bundesfinanziert)
- Vermittlung von interkulturellen Übersetzern und schriftlichen Übersetzern
- Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (teilweise bundesfinanziert)
- Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit (teilweise bundesfinanziert)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	746'823	772'877	796'440
Erlös	95'826	95'000	114'500
Nettokosten	650'997	677'877	681'940
Kostendeckungsgrad in %	13	12	14

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl fachliche Beratungen für Kooperative Verfahren/Projekte	71	30-35	50
Altersstruktur der beratenen Migranten (bis 20 / 21-50 / 51 und älter)	2/51/47	3/47/50	3/47/50
Geschlecht der beratenen Migranten (männlich / weiblich)	46/54	50/50	50/50
Anzahl Beratungen und Begleitungen von Integrationsprojekten (Projektförderung)	44	40-45	40-45
Anzahl durch die Integration berücksichtigter Projektgesuche	27	25-30	25-30
Anzahl Projekte mit Bundes- und/oder Kantonsbeiträgen	9	*)	9
Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste	901	700	1'050

*) Die Rolle und Kompetenzen der Stadt Winterthur bei der Vergabe von Bundesbeiträgen wurde per 1.1.2009 mit dem Kanton geklärt. Es wurde eine Programmvereinbarung mit dem Kanton für 2009-2011 abgeschlossen.

Produkt 3 Quartierentwicklung

Leistungen

A) Quartierförderung und Freiwilligenarbeit

- Anlaufstelle für Information, Beratung und Unterstützung der freiwilligen Quartierträgerschaften sowie der Quartierbevölkerung.
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau-, Integrations- und Entwicklungsaufgaben.
- Unterstützung und Beratung der Trägerschaften beim Betrieb der Freizeitanlagen und Quartierlokale, bei der Herstellung der Quartierzeitungen, bei der Führung der Ludotheken und der Pflege der Spielplätze sowie bei neuen Aufgaben und Projekten.
- Anerkennung und Förderung der subventionierten Quartierträgerschaften, welche mit der Quartierentwicklung einen Leistungsauftrag abgeschlossen haben. Die Massnahmen sind Weiterbildung, Workshops, Freiwilligenfest, Vernetzungsanlässe, Informationsschreiben, Einsatz des Sozialzeitausweises.
- Vernetzung und Information aller Quartier-, Orts- und Bewohnervereine in Winterthur mit Informationsschreiben und Anlässen.
- Beratung anderer Verwaltungsstellen bei Mitwirkungsprozessen und Entwicklungsaufgaben in der Quartierentwicklung.
- Aktives Konfliktmanagement bei Interessens- und Nutzungskonflikten in den eigenen Zuständigkeitsbereichen.

B) Öffentliche Freizeitgestaltung

- Ferienprogramm Winterthur: Ferienaktivitäten für Kinder während den Frühlings-, Sommer- und Herbstferien; sowie einzelne Freizeitangebote in den Quartieren wie Abenteuer Hüttenbau und Spielnachmittage.
- Informationsstelle am Holderplatz 2 für Quartierkultur- und Freizeitbelange mit persönlicher Beratung, telefonischer Auskunft und per Mail; Bewirtschaftung Vereinsverzeichnis und Veranstaltungsraumverzeichnis im Internet.
- Vermietung von Musikübungsräumen, Ausleihe von Spielmaterial und Spielbus sowie Führung der öffentlichen Holzwerkstatt; Unterstützung der Trägerschaften beim Betrieb der Werkstatt und Töpferei mit einer Leistungsvereinbarung.
- Aktives Konfliktmanagement bei Interessen – und Nutzungskonflikten in den eigenen Zuständigkeitsbereichen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'974'872	2'034'879	2'232'755
Erlös	191'364	187'600	196'259
Nettokosten	1'783'508	1'847'279	2'036'496
Kostendeckungsgrad in %	10	9	9

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl unterstützte Quartierzeitungen	8	8-10	9-10
Anzahl unterstützte Quartierlokale	23	23	24
Anzahl unterstützte Ludotheken	3	3	3
Anzahl Verleihungen des Spielbuses	28	30	30
Anzahl Musikübungsräume	41	43	41
Anzahl Teilnehmende an Ferienprogrammen	1'190	1'000	1'000

IAFP Stadtentwicklung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	4'457	4'592	4'724	5'137	5'216	5'359
Erlös	291	282	310	311	311	311
Nettokosten/Globalkredit	4'166	4'309	4'413	4'826	4'905	5'048
Kostendeckungsgrad in %	7	6	7	6	6	6

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	6'058	0	1'450	1'373	3'150	800	0	-715
Bewilligt	1'648	796	460	50	50	0	0	292
Gesamt	7'706	796	1'910	1'423	3'200	800	0	-423

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Stadtentwicklung						
Arbeitsschwerpunkte						
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung	1'106	1'100	1'050	1'050	1'050	1'050
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.)	1'231	1'100	1'200	1'200	1'200	1'200
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	4'446	4'000	4'350	4'350	4'350	4'350
eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen						
▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort	1'007	900	1'000	1'000	1'000	1'000
▪ Wohnen, Wohnstandort	1'041	800	1'000	1'000	1'000	1'000
▪ Stadtteilentwicklung	2'291	2'050	2'100	2'100	2'100	2'100
▪ Aussenbeziehungen	111	250	250	250	250	250
Integration						
Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes						
▪ Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	27	25-30	25-30	25-30	25-30	25-30
▪ Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte	71	30-35	50	50	50	50
▪ Anzahl Teilnehmer am Deutschintegrationskurs 'Leben in Winterthur'	0*)	0*)	0*)	0*)	0*)	0*)
▪ Anteil der Teilnehmenden, welche den Kurs erfolgreich abschliessen in %	0*)	0*)	0*)	0*)	0*)	0*)
Vernetzungsaufgaben						
▪ Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonal, national)	66	60-70	60-70	60-70	60-70	60-70

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer						
▪ Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes	1'659	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700
▪ Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	95	95	95	95	95	95
Quartierentwicklung						
Messgrössen für Quartierförderung:						
▪ Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften	566	300-350	500-550	500-550	500-550	500-550
▪ Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung	6	6	6	6	6	6
▪ Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	19	10-12	18-20	20-22	22-24	24-26
Messgrösse Öffentliche Freizeitgestaltung:						
▪ Kostendeckungsgrad Ferienprogramm in %	28	27	27	27	27	27
▪ Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in %	87	86	86	86	86	86
▪ Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	21	21	21	21	21	21

*) seit 01.01.2008 wird der der Kurs von der Stiftung ECAP Winterthur im Auftrag der Integration durchgeführt (Leistungsvertrag)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Stadtentwicklung

- Quartieraufwertungsmassnahmen in Töss und allfällig weiteren Quartieren
- Umsetzung der Entwicklungsstrategien in den Entwicklungsgebieten Stadtmitte, Neuhegi und Zeughaus-Teuchelweiher (Oberflächengestaltung Teuchelweiherplatz, Quartiernutzung Viehmarkt, Bachaufwertungen)
- Weiterverfolgen der Wohnungspolitik
- Zurverfügungstellen von Industrie- und Gewerbeland in Stadt und Region
- Sicherung der Interessen Winterthurs im Rahmen des Vereins Metropolitanraum Zürich
- Analyse der Volkszählungsergebnisse.

Integration

Der Leistungsvertrag mit dem Bundesamt für Migration über Fr. 70'000.- läuft Ende 2011 aus (Dauer des Schwerpunkteprogramms zur Integrationsförderung 2008-2011). Das neue Schwerpunkteprogramm des Bundes liegt noch nicht vor. Es ist aber davon auszugehen, dass der Bund weiterhin finanzielle Unterstützung für die Integration in Winterthur leisten wird. Die Leistungsverträge mit dem Kanton laufen ebenfalls Ende 2011 aus. Es gilt, sowohl mit dem Bund wie auch mit dem Kanton neue Leistungsverträge auszuhandeln.

Quartierentwicklung

Etablierte Dezentralisierung der Quartierarbeit in Stadtkreis-Stützpunkte, um mit niederschweligen, bürgernahen städtischen Anlaufstellen im Bezugspersonensystem den Auftrag präventiver, effizienter und nachhaltiger ausführen zu können. Grundlagen dazu sind die Auswertungen der Quartierentwicklung Töss im Projekt Töss.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Beratungsdienstleistungen der Integration (Einzelberatungen, Rechtsberatungen)

Seit 1.1.2009 stehen die Dienstleistungen der Integration auch Personen aus den Bezirken Winterthur Land und Andelfingen offen. Dazu wurde mit dem Kanton eine Leistungsvereinbarung für kostendeckende Fallpauschalen abgeschlossen. Es ist mit einer Zunahme der Beratungsfälle (Einzelberatung, Projektberatung, Deutschkursberatung) zu rechnen.

Die Anzahl der Vermittlungen von interkulturellen Übersetzungen hat 2008 im Vergleich zum Vorjahr wiederum markant zugenommen (2007: 543 Vermittlungen / 2008: 901 Vermittlungen). Im ersten Quartal 2009 setzte sich dieser Trend fort. Es wurden bereits 348 Vermittlungen getätigt. Der grösste Teil der Aufträge stammt vom DSS und vom DSO.

Theater Winterthur

Auftrag

Das Theater Winterthur ist ein Gastspieltheater mit internationalen Produktionen in den Sparten: Schauspiel, Oper, Operette, Tanz und Musical in hoher Qualität. Damit deckt das Theater Winterthur einen wichtigen Teil der Nachfrage an kulturellem Angebot für die Bevölkerung der Stadt und der Umgebung ab und ergänzt das Angebot der Kulturstadt Winterthur. Die Highlights der Spielzeiten mit Gästen aus den bedeutendsten Bühnen Europas machen aus dem Theater Winterthur das wichtigste und grösste Gastspielhaus der Schweiz. Die erstklassige technische Ausstattung und Infrastruktur des Theaters steht den Kulturorganisationen und Veranstaltern zu günstigen Preisen für eigene Produktionen zur Verfügung.

Produkte

1 Theateraufführungen

Angebot von hoher kultureller Qualität, bezüglich Bildungs- und Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovationskraft, Ausstrahlung und innerer Stimmigkeit des Spielplans.

2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

In spielfreien Zeiten wird das Haus für Kongresse, Tagungen, weitere Theaterangebote, Konzerte und gastronomische sowie feierliche Ereignisse vermietet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 24.09.1972 - Entscheidung für ein Gastspieltheaterbetrieb

Stufe Verwaltungseinheit

Positionierungspapier "Positionierung 21"

Verantwortliche Leitung

Marc Baumann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Kostendeckungsgrad			
- Theateraufführungen in %	62	62	59
- Vermietungen in %	86	86	92
Winterthurer Non Profit Organisationen erhalten Rabatte			
2 Nutzung und Belegung			
Anzahl der eigenen Aufführungen	116	118	105
Auslastung der Sitzplätze in %	60	65	62
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung	422	440	430
Anzahl Besuchende	48'998	52'000	49'000
Anzahl verkaufte Abonnemente	4'260	4'300	4'300
Anzahl der Vermietungstage	77	75	75
▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	50	50	50
3 Kundenorientierung			
Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden			
Messung / Bewertung:			
1) Publikumsbefragung alle 2 bis 4 Jahre, mit welcher die allgemeine Zufriedenheit mit dem Angebot, der Betreuung und der Infrastruktur gemessen wird.			
Messgrösse:			
Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	keine Umfrage 2008	80	80
2) Kundenbefragung zu den Vermietungen, nach jeder einzelnen Vermietung mittels Fragebogen zu Infrastruktur, Organisation und Servicequalität (Auswertung 1x jährlich).			
Messgrösse:			
Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	90	90	90
4 Theaterangebot			
Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans.			
Messung / Bewertung:			
Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen)			
Messgrösse:			
Beurteilung auf der Skala:			
sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut	gut	gut

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	3'039'194	3'081'609	3'193'410

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Sachkosten: Die Kosten für den Einkauf von Produktionen sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Das ist vor allem bei den Produktionen aus Ländern Osteuropas spürbar, die neue Mitglieder der EU geworden sind und mit der Einführung des Euros erhebliche Preiserhöhungen erfahren haben. Die Zunahme von Internet-Verkäufen, einem wichtigen Publikumsanliegen, schlägt auf der anderen Seite in erhöhten Kreditkartenkosten zu buche.

Externe Erlöse: Die Erlöse an der Kasse wurden für das Jahr 2009 zu hoch budgetiert. Für das Jahr 2010 sind weniger Vorstellungen vorgesehen, was die Erlösseite zusätzlich belastet.

Beiträge von Dritten: Die Erhöhung der Staatsbeiträge wird zur Finanzierung der erhöhten Vorstellungskosten eingesetzt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Personalkosten: Die Differenz ist auf die Lohnrunde 2009 zurückzuführen.

Sachkosten: Die Kosten für den Einkauf von Produktionen sind in den letzten Jahren massiv gestiegen. Das ist vor allem bei den Produktionen aus Ländern Osteuropas spürbar, die neue Mitglieder der EU geworden sind und mit der Einführung des Euros erhebliche Preiserhöhungen erfahren haben. Die Zunahme von Internet-Verkäufen, einem wichtigen Publikumsanliegen, schlägt auf der anderen Seite in erhöhten Kreditkartenkosten zu buche.

Beiträge von Dritten: Die Erhöhung der Staatsbeiträge wird zur Finanzierung der erhöhten Vorstellungskosten eingesetzt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	2'347'929	2'438'164	2'440'784
Sachkosten	5'280'711	5'258'919	5'453'052
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'454'507	1'450'035	1'345'859
Mietkosten	41'158	40'700	40'700
Übrige interne Kosten	273'437	292'291	294'315
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'397'741</i>	<i>9'480'109</i>	<i>9'574'710</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'397'741	9'480'109	9'574'710
Externe Erlöse	1'848'280	1'907'500	1'814'300
Interne Erlöse	24'662	30'000	30'000
Beiträge von Dritten	4'485'605	4'461'000	4'537'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'358'547</i>	<i>6'398'500</i>	<i>6'381'300</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'358'547	6'398'500	6'381'300
Total Nettokosten / Globalkredit	3'039'194	3'081'609	3'193'410
Kostendeckungsgrad in %	68	67	67

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	21.00	21.16	21.26
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Das Theater Winterthur übernimmt die bisher durch den Theaterverein organisierte Theaterpädagogik (SR.09.352-1). Diese Verschiebung ist kostenneutral, da das Theater Winterthur bereits bisher für die Finanzierung zuständig war.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010**A: Infrastruktur des Theaters**

Zur mittelfristigen Planung des Theaters gehört eine leichte Umgestaltung des Foyers, mit dem die Abläufe kundenfreundlicher und effizienter zu gestalten (Erschliessung Materiallager, Verbesserungen an der Kasse).

Für Sommer 2010 ist es geplant den Bühnenboden zu überholen und besser zu verkabeln. Ebenfalls sind auf der Bühne einige Revisionen (Bühnenzüge etc.) anstehend, die vor allem aus Sicherheitsgründen erfolgen.

B: Programm / Angebot

Im Frühjahr 2010 ist wieder eine eigene Kinder- und Jugendproduktion in Zusammenarbeit mit Schulen und Theaterpädagogen geplant (Adaption von «The Tempest»).

Im Programm sind erneut bedeutende und aufwändige Produktionen von internationaler Ausstrahlung geplant:

Im Bereich Schauspiel «Die Räuber» als Gastproduktion des Thalia-Theaters Hamburg, «Kabale und Liebe» des Deutschen Schauspielhauses und «Trilogie des Wiedersehens» des Staatstheaters Stuttgart.

Im Bereich Musiktheater die Saisoneroöffnung mit der Oper «La Grotta die Trofonio» aus dem Opernhaus Zürich, «Alessandro» aus dem Nationaltheater Mannheim.

Zusätzliche Mittel aus Finanzausgleich des Kantons

Rückstellungskonto	Rechnung 2008	Voranschlag 2009	Voranschlag 2010
Anfangsbestand Rückstellungskonto	99'797	99'797	99'797
Mittelverwendung	0	0	0
Zahlungen Kanton	*)	*)	*)
Saldo Rückstellungskonto per 31.12.	99'797	99'797	99'797

*) ab VA 2005 budgetiert in: Beiträge von Dritten.

Produkt 1 Theateraufführungen**Leistungen**

- Das Theater Winterthur bietet ein breites Angebot an in den Sparten Schauspiel, Oper, Operette, Tanz und Musical und ergänzt dieses durch Sonderangebote wie beispielsweise Lesungen, Jazz-Matinees. Das Angebot richtet sich an die Bevölkerung von Winterthur und Umgebung. Es beinhaltet aber auch Produktionen von hoher internationaler Ausstrahlung, die das Theater Winterthur zum wichtigsten Gastspieltheater der Schweiz machen. Das Angebot am Theater Winterthur soll in das übrige Kulturangebot der Stadt Winterthur eingebettet sein.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	7'254'259	7'319'351	7'421'330
Erlös	4'521'522	4'534'841	4'396'495
Nettokosten	2'732'737	2'784'510	3'024'835
Kostendeckungsgrad in %	62	62	59

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Aufwandüberschuss pro Besucher/in in CHF	56.00	54.00	62.00

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Produkt 2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

Leistungen

Neben seiner Aufgabe als Gastspielhaus soll das Theater den Winterthurer Institutionen und Vereine als Bühne für lokale und regionale Kulturproduktionen dienen. Die Unternehmen und Organisationen in Winterthur finden hier eine günstige und attraktive Kongressinfrastruktur.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'132'927	2'160'758	2'153'381
Erlös	1'837'025	1'863'659	1'984'805
Nettokosten	295'902	297'099	168'576
Kostendeckungsgrad in %	86	86	92

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind durch die parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

IAFP Theater Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	9'397	9'480	9'574	10'092	10'140	9'898
Erlös	6'358	6'398	6'381	6'381	6'381	6'381
Nettokosten/Globalkredit	3'039	3'082	3'193	3'710	3'758	3'516
Kostendeckungsgrad in %	68	67	67	63	63	64

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	770	0	210	100	870	0	0	-410
Bewilligt	1'156	452	520	0	0	0	0	184
Gesamt	1'926	452	730	100	870	0	0	-226

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Kostendeckungsgrad						
- Theateraufführungen in %	62	62	59	59	59	59
- Vermietungen Winterthurer Non Profit Organisationen erhalten Rabatte auf Mieten in %	86	86	92	92	92	92
2 Nutzung und Belegung						
Anzahl der eigenen Aufführungen	116	118	105	110	115	115
Auslastung der Sitzplätze in %	60	65	62	62	65	65
Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung	422	440	430	430	440	440
Anzahl Besuchende	48'998	52'000	49'000	49'000	49'500	49'500
Anzahl verkaufte Abonnemente	4'260	4'300	4'300	4'300	4'300	4'300
Anzahl der Vermietungstage	77	75	75	75	77	77
▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	50	50	50	50	50	50
3 Kundenorientierung						
Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Publikumsbefragung alle 2 bis 4 Jahre, mit welcher die allgemeine Zufriedenheit mit dem Angebot, der Betreuung und der Infrastruktur gemessen wird. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	keine Umfrage 2008	80	80	keine Umfrage	keine Umfrage	keine Umfrage
2) Kundenbefragung zu den Vermietungen, nach jeder einzelnen Vermietung mittels Fragebogen zu Infrastruktur, Organisation und Servicequalität (Auswertung 1x jährlich). <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	90	90	90	90	90	90
4 Theaterangebot						
Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. <i>Messung / Bewertung:</i> Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) <i>Messgrösse:</i> Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	gut	gut	gut	gut	gut	gut

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Zwischen 2010 und 2012 stehen Pensionierungen in der Künstlerischen Leitung, der Leitung Technik, der Leitung Beleuchtung und des Leitung des Hausdienstes an. Die entsprechenden Massnahmen sind vorbereitet. Die Besetzung der künstlerischen Leitung wird in Zusammenarbeit mit der Bereichsleitung Kultur und dem Stadtpräsidenten vorbereitet.

Das Theater erarbeitet eine mittel- und langfristige Investitionsplanung (bis 10 Jahre) für die Liegenschaft Theater um die Priorisierung der Aufgaben und Mittel sorgfältig vorzunehmen. Dabei nimmt es Rücksicht auf die langfristige künstlerische und thematische Ausrichtung des Theaters. Die entsprechenden Mittel werden im IAFP ausgewiesen. Dazu gehören auch Investitionen in den Gastronomiebereich.

Im Bereich der Besucherbetreuung und -acquisition sind erhebliche Anstrengungen vorgesehen um neue Besucherinnen und Besucher zu gewinnen - besonders bei der jüngeren Bevölkerung unter 45 Jahren. Damit soll der sich abzeichnende Besucherschwund aufgefangen werden. Diese Anstrengungen sind budgetneutral geplant. Allfällige Investitionen werden im IAFP frühzeitig eingestellt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Bibliotheken

Auftrag

Führung eines Bibliotheksnetzes, das die Funktion einer Studien- und Bildungsbibliothek sowie von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken abdeckt. Das Zielpublikum findet zu allen Themenkreisen und kulturellen Gattungen geeignete Medien und für die Arbeit eine geeignete Bibliotheksinfrastruktur.

Produkte

Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Unterstützen der Allgemeinbildung sowie der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung; Förderung der Lesekultur, der Medienkompetenz und des Kulturbewusstseins in allen Bevölkerungsschichten; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Unterstützen der Allgemeinbildung und der Freizeitgestaltung; Förderung der Lesekultur in allen Gruppen und Schichten, vor allem unter den Kindern und Jugendlichen; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

Angebot der Studienbibliothek

Beschaffen und vermitteln von historischen und aktuellen Informationen über die Region Winterthur; Pflege und Erhalt des Winterthurer Kulturgutes in Wort und Bild; Anregung und Unterstützung von Publikationen über die Region Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Jährliche Regierungsratsbeschlüsse über kantonale Beiträge an die Stadtbibliothek als überregionale Studien- und Bildungsbibliothek

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über das Öffentliche Bibliothekswesen vom 29. Januar 1996

Reglement über die Öffentlichen Bibliotheken vom 10. April 1996

Benutzungsordnung für die Öffentlichen Bibliotheken vom 1. Januar 2007

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild der Winterthurer Bibliotheken vom Frühjahr 2001

Zusammenstellung der Gebühren und Tarife vom 1. Januar 2007

Finanzkompetenzordnung für das Kader und das Personal der Winterthurer Bibliotheken vom 1. Januar 2007

Verantwortliche Leitung

Hermann Romer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Kosten Der Betrieb des Winterthurer Bibliotheksnetzes ist kostengünstig <i>Messung/Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen der Produkte 1 und 2 <i>Messgrössen:</i> Bruttokosten pro Ausleihe in CHF Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	6.83 21	6.75 2	6.90 2
2 Bibliotheksnutzung Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in % <i>Messung/Bewertung:</i> Anzahl Nutzer mit Postanschrift in Winterthur (ermittelt anhand der Betriebszahlen) im Verhältnis zur Einwohnerzahl	19.10	>18	>19
3 Kundenorientierung Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fluktuationsrate: Aktive Nutzer des Vorjahres minus Differenz der aktiven Nutzer und der Neuanmeldungen des Berichtsjahres geteilt durch die aktiven Nutzer des Vorjahres, mal 100. <i>Messgrösse:</i> Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	15.00	<20	<19
4 Qualitätssicherung Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. <i>Messung / Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen: Zusammenstellung aus dem SISIS-System (Bibliotheksoftware) <i>Messgrösse:</i> Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	82.19	>81	>81

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	7'782'655	7'882'829	8'135'291

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Abweichung des Globalkredits beträgt 3%. Diese Steigerung ist im wesentlichen durch die regulären Lohnmassnahmen bei den Personalkosten und die Belastung durch die Wiederaufnahme des Betriebs im Bibliotheks- und Museumsgebäude verursacht. Daneben wirken sich die IT-Kosten aus, da der Hard- und Software-Release von 2009 höhere Wartungs- und Lizenzenkosten nach sich zieht.

Die Personalkosten steigen aufgrund der regulären Lohnmassnahmen und Anpassungen der Lohnstufen bei den Quartierbibliotheken sowie höherer AHV-Überbrückungsrenten.

Die Sachkosten und Mietkosten bleiben stabil. Bei den kalkulatorischen Kosten werden sich die Abschreibungen und Zinsen für den Umbau der Museumstrasse 52 erst 2011 auf die laufende Rechnung auswirken. Dagegen ist wegen der Betriebsaufnahme in dem Gebäude bereits 2010 mit höheren Unterhaltskosten zu rechnen. Dies wirkt sich deutlich auf die "übrigen internen Kosten" aus.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Der Vergleich zwischen dem Voranschlag 2010 und der Rechnung 2008 ist für den Voranschlag nur bedingt aussagekräftig, da die Rechnung 2008 durch Ausgaben im Projekt der Sanierung des Bibliotheks- und Museumsgebäudes beeinflusst ist. Sowohl auf der Kosten- wie der Erlösseite sind die um das Projekt bereinigten Beträge rund Fr. 200'000.—tiefer als ausgewiesen. Wird dies berücksichtigt, zeigen sich keine nennenswerten Verschiebungen für Sachkosten und Erlöse.

Bei den Personalkosten konnten die mit dem Novemberbrief bewilligten Stellen im Verlauf des Jahrs 2008 nur zögerlich besetzt werden, was zu einer deutlichen Unterschreitung des Personalbudgets führte. Dagegen lagen aufgrund der Sanierungsmassnahmen in der Stadtbibliothek sowie des Umbauprojekts an der Museumstrasse die Sachkosten viel höher als im Budget.

Die Mietkosten sowie die übrigen internen Kosten in der Rechnung 08 zeigen die Kostenverlagerungen der Studienbibliothek zwischen der Museumstrasse und dem Provisorium.

Aufgrund dieser speziellen Gegebenheiten stehen Rechnung 2008 und Voranschlag 2010 in einer Schiefelage zueinander.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	4'792'810	5'070'119	5'236'874
Sachkosten	2'257'471	2'012'320	2'039'792
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	979'683	917'551	866'646
Mietkosten	387'974	335'950	334'850
Übrige interne Kosten	748'490	665'389	786'629
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'166'428</i>	<i>9'001'329</i>	<i>9'264'791</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'166'428	9'001'329	9'264'791
Externe Erlöse	1'034'328	804'000	815'000
Interne Erlöse	15'572	9'500	9'500
Beiträge von Dritten	333'873	305'000	305'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'383'772</i>	<i>1'118'500</i>	<i>1'129'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'383'772	1'118'500	1'129'500
Total Nettokosten / Globalkredit	7'782'655	7'882'829	8'135'291
Kostendeckungsgrad in %	15	12	12

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	46.80	46.82	46.82
▪ Auszubildende	5.90	7.00	6.60
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Ein Zulassungspraktikum wird in ein ausbildungsbegleitendes Praktikum umgewandelt. Da die Unterrichtszeit aus der Arbeitszeit ausgeschlossen wird, reduziert sich die effektive Anstellung um 40 Stellenprozente, die Anzahl der Ausbildungsplätze verändert sich aber nicht. Nach wie vor werden 7 Ausbildungsplätze angeboten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Jubiläumsfeierlichkeiten zum 350jährigen Jubiläum der öffentlichen Bibliotheken in Winterthur
- Virtuelle Bibliothek erweitern und entwickeln (Datenbanken, digitale Einzeldokumente, digitales Archiv, On-leihe)
- Erweiterung Bibliothek Seen: Realisierung
- Konzept für eine neue Bibliothek Hegi
- Studienbibliothek Museumstrasse 52: Konzept und Baubegleitung
- Bibliothekspädagogik: Überführung des Spiralcurriculums "biblioheft" in den Alltagsbetrieb

Produkt 1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Leistungen

- Ausleihe von Sachbüchern, Nachschlagewerken und Zeitschriften aus allen Fachgebieten sowie von literarischen Werken verschiedener Sprachen und Epochen.
- Angebot von online Datenbanken und externen Bibliothekskatalogen.
- Ausleihe von elektronischen Medien zu allen Fachgebieten und Genres
- Bereitstellen der notwendigen elektronischen Infrastruktur für die Wissensvermittlung
- aufbereitete Angebote an Schulen, schulnahe Institutionen und Organisationen, die sich der Vermittlung von Informationskompetenz widmen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'967'863	6'068'264	6'188'672
Erlös	917'092	874'373	883'103
Nettokosten	5'050'771	5'193'891	5'305'569
Kostendeckungsgrad in %	15	14	14

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	81.26	80.00	80.00
Bruttokosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	6.54	6.35	6.76

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Zahl der Besucherinnen und Besucher	367'458	365'000	366'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	3'114	3'000	3'100
Zahl der ausgeliehenen Medien	911'995	900'000	915'000
- davon Bücher	507'051	490'000	505'000
- davon CDs	178'587	175'000	175'000
- davon DVDs / Videos	191'953	200'000	200'000
- davon übrige	34'404	35'000	35'000

Produkt 2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Leistungen

- Ausleihe von Büchern, Zeitschriften, audiovisuellen und elektronischen Medien sowie Spielen aus dem Segment der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken
- Angebot literarischer Werke vor allem aus dem Unterhaltungsbereich sowie der Kinder- und Jugendliteratur.
- Betrieb von Quartierbibliotheken mit der Infrastruktur als Quartiertreffpunkt

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'199'649	2'273'213	2'353'747
Erlös	262'311	229'021	230'805
Nettokosten	1'937'338	2'044'192	2'122'942
Kostendeckungsgrad in %	12	10	10

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	83.71	83.00	83.00
Kosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	5.18	5.10	5.51

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Zahl der Besucherinnen und Besucher	200'913	200'000	200'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	1'319	1'200	1'200
Zahl der ausgeliehenen Medien	424'834	420'000	425'000
- davon Bücher	265'651	240'000	265'000
- davon CDs	53'169	35'000	50'000
- davon DVDs / Videos	73'290	70'000	75'000
- davon übrige	32'724	75'000	35'000

Produkt 3 Angebot der Studienbibliothek

Leistungen

- Sammeln, erschliessen und vermitteln von Bildmaterial, handschriftlichen Quellen und Familienwappen der Region Winterthur.
- Aufbewahren von kulturell und wissenschaftlich bedeutenden Nachlässen und Archiven von Persönlichkeiten, Familien und kulturellen Vereinigungen der Region Winterthur.
- Mikroverfilmung von wichtigen Winterthurer Handschriften und Druckerzeugnissen.
- Herausgabe des seit 1663 erscheinenden Neujahrsblatts der Stadtbibliothek Winterthur.
- Veröffentlichung der Bibliografie der Region Winterthur im Internet und im Winterthurer Jahrbuch.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	990'128	659'852	722'374
Erlös	204'369	15'106	15'593
Nettokosten	785'759	644'746	706'781
Kostendeckungsgrad in %	21	2	2

Die Rechnung 2008 ist durch die Abrechnung der Umzugs- und Provisoriumskosten über die laufende Rechnung verfremdet dargestellt und weist einen irreführenden Kostendeckungsgrad aus.

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten pro benutztes Dokument in CHF	174.00	150.00	200.00

Da aufgrund des Provisoriumsbetriebs mit eingeschränkten Öffnungszeiten und beschränkt verfügbarem Material die Nutzung schwächer ausfallen wird, erhöhen sich bei steigenden Fixkosten (zum Provisoriumsbetrieb zusätzlicher Unterhalt Mus52) die Kosten pro Benutzung.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Zahl der benutzten Dokumente	3'315	3'000	2'800
Zahl der unterstützten Publikationen	2	2	2
Anzahl verkaufter Neujahrsblätter (inkl. alter Jahrgänge)	932	1'000	1'000

Der Indikator "benutzte Dokumente" ist von der Verfügbarkeit des Materials abhängig. Da das Material 2009 teilweise und 2010 vollständig im Provisorium benutzt werden muss, ist mit einer tieferen Nutzung zu rechnen.

IAFP Bibliotheken

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	9'166	9'001	9'264	10'182	10'224	10'574
Erlös	1'383	1'118	1'129	1'120	1'120	1'120
Nettokosten/Globalkredit	7'783	7'883	8'135	9'062	9'104	9'454
Kostendeckungsgrad in %	15	12	12	11	11	11

Bei der Kostenentwicklung werden sich in den nächsten Jahren folgende Projekte und Massnahmen auf die Rechnung auswirken: Für 2010 ist die Erweiterung der Bibliothek Seen am jetzigen Standort geplant, dies führt zu höheren Mietkosten, Personalaufwand, zu Abschreibungen und Energiekosten. Ab 2011 wird sich der Umbau der Museumstrasse 52, höhere Hauswartungskosten, das zentrale Immobilienmanagement und auch die virtuelle Bibliothek auswirken. Generell ist mit höheren Energie- und IT-Kosten zu rechnen. Die Belastung durch Abschreibungen und Verzinsung für die Neubauten wird ab 2012 dann eher wieder abnehmen, jedoch werden sich 2013 nach zehn Betriebsjahren Ersatzkosten für verbrauchte Infrastruktur in der Stadtbibliothek, Hardwareersatz im Bibliothekssystem und eine Lösung für die zu kleine Bibliothek Hegi auf die Rechnung auswirken.

Bei den Erlösen dürften die Reorganisationsbestrebungen beim Kanton dazu führen, dass die Staatsbeiträge abnehmen werden.

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	1'850	0	200	300	100	0	0	1'250
Bewilligt	370	236	50	0	0	0	0	84
Gesamt	2'220	236	250	300	100	0	0	1'334

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Kosten						
Bruttokosten pro Ausleihe in CHF	6.8	6.7	6.9	7.6	7.6	7.6
Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	21.0	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
2 Bibliotheksnutzung						
Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in %	19.1	>18	>19	>19	>19	>20
3 Kundenorientierung						
Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. Messgrösse: Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	15.0	<20	<19	<19	<19	<19
4 Qualitätssicherung						
Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. Messgrösse: Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	82.1	>81	>81	>81	>81	>82

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Realisierung einer neuen Quartierbibliothek Hegi
- Eröffnung der Studienbibliothek mit neuem Betriebskonzept und Öffnung gegenüber neuen Nutzengruppen
- Abschluss der Entwicklungsarbeiten an der Integrationsbibliothek, Konsolidierung der Angebote
- Konsolidierung der Bibliothekspädagogik
- Realisierung und Erweiterung des elektronischen Nutzungsportals "Toplinks", Konzepte für ein Angebot an E-books
- Digitales Archiv der Winterthurer Bibliotheken

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Auftrag

Stärkung der kulturellen Attraktivität der Stadt Winterthur und subsidiäre Förderung und Unterstützung des zeitgenössischen Kulturschaffens mit dem Ziel das vielseitige und qualitativ hoch stehende Kulturangebot zu erhalten und im Rahmen der genehmigten Mittel auszubauen.

Produkte

1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Unterstützung privater Initiativen und Institutionen für ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot. Die Unterstützung erfolgt subsidiär. Die Subventionsbeiträge und (teilw.) Infrastrukturleistungen an private Institutionen sind auf der Basis von Leistungsvereinbarungen in den Subventionsverträgen geregelt.

2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Förderung im Bereich der bildenden Kunst mit Kunstankäufen. Ausrichtung von Kulturpreisen (Förderpreise und Kulturpreis der Stadt Winterthur).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Kulturleitbild der Stadt Winterthur
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Volksabstimmung vom 03.12.1939
- Sammlungen Briner und Kern, SR-Beschluss
- Kunstmuseum, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Villa Flora, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kunsthalle Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Museum Lindengut, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Technorama, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Fotomuseum, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Fotostiftung Schweiz (ehemals Stiftung für Photographie), GGR-Beschluss vom 13.02.2002
- Orchester Musikkollegium, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Musikfestwochen, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Musikverband der Stadt Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Jazz in Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Verein LMK - Live Musik Kultur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Sommertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Marionettentheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kellertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater am Gleis, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater für den Kanton Zürich, GGR-Beschluss vom 08.11.1971
- Verein tanzinwinterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmfoyer Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmbulletin, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Internationale Kurzfilmtage, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Astronomische Gesellschaft Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004

Stufe Verwaltungseinheit

- div. Subventionsbeiträge und Infrastrukturleistungen

Verantwortliche Leitung

Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	78 92	81 95	87 99
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Museen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche (2) Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender) (3)	299 694	257 700	257 640
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'242	1'200	1'200
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	697	780	710
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	100	100	100

(1) Einwohner: 100'065 Stand per 31.12.2008 / Voraussichtlicher Stand per Ende 2010 = 102'600

(2) Kundenorientierung Sparte Museen: Summe Öffnungszeiten im 2009 und 2010 exkl. Kunstmuseum (das Kunstmuseum ist wegen Sanierung bis Frühling 2010 bzw. Herbst 2010 geschlossen)

(3) Kundenorientierung Sparte Museen: Anzahl Veranstaltungen im 2010 exkl. Kunstmuseum

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	9'216'873	9'467'469	10'202'206

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Personalkosten: Die Anpassung ist auf den zeitlich befristeten Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Ausstellung "Im Dialog" zurückzuführen.

Sachkosten: Für 2008 und 2009 wurde ein Beitrag für die Ausstellung "Im Dialog" gesprochen.

Beiträge an Dritte: Die Beiträge wurden um die Teuerung 2010 angepasst. Zudem sind beim Produkt 1 "Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen" folgende Veränderungen eingestellt worden, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Gemeinderat: Erhöhung des städtischen Beitrags um Fr. 100'000.-- beim Verein "Live Musik Kultur", als Kompensation des wegfallenden Betrags in gleicher Höhe der privaten Volkart-Stiftung, Umwandlung des Standortbeitrags in eine Subvention und Erhöhung um Fr. 40'000.-- bei der Fotostiftung Schweiz, Umwandlung des Werkbeitrags in eine Subvention und Erhöhung um Fr. 5'000.-- beim Theater Katerland/bravebühne.

Übrige interne Kosten: Durch den Umbau des Museums- und Bibliotheksgebäudes fallen für diese Produktgruppe höhere Umlagekosten an.

Externe Erlöse: Die jährlich budgetierten Lohnrückerstattungen bei Vollausslastung der Villa Flora wurden um die Sozialleistungen angepasst. Diese waren in der Vergangenheit unberücksichtigt.

Beiträge von Dritten: Aufgrund der wirtschaftlichen Situation rechnet man mit tieferen Staatsbeiträgen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Personalkosten: Die Anpassung ist einerseits auf die Teuerung 2009 und andererseits auf den zeitlich befristeten Mehrbedarf im Zusammenhang mit der Ausstellung "Im Dialog" zurückzuführen.

Sachkosten: Für 2008 und 2009 wurde ein Beitrag für die Ausstellung "Im Dialog" gesprochen. Weiter wurde im 2008 die Lichtinstallation von Jeppe Hein angekauft.

Beiträge an Dritte: Die Beiträge wurden um die Teuerung 2010 angepasst. Zudem sind beim Produkt 1 "Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen" folgende Veränderungen eingestellt worden, vorbehaltlich der Zustimmung durch den Gemeinderat: Erhöhung des städtischen Beitrags um Fr. 100'000.-- beim Verein "Live Musik Kultur", als Kompensation des wegfallenden Betrags in gleicher Höhe der privaten Volkart-Stiftung, Umwandlung des Standortbeitrags in eine Subvention und Erhöhung um Fr. 40'000.-- bei der Fotostiftung Schweiz, Umwandlung des Werkbeitrags in eine Subvention und Erhöhung um Fr. 5'000.-- beim Theater Katerland/bravebühne.

Übrige interne Kosten: Durch den Umbau des Museums- und Bibliotheksgebäudes fallen bei dieser Produktgruppe höhere interne Kosten an.

Externe Erlöse: Die jährlich budgetierten Lohnrückerstattungen bei Vollausslastung der Villa Flora wurden im 2008 nicht benötigt.

Beiträge von Dritten: Aufgrund der wirtschaftlichen Situation rechnet man mit tieferen Staatsbeiträgen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	777'574	909'418	1'010'805
Sachkosten	781'498	744'758	657'954
Beiträge an Dritte	8'885'936	9'182'857	9'479'140
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'341'251	1'296'563	1'229'668
Mietkosten	581'812	576'900	596'700
Übrige interne Kosten	802'450	708'274	1'095'938
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'170'522</i>	<i>13'418'769</i>	<i>14'070'206</i>
Verrechnungen innerhalb PG	3'000	0	0
Total effektive Kosten	13'167'522	13'418'769	14'070'206
Externe Erlöse	37'713	75'300	92'000
Interne Erlöse	70'935	70'000	70'000
Beiträge von Dritten	3'845'000	3'806'000	3'706'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'953'649</i>	<i>3'951'300</i>	<i>3'868'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	3'000	0	0
Total effektive Erlöse	3'950'649	3'951'300	3'868'000
Total Nettokosten / Globalkredit	9'216'873	9'467'469	10'202'206
Kostendeckungsgrad in %	30	29	27

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	10.80	11.90	11.90
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Gegenüber dem VO09 gibt es keine Änderungen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Bei den Subventionsbeiträgen beschränken sich die Massnahmen im Wesentlichen auf die Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge (Leistungsvereinbarungen und individuelle Vertragsbestimmungen). Mit den projektbezogenen Beiträgen werden kulturelle Projekte gefördert und das Kulturangebot in allen Sparten substanziell ergänzt. Für das Museum Lindengut wird ein neues Konzept erarbeitet. Die Umsetzung des Museumskonzepts ist in die Wege geleitet.

Die Anstrengungen, durch Vernetzungen der Institutionen Synergien und eine grössere Ausstrahlung zu erreichen, werden fortgeführt.

Produkt 1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Leistungen

Subsidiäre Unterstützung von privaten Institutionen für kulturelle Leistungen. Beiträge und Leistungsaufträge sind für jede Institutionen individuell in Subventionsverträgen geregelt.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	12'407'360	12'530'669	13'164'053
Erlös	3'953'649	3'951'300	3'868'000
Nettokosten	8'453'712	8'579'369	9'296'053
Kostendeckungsgrad in %	32	32	29

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Museen			
Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten	1'367'114	1'361'865	1'449'949
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	1'388'435	1'376'565	1'466'149
- davon Ertrag in CHF	-21'321	-14'700	-16'200
Sammlungen Briner und Kern	301'601	343'220	354'612
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	306'141	347'320	358'412
- davon Ertrag in CHF	-4'539	-4'100	-3'800
Kunstmuseum	722'873	523'655	979'580
- davon Beitrag in CHF	848'750	861'481	871'000
- davon Nebenleistungen in CHF	687'123	500'174	891'580
- davon Ertrag in CHF	-813'000	-838'000	-783'000
Villa Flora	360'476	311'048	297'316
- davon Beitrag in CHF	101'900	103'429	104'740
- davon Nebenleistungen in CHF	259'693	252'619	254'576
- davon Ertrag in CHF	-1'117	-45'000	-62'000
Kunsthalle Winterthur	145'296	146'076	167'137
- davon Beitrag in CHF	61'140	62'057	62'820
- davon Nebenleistungen in CHF	84'156	84'019	104'317
Museum Lindengut	292'019	897'948	347'305
- davon Beitrag in CHF	30'570	31'029	31'340
- davon Nebenleistungen in CHF	343'119	948'419	395'965
- davon Ertrag in CHF	-81'670	-81'500	-80'000
Technorama	1'222'138	663'195	1'182'751
- davon Beitrag in CHF	560'450	568'857	575'700
- davon Nebenleistungen in CHF	661'688	94'338	607'051
Fotomuseum	305'700	310'286	314'110
- davon Beitrag in CHF	305'700	310'286	314'110
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Fotostiftung Schweiz	50'000	50'000	90'000
- davon Beitrag in CHF	50'000	50'000	90'000
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musik			
Orchester Musikkollegium	1'704'044	1'832'449	1'923'580
- davon Beitrag in CHF	4'519'809	4'583'549	4'629'380
- davon Nebenleistungen in CHF	216'235	216'900	217'200
- davon Ertrag in CHF	-3'032'000	-2'968'000	-2'923'000

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Musikfestwochen	193'610	196'514	198'970
- davon Beitrag in CHF	193'610	196'514	198'970
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musikverband der Stadt Winterthur	203'800	206'852	209'370
- davon Beitrag in CHF	203'800	206'852	209'370
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Jazz in Winterthur	76'425	77'572	78'580
- davon Beitrag in CHF	76'425	77'572	78'580
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein LMK - Live Musik Kultur	243'800	246'852	349'370
- davon Beitrag in CHF	203'800	206'852	309'370
- davon Nebenleistungen in CHF	40'000	40'000	40'000
Theater / Tanz			
Sommertheater	314'106	316'540	317'507
- davon Beitrag in CHF	254'750	258'571	261'690
- davon Nebenleistungen in CHF	59'356	57'969	55'817
Marionettentheater	92'463	122'700	96'430
- davon Beitrag in CHF	71'330	72'400	73'330
- davon Nebenleistungen in CHF	21'133	50'300	23'100
Kellertheater	197'210	200'629	203'560
- davon Beitrag in CHF	173'230	175'829	177'960
- davon Nebenleistungen in CHF	23'980	24'800	25'600
Theater am Gleis	315'890	320'629	324'510
- davon Beitrag in CHF	315'890	320'629	324'510
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Theater für den Kanton Zürich	79'204	82'390	83'040
- davon Beitrag in CHF	76'754	80'000	80'800
- davon Nebenleistungen in CHF	2'450	2'390	2'240
Theater Katerland/bravebühne			55'000
- davon Beitrag in CHF			55'000
- davon Nebenleistungen in CHF			0
Verein tanzinwinterthur	66'235	67'229	68'070
- davon Beitrag in CHF	66'235	67'229	68'070
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Film			
Filmfoyer Winterthur	61'140	62'057	62'820
- davon Beitrag in CHF	61'140	62'057	62'820
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Filmbulletin	20'380	20'686	21'010
- davon Beitrag in CHF	20'380	20'686	21'010
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Internationale Kurzfilmtage	91'710	93'086	94'107
- davon Beitrag in CHF	91'710	93'086	94'107
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Übrige Beiträge			
Astronomische Gesellschaft Winterthur	26'494	26'892	27'270
- davon Beitrag in CHF	26'494	26'892	27'270
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Institutionen für kulturelle Leistungen wird durch Subventionsverträge geregelt.	20 Verträge	20	22

Produkt 2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Leistungen

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur, Ausrichtung von Kulturpreisen, Ankauf von Kunstwerken, Führung des Kunstinventars der Kunstwerke im Besitz der Stadt Winterthur.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	720'331	888'100	906'153
Erlös	0	0	0
Nettokosten	720'331	888'100	906'153
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Diverse Beiträge an Kulturschaffende in CHF	42'520	40'000	65'360
Kulturpreise der Stadt Winterthur in CHF	27'932	15'000	32'000
Kunstankäufe in CHF	132'122	89'600	89'600
Kulturkommissionen (Kunstkommission, Literaturkommission) in CHF	2'460	2'500	3'000
Projektbezogene Beiträge in CHF	515'297	726'000	716'193

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl eingegangener Gesuche	176	175	175
Anzahl bearbeiteter Gesuche	167	150	165
Anzahl unterstützter Gesuche	88	115	100

IAFP Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	13'167	13'418	14'070	15'752	15'918	16'044
Erlös	3'950	3'951	3'868	3'768	3'768	3'768
Nettokosten/Globalkredit	9'217	9'467	10'202	11'984	12'150	12'276
Kostendeckungsgrad in %	30	29	27	24	24	23

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	5'155	0	520	250	2'020	2'000	0	365
Bewilligt	1'120	228	415	150	120	0	0	207
Gesamt	5'675	228	935	400	2'140	2'000	0	-28

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	78 92	81 95	87 99	103 115	103 115	104 115
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Museen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche (2) Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender) (3)	299 694	257 700	257 640	299 690	299 690	299 690
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'242	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	697	780	710	710	710	710
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	100	100	100	100	100	100

(1) Einwohner: 100'065 Stand per 31.12.2008; prognostizierter Stand per 31.12.2010 = 102'600 (Prognose 2011 = 104'100; 2012 = 105'100; 2013 = 106'100)

(2) Kundenorientierung Sparte Museen: Summe Öffnungszeiten im 2009 und 2010 exkl. Kunstmuseum (das Kunstmuseum ist wegen Sanierung geschlossen)

(3) Kundenorientierung Sparte Museen: Anzahl Veranstaltungen im 2010 exkl. Kunstmuseum

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Bei den Subventionsbeiträgen beschränken sich die Massnahmen im Wesentlichen auf die Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge (Leistungsvereinbarungen und individuelle Vertragsbestimmungen). Die projektbezogene Kulturförderung erfolgt nach den im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Kriterien. Diese Projekte bereichern und ergänzen das Kulturangebot in Winterthur substantiell.

Für das Museum Lindengut sowie die Schlösser Hegi und Mörsburg wird unter dem Namen "Historische Museen" ein neues Museumskonzept erarbeitet.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Subventionsverträge haben alle eine analoge Laufzeit von vier Jahren. Für die projektbezogene Kulturförderung gelten die im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Beurteilungskriterien. Die Kulturförderung der Stadt Winterthur reagiert flexibel auf die Initiative von Privaten. Kulturelle Projekte werden primär von Kulturschaffenden definiert. Die Stadt Winterthur unterstützt dieses Schaffen mit Beiträgen, Beratungen und Infrastrukturleistungen.

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Auftrag

1. Die städtischen Museen und Sammlungen erfüllen einen Bildungsauftrag und stärken die kulturelle Attraktivität von Winterthur. Sie erschliessen und vermitteln durch besucherfreundliche Ausstellungen und durch Veranstaltungen einer regionalen und überregionalen Öffentlichkeit die materielle Kultur und Umwelt- sowie Naturwissenschaftsthemen. Sie sammeln, konservieren und erforschen Kulturgüter fach- und sachgerecht und erhalten sie für die Zukunft.
2. Das Kulturzentrum Alte Kaserne ist ein bedeutender Ort in der Stadt für Soziokultur und für den kulturellen Austausch.
3. Die Kulturvermittlung und das Veranstaltungsmarketing führen diversen Massnahmen durch, welche dazu dienen, das Kulturangebot der Stadt Winterthur bekannt zu machen und den Zugang und das Verständnis für alle Bevölkerungsgruppen zu erleichtern.
4. Im Aufgabengebiet der Bauten und Ateliers liegt die Substanzerhaltung der städtischen Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung. Betreiben der Infrastruktur, ausgerichtet nach den Bedürfnissen der Benutzer.

Produkte

1 Städtische Museen

Betrieb von städtischen Museen:

- Naturmuseum
- Münzkabinett und Antikensammlung
- Gewerbemuseum und Uhrensammlung
- Schlösser Hegi und Mörsburg

2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Dienstleistungsangebot für externe Veranstalter, eigene Veranstaltungsprogrammierung, soziokulturelle Animation.

3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Bekanntmachung des kulturellen Angebotes mit der Führung eines städtischen Veranstaltungskalenders im Internet, Prospekten und Plakaten. Koordination des übergeordneten Kulturmarketings mit der Herausgabe von Drucksachen und der Koordination und Organisation von Events. Bereitstellung eines umfassenden Angebotes im Bereich der Museumspädagogik für Schulklassen.

4 Bauten

Unterhalt und Wartung der Liegenschaften Bauten mit kulturellen Nutzungen im Hinblick auf eine Substanzerhaltung. Diverse Dienstleistungen und Infrastrukturleistungen für die Benutzer und Betreiber der kulturellen Institutionen. Unterstützung von Künstler-Ateliers in Zusammenarbeit mit privaten Förderungsstellen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.
- Gemäss der UNESCO-Deklaration kommen die Museen der Verpflichtung „Recht auf Bildung“ nach

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 26.10.87, mit Nachtrag v. 01.12.93.
- Verpflichtung zur konservatorischen Betreuung der Uhrensammlung Kellenberger (GGR-Beschluss vom 31.07.1969)
- Volksabstimmung betr. Kultur- und Freizeitzentrum Alte Kaserne vom 02.12.84 und 06.09.87
- Betriebskonzept Alte Kaserne gem. Stadtratsbeschluss vom 13.11.91.
- Vereinheitlichung der Öffnungszeiten bei den Museen vom 19.10.88 sknr 88-1873

Stufe Verwaltungseinheit

- Mietvertrag Waaghaus

Verantwortliche Leitung

Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

[illegible]

*im 2008 (Ist) sind die kalk. Kosten der Alten Kaserne enthalten.

(1) Einwohner: 100'065 Stand per 31.12.2008 / voraussichtliche Einwohnerzahl per Ende 2010 = 102'600

(2) Kulturvermittlung - durchgeführte Führungen: Von Dezember 2008 bis im April 2010 bzw. Herbst 2010 ist das Kunstmuseum wegen Umbau und Sanierung geschlossen. Weiter können in der Sammlung Oskar Reinhart am Römerholz wegen Umbau keine Führungen durchgeführt werden.

(3) Kulturvermittlung - abgelehnte Führungen: Im Jahre 2008 wurden auch Führungen mitgezählt, welche aus exogenen Gründen abgesagt werden mussten (z.B. Museumspädagogin war krank etc.). Ab dem Jahre 2009 werden nur noch Führungen als abgelehnt gezählt, welche aus Kapazitätsgründen nicht durchgeführt werden können.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	7'348'860	8'169'717	8'066'188

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Personalkosten: Die Differenz ist auf Stellenanpassungen im Gewerbemuseum und Münzkabinett zurückzuführen.
 Sachkosten: Die Theaterpädagogik wird per 2010 vom DSS zum DKD verschoben.
 Übrige interne Kosten: Infolge Umbau des Museums- und Bibliotheksgebäudes fallen bei den Bauten höhere kalkulatorische Kosten an, welche teilweise produktgruppenintern umgelegt werden.
 Interne Erlöse: Infolge Umbau des Museums- und Bibliotheksgebäudes fallen bei den Bauten höhere kalkulatorische Kosten an, welche teilweise an die Produktgruppen "Bibliotheken" sowie "Subventionsverträge und Beiträge an Dritte" weiterverrechnet werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Personalkosten: Die Differenz ist auf die Lohnrunde 2009, die Stellenveränderung 2009 (Naturmuseum) sowie auf die aktuellen nötigen Anpassungen im Gewerbemuseum und Münzkabinett zurückzuführen.
 Sachkosten: Die Theaterpädagogik wird vom DSS zum DKD verschoben.
 Kalkulatorische Kosten sowie übrige interne Kosten: Infolge Umbau des Museums- und Bibliotheksgebäudes fallen bei den Bauten höhere kalkulatorische Kosten an, welche teilweise produktgruppenintern umgelegt werden.
 Externe Erlöse: Per 2009 wurden die Erträge der Museumspädagogik von den externen zu den internen Erlösen verschoben.
 Interne Erlöse: Infolge Umbau des Museums- und Bibliotheksgebäudes fallen bei den Bauten höhere kalkulatorische Kosten an, welche teilweise an die Produktgruppen "Bibliotheken" sowie "Subventionsverträge und Beiträge an Dritte" weiterverrechnet werden.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	4'321'684	4'498'623	4'647'944
Sachkosten	2'841'244	2'850'803	3'168'023
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'991'820	2'216'831	2'179'665
Mietkosten	315'072	297'820	315'620
Übrige interne Kosten	985'265	951'280	1'325'236
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'455'086</i>	<i>10'815'357</i>	<i>11'636'488</i>
Verrechnungen innerhalb PG	616'664	562'300	933'000
Total effektive Kosten	9'838'421	10'253'057	10'703'488
Externe Erlöse	1'641'093	1'404'540	1'456'300
Interne Erlöse	1'451'434	1'228'100	2'101'000
Beiträge von Dritten	13'698	13'000	13'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'106'225</i>	<i>2'645'640</i>	<i>3'570'300</i>
Verrechnungen innerhalb PG	616'664	562'300	933'000
Total effektive Erlöse	2'489'561	2'083'340	2'637'300
Total Nettokosten / Globalkredit	7'348'860	8'169'717	8'066'188
Kostendeckungsgrad in %	25	20	25

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.00	43.65	44.55
▪ Auszubildende	2.00	2.00	3.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Münzkabinett: Stellenanpassung von 20% für wissenschaftliche Assistenz. Aufgrund stetig steigender Arbeitslast deckt das bisherige Pensum kaum mehr den Kernbereich ab. Bisher nötige Überstunden können so aufgefangen werden.
Gewerbemuseum: Stellenanpassung von 50% für wissenschaftlichen und von 20% für handwerklichen Mitarbeiter => kostenneutral, wurde bisher über Honorare finanziert.

Bei den Auszubildenden handelt es sich um Praktikantenstellen im Gewerbemuseum und dem Münzkabinett. Ab 2010 führt auch das Naturmuseum eine Praktikantenstelle.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Städtische Museen: diverse spartenspezifische Museumsausstellungen mit Rahmenprogramm wie Workshops, Führungen, Vorträgen

Bauten: Umbau und Sanierung Museums- und Bibliotheksgebäude, Einbau einer Sicherheitsanlage und Wärmedämmung

Kulturvermittlung: Permanente Aktualisierung und Ausbau der Internetadresse www.kultur.winterthur.ch sowie allgemeine übergeordnete Marketingmassnahmen

Produkt 1 Städtische Museen

Leistungen

Die Museen gestalten in ihren Bereichen Wechselausstellungen, organisieren Führungen und Veranstaltungen, pflegen und erweitern ihre Sammlungen und das historische Kulturgut. Die Museen sind Bildungsinstitutionen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'925'148	5'922'711	6'080'559
Erlös	456'695	368'040	373'800
Nettokosten	5'468'453	5'554'671	5'706'759
Kostendeckungsgrad in %	8	6	6

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Ausstellungen	13	17	13
Anzahl Veranstaltungen	63	65	65
Anzahl Führungen	224	215	220
Verhältnis der inventarisierten Objekte zur Gesamtzahl der Objekte in %	75	75	75

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Besuchende Naturmuseum	24'000	24'700	24'700
Anzahl Besuchende Münzkabinett und Antikensammlung	2'042	2'250	2'250
Anzahl Besuchende Gewerbemuseum und Uhrensammlung	23'225	25'000	24'000
Anzahl Besuchende Schlösser Hegi und Mörsburg	5'710	5'300	5'300

Produkt 2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Leistungen

- Dienstleistung Raumbenützungen (regelmässige und einmalige) inkl. Veranstaltungs- und Projektberatungen sowie Projektbegleitungen.
- Eigene Veranstaltungen und Koproduktionen zur Bereicherung und Ergänzung der Kulturvielfalt in der Stadt.
- Gastrobereich mit Bistrobetrieb und –veranstaltungen sowie Catering und Spezialdienstleistungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'481'059	2'491'392	2'541'620
Erlös	1'051'556	997'900	1'044'900
Nettokosten	1'429'503	1'493'492	1'496'720
Kostendeckungsgrad in %	42	40	41

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Mindestanzahl belegte Raum/Zeiteinheiten (2,5 Std./Raum) pro Jahr (42 Wochen) durch regelmässige Benutzende	ca. 2750	2'700	2'700

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Mindestanzahl Einzelveranstaltungen pro Jahr	ca. 1350	1'400	1'400
Anteil Eigenveranstaltungen bzw. Koproduktionen an den Einzelveranstaltungen Alte Kaserne in %	5	5	5

Produkt 3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Leistungen

Dienstleistungen und Vermittlung:

Museums- und theaterpädagogisches Angebot in den Winterthurer Museen und Theatern für Schul- sowie Kindergartenklassen
Führungen für Lehrkräfte und Ausarbeitung von Lehr-Dokumentationen

Veranstaltungsmarketing:

Der Bereich umfasst Inserate, Publikationen und Werbung im Rahmen des allg. Kulturmarketings. Dazu gehören Veranstaltungskalender (Prospekt, Plakat), Internetauftritt Kulturelles mit Veranstaltungskalender, Inserate für Förderpreise, MuseumsTagNacht usw., sowie Werbemassnahmen wie Museumsprospekt und Inserate. Koordination und Durchführung von Sonderevents.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	500'569	733'826	1'005'639
Erlös	89'256	87'500	88'000
Nettokosten	411'313	646'326	917'639
Kostendeckungsgrad in %	18	12	9

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Anfragen im Verhältnis zur Anzahl durchgeführten Führungen (in %)	97	95	96

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Internetzugriffe auf den Veranstaltungskalender	30'711	30'000	30'500
Anzahl Winterthurer Schüler in % von allen Schulklassen, die das Angebot Museumspädagogik nutzen	84 %	90	84

Produkt 4 Bauten

Leistungen

Unterhalt, Wartung sowie Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur für den Betrieb von städtischen Liegenschaften mit kultureller Nutzung:

- Museums- und Bibliotheksgebäude, Museumstrasse 52
- Waaghaus, Marktgasse 25
- Stadtbibliothek, Obere Kirchgasse 6
- Barockhäuschen, im Stadtgarten
- Kapelle Rossberg, Rossberg
- Musikpavillon, im Stadtgarten
- Ateliers

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'472'843	1'667'428	2'008'671
Erlös	1'508'718	1'192'200	2'063'600
Nettokosten	-35'875	475'228	-54'929
Kostendeckungsgrad in %	102	71	103

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Öffnungszeit Kunstmuseum für Besuchende in Std./Woche	45	45	45
Öffnungszeit Münzkabinett für Besuchende in Std./Woche	12	12	12
Öffnungszeit Naturmuseum für Besuchende in Std./Woche	42	42	42
Öffnungszeit Schlösser Hegi und Mörsburg in Std./Woche	17 bzw. 33	17 bzw. 32	17 bzw. 32
Öffnungszeit Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten in Std./Woche	45	45	45

Das Schloss Hegi ist jeweils vom November bis Februar geschlossen. Die Mörsburg hat im gleichen Zeitraum reduzierte Öffnungszeiten.

IAFP Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	9'838	10'253	10'703	11'713	11'671	11'833
Erlös	2'489	2'083	2'637	3'385	3'479	3'479
Nettokosten/Globalkredit	7'349	8'170	8'066	8'328	8'192	8'354
Kostendeckungsgrad in %	25	20	25	29	30	29

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	238	0	250	260	125	0	0	-397
Bewilligt	21'152	3'376	8'590	7'281	1'960	0	0	-55
Gesamt	21'390	3'376	8'840	7'541	2'085	0	0	-452

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	57* 73	63 81	57 78	58 80	56 78	57 78
2 Kundenorientierung Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter (der Rechnung beigelegt) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	- - - -	- - - -	95 95 95	- - -	- - -	- - -

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
3 Zugänglichkeit Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche <i>Messgrößen:</i> Naturmuseum Münzkabinett und Antikensammlung Gewerbemuseum und Uhrensammlung Schlösser Hegi und Mörsburg Kulturzentrum Alte Kaserne						
	42	42	42	42	42	42
	12	12	12	12	12	12
	45	45	45	45	45	45
	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33
	101	95	95	95	95	95
4 Substanzerhaltung Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur (vgl. Auflistung unter Produkt 4) werden werterhaltend betreut. <i>Messgrösse:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudewertes						
	0.35	0.33	0.35	0.35	0.35	0.35
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen Anzahl durchgeführter Führungen für Klassen mindestens (2) Anzahl abgelehnter Führungen für Klassen höchstens (3)						
	905	650	750	900	900	900
	21	10	10	10	10	10

(1) Einwohner: 100'065 Stand per 31.12.2008; prognostizierter Stand per Ende 2010 = 102'600 (per Ende 2011 = 104'100; 2012 = 105'100; 2013 = 106'100)

(2) Kulturvermittlung - durchgeführte Führungen: Das Kunstmuseum sowie die Sammlung Oskar Reinhart am Römerholz sind bis im Frühling bzw. Herbst 2010 wegen Umbau und Sanierung geschlossen. Die Schätzungen für das Jahr 2011 und 2012 gehen davon aus, dass die Villa Flora nach wie vor für Besucher offen ist.

(3) Kulturvermittlung - abgelehnte Führungen: Im 2008 wurden auch Führungen mitgezählt, welche aus exogenen Gründen abgesagt werden mussten (z.B. Museumspädagogin war krank etc.). Ab dem Jahre 2009 werden nur noch Führungen als abgelehnt gezählt, welche aus Kapazitätsgründen nicht durchgeführt werden können.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Die Sanierungs- und Umbauarbeiten im Museums- und Bibliotheksgebäude werden bis Ende 2010 andauern. Damit einher geht die Verbesserung der Infrastruktur für den Betrieb des Hauses und die Besucher/innen. Erfüllt werden müssen auch gesetzliche Auflagen der Feuerpolizei.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Rechtspflege

Auftrag

In der Produktgruppe Rechtspflege werden die Dienstleistungen der Stadtmann- und Betreibungsämter sowie des Friedensrichteramtes zusammengefasst. Beide Bereiche erfüllen ausschliesslich gesetzliche Aufgaben.

Produkte

1 Stadtmann- und Betreibungsämter

Vollzug sämtlicher vollstreckungsrechtlicher (betreibungsrechtlicher) Aufgaben im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG).

Vollzug der gestützt auf die Zivilprozessordnung, das Gerichtsverfassungsgesetz sowie die Strafprozessordnung zugewiesenen gerichtsvollzieherischen (stadtmannamtlichen) Aufgaben.

2 Friedensrichteramt

Die Friedensrichterinnen sind Organe der kantonalen Rechtspflege. Sie suchen als Sühnbeamtinnen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten sowie im Ehrverletzungsprozess nach einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Parteien und entscheiden als Richterinnen endgültig zivilrechtliche Streitigkeiten, deren Streitwert 500 Franken nicht übersteigt.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stadtmann- und Betreibungsämter

SchKG, OR, StGB, VZG, ZPO, GVG, StPO, EGzZGB

Friedensrichteramt

ZGB, OR, SchKG, StGB, EGzZGB, ZPO, GVG, StPO u.w.m.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stadtmann- und Betreibungsämter

Die Winterthurer Stadtmann- und Betreibungsämter sind gemäss Gemeindeverordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Materiell-rechtlich sind die Stadtmann- und Betreibungsämter der Gerichtsbarkeit (Bezirksgericht / Obergericht / Bundesrat) unterstellt.

Friedensrichteramt

Das Friedensrichteramt ist gemäss Gemeindeordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Aufsichtsrechtlich sind die Friedensrichterinnen dem Bezirksgericht unterstellt. Friedensrichterinnen werden für eine Amtsdauer von sechs Jahren vom Volk gewählt und sind unabhängig.

Stufe Verwaltungseinheit

Die Stadtmann- und Betreibungsämter sowie das Friedensrichteramt der Stadt Winterthur sind organisatorisch dem Departement Kulturelles und Dienste zugeteilt.

Verantwortliche Leitung

Roland Isler / Yvonne Beutler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Kundenorientierung Bei der Dienstleistungserbringung achten die Mitarbeitenden der Ämter auf eine korrekte und adäquate Behandlung der Klienten <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Stadtmann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden ▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0 0	0 0	0 0
2 Erreichbarkeit Die Ämter sind während den üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar. <i>Messung / Bewertung:</i> telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> ▪ Stadtmann- und Betreibungsämter ▪ Friedensrichteramt	39.50 37.50	39.50 37.50	39.50 37.50

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	344'662	514'679	498'829

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Personalkosten: Bei der Wiederbesetzung von Stellen, ist durch die Neueinstufung damit zu rechnen, dass die Personalkosten leicht reduziert werden können.

Sachkosten: Durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Lernenden sowie die neu zu mietende Hardware, welche altershalber ersetzt werden musste, stiegen die Informatikkosten. Im Weiteren muss damit gerechnet werden, dass die ältere Hardware ersetzt werden muss (Neuanschaffung od. Miete), was im Sachaufwand berücksichtigt wurde.

Externe Erlöse: Der leichte Rückgang der Fallzahlen im Geschäftsjahr 2008, führte zu einer Anpassung der Gebührenerträge im VO 10 gegenüber dem VO 09.

Die nicht mehr zu berücksichtigenden kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen im VO 2010, führten zu einer Verbesserung der Nettokosten/Globalkredits.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Personalkosten: Neben der Lohnrunde 09 führte insbesondere die Erhöhung der Sozialleistungen (Kinder -u. Ausbildungszulagen) im VO 09 und neue AHV-Überbrückungszuschüsse im Geschäftsjahr 2010 zu höheren Personalkosten.

Sachkosten: Durch den zu erwartenden Fallanstieg erhöht sich der Sachaufwand. Die Portosanpassung von PostFinance, wurde im Sachaufwand berücksichtigt.

Externe Erlöse: Es wird mit einem Fallanstieg gerechnet, weshalb im VO 10 mit mehr Erträgen zu rechnen ist.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	3'761'011	3'993'092	3'969'205
Sachkosten	805'879	891'494	905'128
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	55'694	55'426	0
Mietkosten	45'656	45'700	50'400
Übrige interne Kosten	229'225	243'718	241'097
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'897'465</i>	<i>5'229'429</i>	<i>5'165'829</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'897'465	5'229'429	5'165'829
Externe Erlöse	4'550'442	4'714'750	4'667'000
Interne Erlöse	2'360	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'552'803</i>	<i>4'714'750</i>	<i>4'667'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'552'803	4'714'750	4'667'000
Total Nettokosten / Globalkredit	344'662	514'679	498'829
Kostendeckungsgrad in %	93	90	90

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	30.50	31.12	31.12
▪ Auszubildende	2.00	2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Produkt 1 : Zusammenführung der Betreibungskreise Gde. Brütten und Winterthur-Stadt

Produkt 1 Stadtammann- und Betreibungsämter**Leistungen**

Betreibungsamt

- Betreibungsverfahren einleiten
- Pfändungen vollziehen
- Rechtshilfeverfahren bearbeiten
- Konkursandrohungen ausstellen
- Arrest- und Retentionsverfahren durchführen
- Verwertungen von beweglichen Sachen durchführen
- Grundpfandverwertungsverfahren durchführen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Stadtammannamt

- Beglaubigungen vollziehen
- Privatrechtliche Anzeigen tätigen
- freiwillige Steigerungen (Auktionen) durchführen
- Befundaufnahmen (Sachverhalte, Hausdurchsuchungen) vornehmen
- Gerichtliche Ausweisungen vollziehen
- Allgemeine Verbote erlassen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'399'813	4'739'278	4'679'584
Erlös	4'395'807	4'588'500	4'541'000
Nettokosten	4'006	150'778	138'584
Kostendeckungsgrad in %	100	97	97

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Fälle pro Mitarbeitende	1'051	1'046	1'071
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles werden die jährlichen Revisionsberichte des Bezirksgerichtes Winterthur, des Betreibungsinspektorates des Obergerichts des Kantons Zürich und der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur herbeigezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit der Stadtammann- und Betreibungsämter	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene schriftliche Beschwerden im Verhältnis zur Anzahl der Zahlungsbefehle der Betreibungsämter (in %)	0.0	0.1	0.1

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl eingeleiteter Betreibungsverfahren	28'968	29'000	29'700
Anzahl Pfändungsvollzüge	13'804	14'000	14'200
Anzahl Konkursandrohungen	602	600	650
Anzahl ausgestellter Verlustscheine	11'440	12'150	12'200
Anzahl stadtmannamtlicher Geschäfte	586	630	630
- davon Beglaubigungen	405	410	420
- davon amtliche Befundaufnahmen (Befunde, Sachverhalte und Hausdurchsuchungen)	56	85	75
- davon Ausweisungen (Exmissionen)	68	65	70

Produkt 2 Friedensrichteramt

Leistungen

- Fall-Administration
- Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten und Ehrverletzungsklagen führen
- Hauptverfahren in Zivilprozessen bis 500 Fr. Streitwert führen
- Audienzgespräche (formale Auskünfte erteilen)
- Amts-Buchhaltung
- Inkasso Gerichtsgebühren

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	484'985	490'151	486'245
Erlös	132'743	126'250	126'000
Nettokosten	352'243	363'901	360'245
Kostendeckungsgrad in %	27	26	26

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Fälle pro Friedensrichterin	157	165	165
Anzahl der Fälle, welche durch Verfügung/Urteil erledigt werden konnten, im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (in %)	54	55	55
Anzahl der Fälle, welche nach einer Sühnverhandlung in Anwesenheit beider Parteien durch Verfügung erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (ohne Hauptverfahren) in %	69.5	65.0	65.0
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles wird der Visitationsbericht des Bezirksgerichts herangezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit des Friedensrichteramtes	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene Rekurse und Nichtigkeitsbeschwerden im Verhältnis zur Anzahl Fälle des Friedensrichteramtes (in %)	0.0	0.4	0.4

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl behandelter Sühnverfahren in Zivilstreitigkeiten	414	450	445
Anzahl Zivilprozesse bis und mit CHF 500.-- Streitwert	38	35	40
Anzahl Sühnverfahren in Ehrverletzungsprozessen	18	10	10
Anzahl Audienzgespräche	517	500	500

IAFP Rechtspflege

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	4'897	5'229	5'165	5'166	5'166	5'166
Erlös	4'552	4'714	4'667	4'667	4'667	4'667
Nettokosten/Globalkredit	345	515	499	499	499	499
Kostendeckungsgrad in %	93	90	90	90	90	90

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Kundenorientierung						
▪ Stadtmann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
2 Erreichbarkeit während den üblichen Geschäftszeiten						
telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche						
▪ Stadtmann- und Betreibungsämter	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5
▪ Friedensrichteramt	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklung der Fallzahlen wie auch die Komplexität des Einzelfalles sind schwierig voraussehbar. Die Entwicklung ist von diversen äusseren Faktoren abhängig, welche unsererseits - als Organ der Rechtspflege - nicht beeinflussbar sind, weshalb eine künftige Prognostizierung lediglich auf Erfahrungswerten beruht.

Finanzkontrolle

Auftrag

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht der Stadt Winterthur. Sie unterstützt den Grossen Gemeinderat bei der Aufsicht über die Verwaltung und den Stadtrat bei seiner Dienstaufsicht. Sie ist fachlich selbständig und unabhängig.

Die Kernaufgaben der Finanzkontrolle sind:

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons

Zu den Sonderaufgaben der Finanzkontrolle gehören:

- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Produkte

1 Städtische Finanzaufsicht

Wahrnehmung der Finanzaufsicht im Rahmen des obigen Auftrages.

2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Ausübung von externen Revisionsmandaten und Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht als Sonderaufgaben der Finanzkontrolle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz und Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 23.9.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt vom 10.10.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über die Haushaltskontrolle der Gemeinden vom 12.9.85

ZGB Art. 84 (Stiftungsaufsicht)

Stufe Stadt (GGR)

Verordnung über die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur vom 18. April 2005

Verantwortliche Leitung

Walter Hubmann (bis 31.12.09)

Georg Ludwig (ab 01.01.2010)

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit			
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	91	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:			
Externe Revisionsmandate in %	101	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	94	>95	100

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	694'785	742'956	709'421

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der tiefere Globalkredit ist vor allem auf die höheren Residualkostenbeiträge und die reduzierten Personalkosten zurückzuführen.

- Personalkosten: tiefere Einreihung bei der ab 1.1.2010 neu zu besetzenden Stelle Leiter-Stv.
- Sachkosten: Sachkosten aus interner Verrechnung neu enthalten (vorher unter "übrige interne Kosten" aufgeführt)
- Externe Erlöse: Abgabe von zwei Revisionsmandaten (Verein Standortförderung Winterthur, Gesellschaft für zentrale Wärmeversorgungsanlage Büelhofquartier), Wegfall eines Stiftungsaufsichtsmandates (Stiftung Konradhof Winterthur)
- Interne Erlöse: Höhere Residualkostenbeiträge der städt. Betriebe
- Veränderung parlamentarische Zielsetzung: Stiftungsaufsicht neu Kostendeckungsgrad 100 % (alt > 95 %)

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Personalkosten: Teuerungsausgleich, Stufenerhöhung, Leistungsanteil per 1.1.09 sowie neu 1.3 % Lohnabgabe an FAK ab 1.1.09
- Sachkosten: Sachkosten aus interner Verrechnung neu enthalten (vorher unter "übrige interne Kosten" aufgeführt)
- Externe Erlöse: Abgabe von drei Revisionsmandaten (GAIWO, Verein Standortförderung Winterthur, Gesellschaft für zentrale Wärmeversorgungsanlage Büelhofquartier), Wegfall von zwei Stiftungsmandaten (Stiftung zum Mandelbaum, Stiftung Konradhof)
- Interne Erlöse: Höhere Residualkostenbeiträge der städt. Betriebe

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	854'092	889'579	880'624
Sachkosten	22'416	20'000	13'990
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	48'051	48'100	48'200
Übrige interne Kosten	39'313	41'147	43'271
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>963'872</i>	<i>998'826</i>	<i>986'085</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	963'872	998'826	986'085
Externe Erlöse	31'017	17'800	13'600
Interne Erlöse	238'069	238'070	263'064
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>269'086</i>	<i>255'870</i>	<i>276'664</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	269'086	255'870	276'664
Total Nettokosten / Globalkredit	694'785	742'956	709'421
Kostendeckungsgrad in %	28	26	28

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	4.80	4.80	4.80
▪ Auszubildende			
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen
keine Bemerkungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

keine

Produkt 1 Städtische Finanzaufsicht**Leistungen**

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons.
- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	937'287	981'346	973'266
Erlös	242'563	238'770	263'764
Nettokosten	694'724	742'576	709'502
Kostendeckungsgrad in %	26	24	27

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	91	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Volumen des zu beaufsichtigenden Finanzhaushaltes in CHF:			
Laufende Rechnung	1.302 Mia.		
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	142 Mio.		
Investitionsrechnung Finanzvermögen	15 Mio.		
Bilanzsumme	1.736 Mia.		

Produkt 2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Leistungen

- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	26'207	17'479	12'819
Erlös	25'900	17'100	12'900
Nettokosten	307	379	-81
Kostendeckungsgrad in %	99	98	101

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kostendeckungsgrad externe Revisionsmandate in %	101	100	100
Kostendeckungsgrad gesetzliche Aufsichtsmandate in %	94	>95	100

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Revisionsmandate	6	6	4
Anzahl Aufsichtsmandate	14	13	12

IAFP Finanzkontrolle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	963	998	986	986	986	986
Erlös	269	255	276	277	277	277
Nettokosten/Globalkredit	695	743	709	709	709	709
Kostendeckungsgrad in %	28	26	28	28	28	28

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit						
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes:						
Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	91	90	90	90	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:						
Externe Revisionsmandate in %	101	100	100	100	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	94	>95	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

keine

Finanzamt

Auftrag

- Organisation des städtischen Rechnungswesens.
- Führung der Buchhaltung.
- Organisation des Controllings für den Stadtrat und die Verwaltung.
- Erstellung des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses.
- Einsitz in der Pensionskassenverwaltung.
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen.

Produkte

1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Das Finanzamt ist einerseits für die Bereitstellung und Betreuung der Software (CS/2) für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlich. Andererseits ist das Finanzamt für die Koordination und die Erstellung des Voranschlags, der Rechnung und der Finanzplanung zuständig.

2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Das Finanzamt übernimmt im Auftrag von der Stadt nahe stehenden Organisationen die Führung der Buchhaltung oder auch Beratungsmandate in finanziellen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz

Verordnung über den Gemeindehaushalt

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Qualitätssicherung Zufriedenheit des Stadtrats und des Gemeinderats bezüglich der zeit- und sachgerechten Buchführung und Zahlungsverkehr. <i>Messgrössen:</i> Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksamt genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine
2 Liquiditätsplanung Bereitstellung einer optimalen Liquidität <i>Messgrösse:</i> Höhe der durchschnittlichen Liquidität in Mio. CHF Durch das Finanzamt verschuldete Verzugszinszahlungen.	60 -	60 -	- keine
3 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	100	100	100

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	2'446'020	2'553'847	2'585'262

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der Globalkredit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund CHF 31'000 (1,2%) erhöht. Die Verschiebung einer Stelle vom Departementssekretariat Finanzen in das Finanzamt hat eine Erhöhung der Personalkosten und eine entsprechende Reduktion der 'übrigen internen Kosten' bewirkt. Die Kosten dieser Stelle wurden bis anhin via interne Umlagen dem Finanzamt belastet. Die Erhöhung des Sachaufwandes ist auf die Weiterentwicklung des CS/2 Informationssystems und des Controllings der Investitionsrechnung zurückzuführen.

Begründung zur Veränderung der parlamentarischen Zielvorgaben

Bisher wurde die Bereitstellung einer optimalen Liquidität mit einem festen Millionenbetrag angegeben. Diese Kennzahl hat sich nicht bewährt, da die Höhe der Liquidität den aktuellen Verpflichtungen der Stadt angepasst werden muss und Verpflichtungen je nach Investitionen stark variieren können.

Mit der neuen Messgrösse 'vermeiden von verschuldeten Verzugszinsen' wird das Finanzamt beauftragt, genügend finanzielle Mittel für die Verpflichtungen der Stadtverwaltung bereitzustellen und Verzugszinsen zu vermeiden. Die Messgrösse ist sinnvoller, effizient zu eruieren und von der Finanzkontrolle einfach zu überprüfen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Die Erhöhung des Globalkredits gegenüber der Rechnung 2008 ist insbesondere auf die Veränderungen der Lohnkosten zurückzuführen. Die Entwicklung der Personalkosten ist mit den gewährten Lohnanpassungen 2010 und der Verschiebung einer Stelle vom Departementssekretariat Finanzen in das Finanzamt erklärt. Die Zunahme der Kostenanteile der städtischen Betriebe an die Residualkosten konnte die Mehraufwendungen teilweise kompensieren.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	2'180'004	2'353'135	2'492'881
Sachkosten	660'669	648'250	699'361
Beiträge an Dritte	9'218	22'000	10'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	43'816	16'463	30'575
Mietkosten	126'825	126'800	140'400
Übrige interne Kosten	664'103	645'568	487'038
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'684'634</i>	<i>3'812'216</i>	<i>3'860'255</i>
Verrechnungen innerhalb PG	44'000	46'000	46'000
Total effektive Kosten	3'640'634	3'766'216	3'814'255
Externe Erlöse	268'411	288'200	278'600
Interne Erlöse	970'203	970'169	996'393
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'238'614</i>	<i>1'258'369</i>	<i>1'274'993</i>
Verrechnungen innerhalb PG	44'000	46'000	46'000
Total effektive Erlöse	1'194'614	1'212'369	1'228'993
Total Nettokosten / Globalkredit	2'446'020	2'553'847	2'585'262
Kostendeckungsgrad in %	33	32	32

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	15.78	15.78	16.50
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Bei der neuen Stelleneinheit handelt es sich um eine reine Stellenverschiebung vom Departementssekretariat Finanzen in das Finanzamt. Bis anhin wurden diese Kosten via interne Umlagen dem Finanzamt belastet.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010**Vom Jahr 2009 zur Weiterführung zu übernehmende Projekte**

- Weiterentwicklung Anlagebuchhaltung im Bereich der Tiefbauten
- Weiterentwicklung von Wov
- Vorbereitung von IPSAS (neue kantonale Rechnungslegung inklusive Anlagebuchhaltung) / HRM2
- Einführung eines neuen Reportingsystems im CS/2 (IS), welches den Zugriff auf alle Datenbanken des CS/2 in einem Bericht und auch auf andere Datenbanken erlaubt.
- Weiterentwicklung der Investitionsrechnung (erfassen der Daten, Reporting und Controlling)
- Mitarbeit im Projekt Zentrales Immobilienmanagement (ZIM)
- Online Verrechnung der Internen Fakturen in der Rechnungsabwicklung
- Weiterentwicklung von WoV
- Elektronische Archivierung von Daten im Rechnungswesen

Produkt 1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens**Leistungen**

- Organisieren des städtischen Rechnungswesens
- Führen der Buchhaltung
- Organisieren des Controllings
- Erstellen des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'621'026	3'766'216	3'814'255
Erlös	1'190'908	1'212'369	1'228'993
Nettokosten	2'430'118	2'553'847	2'585'262
Kostendeckungsgrad in %	33	32	32

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 1 und 2			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Projekte	12	10	10
Anzahl Mitberichte	285	300	300

Produkt 2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Leistungen

- Führen von externen Buchhaltungen
- Beratung der Pensionskassenverwaltung in finanziellen Angelegenheiten

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	44'000	46'000	46'000
Erlös	44'172	46'000	46'000
Nettokosten	-172	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 3			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl verrechneter Stunden	*	*	*

* Die Buchhaltungskosten werden pauschal verrechnet.

IAFP Finanzamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	3'640	3'766	3'814	3'844	3'844	3'844
Erlös	1'194	1'212	1'228	1'229	1'229	1'229
Nettokosten/Globalkredit	2'446	2'554	2'585	2'615	2'615	2'615
Kostendeckungsgrad in %	33	32	32	32	32	32

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	200	-184	-184	-184	-184	536
Bewilligt	120	-2'236	-401	20	0	0	0	2'737
Gesamt	120	-2'236	-201	-164	-184	-184	-184	3'273

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Qualitätssicherung Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksrat genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine
2 Liquiditätsplanung Durch das Finanzamt verschuldete Verzugszinszahlungen. Höhe der durchschnittlichen Liquidität in Mio. CHF (alte Messgrösse)	- 60	- 60	keine -	keine -	keine -	keine -
3 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. Messgrösse: Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	100	100	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Weiterentwicklung von WoV bis Ende der Legislaturperiode
- Evaluation der Möglichkeit zur Übernahme von Buchungsmandaten von kleinen Gemeinden
- Bei Annahme des Projekts Fokus durch das Volk und den Gemeinderat muss die Organisation des städtischen Rechnungswesens überdacht werden

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Einführung von IPSAS beziehungsweise HRM2 ist von den kantonalen Vorgaben abhängig. Das kantonale Gemeindeamt hat nun in Zusammenarbeit mit den Gemeinden gewisse Vorstellungen entwickelt. Der Prozess muss aber noch durch die politischen Instanzen. Daher ist es sehr schwierig abzuschätzen, wann diese Standards eingeführt werden. Zudem sind bei der Definition dieser Standards die Spielräume gross.

Informatikdienste (IDW)

Auftrag

Die Informatikdienste (IDW) sind die ersten und hauptsächlichen Informatik-Dienstleister der Stadtverwaltung. Sie beraten in allen Gebieten der Informatik, der Kommunikation und der Telefonie. Sie koordinieren und planen für die Stadtverwaltung. Sie realisieren Informatik- und Telefonieprojekte und betreiben Anwendungen. Damit sorgen sie für eine optimale Unterstützung der Geschäftsprozesse mit Informatikmitteln.

Produkte

1 Software & Consulting

Beschaffung, Entwicklung, Wartung und Unterhalt von Software, Optimierung von Geschäftsprozessen

2 PC-Benutzerservice

Information und Beratung; Beschaffung und Installation der Arbeitsplatzinfrastruktur, Support, Schulung

3 Kommunikation

Ausbau und Betrieb des städtischen Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

4 Rechenzentrum

Betrieb des Rechenzentrums, Vor- und Nachbearbeitung von Daten und Datenträger, Pflege der Datenbank- und Betriebssysteme, Webmastering für Intranet und Internet

5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Umsetzung und Überprüfung der Informatikstrategie, Informatik-Controlling, Flottenpolitik und Standards, departementsübergreifende Dienstleistungen auf dem Gebiet der IT (Informationstechnologie)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kantonales Datenschutzgesetz vom 6.6.93 (Inkraftsetzung am 1.1.95)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 7.12.94
- Kantonale Informatiksicherheitsverordnung vom 17.12.97

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Informatikstrategie 2005 (SRB Nr. 2006-0080 vom 18.01.2006)
- Rechenzentrumsleistungen für Gemeinden (SRB Nr. 2001-1931 vom 14.11.2001)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Informatikdienste vom Dezember 2000

Verantwortliche Leitung

Walter Ruprecht

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht* - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet. * ohne verwaltungsnahe externe Kunden wie Pensionskasse der Stadt Winterthur, Ombudsmann, Winterthur Tourismus, Friedensrichteramt, Standortförderung Region Winterthur. Dienstleistungen für diese Organisationen sind nur kostendeckend.	95.00 erfüllt 98.25	> 95 erfüllt > 99	>95 erfüllt >99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	90.00 94.20	mind. 85 mind. 90	mind. 85 mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der BenutzerInnen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	249'918	176'177	110'265

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Zusätzliche Stelle im Rechenzentrum (Gemeinden, Werke, externe Kundschaft). Wird über Einnahmen abgedeckt.
- Vermehrte Ausgaben für Dienstleistungen Dritter; für stadtinterne und –externe Projekte; werden den Auftraggebern verrechnet.
- Lizenzen (E-Learning, Fernwartung, PC-Inventar, Antivirus, Citrix usw.) und Wartungsgebühren.
- Beschaffung von Hard- und Software für interne und externe Kundschaft.
- Alle Mehraufwendungen werden durch interne und externe Einnahmen abgedeckt.
- Für das Projekt ICT Sek sind keine Aufwendungen budgetiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Personalkosten: zusätzliche 6 Stellen; 3 Stellen von Stadtwerk, 2 Stellen Rechenzentrum, 1 Stelle Kommunikation und Telefonie.
- Anschaffung Hard- Software, für neue externe Kunden .
- Vermehrt DL Dritter für Projekte der internen und externen Kundschaft.
- Zusätzliche Einnahmen von externen Kunden.
- Im Rahmen der Ablösung der alten Telefonzentralen und der Umstellung auf VoIP (Voice over IP, Internet-Protokoll-Telefonie) müssen durch die IDW auch 2010 neue Telefonendgeräte beschafft werden. Diese werden den städtischen Organisationseinheiten über interne Verrechnung weiterbelastet.
- Im 2008 tiefere Personalkosten im Bereich Software&Consulting da die Vakanz und die Übernahme der Stelle von Stadtwerk noch nicht besetzt wurden

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	6'184'347	7'367'891	7'722'354
Sachkosten	7'286'040	5'706'400	6'311'064
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	743'267	776'644	722'817
Mietkosten	831'960	806'200	793'900
Übrige interne Kosten	742'684	789'426	850'753
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'788'298</i>	<i>15'446'560</i>	<i>16'400'888</i>
Verrechnungen innerhalb PG	562'976	603'057	654'914
Total effektive Kosten	15'225'322	14'843'503	15'745'974
Externe Erlöse	2'295'481	1'658'000	1'831'800
Interne Erlöse	13'242'899	13'612'383	14'458'823
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'538'380</i>	<i>15'270'383</i>	<i>16'290'623</i>
Verrechnungen innerhalb PG	562'976	603'057	654'914
Total effektive Erlöse	14'975'405	14'667'326	15'635'709
Total Nettokosten / Globalkredit	249'918	176'177	110'265
Kostendeckungsgrad in %	98	99	99

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	42.75	48.45	49.35
▪ Auszubildende	5.00	5.00	5.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- von den 5 Auszubildenden ist 1 Praktikant von der Informatikmittelschule (4. Lehrjahr). Die Stelleneinheiten beinhalten zusätzliche Aushilfen (0.15%) für Drucken und Verpacken (Finanzierung durch Melde- und Zivilstandswesen und Gemeinden).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Bau eines Backup-Rechenzentrums. Das Vorprojekt zeigt, dass sich die ausgediente Zivilschutzanlage der städtischen Immobilien eignet. Nach dem Einbau der technischen Elemente 2011 wird sicher gestellt sein, dass bei einem totalen Ausfall des primären Rechenzentrums die wichtigsten Anwendungen innerhalb weniger Stunden wieder einsatzbereit sind. Auch können Ausfälle durch geplante Wartungsarbeiten oder Ausfälle durch Hardware-Störungen wesentlich verkürzt werden.
- Zur Optimierung der Netzwerkressourcen und für Synergien mit dem Schulnetz ICT-Sek wird auf dem Backbone-Netzwerk die MPLS-Technologie (Netzwerk-Virtualisierung) eingeführt. Der Backbone selber wird auf eine Bandbreite von 10Gbps angehoben.
- Die Ablösung der alten Hicom-Telefonzentralen durch moderne VoIP-Telefone wird fortgesetzt.
- Umsetzen der Registerharmonisierung mit neuer Sozialversicherungs-Nr., eidg. Gebäudeidentifikator EGID und Wohnungsidentifikator (EWID sowie Unterstützung der registerbasierten Volkszählung.
- Umsetzung und Realisierung Datenaustauschplattform (Schnittstellen-Projekt).
- Zusammen mit dem Stadtarchiv erarbeiten und umsetzen der Strategie für Records-Management und Langzeitarchivierung.
- Unterstützen der Sozialen Dienste bei der Beschaffung und Einführung einer neuen Fallführungssoftware.
- Fertigstellung der Umstellung des Internet-Portals Stadt Winterthur auf das neue Content-Management-System (CMS, Open-Source-Produkt).
- Überarbeiten des Konzepts von Client Management Strategien ab dem Jahr 2012.
- Weitere Projekte gemäss separater Projektplanung.

Produkt 1 Software & Consulting**Leistungen**

- Beschaffungsprojekte (Projektcoaching, -leitung und -abwicklung von Informatikvorhaben, Evaluation von Standard-Software)
- Entwicklungsprojekte (Entwickeln von Individual-Software)
- Wartung und Unterhalt von produktiven Applikationen
- Unterstützung der Verwaltungseinheiten bei der Optimierung von Geschäftsprozessen
- Konzeption und Umsetzung von Internetauftritten mit Integration in das Portal von Winterthur
- Koordination von eGov-Aktivitäten sowie Aufzeigen von Möglichkeiten und Einsatzgebieten von eGovernment

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'760'174	2'915'856	2'865'494
Erlös	2'608'743	2'767'271	2'812'895
Nettokosten	151'431	148'585	52'599
Kostendeckungsgrad in %	95	95	98

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Verrechenbarer Umsatz pro Mitarbeitende in CHF	185'773	200'000	200'000
Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	91.80	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl betreute Anwendungen	182	170	180
Stundensätze für interne Dienstleistungen			
▪ Beratung in CHF	150	150	150
▪ Realisierung in CHF	120	120	120
Stundensätze für externe Dienstleistungen (excl. MWST)			
▪ Beratung in CHF	170	170	170
▪ Realisierung in CHF	150	150	150

Produkt 2 PC-Benutzerservice

Leistungen

- Consulting (Information, Beratung und Unterstützung der Benutzenden in IT-Fragen. Konzipieren, beschaffen, installieren und integrieren der Arbeitsplatzinfrastruktur)
- Help-Desk und Support (Entgegennahme und Triage von Störungsmeldungen, Störungsbehebung, Eskalation)
- Betrieb, Überwachung, Wartung, Reparatur der Arbeitsplatzinfrastruktur
- Informatikkurse
- Standards und Richtlinien, Evaluationen und Vertragsverhandlungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'925'118	4'403'617	5'048'605
Erlös	5'108'326	4'579'582	5'374'249
Nettokosten	-183'208	-175'965	-325'645
Kostendeckungsgrad in %	104	104	106

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Während den Betriebszeiten eingehende Anrufe auf die Hotline werden bedient (in %)	74.80	> 80	> 80
Maximale Anzahl auf Voice Mail gesprochener Anrufe (in %)	7.28	5.00	5.00
Maximal aufgelegte Anrufe während den Betriebszeiten (in %)	24.57	10.00	10.00
Abgearbeitete Probleme innerhalb von 4 Arbeitstagen (in %)	> 80	> 80	> 80
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	93.80	mind. 85	mind. 85
Grad der Kundenzufriedenheit mit den besuchten Kursen (aufgrund Kursbeurteilung) in %	91.10	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl stadtweit installierte PC *	2'228	2'500	2'500
Anzahl installierte Schul-PC (Primarschulen)	1'090	1'200	1'200
Informatikschulung für Benutzende			
▪ Anzahl gestarteter E-Learningkurse **	352	500	500
▪ Anzahl Personen in E-Learningkursen	1'178	-	-
▪ Anzahl Person mit besuchten Kursen im E-Learn-Portal	0	120	> 85

* Bis 2008 direkt durch die IDW betreute PC-Clients. Ab 2009 inkl. Stadtwerke, Verkehrsbetriebe.

**Bis 2008 wurde die Anzahl der gestarteten E-Learningkurse ausgewiesen, ab 2009 die Anzahl der im Berichtsjahr abgeschlossenen E-Learningkurse.

Produkt 3 Kommunikation

Leistungen

- Ausbauen und Betreiben des verwaltungsweiten Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes
- Betreuen der Kundinnen und Kunden des Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'385'575	3'594'351	3'657'244
Erlös	3'652'582	3'758'071	3'709'304
Nettokosten	-267'006	-163'720	-52'060
Kostendeckungsgrad in %	108	105	101

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Verfügbarkeit Stadtnetz in %	100.00	> 99	> 99
Verfügbarkeit der 14 Knoten des zentralen Teilnehmervermittlungssystems in %	99.93	> 99	> 99
Störungsbehebung im Telefonnetz innerhalb 24 Stunden nach Meldung	96.76	> 90	> 90
Betriebsbereitschaft wieder hergestellt in %			
Abwicklung von Telefonmutationen innerhalb von 14 Tagen bzw. auf Termin (ohne externe Firmen) in %	>99	> 98	> 98

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Überwachter Betrieb	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30
Aufwand pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	50	51	52
Aufwand pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	31	34	27
Preis pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	40	40	35
Preis pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	30	30	30
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	92	mind. 85	mind. 85

Produkt 4 Rechenzentrum

Leistungen

- Betreiben eines sicheren Rechenzentrums
- Betreiben der im RZ installierten Server und Informatikapplikationen
- Betreiben der Gemeindesoftware NEST / ABACUS und weiterer Anwendungen für Gemeinden im Kanton Zürich
- Betreiben der Software IS-E und ABACUS für Technische Werke
- Evaluieren und beschaffen der zentralen Hardware und Betriebssysteme
- Webmastering für Intranet und Internet
- Pflegen der Datenbanksysteme
- Durchführen der Datensicherungen und Restores

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'120'810	3'987'737	4'249'546
Erlös	4'063'297	4'165'459	4'394'174
Nettokosten	57'513	-177'722	-144'628
Kostendeckungsgrad in %	99	104	103

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Systemverfügbarkeit			
▪ Anwendungen (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
▪ Server (Unix, Linux, Windows) (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
Interne Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	95.20	mind. 85	mind. 85
Externe Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	94.20	mind. 90	mind. 90

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl zentral und dezentral betreute Rechner			
▪ UNIX (AIX)	4	4	4
▪ Virtuelle Unix-Server	6	6	6
▪ Windows 2000 / 2003	118	80	70
▪ Virtuelle Server Windows 2000 / 2003	110	140	170
▪ Linux	20	25	30
Anzahl registrierte Benutzende	3'690	4'500	4'500

Produkt 5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Leistungen

- Umsetzen und laufende Überprüfung der Informatikstrategie
- Informatikcontrolling (Machbarkeits-, Projekt- und Nutzencontrolling), Reporting
- Definieren der verwaltungsweiten Flottenpolitik
- Übrige departementsübergreifende Dienstleistungen
 - Einsitz in verschiedenen Fachgremien
 - Behandlung von politischen Vorstössen
 - Evaluation und Adaption von neuen Technologien
 - Standards für Informatiksicherheit
 - Stufengerechtes Informationswesen
 - Internet (E-Government)
 - Intranet
- Submissionsunterstützung, Rahmenverträge mit den Lieferanten
- Leiten / Mitarbeiten in departementsübergreifenden Projekten
- Ausserordentliche Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	520'020	545'000	580'000
Erlös	0	0	0
Nettokosten	520'020	545'000	580'000
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die IDW erbringen Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung. Davon wird ein Grossteil der Kundschaft, d.h. den Ämtern, Bereichen und Betrieben, verrechnet. Es ist jedoch notwendig, eine Basis zu schaffen und zu pflegen, von der die ganze Stadtverwaltung profitieren kann. Diese Grundlagenarbeit kann nicht direkt einem bestimmten 'Owner' belastet werden. Es geht vor allem um strategische und departementsübergreifende Dienstleistungen sowie um 'Konzernregelungen'. Sie sind im Produkt 5 'Zentrale städtische Informatikdienstleistungen' zusammengefasst. Die Definition von Leistungsindikatoren ist hier äusserst schwierig. Deshalb wird darauf verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- geschätzter Zeitaufwand umgerechnet in Stelleneinheiten - Lehrverhältnisse	3 4*(1)	3 4*(1)	3 4*(1)
Kostenaufteilung in CHF:			
- Vorstudien und Konzepte - Intranet für die Stadtverwaltung - Gesamtstädtische Informatikstrategie; E-Gov. - Departementsübergreifende Dienstleistungen (siehe Beschreibung Produkt 5) - Datenschutz und Datensicherheit - Ausbildung von Lernenden (Basislehrjahr) - Stadtweite Archivlösung (Langzeitarchivierung und Aufbewahrung) - Datenlogistik, zentrale Datenhaltung - Registerharmonisierung und neue Sozialversicherungs-Nr. - Aufbau einer Plattform für Microsoft Office Sharepoint (MOSS) - Business-Intelligence	70'000 160'000 10'000 110'000 21'000 20'000 35'000 20'000 9'000 65'000 0	60'000 185'000 20'000 100'000 20'000 20'000 20'000 80'000 - 20'000 20'000	60'000 185'000 30'000 100'000 20'000 20'000 20'000 60'000 0 20'000 0

*) zusätzlich 1 Praktikumsstelle Informatikmittelschule 4. Lehrjahr

IAFP Informatikdienste (IDW)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	15'225	14'843	15'745	15'746	15'746	15'746
Erlös	14'975	14'667	15'635	15'636	15'636	15'636
Nettokosten/Globalkredit	250	176	110	110	110	110
Kostendeckungsgrad in %	98	99	99	99	99	99

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	11'375	0	290	1'000	1'975	1'900	3'000	3'210
Bewilligt	2'190	207	1'125	710	0	0	0	148
Gesamt	13'565	207	1'415	1'710	1'975	1'900	3'000	3'358

* Investitionsreserve = Volumen ./ . Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht* - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezüger kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet.	95.0	> 95	>95	>95	>95	>95
erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
98.2	> 99	>99	>99	>99	>99	>99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	90.0	mind. 85	mind. 85	mind. 85	mind. 85	mind. 85
94.2	mind. 90	mind. 90	mind. 90	mind. 90	mind. 90	mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der BenutzerInnen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Umsetzung und Abschluss der Registerharmonisierung / registerbasierter Volkszählung.
- Ausbreitung Geschäftsverwaltung iGeKo für Bereiche, Ämter und Betriebe.
- Erweiterung E-Government-Portal Stadt Winterthur.
- Ablösung Eigenentwicklung im Bereich Grundsteuern und Vermessungsamt durch Standardsoftware.
- Einführung und Realisierung der Fallführungssoftware im Departement Soziales.
- Überarbeiten der städtischen Informatikstrategie.
- Inbetriebnahme Backup-RZ im 2011.
- Projektierung Ersatz primäres Rechenzentrum im 2012; evtl. Realisierung ab 2013.
- Einführung Records-Management und Langzeitarchivierung
- Vorbereitung Entscheid für neues Client-Betriebssystem / Ablösen PC-Betriebssystem Windows XP inkl. Office.
- Projekte gemäss separater Projektplanung.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Informationssicherheit und Datenschutz werden bedeutender.
- Externer Zugriff auf städtische Anwendungen und Daten nimmt zu.
- E-Government entwickelt sich weiter.
- Departementsübergreifende Prozesse werden vermehrt elektronisch abgewickelt.

Steuerbezug

Auftrag

Im Rahmen der Steuergesetzgebung sind die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug der Stadt Winterthur zuverlässig und kundenfreundlich sicherzustellen.

Produkte

1 Steuern natürliche Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechtigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

2 Steuern juristische Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechtigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

3 Grundsteuern

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) und andere Gemeinden (Grundstückgewinnsteuerveranlagungen) sowie für berechtigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden (Verkehrswert- und Liegenschaftenbewertungsschätzungen).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Verordnung vom 13.11.1985 über Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3)
- Kantonales Datenschutzgesetz vom 06.06.1993 (Inkraftsetzung am 01.01.1995)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 07.12.1994
- Gesetz über die direkten Steuern vom 08.07.1951 bzw. Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Staats- und Gemeindesteuern vom 29.04.1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild des Steueramtes vom August 1991 / September 2000 / August 2005

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug werden wirtschaftlich erbracht <i>Messung / Bewertung:</i> - Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF - Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF - Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF <i>Messgrösse</i> Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	11.80 84.53 1'304.65	16.04 90.24 1'229.77	16.06 86.07 1'235.50
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlich: Kundenumfrage bei den im Steueramt persönlich Erschienenen, mit welcher die Verständlichkeit der Unterlagen, die Bedienungsqualität, die Erreichbarkeit, die Wartezeit sowie die Oeffnungszeiten der Dienststellen nachgefragt werden. <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	90	85	85
3 Steuergerechtigkeit Im Rahmen der Gesetzgebung werden alle Kundinnen und Kunden gleich behandelt <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen - Anzahl von Einspracheabweisungen - Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle - Anzahl neu gefundener Steuerfälle - Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle - Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	1'007 422 45 77 435'791 23	1'100 450 60 75 300'000 35	1'000 450 60 75 300'000 30

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	2'624'043	3'017'907	2'964'272

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Der Globalkredit 2010 kann gegenüber dem Vorjahr geringfügig reduziert werden. Dies ist möglich, da zwischen den differenzierenden Kostenarten entsprechende Kompensationen bei den Erträgen realisiert werden können.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Zur Erhöhung des Globalkredites tragen einerseits die Personalkosten mit den Lohnmassnahmen 2009 und 2010 für Aufholer/innen und der Neuverteilung der Kinderzulagen sowie andererseits die Kosten der Weiterentwicklungen resp. Aktualisierung der Entwicklungsplattform im Bereich der Informatik bei. Demgegenüber stehen Aufwandminderungen bei den Mietkosten und internen Verrechnungen sowie leichte Ertragssteigerungen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	6'104'778	6'338'090	6'497'520
Sachkosten	1'933'301	1'810'605	2'047'292
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	65'883	0
Mietkosten	418'681	422'300	360'100
Übrige interne Kosten	1'125'617	1'070'360	993'950
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'582'377</i>	<i>9'707'237</i>	<i>9'898'862</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'582'377	9'707'237	9'898'862
Externe Erlöse	6'843'686	6'570'500	6'817'500
Interne Erlöse	114'648	118'830	117'090
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'958'334</i>	<i>6'689'330</i>	<i>6'934'590</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'958'334	6'689'330	6'934'590
Total Nettokosten / Globalkredit	2'624'043	3'017'907	2'964'272
Kostendeckungsgrad in %	73	69	70

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	59.29	58.92	58.90
▪ Auszubildende	5.00	5.00	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	5.00	5.00	5.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- Ab Sommer 2009 wird erstmals eine Büroassistentin bei uns ausgebildet. Zusätzlich bleiben die 5 KV-Ausbildungsplätze bestehen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Detailanpassungen im Projekt EBPP (papierlose Rechnung und Zahlung).
- Modularerneuerungen der Informatiksoftware für die Verlustscheinbewirtschaftung und Quellensteuern
- Prüfung der Ablösung des Moduls für die Liegenschaftendatenbetreuung (GGS)
- E-Government mit interaktiven Möglichkeiten vorantreiben.
- Das zusammen konkretisierte Projekt e-Taxes des Kantons weiter unterstützen und vorantreiben.
- Aktueller Stand des elektronischen Steuerdatenaustausches mit dem Kanton sicherstellen.
- Die Zahl der Einschätzungen mit guter Qualität halten.
- Erkenntnisse aus dem Controlling der Kundenorientierung umsetzen.
- Die bestehenden und neuen kantonalen Projekte weiterhin aktiv mitgestalten.
- Den internen Ausbildungsstand der Mitarbeitenden weiter fördern und fordern.

Produkt 1 Steuern natürliche Personen**Leistungen**

- Prüfen und einschätzen von Steuererklärungen und Verrechnungsanträgen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren
- Inventarisierung im Todesfall

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	7'422'564	7'559'811	7'703'788
Erlös	6'693'009	6'449'424	6'687'154
Nettokosten	729'556	1'110'388	1'016'634
Kostendeckungsgrad in %	90	85	87

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzung, Steuerbezug und Inventarisierung, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	11.80	16.04	16.06
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug. Beanstandung der Steuerkontrolle in %	0.3	0.3	0.3

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen	61'832	61'300	63'300
Anzahl Pflichtige gemäss Quellensteuerverordnung I	8'530	8'000	8'700
Anzahl Fälle gemäss Quellensteuerverordnung II	804	880	830
Anzahl Inventarisationen	826	860	850
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	29'599	28'500	30'000
Anzahl Steuererklärungsfristerstreckungen (Anzahl Bewegungen)	20'145	17'000	20'000
Anzahl Betreibungen	2'689	3'000	2'800
Anzahl Einsprachen	1'338	1'300	1'300
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	7	9	8
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	489	550	530
Anzahl passive Steuerauscheidungen	210	250	240
Anzahl Steuerausweise	2'084	2'100	2'100
Anzahl Bescheinigungen Einbürgerungen	509	400	500

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 2 Steuern juristische Personen

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	457'438	465'035	474'908
Erlös	193'885	188'490	195'195
Nettokosten	263'552	276'545	279'713
Kostendeckungsgrad in %	42	41	41

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzungen und Steuerbezug, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	84.53	90.24	86.07
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug, Beanstandungen der Steuerkontrolle in %	0.3	0.3	0.3

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl steuerpflichtige juristische Personen	3'118	2'970	3'250
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	879	800	900
Anzahl Betreibungen	74	30	70
Anzahl Einsprachen	48	50	50
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	0	2	2
Anzahl aktive Steuerauscheidungen	168	130	150
Anzahl passive Steuerauscheidungen	41	40	45

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 3 Grundsteuern

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Handänderungssteuern
- Registerführung
- Steuerbezug
- Erstellen von Bestätigungen (Ausstehende Grundstückgewinn-/Handänderungssteuern)
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'656'751	1'682'391	1'720'166
Erlös	63'775	51'416	52'241
Nettokosten	1'592'976	1'630'975	1'667'925
Kostendeckungsgrad in %	4	3	3

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen (ohne Gesamtüberbauungen und Teilverkäufe von Stockwerkeigentum) sind innert 7 Monaten nach dem ordentlichen Abgabetermin der Steuererklärung beschlussfertig vorbereitet und fakturiert. in %	82	90	90
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen werden innert 10 Tagen nach Beschlussfassung fakturiert. in %	100	100	100
Die verbleibenden Einschätzungen der Grundstückgewinnsteuern und die Handänderungssteuern sind vor Ablauf der Verjährungsfrist zu fakturieren. in %	100	100	100
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuerfälle. Nettokosten pro steuerpflichtigem Fall. in CHF	1'304.65	1'229.77	1'235.50

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Grundstückgewinnsteuerfälle	1'221	1'300	1'350
Anzahl Handänderungen	1'364	1'300	1'300
Anzahl Mahnungen	279	300	250
Anzahl Fristerstreckungen von Steuererklärungen (Anzahl Kunden)	154	150	125
Anzahl Betreibungen	1	1	1
Anzahl Einsprachen / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern	1	3	2
Anzahl Rekurse / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern	1	1	1
Anzahl Beanstandungen	46	45	45
Anzahl Restanzen	1'277	900	800
Anzahl Pfandrechtseintragungen	0	1	0

IAFP Steuerbezug

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	9'582	9'707	9'898	9'989	10'109	10'199
Erlös	6'958	6'689	6'934	6'945	6'955	6'965
Nettokosten/Globalkredit	2'624	3'018	2'964	3'044	3'154	3'234
Kostendeckungsgrad in %	73	69	70	70	69	68

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Steuereinschätzungen und des Steuerbezugs						
▪ Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF	11.80	16.04	16.06	17.57	18.77	19.61
▪ Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF	84.53	90.24	86.07	86.92	87.36	87.35
▪ Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF	1'304.65	1'229.77	1'235.50	1'304.44	1'322.18	1'335.49
▪ Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	94	90	90	90	90	90
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	90	85	85	85	85	85
3 Steuergerechtigkeit						
▪ Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen	1'007	1'100	1'000	1'000	1'000	1'000
▪ Anzahl von Einspracheabweisungen	422	450	450	450	450	450
▪ Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle	45	60	60	60	60	60
▪ Anzahl neu gefundener Steuerfälle	77	75	75	75	75	75
▪ Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle	435'791	300'000	300'000	300'000	300'000	300'000
▪ Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren	23	35	30	30	30	30
▪ Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	58	59	55	55	55	55

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Anpassung der Entwicklungsplattform der Steuersoftwarelösung.
- Entwicklungsanpassungen im Scanzentrum je nach Stand des Projekte e-Tax vom Kanton.
- Die Standardisierung der Steuersoftware der Nestgemeinden Kanton Zürich mit der Stadt Zürich binden weitere Mittel.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Planungshorizont für die kantonalen Projekte Züri Primo (IT-Ausbau Kanton) ist immer noch bis ins 2015 ausgerichtet.
- Der Aufbau des kantonalen Steuerregisters wird neu überdacht. Die Auswirkungen für uns können noch nicht abgeschätzt werden. Schnittstellenanpassungen zwischen Züri-Primo und NEST können gegebenenfalls weiter Einfluss auf die Ablauforganisation und die Kosten haben.
- Das Scanzentrum Winterthur muss die laufenden Entwicklungen im e-Tax Bereich kritisch beobachten und allenfalls rechtzeitig Massnahmen einleiten.
- Die Mitwirkung in den kantonalen Projekten ist weiter anzustreben. Mögliche Entwicklungen sind so frühzeitig erkenn- und beeinflussbar.
- Die Vorstösse und Entwicklungen auf politischer Ebene sind soweit erkennbar, berücksichtigt.
- Die steigende Einwohnerzahl und die Entwicklung bei den juristischen Personen sind realistisch berücksichtigt.

Immobilien

Auftrag

Die Aufgaben des Bereich Immobilien lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben, interne Dienstleistungen und Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung unterteilen.

- Sicherstellung des städtischen Liegenschaftenverkehrs und der strategisch nachhaltigen Bewirtschaftung
- Beschaffung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Beschaffung von Räumen für die Bevölkerung
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Produkte

1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen

2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

3 Zentrale Dienste

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projektarbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Schweizerisches Obligationenrecht (OR)
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Landwirtschaftsgesetz vom 02.09.1979 (Ackerbaustelle/agrarpolitische Massnahmen)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung vom 26.11.1989
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 10.07.2006
- SRB-Nr. 98-0170 vom 28.01.1998 (Verrechnung von kalkulatorischen Mietzinsen und Nebenkosten)
- SRB-Nr. 2004-0354 vom 18.02.2004 (Konzept für das Liegenschaftenportefeuille im Finanzvermögen)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild Departement Finanzen
- Leitbild Immobilien
- Arbeitshandbuch und Prozessabläufe Immobilien

Verantwortliche Leitung

Erich Dürig / Beat Fehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Finanzvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte. Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der Pünkten sowie des Betriebes MZA.			
1 Wirkung / Effektivität ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	45	39	40
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	95	83	86
2 Leistung / Volumen ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens <i>Messgröße:</i> Buchwert Total per Stichtag in Mio. CHF Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser in Mio. CHF Buchwert subventionierter Wohnungsbau in Mio. CHF Buchwert Restaurantbetriebe in Mio. CHF Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe in Mio. CHF Buchwert Baurechtsgrundstücke in Mio. CHF Buchwert Unbebaute Grundstücke in Mio. CHF Buchwert unvollendete Bauten in Mio. CHF Buchwert überbewertetes Grundeigentum in Mio. CHF	331.5 160.9 6.6 21.4 6.3 29.7 87.9 13.2 5.5	332.0 154.3 6.6 23.0 9.3 29.3 88.5 8.0 13.0	343.3 160.0 6.6 22.0 7.0 29.7 82.0 23.0 13.0
3 Wirtschaftlichkeit ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	5.80	6.00	6.60
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	8.90	9.70	10.80
4 Kundenzufriedenheit ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen Anzahl der Schlichtungsfälle <i>Messgröße:</i> Anzahl der grundlosen Reklamationen und Schlichtungsfälle	0 2 2	0 5 5	0 5 5

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	12'922'816	-571'957	3'046'266

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der Voranschlag 2010 weist nach Bereinigung der einmaligen Buchgewinne (Ergebnisverschlechternd um 5.1 Mio.) eine leichte Verbesserung der Nettokosten auf.

Der Personalaufwand schliesst über dem Vorjahresniveau aufgrund der befristeten Doppelbesetzung der Abteilung Grundbuchgeschäfte (2010/2011) und der neu budgetierten Verwaltungsmitarbeiterstelle Projekt ZIM sowie der gesamtstädtischen Lohnmassnahmen.

Die Sachkosten, welche sich in Sach- und Abschreibungsaufwand gliedern, sind aufgrund des baulichen Unterhaltes für werterhaltende Investitionen aus Gesamtsanierungen (0.8 Mio.) unter dem Vorjahresniveau.

Die kalkulatorischen Zinsen sind aufgrund der Zinssatzreduktion von 3,75% auf 3,25% unter den letztjährigen Voranschlagswerten.

Die Miet- und übrigen internen Kosten konnten grundsätzlich auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Ertragsabnahme bei den externen Erlösen ist mehrheitlich auf reduzierte Buchgewinne (5,5 Mio.) zurückzuführen, welche jährlich einmalig in unterschiedlicher Höhe anfallen (Buchgewinne VO 2009 von 12,9 Mio. und Buchgewinne VO 2010 von 7,4 Mio.). Die Senkung des mietrechtlich relevanten Referenzzinssatzes von 3,5% auf 3,25% per 01.10.2009 und die damit verbunden Mietzinssenkungen wurden Ertragsmindernd in den Voranschlag 2010 eingerechnet.

Die internen Erlöse sind auf Vorjahresniveau.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Die ab 2004 umgesetzten WIN03-Massnahmen 18-21 schlagen sich im Voranschlag 2010 erneut, nach Bereinigung der jährlich einmalig in unterschiedlicher Höhe anfallenden Buchgewinn-Faktoren und der ebenso jährlich in unterschiedlicher Höhe anfallenden Aufwendungen der werterhaltenden Investitionen für Gesamtsanierungen, durch eine Verbesserung des Aufwandüberschusses nieder.

Die im Produkt 1 "Bewirtschaftung Finanzvermögen" angegliederte Übersichtstabelle "Grundeigentum im Finanzvermögen" zeigt die Zahlen pro Institution auf.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	4'235'249	4'488'935	4'781'323
Sachkosten	16'255'919	13'928'986	13'133'904
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	16'369'904	15'477'683	13'538'706
Mietkosten	1'118'700	1'100'600	1'135'200
Übrige interne Kosten	902'022	868'896	901'981
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>38'881'794</i>	<i>35'865'100</i>	<i>33'491'114</i>
Verrechnungen innerhalb PG	200'717	210'300	209'900
Total effektive Kosten	38'681'076	35'654'800	33'281'214
Externe Erlöse	17'832'457	28'309'687	22'235'678
Interne Erlöse	8'126'521	8'127'370	8'209'170
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>25'958'977</i>	<i>36'437'057</i>	<i>30'444'848</i>
Verrechnungen innerhalb PG	200'717	210'300	209'900
Total effektive Erlöse	25'758'260	36'226'757	30'234'948
Total Nettokosten / Globalkredit	12'922'816	-571'957	3'046'266
Kostendeckungsgrad in %	67	102	91

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	44.00	43.05	44.65
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
1,00 Stelleneinheiten Doppelbesetzung befristet für 2 Jahre (2010/2011) Abteilung Grundbuchgeschäfte. 0,60 Stelleneinheiten Projekt ZIM Verwaltungsmitarbeiter/in Finanzen/Controlling/Dienste.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Projekt ZIM (Zentrales Immobilienmanagement)
- Unterstützung Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe
- Konsolidierung Betriebsoptimierung MZA+

Produkt 1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	24'462'933	23'547'713	20'874'857
Erlös	15'879'933	26'477'997	20'744'588
Nettokosten	8'583'000	-2'930'284	130'269
Kostendeckungsgrad in %	65	112	99

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	2.3	0.6	0.8

Anstieg infolge Gesamtsanierungen an Wohnhäusern und umbaubedingter temporärer Schliessung Restaurant Goldenberg.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarischen Zielvorgaben' 1 - 3			
Liegenschaftenbestand Die Immobilien verwalten folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Wohn- und Geschäftshäuser			
- Wohnungsverträge	377	380	380
- Einfamilienhäuser	55	40	45
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	154	160	155
- Garagenverträge	111	112	111
- Parkplatzverträge	129	137	129
Subventionierter Wohnungsbau			
- Einfamilienhausverträge	23	23	23
- Garagenverträge	2	2	2
- Parkplatzverträge	21	21	21
Restaurants			
- Restaurants	11	11	11
- Wohnungsverträge	24	24	24
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	8	8	8
- Garagenverträge	0	0	0
- Parkplatzverträge	0	0	0
Landwirtschaftliche Pachtbetriebe			
- Bauernhöfe	10	10	10
- davon nach Bewirtschaftungsform "BIO"	1	1	1
- davon nach Bewirtschaftungsform "ÖLN"	9	9	9
Unbebaute Grundstücke			
- Land in ha	493	358	493
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	519	520	519
Baurechte			
- Baurechte für Wohnbauten	29	37	29
- Baurechte für Industriebauten	48	45	48
Verwaltungsmandate			
Liegenschaften der Pensionskasse			
- Wohnungsverträge	189	189	189
- Einfamilienhausverträge	8	8	0
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	3	3	3
- Garagenverträge	89	89	89
- Parkplatzverträge	44	44	44
Diverse städtische Objekte			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	55	55	55
- Restaurants	4	4	4
- Baurechte	7	7	7
- Parkplatzverträge	73	73	73
Inkassomandat für diverse städtische Objekte			
- Wohnungsverträge	141	145	141
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	19	19	19
- Garagenverträge	29	29	29
- Parkplatzverträge	94	94	94

Wert 2010	Überbewertetes Grundeigentum 01.01.2010	Unvollendete Bauten 01.01.2010	Total aktiviertes Grundeigentum 01.01.2010	Ertrag 2010	* in %	Int. Kapitalzins	Übriger Aufwand (Unterhalt, Verwaltung)	Soll 2010 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)	Ist 2008 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)
000	3'100'000	8'000'000	171'100'000	8'825'710	5.16	4'983'227	5'541'873	-1'699'390	-1'438'176
000	2'000'000	0	8'600'000	368'800	4.29	251'561	352'367	-235'128	-56'272
000	6'000'000	4'000'000	32'000'000	1'665'300	5.20	738'736	3'633'427	-2'706'863	-5'521'143
000	400'000	5'000'000	12'400'000	205'000	1.65	201'578	234'264	-230'842	-235'323
000	1'000'000	0	30'700'000	1'709'978	5.57	923'851	369'052	417'075	863'232
000	500'000	6'000'000	88'500'000	564'200	0.64	2'813'898	342'838	-2'592'536	-3'755'767
000	13'000'000	23'000'000	343'300'000	13'338'988	3.89	9'912'851	10'473'821	-7'047'684	-10'143'449
								7'400'000 -100'000 -382'585	
								-130'269	

Produkt 2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	13'489'875	11'496'968	11'731'568
Erlös	9'718'354	9'701'360	9'420'960
Nettokosten	3'771'522	1'795'608	2'310'608
Kostendeckungsgrad in %	72	84	80

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	0.4	0.1	0.2

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarische Zielvorgaben' 1 -3			
▪ Liegenschaftenbestand Die Immobilien verwalten folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Verwaltungsliegenschaften			
- Wohnungsverträge	9	9	9
- Benützungsverträge Stadtverwaltung	101	99	101
- Garagenverträge	24	24	24
- Parkplatzverträge	75	75	75
Betrieb Mehrzweckanlage			
- MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1	1
- Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	1	1	1
- Schiessanlagen (Ohrbühl, Wieshof)	1	1	1
- Objekte (Plätze, Parkplätze etc.)	13	13	13
Uebriege Liegenschaften			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	25	25	25
- Garagenverträge	5	5	5
- Parkplatzverträge	24	24	24
Püntenverwaltung			
- Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	723	720	723

Produkt 3 Zentrale Dienste

Leistungen

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	828'863	820'419	884'690
Erlös	277'444	257'700	279'300
Nettokosten	551'419	562'719	605'390
Kostendeckungsgrad in %	33	31	32

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Der Bereich Immobilien erbringt als Kompetenzzentrum diverse Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung: - Behandlung von politischen Anfragen - Leitung oder Einsitz in Projektorganisationen - Einsitz in verschiedenen Fachgremien - Dienstleistungen als Fachkompetenzzentrum			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte in CHF	551'419	514'959	610'334

IAFP Immobilien

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	38'681	35'654	33'281	33'231	32'971	33'061
Erlös	25'758	36'226	30'234	25'215	25'095	24'975
Nettokosten/Globalkredit	12'923	-572	3'046	8'016	7'876	8'086
Kostendeckungsgrad in %	67	102	91	76	76	76

- WIN03-Massnahme 18: Reduktion Aufwandüberschuss um jährlich 30' durch Verkauf von 10 EFH/Jahr
- Reduktion Buchgewinne ab 2011 (Wegfall KVA-Areal 3,9 Mio. und Schulhaus Wyden 1,0 Mio.)
- Reduktion Lohnaufwand ab 2012 (Ende Doppelbesetzung Abteilung GB 150')
- Fortführung von Gesamtsanierungen an Wohnhäusern im Finanzvermögen im jährlichen Volumen von ca. 3 Mio.

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	32'890	0	25'560	10'166	15'590	3'435	510	-22'371
Bewilligt	50'198	17'920	-16'785	6'783	80	0	0	42'199
Gesamt	83'088	17'920	8'775	16'949	15'670	3'435	510	19'828

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Finanzvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte. Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der Pünten sowie des Betriebes MZA.						
1 Wirkung / Effektivität Bewirtschaftung Finanzvermögen Messung / Bewertung: Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz 45 39 40 40 40 40	45	39	40	40	40	40
Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen Messung / Bewertung: Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz 95 83 86 86 86 86	95	83	86	86	86	86
2 Leistung / Volumen Bewirtschaftung Finanzvermögen Messung / Bewertung: Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens Messgrösse: Buchwert Total per Stichtag in Mio. CHF 331.5 332.0 343.3 343.3 343.3 343.3 Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser in Mio. CHF 160.9 154.3 160.0 160.0 160.0 160.0 Buchwert subventionierter Wohnungsbau in Mio. CHF 6.6 6.6 6.6 6.6 6.6 6.6 Buchwert Restaurantbetriebe in Mio. CHF 21.4 23.0 22.0 22.0 22.0 22.0 Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe in Mio. CHF 6.3 9.3 7.0 7.0 7.0 7.0 Buchwert Baurechtsgrundstücke in Mio. CHF 29.7 29.3 29.7 29.7 29.7 29.7 Buchwert Unbebaute Grundstücke in Mio. CHF 87.9 88.5 82.0 82.0 82.0 82.0 Buchwert unvollendete Bauten in Mio. CHF 13.2 8.0 23.0 23.0 23.0 23.0 Buchwert überbewertetes Grundeigentum in Mio. CHF 5.5 13.0 13.0 13.0 13.0 13.0	331.5	332.0	343.3	343.3	343.3	343.3
3 Wirtschaftlichkeit Bewirtschaftung Finanzvermögen Messung / Bewertung: Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz 5.8 6.0 6.6 6 6 6	5.8	6.0	6.6	6	6	6
Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen Messung / Bewertung: Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag Messgrösse: Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz 8.9 9.7 10.8 10 10 10	8.9	9.7	10.8	10	10	10

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
4 Kundenzufriedenheit						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung:						
Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen	0	0	0	0	0	0
Anzahl der Schlichtungsfälle	2	5	5	5	5	5
Messgrösse:						
Anzahl der grundlosen Reklamationen und Schlichtungsfälle	2	5	5	5	5	5

2 Leistung/Volumen:

Die geplante Buchwertabnahme von ca. 5 Mio./Jahr durch die WIN03-Massnahme 18-21 kompensiert sich durch neue Investitionen und Gesamtanierungen im Finanzvermögen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- Laufende Personalentwicklung durch situatives Anbieten von Weiterbildungsmöglichkeiten
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Projekt ZIM (Zentrales Immobilienmanagement)
- Unterstützung Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe
- Konsolidierung Betriebsoptimierung MZA+

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- WIN03-Massnahmen 18-21

Die Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles im Finanzvermögen durch Zu- und Verkäufe wird fortgesetzt.

- Buchgewinne aus Immobilienverkäufen

Im Mehrjahresvergleich der Produktgruppe-Nettokosten sind auch die einmaligen Erträge (Buchgewinne aus Arealverkäufen) aus den Immobilienverkäufen aufgeführt, welche im Produkt 1 separat ausgewiesen werden, was jeweils zu grösseren jährlichen Abweichungen führen kann.

Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Auftrag

Die Städtischen Allgemeinkosten bestehen aus den Sammelkonten für sämtliche städtischen Kosten, welche nicht eindeutig mittels Verrechnungen oder Umlagen an die Bereiche weitergegeben werden können. Es sind dies typischerweise Kosten wie z.B. Versicherungen, Pauschalkorrekturen oder Dividenden, Beiträge von eigenen Anstalten und Betrieben (Erlöse).

Da die städtischen Allgemeinkosten vollständig abhängig sind von den gesamten internen Verrechnungen und Umlagen, können sie nicht aktiv gesteuert werden. Aus diesem Grund sind keine Indikatoren für diesen Bereich definiert.

Die städtischen Allgemeinkosten sind zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, aber sie sind kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die städtischen Allgemeinkosten liegt beim Leiter des Finanzamts.

Produkte

Die städtischen Allgemeinkosten/Erlöse weisen nur ein einziges Produkt "Städtische Allgemeinkosten/Erlöse" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz

Verordnung über den Gemeindehaushalt

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	64,7	54	60
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	3,75	3.25	3.00
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	8,5	6.8	6.0

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	-9'596'099	-1'919'880	-5'209'991

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Abweichung des Globalkredits beträgt rund CHF - 3,3 Mio. Dieser Saldo setzt sich wie folgt zusammen:

- + CHF 0,1 Mio. Personalkosten: Die Pauschalkorrekturen (Lohnmassnahmen) wurden bis auf den Sozialstellenplan auf die Produktgruppen verteilt.
- + CHF 0,1 Mio. Sachkosten: Einerseits wurden die Passivzinsen um rund 3,5 Mio. reduziert und andererseits wurden die Abschreibungen um 3,6 Mio. erhöht.
- CHF 0,2 Mio. Beiträge an Dritte: Reduktion der Kosten der öffentlichen Beleuchtung
- CHF 4,9 Mio. Kalkulatorische Kosten: Tiefere interne Zinsen aufgrund der Anpassung des vom Kanton vorgeschriebenen Zinssatzes von 3,25% auf 3%. Im Weiteren tiefere Zinsen wegen den Veränderungen der Betriebsreserven und Spezialfinanzierungen.
- CHF 0,1 Mio. Übrige interne Kosten: unwesentliche Veränderung
- + CHF 0,5 Mio. Externe Erlöse: Dieser Saldo ergibt sich aus der Veränderung von verschiedenen Positionen. Siehe Tabelle 'Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen'
- + CHF 0,3 Mio. Interne Erlöse: Leichte Veränderung der Kalk. Erlöse.
- + CHF 1,1 Mio. Beiträge von Dritten: Abnahme der Ablieferung des Stadtwerks
- CHF 0,2 Mio. Rundungsdifferenzen

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Die gesamte Abweichung zum Globalkredit beträgt rund CHF + 4,4 Mio. Der Saldo setzt sich wie folgt zusammen:

- CHF 0,1 Mio. Personalkosten: Die Veränderung entsteht durch die Verteilung der Pauschalkorrekturen (Lohnmassnahmen).
- + CHF 12,7 Mio. Sachkosten: Höhere Zinsen von +2,0 Mio. wegen geplanter Kreditaufnahme, höhere Abschreibungen + 5,6 Mio., da mit einer Zunahme der Investitionen zu rechnen ist und transitorische Abgrenzung von +5 Mio. (werterhaltende Unterhaltskosten mit Mittel des Steuerfussausgleichs werden vom Zürcher Gemeindeamt in Frage gestellt (siehe auch externe Erlöse))
- CHF 0,2 Mio. Beiträge an Dritte: Tiefere Beiträge an die öffentliche Beleuchtung
- CHF 8,0 Mio. Kalkulatorische Kosten: Kalkulatorische Kosten: Tiefere interne Zinsen aufgrund der Anpassung des vom Kanton vorgeschriebenen Zinssatzes von 3,75% auf 3%. Im Weiteren tiefere Zinsen wegen den Veränderungen der Betriebsreserven und Spezialfinanzierungen.
- CHF 2,1 Mio. Externe Erlöse: Einerseits wird mit einem tieferen Anteil am Gewinn der Zürcher Kantonalbank gerechnet und andererseits musste im 2008 eine Rückstellung des Steuerfussausgleichs wegen strittiger Unterhaltskosten in der Höhe von 5 Mio. vorgenommen werden.
- + CHF 0,6 Mio. Interne Erlöse: Leichte Veränderung der kalk. Erlöse.
- + CHF 1,3 Mio. Beiträge von Dritten: Die Ablieferung des Stadtwerks hat sich um 0,3 Mio. vermindert. Im Voranschlag 2010 wird der Ertrag aus den Parkhäusern und Parkplätzen in deren Betriebsreserve eingelegt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	1'021'434	1'026'545	1'104'901
Sachkosten	56'511'184	69'138'308	69'205'000
Beiträge an Dritte	3'762'362	3'835'000	3'588'100
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	29'983'138	26'914'538	21'984'989
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	36'421	112'800	200
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>91'314'538</i>	<i>101'027'191</i>	<i>95'883'190</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	91'314'538	101'027'191	95'883'190
Externe Erlöse	4'904'928	7'483'620	7'033'444
Interne Erlöse	86'837'539	86'523'451	86'223'736
Beiträge von Dritten	9'168'170	8'940'000	7'836'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>100'910'637</i>	<i>102'947'071</i>	<i>101'093'181</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	100'910'637	102'947'071	101'093'181
Total Nettokosten / Globalkredit	-9'596'099	-1'919'880	-5'209'991
Kostendeckungsgrad in %	111	102	105

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Sachaufwand	-4'234'139	754'000	875'000
Passivzinsen	22'637'756	28'284'308	24'730'000
Abschreibungen	37'967'567	40'100'000	43'600'000
Einlagen in Versicherungsfonds	140'000		
Total Sachkosten	56'511'184	69'138'308	69'205'000
Vermögenserträge	1'039'053	740'000	700'000
Pauschalkorrektur der stadtweiten Entgelte		0	
Entgelte	180'505	45'000	45'000
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	3'483'709	6'700'000	6'000'000
Pauschalkorrektur Personalmassnahmen der gebührenfinanzierten Betriebe		-1'380	288'444
Entnahmen aus Versicherungsfonds	201'661		
Total externe Erlöse	4'904'928	7'483'620	7'033'444

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Siehe Produktgruppe Finanzamt

IAFP Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	91'314	101'027	95'883	102'642	112'375	122'320
Erlös	100'910	102'947	101'093	105'979	110'743	119'768
Nettokosten/Globalkredit	-9'596	-1'920	-5'210	-3'337	1'632	2'553
Kostendeckungsgrad in %	111	102	105	103	99	98

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen	64,7	54	60	60	60	60
Verwaltungsvermögen in Mio. CHF						
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	3,75	3.25	3.00	3.25	3.25	3.25
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	8,5	6.8	6.0	6.0	6.0	6.0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Siehe Produktgruppe Finanzamt

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Aufgrund des Nachholbedarfs an Investitionen erhöhen sich die künftigen Abschreibungen in den Planjahren.
- Die Erhöhung des Fremdkapitals, um die geplanten Investitionstätigkeiten zu finanzieren, wird die Jahresrechnungen 2011-13 zusätzlich belasten.
- Für die Lohnsteigerung ist in den Jahren 2011-13 jeweils mit einem 1% gerechnet. Das belastet den IAFP jährlich mit jeweils CHF 3 Mio. zusätzlichen Aufwendungen.

Steuern und Finanzausgleich

Auftrag

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" stellt die Einnahmen der Stadt in ihrer Gesamtheit und mit ihren Untergruppen dar.

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, sie ist aber kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" liegt beim Leiter des Steueramts (Einnahmen aus Steuern) und beim Leiter des Finanzamts (Einnahmen aus dem Finanzausgleich).

Produkte

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" weist nur ein einziges Produkt "Steuern und Finanzausgleich" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Finanzausgleichsgesetz vom 11.09.1966
- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Gemeindeordnung

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn, Leiter Steueramt
Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Steuern Steuerfuss in %	123	123	122

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	-431'980'847	-441'838'000	-471'944'083

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Steuern

- Die Steuererträge werden weiter steigen. Die Steigerung wird einerseits durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und andererseits durch die Anpassung des Steuerfusses etwas gedämpft. Die Zunahme betrachtet über alle Steuerarten entspricht 3.3% zum Vorjahresbudget. Die Gemeindesteuern zum kantonalen Maximalsatz betragen 122%.
- Bei den Grundstückgewinnsteuern darf mit einer moderaten Zunahme gerechnet werden, da einige gewinnbringende Geschäfte zum Abschluss anstehen.
- Eine generelle neue Liegenschaftenbewertung wird auf die Steuerperiode 2010 umgesetzt. Die aktuellen Informationen weisen aber daraufhin, dass bei für die Neubewertung nur bescheidene Wertberichtigungen zum Tragen kommen.

Finanzausgleich

- Der Beitrag des Steuerkraftausgleichs von CHF 70 Mio. erhöht sich gegenüber dem Voranschlag 2009 um CHF 10 Mio. Der Steuerfussausgleichsbeitrag beträgt neu CHF 50 Mio.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Steuern

- Die positive Entwicklungen des Steuerertrages wird durch die Finanz- und Wirtschaftskrise etwas gedämpft. Trotzdem werden die juristischen Personen einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung beisteuern.

Finanzausgleich

- Der Steuerfussausgleichsbeitrag wurde von CHF 36,4 Mio. (Rechnung 2008) auf CHF 50 Mio. erhöht. Die Abnahme des Steuerkraftausgleichsbeitrags gegenüber der Rechnung 2008 beträgt rund CHF 3,9 Mio. Im Voranschlag 2010 ist der Finanzausgleich mit CHF 120 Mio. budgetiert. Diese Entwicklung widerspiegelt auch die unterschiedliche Steuerentwicklung der Kantonsgemeinden.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	5'462'369	5'620'000	5'305'000
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'462'369</i>	<i>5'620'000</i>	<i>5'305'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'462'369	5'620'000	5'305'000
Externe Erlöse	437'443'215	447'458'000	477'249'083
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>437'443'215</i>	<i>447'458'000</i>	<i>477'249'083</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	437'443'215	447'458'000	477'249'083
Total Nettokosten / Globalkredit	-431'980'847	-441'838'000	-471'944'083
Kostendeckungsgrad in %	8'008	7'962	8'996

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Passivzinsen	1'830'881	2'120'000	1'920'000
Abschreibungen	2'963'398	2'800'000	2'700'000
Entschädigung für Dienstleistungen anderer Gemeinden	668'090	700'000	685'000
Total Sachkosten	5'462'369	5'620'000	5'305'000
Steuern	325'026'767	335'870'000	354'729'083
Vermögenserträge	2'150'367	2'850'000	2'520'000
Finanzausgleich	110'266'081	108'738'000	120'000'000
Total externe Erlöse	437'443'215	447'458'000	477'249'083

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Finanzausgleich

- Die Reform des Finanzausgleichs im Kanton Zürich ist von der Regierung verabschiedet worden und ist in der Beratung beim kantonalen Parlament. Die Stadt Winterthur begrüsst grundsätzlich das neue System. Allerdings ist der Ausgleich für die Zentrumslasten viel zu tief. Er deckt die effektiven Zentrumslasten von rund CHF 150 Mio. bei weitem nicht ab. Die Stadt Zürich erhält pro Einwohner circa 50 % mehr. Die Stadt Winterthur strebt den annähernd gleichen Betrag pro Einwohner an. Sollte dies nicht gelingen, müsste die Stadt Winterthur den neuen Finanzausgleich leider ablehnen.

IAFP Steuern und Finanzausgleich

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	5'462	5'620	5'305	5'305	5'305	5'305
Erlös	437'443	447'458	477'249	482'887	501'706	521'715
Nettokosten/Globalkredit	-431'981	-441'838	-471'944	-477'582	-496'401	-516'410
Kostendeckungsgrad in %	8'008	7'962	8'996	9'102	9'457	9'834

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Steuerfuss in %	123	123	122	122	122	122

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Steuern

- Beim Bund wird die Familienbesteuerung eventuell bereits im 2010 eher aber im 2011 zu einer Erleichterung führen. Die Auswirkungen der Steuergesetzrevision des Kantons und der Ausgleich der kalten Progression werden in den Jahren 2011 und 2012 zum Tragen kommen.
- Generell bleibt weiterhin ein starker Druck auf den Steuererträgen.

Finanzausgleich

- Siehe wesentliche Massnahmen und Projekte 2010.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Tiefbau

Auftrag

Die Verkehrswege, die Gewässer und die öffentlichen WC-Anlagen sind nach technischen, wirtschaftlichen, kundenorientierten und ökologischen Gesichtspunkten so zu bauen und zu betreiben, dass sie ihrem Zweck entsprechend sicher und für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können und deren Wert langfristig erhalten bleibt.

Produkte

1 Ingenieur Dienstleistungen

Kompetenzzentrum für Tiefbauten. Planung, Projektierung und Realisierung von Tiefbauvorhaben.

2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Baulicher Unterhalt von Strassen/Werterhaltung. Dienstleistungen für die Städtischen Werke und Dritte.

3 Strassenreinigung

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

4 Winterdienst

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

5 Strassensignalisation

Produktion, Stellen und Aufbringen im Auftrag der Polizei und Unterhalt.

6 Gewässerunterhalt

Bau und Unterhalt

7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Betrieb und Unterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Binnenmarkt vom 6.10.95
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15.09.03
- Submissionsverordnung
- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Strassenverkehrsordnung (VRO)
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Zugangsnormen Kanton Zürich
- Kantonale Signalisationsverordnung
- Kantonales Wasserwirtschaftsgesetz

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Richtlinien für die Ausführung von Unter- und Oberbau von Strassen, Wegen und Trottoirs.
- Verordnung über die Privatstrassen

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro m2 (relative Werte)	3.99	4.10	4.10
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Die direkten Ingenieurdienstleistungen für Verkehrs- und Kanalbauten sind den verursachenden Objekten zu belasten <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten <i>Messgrössen:</i> Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	103 80.7	100 76.0	100 76.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft (Bevölkerung) ist mit den Dienstleistungen der Produktgruppe Tiefbau zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Repräsentative Kundenumfrage 2007 2) Statistik Messung der Beschwerdehäufigkeit <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2007 Umfrage Resultat 79% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	Standard halten 6 3 7	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der Benützer und Benutzerinnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58 <i>Messgrössen:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten beim Winterdienst und bei der Behebung von gefährlichen Belagsschäden. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	97 1	95 0	95 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Die Verkehrswege, die Gewässer und öffentlichen WC-Anlagen werden so erstellt, betrieben und unterhalten, dass sie für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	9'757'752	12'123'248	20'147'328

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Der Globalkredit erhöht sich 2010 um rund 8 Mio. Franken auf 20.15 Mio Franken. Der Globalkredit wird hauptsächlich durch die Zunahme der kalkulatorischen Kosten von 8.8 Mio. Franken infolge Einführung der Anlagebuchhaltung (erstmalige Auswirkung im VO 2010) beeinflusst.
- Der Personalaufwand steigt gegenüber dem Vorjahr um rund Fr. 90'000.- auf 12.67 Mio. Franken. Der Anstieg steht vor allem im Zusammenhang mit der Lohnerhöhung 2010 von 0.7 %.
- Durch die äusserst zurückhaltende Budgetierung ist es gelungen, die Sachkosten im VO 2010 um Fr. 132'800.- gegenüber dem Vorjahr zu senken.
- Die internen Erlöse erhöhen sich im VO 2010 im wesentlichen durch den Ertrag Stadtbus Winterthur von Fr. 750'000.-, welche die Leistungen des Tiefbauamts für die Reinigung der Buswartehäuschen entschädigt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Die Personalkosten steigen zur Rechnung 2008 um Fr. 801'000.- auf Fr. 12'749'000.- an. Die Kostenzunahme setzt sich aus den Personalmassnahmen 2009 / 2010 (Teuerung / Stufenanstieg) und aus Stellenwiederbesetzungen im Verlauf des Jahres 2008 zusammen.
- Ein Systemwechsel bewirkt, dass die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen im VO 2010 erstmals umfassend auf den Produktgruppen budgetiert werden und somit einen Kostenanstieg von 8.8 Mio Franken verursachen.
- Die externen Erträge fallen im VO 2010 um rund Fr. 543'000.- tiefer aus als in der Rechnung 2008. Diese Abweichung wird im wesentlichen durch den gewonnenen Rechtsprozess zur Mehrwertsteuer im Jahr 2008 gegenüber der eidgenössischen Steuerverwaltung beeinflusst. Durch den Prozessgewinn konnte im Jahr 2008 die Rückstellung von Fr. 859'000.- aufgelöst und als ausserordentlicher Ertrag der Re 2008 gutgeschrieben werden.
- Bei den internen Erlösen werden im VO 2010 erstmals die Einnahmen von Stadtbus Winterthur ausgewiesen, welche Fr. 750'000.- ausmachen. Dies führt zu einem deutlichen Anstieg gegenüber der Rechnung 2008.
- Im VO 2010 fallen die Staatsbeiträge um rund 1 Mio. Franken geringer aus. Dieser Minderertrag ergibt sich aus der Umstellung auf die periodengerechte Verbuchung von Staatsbeiträgen. Dies bewirkte, dass in der Rechnung 2008 Staatsbeiträge von 2 Jahren enthalten waren.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	11'948'357	12'656'437	12'749'397
Sachkosten	8'542'950	8'578'402	8'445'609
Beiträge an Dritte	19'037	25'000	20'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	250'094	259'003	9'045'545
Mietkosten	167'730	186'587	163'457
Übrige interne Kosten	2'578'542	2'525'995	2'503'617
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>23'506'711</i>	<i>24'231'424</i>	<i>32'927'624</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	23'506'711	24'231'424	32'927'624
Externe Erlöse	6'143'741	5'588'841	5'600'758
Interne Erlöse	5'451'994	5'358'335	6'034'538
Beiträge von Dritten	2'153'225	1'161'000	1'145'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'748'959</i>	<i>12'108'176</i>	<i>12'780'296</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	13'748'959	12'108'176	12'780'296
Total Nettokosten / Globalkredit	9'757'752	12'123'248	20'147'328
Kostendeckungsgrad in %	58	50	39

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	134.10	133.10	134.70
▪ Auszubildende	5.00	5.00	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
2.00 Stelleneinheiten für die Umsetzung des neuen Reinigungskonzepts bei den Buswartehallen. Kostenneutral, da Finanzierung durch Stadtbussicher gestellt wird. Übertrag von 0.40 Stelleneinheiten an die Stadtentwässerung. Schaffung eines Ausbildungsplatzes Automobilfachmann/frau EFZ im Tiefbauamt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Planung und Realisierung Einzelprojekte Masterplan Stadtraum Bahnhof
- Projektierung und Bau Revierstützpunkt im Zusammenhang mit Werkhof Scheidegg (KVA)
- Inbetriebnahme Velostation Areal Milchküche (Stellwerk RailCity)
- Einführung des Q-Managementsystems F.E.E.
- Umsetzung Reinigungskonzept Buswartehallen

Produkt 1 Ingenieur-Dienstleistungen

Leistungen

- Planung und Projektierung von Tiefbauobjekten
- Fachliche Führung / Realisierung von Bauvorhaben
- Planung, Projektierung und Realisierung von überkommunalen Projekte vom Kanton gem. Strassengesetz (722.1 / 722.18)
- Beratung und Information von Bauherren und Bevölkerung
- Kompetenzzentrum Tiefbauten

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'722'877	2'370'178	2'184'585
Erlös	1'513'532	1'741'753	1'825'107
Nettokosten	209'344	628'425	359'477
Kostendeckungsgrad in %	88	73	84

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kostendeckungsgrad der Ingenieur Dienstleistungen der beeinflussbaren Projekte in %	80.7	76.0	78.0
Zustandsbericht der Strassen MSE, Anteil stark beschädigter Strassen mit notwendigen Massnahmen. Geringer oder gleich in %	5.1	5.0	5.0
Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten	7	10	10

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl ausgeführte Projekte im Strassenbau	13	15	15
Anzahl ausgeführte Projekte im Kanalbau	15	20	20
Anzahl abgerechnete Projekte, Verfügung Dept. Vorsteher	16	20	20
Anzahl abgerechnete Projekte, Bauausschuss	19	15	15

Produkt 2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Leistungen

- Das gesamte öffentliche Strassennetz und Kunstbauten kontrollieren und entsprechende Massnahmen veranlassen.
- Den Wert der Objekte durch entsprechende Bauarbeiten erhalten.
- Vorbeugende Instandhaltungsarbeiten ausführen.
- Kleinbauliche Aufträge von Privaten ausführen.
- Bauvorhaben submittieren, an Unternehmer vergeben und deren Ausführung kontrollieren.
- Grabenaufbrüche kontrollieren und instandstellen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	7'341'307	7'609'488	15'677'697
Erlös	6'851'818	5'346'206	5'115'475
Nettokosten	489'489	2'263'282	10'562'223
Kostendeckungsgrad in %	93	70	33

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Durch einen gezielten baulichen Unterhalt die Werterhaltung des öffentlichen Grundes sicherstellen.			
Keine Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58	1	0	0
Bei Grabenaufbrüchen einen Kostendeckungsgrad von 100% erreichen	102.9	100.0	100.0
Die Anzahl der berechtigten Reklamationen tief halten (max.)	6	10	10
Gefährliche Belagsschäden innerhalb 36 Std. beheben. Mindestens in %	96.0	95.0	95.0
Die Kosten für den baulichen Unterhalt tief halten (Kosten pro m2 unterhaltene Fläche) in CHF.	1.00	1.20	1.10
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für den Belagsunterhalt. Max. in %	16.6	20.0	20.0

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Strassenlänge in m	364'212	370'000	375'000
Gesamte zu unterhaltende öffentliche Strassenfläche in m2	3'056'153	3'046'000	3'060'000

Produkt 3 Strassenreinigung

Leistungen

- Manuelles und maschinelles Reinigen des öffentlichen Grundes.
- Öffentliche Papierkörbe leeren.
- Strassenentwässerung kontrollieren und instandhalten.
- Plätze und Strassen nach öffentlichen Veranstaltungen reinigen.
- Private Reinigungsaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	9'024'733	8'943'750	8'643'226
Erlös	3'376'540	3'277'853	3'185'891
Nettokosten	5'648'194	5'665'897	5'457'334
Kostendeckungsgrad in %	37	37	37

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Sauberkeit und Hygiene auf öffentlichem Grund sicherstellen. Bedürfniskonforme Reinigung der gesamten Strassenfläche Die Kundschaft (Bevölkerung) ist der Meinung, die Stadt Winterthur macht genug, um die Stadt sauber zu halten. Zustimmung: 77% Ja Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten Die Kosten der Reinigung auf tiefem Niveau halten in CHF. - Kosten pro m2 unterhaltene Fläche	Standard halten 3 2.39	Standard halten 10 2.20	Standard halten 10 2.40

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Alle Strassensammler innert 2 Jahren einmal leeren (Anzahl pro Jahr) Zu reinigende öffentliche Strassenfläche in m2	4'500 3'056'153	4'300 3'046'000	4'300 3'060'000

Produkt 4 Winterdienst

Leistungen

- Strassen, Rad- und Gehwege, Plätze und Treppen geh- und fahrsicher halten.
- Den öffentlichen Grund von grösseren Schneemengen freipflügen.
- Private Winterdienstaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'034'432	2'075'564	1'960'838
Erlös	761'075	739'897	721'658
Nettokosten	1'273'358	1'335'667	1'239'180
Kostendeckungsgrad in %	37	36	37

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Hauptstrassen und Strassen mit öffentlichem Verkehr innert 4 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	98.0	95.0	95.0
Das übrige Strassennetz innerhalb 12 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	100.0	95.0	100.0
Die Kosten des Winterdienstes auf tiefem Niveau halten Kosten pro m2 unterhaltene Fläche in CHF	0.60	0.65	0.65

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Gesamte öffentliche Strassenfläche in m2	3'056'153	3'046'000	3'060'000

Produkt 5 Strassensignalisation

Leistungen

- Bodenmarkierungen erneuern oder neu erstellen.
- Signalisationstafeln instandhalten und im Auftrag der Stadtpolizei neu erstellen.
- Signalisationen reinigen.
- Umsetzen von Tempo 30 Zonen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'032'887	1'787'927	1'876'302
Erlös	1'136'745	913'456	1'078'623
Nettokosten	896'142	874'471	797'679
Kostendeckungsgrad in %	56	51	57

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Strassensignalisation und Strassenmarkierung intakt halten und durch regelmässige Reinigungen stets sichtbar halten.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für die Strassenmarkierung. Max. in %	6.9	10.0	10.0

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Schlecht sichtbare Wegweiser und Tafeln instandsetzen in Stk.	2'012	1'600	2'100
Schlecht sichtbare Bodenmarkierungen erneuern in m	45'000	42'000	42'000

Produkt 6 Gewässerunterhalt

Leistungen

- Kies, Sandfänge und Rückhaltebecken leeren.
- Bachbetten reinigen, Gras mähen, Gebüsche zurückschneiden.
- Bauliche Massnahmen für den Hochwasserschutz treffen und realisieren.
- Periodisch Gewässerkontrollen durchführen und geeignete Massnahmen planen und ausführen.
- Sofortmassnahmen bei Ueberschwemmungen veranlassen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	714'760	817'748	1'179'054
Erlös	41'827	36'522	35'885
Nettokosten	672'933	781'226	1'143'169
Kostendeckungsgrad in %	6	4	3

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Hochwasserschutz an den öffentlichen Gewässern sicherstellen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kontrolle der 154 öffentlichen Gewässer, zweimal jährlich Gewässerböschungen einmal pro Jahr mähen	308 erfüllt	308 erfüllt	308 erfüllt

Produkt 7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Leistungen

- WC-Anlagen und Wartehallen kontrollieren, reinigen und instandhalten.
- Reparaturen ausführen oder veranlassen
- Durch geeignete Massnahmen die Anlagen möglichst sicher und invalidengerecht machen.
- Wartungsarbeiten für Dritte ausführen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	624'436	626'771	1'405'923
Erlös	56'145	52'489	817'657
Nettokosten	568'292	574'282	588'266
Kostendeckungsgrad in %	9	8	58

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Betrieb von sauberen und sicheren WC-Anlagen	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Realisierung von WC-Anlagen nach neuem Konzept	2	2	1
Umsetzung WC Konzept 2. Phase, Stilllegung, Rückbau, Umnutzung	1	0	0

Das Stilllegungsprogramm ist aus heutiger Sicht abgeschlossen

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die WC-Anlagen werden pro Jahr desinfiziert	4	6	6

IAFP Tiefbau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	23'506	24'231	32'927	33'028	33'078	33'128
Erlös	13'748	12'108	12'780	12'780	12'830	12'880
Nettokosten/Globalkredit	9'758	12'123	20'147	20'247	20'247	20'247
Kostendeckungsgrad in %	58	50	39	39	39	39

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	-54'676	0	3'663	4'670	6'877	7'678	5'830	-83'394
Bewilligt	179'623	28'188	11'501	9'094	13'508	16'767	11'510	89'055
Gesamt	124'947	28'188	15'164	13'764	20'385	24'445	17'340	5'661

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten CHF pro m2 (relative Werte)	3.99	4.10	4.10	4.15	4.20	4.25
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten. Messgrösse: Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	103 80.7	100 76.0	100 76.0	100 76.0	100 76.0	100 76.0
3 Kundenorientierung 1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2007 Umfrage Resultat 79% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	Standard halten 6 3 7	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10	Standard halten 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der BenutzerInnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen. Messgrösse: Einhaltung der Zeitlimiten. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58. Messgrössen: Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	97 1	95 0	95 0	95 0	95 0	95 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle. Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Gesamtanierung Tösstalstrasse, Seener- bis Oberseenerstrasse, inkl. neue Lichtsignalanlage Tösstal-/Kanzleistrasse
- Gesamtanierung Schaffhauserstrasse, Seuzacher- bis Feldwiesenstrasse, inkl. neue Lichtsignalanlage Feldwiesen-/Seuzacherstrasse
- Bahnhofplatz Nord: Instandstellung in Zusammenhang mit Neubau Stellwerk RailCity
- Sulzerallee, Bügel West bis Talackerstrasse: Ausbau und Neugestaltung
- Bahnhofplatz Süd: Neugestaltung und Instandstellung (Teilprojekt Masterplan Stadtraum Bahnhof)
- Knoten Neuwiesen-/Schützenstrasse und Neuwiesen-/Wülflingerstrasse: Umbau und Instandstellung (Teilprojekte Masterplan Stadtraum Bahnhof)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Entsorgung

Auftrag

Umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von festen und flüssigen Wertstoffen und Abfällen unter Beachtung des Kostendeckungs- und Verursacherprinzips.

Produkte

1 Stadtentwässerung

Ableitung des Abwassers aus dem Stadtgebiet zur ARA

Planung, Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen (exkl. ARA), sowie Aufsicht über die privaten Abwasseranlagen und die industriellen/gewerblichen Abwassereinleitungen.

2 Abfallentsorgung

Sammlung und Entsorgung der Siedlungsabfälle.

Abfallbewirtschaftung, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle, Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen

3 Deponie

Deponieren von Bauabfällen

Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen

Annahme von Kleinmengen brennbarer Abfälle aus Haushalten und Gewerbebetrieben

Deponieunterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Kantonales Abfallgesetz
- Eidgenössische Verordnung über Abwassereinleitungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EGSchG)
- Kantonale Verordnung über den Gewässerschutz
- Kantons Wasserwirtschaftsgesetz
- RRB Nr. 161/1991 Rechte und Pflichten zu Abwasser- und Abfallverhältnissen
- RRB Nr. 854/2004 Umsetzung vom generellen Entwässerungsplan (GEP)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VSE)
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Abfallentsorgung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements
- Abfall-Leitfaden

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr			
	1.80	1.80	1.80
	80.00	80.00	80.00
	140.00	140.00	140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Regelmässige Kundenumfrage; alle 2 Jahre ein Betrieb <i>Messgrösse:</i> Zufriedenheitsgrad in %	-	75	-
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	erfüllt 0	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. <i>Messung / Bewertung:</i> 2-Jährlicher GEP-Check mit AWEL <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung Fördern des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, trennen, verwerten, umweltgerecht entsorgen) <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der wieder verwendbaren Stoffe halten oder steigern <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze <i>Messgrösse:</i> Audit erfüllt	erfüllt 49.7 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt

Die Kundenumfrage im Frühjahr 2009 ergab einen Zufriedenheitsgrad von 94.9 %

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Die Produktgruppe Entsorgung setzt sich aus den Betrieben Stadtentwässerung, Abfallentsorgung und Deponie Riet zusammen. Alle diese Betriebe führen eine Betriebsreserve. Jährliche Schwankungen im Betriebsergebnis werden letztlich über die Reserven ausgeglichen. Der Globalkredit weist aus diesem Grunde immer einen Saldo von Fr. 0.- aus.
- Die Personalkosten fallen vor allem infolge einer neuen Stelle im Zusammenhang mit der Reinigung von Buswartehallen, dem Stufenanstieg 2010 und dem Übertrag von Stellenprozenten aus der PG Tiefbau höher aus.
- Bei den Sachkosten ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg von 3.65 Mio. Franken festzustellen. Dies ist hauptsächlich auf die Direktamortisationen bei der Deponie Riet und bei der Stadtentwässerung zurückzuführen.
- Die internen Kosten erhöhen sich infolge KVA Verbrennungsgebühren für Schreddergut. Das Material wird während des Baus der Ofenlinie 2 (KVA) bei der Deponie abgeliefert und danach an die KVA weitergeleitet. Die Kostenzunahme wird durch die Fakturierung des abgelieferten Schreddergutes an Dritte kompensiert (kostenneutral).
- Zunahme der externen Erlöse infolge Entnahmen aus der Vorfinanzierung zur Direktamortisation von Bauvorhaben sowie Ertrag aus der Annahme von Schredder.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Gegenüber der Rechnung 2008 werden die Personalkosten der Verwaltung Sammeldienst direkt belastet (bisher Umlagen KA 39). Zudem erhöhen sich die Personalkosten infolge Teuerung und Stufenanstiege im Voranschlag 2010.
- Die Sachkosten steigen gegenüber der Re 2008 um 3.4 Mio. Franken an. Dies ist hauptsächlich auf die Direktamortisationen bei der Deponie Riet und bei der Stadtentwässerung zurückzuführen.
- Gegenüber der Re 2008 steigen die budgetierten internen Kosten um Fr. 958'000.- an. Für den Kostenanstieg ist der Aufwand für das Schreddern von brennbarem Material in der Deponie verantwortlich. Dieser wird letztlich durch höhere externe Erlöse kompensiert.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	8'951'121	9'189'810	9'462'387
Sachkosten	16'572'454	16'295'988	19'951'710
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	359'289	359'290	311'075
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'825'711	2'262'165	2'212'083
Mietkosten	141'567	91'613	105'243
Übrige interne Kosten	8'915'551	9'155'203	9'873'119
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>36'765'694</i>	<i>37'354'070</i>	<i>41'915'617</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'234'448	4'247'000	4'260'000
Total effektive Kosten	32'531'246	33'107'070	37'655'617
Externe Erlöse	27'778'535	28'795'040	33'319'274
Interne Erlöse	8'987'159	8'559'029	8'596'343
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>36'765'694</i>	<i>37'354'069</i>	<i>41'915'617</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'234'448	4'247'000	4'260'000
Total effektive Erlöse	32'531'246	33'107'069	37'655'617
Total Nettokosten / Globalkredit	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	63.00	67.00	68.40
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 1.00 Stelle Mitarbeiter/in Kanalunterhalt für die zusätzliche Reinigung der Buswartehallen (ZVV)
- 0.40 Stelleneinheiten Übertrag aus der Hauptabteilung Verkehrswege an die Stadtentwässerung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Bau Regenbecken Seen
- Bau Regenbecken Schlosstal
- Einführung des Q-Managementsystems F.E.E.
- Planung und Projektierung Werkhof Scheidegg
- Deponie Riet, Etappe 7: Zwischennutzung als Installationsplatz A1/A7 (2009 - 2011)
- Sammeldienst: Umstellung auf Gebührensack
- Kehrichtsammlung: Pilotbetrieb mit Sammelpunkten und Unterflur-Containern
- Separatsammlungen: Fortschreitende Umrüstung gemäss Sammelstellenkonzept

Produkt 1 Stadtentwässerung**Leistungen**

- Dokumentation Kanalnetz
- Planung Werterhaltung und Funktionsverbesserungen öffentliches Kanalnetz und öffentliche Gewässer auf Grundlage GEP
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle Industrieabwasser (Abwasservorbehandlung), Führung Industriekataster
- Betrieb des Kanalnetzes gewährleisten durch Kontrolle, Unterhalt, Reinigung und vorbeugende Massnahmen
- Spezialbauwerke/Pumpwerke (inkl. APW Sennhof) unterhalten und betreiben
- Dienstleistungen für Strassenentwässerung, öffentliche Gewässer und Grundstücksentwässerungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	11'005'013	13'879'734	17'825'217
Erlös	11'005'013	13'879'734	17'825'216
Nettokosten	0	0	1
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Dokumentation - Ersterfassung Liegenschaftsentwässerung in GIS bis Jahr 2011 abgeschlossen. Jährliche Erfassung in %	15.0	15.0	15.0 1)
Funktionsverbesserung Kanalnetz: - Anzahl Eliminationen von grösseren, messbaren Fremdwasserquellen	1	1	1
Liegenschaftsentwässerung: - Anzahl Kanal-TV-Aufnahmen bei Hausanschlüssen	280	350	350
- Kundenzufriedenheit halten	erreicht	erreicht	erreicht
Industrieabwasser: Max. Anzahl Betriebsstörungen bei Spezialbauwerken	85.00	80.00	80.00
Anzahl Entlastungen und Rückstaus infolge Betriebsstörungen im Kanalnetz	0	0	0
Öffentliches Kanalnetz mit Kanal-TV aufnehmen und auswerten in %	3.0	5.0	5.0
Alle 5 Jahre öffentliches Kanalnetz reinigen in %	18.0	20.0	20.0

1) Erfassung Liegenschaftsentwässerung im GIS: Gesamthaft werden im Jahr 2010 ca. 85% erfasst sein.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Länge öffentliches Kanalnetz in km	334	330	320
Anzahl Spezialbauwerke/Pumpwerke	40	40	40

Produkt 2 Abfallentsorgung

Leistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle
- Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen, Annahme von Sonderabfällen
- Betrieb der dezentralen Sammelstellen, Häckseldienst
- Abfallbewirtschaftung, Gebührenadministration (inkl. Verwaltung Sackgebührenverbund)
- Sammeldienst Gemeinden

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	19'102'140	19'745'174	19'549'814
Erlös	19'102'140	19'745'174	19'549'815
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Förderung des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, Verwerten, umweltgerecht entsorgen)			
Prozentsatz der Wertstoffe an der Gesamtabfallmenge. Mind. in %	49.7	50.0	50.0
Der Abfall-Tourenplan wird zu 100% eingehalten, keine Tour fällt aus	erfüllt	100.00	100.00
Effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung			
Verursacherorientierte Finanzierung			
Gebühren Benchmark mit CH-Städten			
Ziel:			
Sackgebühr günstiger als Mittelwert CH-Städte in CHF	1.80	1.80	1.80
Grundgebühr Wohnung pro Jahr in CHF	80.00	80.00	80.00
Grundgebühr Einfamilienhaus pro Jahr in CHF	140.00	140.00	140.00

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Total gesammelte Abfallmengen in Tonnen	36'897	36'500	37'000
Abfallmenge pro EinwohnerIn in kg	365	365	365

Produkt 3 Deponie

Leistungen

- Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen
- Annahme von brennbaren Abfällen
- Deponieunterhalt
- Dienstleistungen für Dritte

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	6'658'538	3'729'161	4'540'583
Erlös	6'658'538	3'729'161	4'540'584
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kostendeckende Bewirtschaftung (Betrieb/Nachsorge) in %	100	100	100
Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Kontrolle durch AWEL	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Deponiertes Material in Tonnen	23'314	20'000	20'000
Annahme von brennbaren Abfällen in Tonnen	6'089	8'000	15'000

2009 - ca. 2012 wird die Deponie während des Umbaus der KVA als Hilfestellung mehr brennbare Abfälle annehmen (Anlieferungen von Handabladern und Shreddergut).

IAFP Entsorgung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	32'531	33'107	37'655	45'716	46'301	37'996
Erlös	32'531	33'107	37'655	45'716	46'301	37'996
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	34'690	0	10'590	15'600	21'620	26'550	14'000	-53'670
Bewilligt	27'780	38'421	-1'570	-480	2'050	0	0	-10'641
Gesamt	62'470	38'421	9'020	15'120	23'670	26'550	14'000	-64'311

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Soll 2009: Erwartete Subvention 3.5 Mio. Franken

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten. CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00	1.80 80.00 140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden. Messgrösse: Zufriedenheitsgrad in %	-	75.0	-	75	-	75
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	erfüllt 0.0	erfüllt 0.0	erfüllt 0.0	erfüllt 0	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung: Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie: Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze. Messgrösse: Audit erfüllt.	erfüllt 49.7 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Einführung der Neuerungen im Entsorgungsdienst: Unterirdische Sammelstellen, Ersatz Kehrichtsäcke durch Container.
- Stadtentwässerung: Laufende Erneuerung und Instandstellung des Abwassernetzes.
- Innensanierung von Grosskanälen, Planung und Bau der vier Regenbecken sowie von Entlastungskanälen gemäss Generellem Entwässerungsplan (GEP).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die Gebühren im Abfallbereich bleiben gleich. Infolge Umstellung auf den Gebührensack wird der Nettoertrag aus den Sackgebühren leicht sinken.
- Die neue Kartontour verursacht höhere Kosten: Es müssen drei Personen eingestellt und ein Kehrichtfahrzeug beschafft werden. Diese Massnahmen belasten in Zukunft die Abfallrechnung.
- Durch die Kartonsammlung wird der Anteil verwertbarer Abfälle um 1 - 2 % steigen.
- Deponie: Während des Umbaus der KVA (2009 - ca. 2012) wird als Hilfestellung mehr brennbarer Abfall (Anlieferungen Handblader und Schreddermaterial) auf der Deponie angenommen, geschreddert und anschliessend der KVA zur Verbrennung zugeführt. Die Vorbehandlung der zu erwartenden Menge von ca. 7'000 Tonnen/Jahr ist nötig, weil während dem Umbau der Schredder der KVA nicht in Betrieb ist.
- Stadtentwässerung: Die Werterhaltungsmassnahmen im Kanalbau werden gegenüber den letzten Jahren erhöht.

Vermessung

Auftrag

- Nachführung und Unterhalt des amtlichen Vermessungswerkes der Stadt Winterthur
- Bauvermessung, Umsetzung der gesetzlichen geometrischen Vorgaben im Hoch- und Tiefbau
- Betrieb der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW)
- Geoinformationsdienstleistungen für städtische und private Stellen
- Plan- und Datenausgabe für städtische und private Bedürfnisse
- Strassenbenennung
- Gebäudeadressierung

Produkte

Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung, Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und der Grundeigentümer, abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen, baupolizeiliche Vermessung, Spezialvermessungen und Terrainaufnahmen

Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Erneuerung des Fixpunktnetzes, Neuvermessungen, Neustrukturierung und Ergänzung der Grundstücksregister, Revision des Inhaltes der amtlichen Vermessung (AV93), Nachführung des Übersichtsplanes

Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Geschäftsführende Stelle des GIS-Winterthur, Betrieb der zentralen Infrastruktur des GIS-Winterthur, Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der GIS-Daten, Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen, Betrieb einer Auskunftsstelle, Plan- und Datenausgabe, Strassenbenennung, Gebäudeadressierung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- Bundesgesetz über Geoinformation vom 5. Oktober 2007 (Geoinformationsgesetz, GeoIG); SR 510.62
- Verordnung vom 21.05.2008 über Geoinformation (Geoinformationsverordnung, GeoIV); SR 510.620
- Verordnung vom 21.05.2008 über die geografischen Namen (GeoNV); SR 510.625
- Verordnung vom 09.09.1998 über die Reproduktion von Daten der amtlichen Vermessung (RDAV); SR 510.622
- Verord. des EJPD vom 09.09.1998 über die Repr. von Daten der amtlichen Vermessung (RDAV-EJPD); SR 510.622.2
- Art. 950 Abs. 2 des Zivilgesetzbuches (ZGB); SR 210
- Verord. der Bundesversammlung vom 06.10.2006 über die Finanzierung der amtlichen Vermessung (FVAV); SR 211.432.27
- Verordnung vom 18. November 1992 über die amtliche Vermessung (VAV); SR 211.432.2
- Technische Verordnung des VBS vom 10. Juni 1994 über die amtliche Vermessung (TVAV); SR 211.432.21
- Verordnung vom 21.05.2008 über die Ingenieur-Geometerinnen und Ingenieur-Geometer (GeomV); SR 211.432.261

Stufe Kanton

- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 17. Dezember 1997; LS 255
- Gebührenverordnung über Vermessungsdaten vom 18. Juli 2001; LS 255.1
- Technische Weisungen des Amtes für Raumordnung und Vermessung (ARV)
- PBG, Bauverfahrensverordnung (Anforderungen an die Grundlagen für Baubewilligungen und die Bauvermessung)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Gewinnung von Geoinformation (Geoinformationsverordnung) vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Geoinformationsstrategie vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Verordnung über die Strassenbenennung und die Gebäudenumerierung vom 9. Dezember 1983
- Verträge zwischen Geodateieigentümern resp. -nutzern und dem Vermessungsamt

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgabe des Departements

Verantwortliche Leitung

Herr Daniel Kofmel

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %. <i>Messung / Bewertung:</i> Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag (betriebliches Rechnungswesen)	112	100	100
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. <i>a) Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der zufriedenen oder sehr zufriedenen Kundschaft <i>b) Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	89	-	85
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine <i>Messgrösse:</i> - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle. - Der Internetstadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert. - Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor. - Im Intranet ist ein Liegenschaftsblatt abrufbar, das grundstückbezogen alle wesentlichen Geoinformationen (Karten und Sachdaten) "auf einen Blick" darstellt. - Elektronisierung der Leitungskatasterzirkulation (Beglaubigung der Werkleitungseinträge) mit dem Ziel einer rascheren Plan- und Datenabgabe. - Die Arbeiten zur Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadt kern (Dienstanweisung Los 36) sind abgeschlossen und beim Kanton zur Verifikation angemeldet. - Die Arbeiten zur Gebäudeharmonisierung in der amtlichen Vermessung (Dienstanweisung Los 37) sind abgeschlossen und beim Kanton zur Verifikation angemeldet. - Die Wohnungen sind erhoben und stehen für die Volkszählung 2010 zur Verfügung.	erfüllt	erfüllt	-
	erfüllt		-
	erfüllt		-
	erfüllt		-
		erfüllt	
		erfüllt	
			erfüllt
			erfüllt
			erfüllt

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	494'114	859'633	768'072

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Höhere Personalkosten infolge Aufstockung des Stellenplans um 50 Stellenprozente und Stufenanstieg 2010 von 0.7 %.
- Tiefere Sachkosten infolge Finanzierung des Qualitätsmanagements aus der WoV-Reserve sowie Minderaufwand bei der Beschaffung sowie beim Ersatz von Hard- und Software.
- Höhere externe Erträge aufgrund der voraussichtlichen Auftragslage im Jahr 2010.
- Geringere interne Erlöse weil die Digitalisierung der Hausanschlüsse des öffentlichen Kanals weitgehend abgeschlossen ist und darum der Auftrag der Siedlungsentwässerung ausläuft.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Höhere Personalkosten infolge der Personalmassnahmen 2009 und 2010 (Teuerung / Lohnerhöhung), höheren Beiträgen an die Rententeuerung, neuer Praktikumsstelle, Wiederbesetzung freier Teilzeitpensen sowie der Aufstockung des Stellenplans mit 50 Stellenprozenten.
- Tiefere Sachkosten aufgrund der im Jahr 2008 getätigten ausserordentlichen Fahrzeugbeschaffung, sowie geringerem Aufwand für Mobiliar-, HW- und SW-Anschaffungen.
- Höhere kalkulatorische Kosten resultieren aus den Investitionskrediten für die Projekte Gebäudestamm Winterthur, Erneuerung Geografisches Informationssystem sowie Wohnungserhebung für die Volkszählung 2010.
- Höhere Beiträge von Dritten weil im Jahr 2008 aufgrund der geringen Arbeitsleistung im Rahmen der Dienstanweisungen Los 36 und 37 kein Staatsbeitrag fällig wurde.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	2'266'601	2'366'744	2'473'361
Sachkosten	644'592	611'788	569'937
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	100'104	191'100	195'086
Mietkosten	172'890	173'100	174'800
Übrige interne Kosten	98'768	74'600	79'488
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'282'955</i>	<i>3'417'333</i>	<i>3'492'672</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'282'955	3'417'333	3'492'672
Externe Erlöse	1'809'399	1'528'100	1'711'700
Interne Erlöse	979'441	969'600	939'200
Beiträge von Dritten	0	60'000	73'700
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'788'841</i>	<i>2'557'700</i>	<i>2'724'600</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'788'841	2'557'700	2'724'600
Total Nettokosten / Globalkredit	494'114	859'633	768'072
Kostendeckungsgrad in %	85	75	78

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.00	16.00	16.50
▪ Auszubildende	5.00	5.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- Zunahme von 0,5 Stelleneinheiten Geomatikingenieur/in für Aufgaben wie:
Revision des städtischen Fixpunktnetzes und anschliessender Transformation des gesamten städtischen Vermessungswerkes in den neuen Bezugsrahmen der Landesvermessung 1995. Aufbau und Betrieb eines Qualitätsmanagementsystems. Bereitstellung Gebäudestamm Winterthur für Volkszählung 2010. Elektronisierung Baubewilligungsverfahren.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Die Arbeiten gemäss den Dienstanweisungen Los 36 (Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadt kern) und Los 37 (Gebäudeharmonisierung) sind abzuschliessen und zur Verifikation anzumelden.
- Nach Bereinigung der Gebäudedaten in den verschiedenen Registern sind im Hinblick auf die registerbasierte Volkszählung 2010 die Wohnungsdaten zu erheben und mit den betroffenen Registern zu verknüpfen. Dieses Projekt muss in enger Zusammenarbeit und im Gleichschritt mit Kanton, der Post und weiteren städtischen Dienststellen umgesetzt werden.
- Gestützt auf das Grobkonzept zur Revision des städtischen Fixpunktnetzes und Überführung des Vermessungswerkes in den neuen Bezugsrahmen der "Landesvermessung 1995" ist mit dem Kanton eine Vereinbarung über das weitere Vorgehen zu treffen und auf der Grundlage von gezielten Feldmessungen das Detailkonzept sowie die entsprechende Dienstanweisung vorzubereiten.
- Die Einführung der neuen GIS-Softwaregeneration von Autodesk und die damit verbundene Ablösung des heutigen städtischen Geografischen Informationssystems mit allen Anwendungen und Schnittstellen ist Schrittweise umzusetzen. Der Fortschritt richtet sich nach dem Reifegrad der neuen Softwarekomponenten. Mit einem Abschluss wird in den Jahren 2011 oder 2012 gerechnet.
- Die elektronische Schnittstelle "amtliche Vermessung - Grundbuch" wird in Zusammenarbeit mit den Notariaten eingeführt, sobald das städtische GIS diese verlässlich unterstützt.
- Um der Situation eines Totalausfalls des Geografischen Informationssystems besser begegnen zu können, ist ein Notfallkonzept auszuarbeiten.
- Der Internet-Stadtplan im Portal Winterthur wird, unter Berücksichtigung neuer Bedürfnisse und technologischer Möglichkeiten vollständig überarbeitet und erneuert.
- Privaten soll über das Internet ein passwortgeschützter Zugriff auf Daten der amtlichen Vermessung sowie des Leitungskatasters angeboten werden.

Produkt 1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge**Leistungen**

- Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung
- Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und des Grundeigentümers
- Abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen
- Allgemeine Ingenieurvermessung und Terrainaufnahmen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'262'782	1'236'479	1'405'551
Erlös	1'419'843	1'223'395	1'403'737
Nettokosten	-157'061	13'084	1'814
Kostendeckungsgrad in %	112	99	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Kostendeckungsgrad in % - Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	112 100	100 100	100 100

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honorarsätze (ohne Drittleistungen) in CHF	1'231'739	1'250'000	1'250'000

Produkt 2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Leistungen

- Unterhalt und Pflege der Bestandteile der amtlichen Vermessung
- Unterhalt und Erneuerung des Fixpunktnetzes
- Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadt kern
- Periodische Nachführung der amtlichen Vermessung
- Unterhalt der Grundstücksregister

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	450'283	692'939	585'172
Erlös	39'978	134'870	152'302
Nettokosten	410'305	558'069	432'870
Kostendeckungsgrad in %	9	19	26

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Ein Grobkonzept zur Einpassung der städtischen Geodaten in das revidierte übergeordnete Fixpunktnetz liegt vor. - Einführung der elektronischen Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch - Im Rahmen der Ersterhebung sind im Altstadt kern 6 Pläne für das Grundbuch aufgearbeitet. - Die Arbeiten zur Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadt kern (Dienstanweisung Los 36) sind abgeschlossen und beim Kanton zur Verifikation angemeldet. - Die Arbeiten zur Gebäudeharmonisierung in der amtlichen Vermessung (Dienstanweisung Los 37) sind abgeschlossen und beim Kanton zur Verifikation angemeldet. - Entlang der Gemeindegrenze sind die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur mit den umliegenden Gemeinden abzugleichen.	nicht erfüllt	erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Arbeitsleistung auf Basis der kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen) in CHF	526'450	640'000	670'000

Produkt 3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Leistungen

- Betrieb der Infrastruktur für das GIS-Winterthur
- Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der GIS-Daten
- Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen
- Betrieb einer Auskunftstelle
- Gebäudeadressierung, Strassenbenennung
- Plan- und Datenausgabe
- Datenbearbeitung und -verwaltung für Dritte
- Diverse Verwaltungsaufgaben

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'557'977	1'487'915	1'501'949
Erlös	1'328'620	1'199'435	1'168'561
Nettokosten	229'357	288'480	333'388
Kostendeckungsgrad in %	85	81	78

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Technologische Entwicklung:			
▪ Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle.	erfüllt		
▪ Der Internet-Stadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert.	erfüllt		
▪ Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor.	erfüllt		
▪ Im Intranet ist eine Informationsplattform zur Geoinformationsverarbeitung eingerichtet.	teilweise erfüllt		
▪ Die zentralen Betriebskosten der Geodateninfrastruktur Winterthur werden nach einem neuen Verrechnungs- und Finanzierungsmodell veranschlagt, das einer angemessenen Entlastung der Datenproduzenten von den allg. Betriebskosten Rechnung trägt.	erfüllt		
▪ Ein Pflichtenheft zur Ablösung des Internetstadtplanes im Portal Winterthur liegt vor.		erfüllt	
▪ Im Intranet ist ein Liegenschaftsblatt abrufbar, das grundstückbezogen alle wesentlichen Geoinformationen (Karten und Sachdaten) "auf einen Blick" darstellt.		erfüllt	
▪ Elektronisierung der Leitungskatasterzirkulation (Beglaubigung der Werkleitungseinträge) mit dem Ziel einer rascheren Plan- und Datenausgabe.		erfüllt	
▪ Die Wohnungen sind erhoben und stehen für die Volkszählung bereit.			erfüllt
▪ Der Internet-Stadtplan im Portal Winterthur ist erneuert.			erfüllt
▪ Die Internet-Anwendung TössGIS mit Themenschwerpunkt Naherholung ist online.			erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Arbeitsleistung aufgrund kantonaler Honoraransätze (ohne Drittleistungen, Amortisation und Zinsen) in CHF			
▪ GIS Betriebsführung	338'989	450'000	390'000
▪ Datenausgabe, Auskünfte, Dienstleistungen und allgemeine Verwaltungsaufgaben	845'029	650'000	780'000

IAFP Vermessung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	3'282	3'417	3'492	3'493	3'493	3'543
Erlös	2'788	2'557	2'724	2'725	2'561	2'561
Nettokosten/Globalkredit	494	860	768	768	932	982
Kostendeckungsgrad in %	85	75	78	78	73	72

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	1'740	0	200	960	610	400	150	-580
Bewilligt	1'350	1'241	0	0	0	0	0	109
Gesamt	3'090	1'241	200	960	610	400	150	-471

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %.	112.0	100.0	100.0	100	100	100
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. a) <i>Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden b) <i>Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	89.0	-	85.0	-	85	-
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. Wichtige Meilensteine: - Die Nachführung der harmonisierten Gebäudedaten der amtlichen Vermessung und des GWR-ZH erfolgt zeitnah und synchronisiert in einem vernetzten Umfeld über eine elektronische Schnittstelle. - Der Internetstadtplan ist überarbeitet. Die Bedienung wird benutzerfreundlicher und das Datenangebot verbessert. - Ein Konzept zur Inbetriebnahme des von der Firma Autodesk vollständig erneuerten und auf künftige Technologiestandards ausgerichteten Geografischen Informationssystems "Topobase" liegt vor. - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Elektronisierung der Leitungskatasterzirkulation (Beglaubigung der Werkleitungseinträge) mit dem Ziel einer rascheren Plan- und Datenausgabe. - Im Intranet ist ein Liegenschaftsblatt abrufbar, das grundstückbezogen alle wesentlichen Geoinformationen (Karten und Sachdaten) "auf einen Blick" darstellt. - Die Arbeiten zur Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadt kern (Dienstanweisung Los 36) sind abgeschlossen und beim Kanton zur Verifikation angemeldet.	erfüllt					
	erfüllt					
	erfüllt					
		erfüllt				
		erfüllt				
		erfüllt				
			erfüllt			

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
- Die Arbeiten zur Gebäudeharmonisierung in der amtlichen Vermessung (Dienstanweisung Los 37) sind abgeschlossen und beim Kanton zur Verifikation angemeldet. - Die Wohnungen sind erhoben und stehen für die Volkszählung 2010 zur Verfügung. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur können über das Internet elektronisch bestellt und bezogen werden. - Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur stehen zur Nutzung mit mobilen Geräten zur Verfügung. - Einführung eines QMS im VAW - Die neue Softwaregeneration "Topobase" ist eingeführt. - Die Daten der städtischen Geodateninfrastruktur sind in das übergeordnete Fixpunktnetz integriert.			erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur sind mittels Ergänzungsmessungen, Interpolation und Transformation in das vom Kanton revidierte übergeordnete Fixpunktnetz (Bezugsrahmen) einzupassen.
- Ein Qualitätsmanagementsystem ist einzuführen. Dies ist auch im Hinblick auf die anstehende Verifikation der laufenden Nachführung notwendig.
- Nach Inbetriebnahme der Schnittstelle "amtliche Vermessung - Grundbuch" ist die heute mit einem Medienbruch betriebene Schnittstelle zwischen der amtlichen Vermessung und der Applikation GGX des Steueramtes abzulösen oder zu automatisieren.
- Es soll möglich werden, die Bestellung und Auslieferung von Geodaten über das Internet abwickeln zu können. Das kantonale Vertriebsportals für Daten der amtlichen Vermessung resp. das künftige kantonale Geodatenportal ist in die Datenbewirtschaftungs- und -bereitstellungsprozesse des Vermessungsamtes einzubeziehen. Der Datenaustausch mit dem kantonalen GIS ist zu fördern.
- Betreffend Unterhalt des städtischen Nivellementnetzes ist ein Konzept und Massnahmenplan auszuarbeiten.
- Das städtische Geografische Informationssystem (High-End-GIS-, Desktop-GIS- sowie Web-GIS-Anwendungen) ist vollständig zu erneuern. Die vorhandenen Geodaten sind in die neue Plattform zu überführen.
- Ein 3D Stadtmodell als Grundlage z.B. für einen virtuellen 3D Stadtplan, für Planungen oder für Visualisierungen von Stadtbild und öffentlichem Raum wird bereitgestellt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die neue Geoinformationsgesetzgebung von Bund und Kanton wird zahlreiche Neuerungen mit sich bringen, die nach Inkrafttreten des kantonalen Geoinformationsgesetzes rasch konkretisiert werden müssen. Das Vermessungsamt wird sich hier in Zusammenarbeit mit dem Kanton, andern Gemeinden und Geometern aktiv einbringen und mitwirken (Gebührenmodelle, Kataster der öffentlich rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, kantonales Geoportal, Leitungskataster, etc.).

Baupolizei

Auftrag

- Speditive Abwicklung der baurechtlichen Bewilligungsverfahren im Rahmen der Organisation Bauaufsicht
- Gewährleistung des (baulichen) Brandschutzes, der Sicherheit der Aufzugsanlagen und der Feuerungskontrolle sowie des technischen Umweltschutzes (Asbest, Lärm, Wärmedämmung, technische Ausrüstungen)
- Energieplanung
- Rechtsberatung und Prozessführung im Planungs-, Bau- und Umweltschutzrecht
- Spezielle Projektleitungen

Produkte

1 Bauaufsicht

Bauberatung, Baubewilligungen und Baukontrolle

2 Technische Bewilligung und Kontrollen

Brandschutz, Feuerungskontrolle, Aufzugskontrolle und Techn. Umweltschutz

3 Spezialaufgaben

Rechtsberatung und Prozessführung, spezielle Projektleitungen, Mutationen und Reklamen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Baubewilligungsverfahren Winterthur

Broschüre, 3. Auflage vom August 2000

Rechtsgrundlagen gemäss Verzeichnis Seite 31 - 34
und den seither eingetretenen Änderungen/Ergänzungen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Baubewilligungsverfahren Winterthur

Broschüre, 3. Auflage vom August 2000

Rechtsgrundlagen gemäss Verzeichnis Seite 35 - 37
und den seither eingetretenen Änderungen/Ergänzungen

Stufe Verwaltungseinheit

Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Dr. Störi Fridolin

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen <i>Messung / Bewertung:</i> - Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %) *	82	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	64 101 85	67 100 86	65 100 86
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen <i>Messung / Bewertung:</i> Baubewilligungen - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	30 64 80 92	30 60 90 100	30 60 90 96
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ** <i>Messung / Bewertung:</i> Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	90 93 56	100 100 35	100 100 60
5 Umweltschutz (Oekologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes <i>Messung / Bewertung:</i> - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	79 90 11	80 90 10	80 90 10

* Ad 1. Grundsatz, gewonnene Rechtsmittelverfahren: Die gewonnene Rechtsmittelfverfahren werden inkl. formelle Erledigungen gemessen.

** Ad 4. Sicherheit, gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: Die gesetzliche Vorgabe für alle Anlagen ist 100 %, auch für die Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	1'735'761	1'921'931	1'941'215

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Der Voranschlag 2010 weist einen Globalkredit von rund 1'941'000.-- aus. Aufgrund der optimistisch eingestellten Ertragsbudgetierung fällt der Globalkredit nur um Fr. 20'000.-- über dem Voranschlag 2009 aus.
- Zunahme der Personalkosten infolge Stufenantrieb 2010 um 0.7 %.
- Zunahme der internen Kosten infolge Weiterleitung von vereinnahmten Parkplatzeinnahmen an Stadtbuss (externe Erlöse), höheren Informatikkosten und Bezügen von Büromaterial bei der Materialverwaltung (bisher KA 31).
- Höherer Ertrag aus Parkplatzeinnahmen von Grossverteilern sowie aus der Durchführung von feuerpolizeilichen Kontrollen für den Kanton Zürich.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Im Vergleich zur Rechnung 2008 erhöht sich der Globalkredit um rund Fr. 206'000.--. Der Mehraufwand ist vor allem auf die Lohnmassnahmen 2009 und 2010 zurückzuführen.
- Zunahme der Personalkosten infolge neuen Mitarbeitern in der Feuerpolizei und der Aufzugskontrolle. Diese Mehrkosten werden durch höhere Gebühreneinnahmen zum grössten Teil kompensiert.
- Geringere Sachkosten und dafür entsprechend höhere int. Kosten aus neuer Verrechnung von Büromaterialbezügen (Materialverwaltung) sowie Autoreparaturkosten/Benzin.
- Mehraufwand der kalkulatorischen Kosten und Informatikdienstleistungen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	4'887'938	5'195'378	5'246'768
Sachkosten	531'407	512'893	501'598
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	17'499	38'869	38'470
Mietkosten	293'763	295'700	309'200
Übrige interne Kosten	419'143	380'591	455'679
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'149'751</i>	<i>6'423'431</i>	<i>6'551'715</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	6'149'751	6'423'431	6'551'715
Externe Erlöse	4'280'939	4'381'500	4'480'500
Interne Erlöse	133'051	120'000	130'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'413'990</i>	<i>4'501'500</i>	<i>4'610'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'413'990	4'501'500	4'610'500
Total Nettokosten / Globalkredit	1'735'761	1'921'931	1'941'215
Kostendeckungsgrad in %	72	70	70

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	34.60	34.60	34.60
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Stellenplanveränderungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Einführung der neuen Geschäftskontrolle bis Ende 2010. Die neue Geschäftskontrolle soll die Prozesse im Baubewilligungsverfahren unterstützen. Insbesondere sind die involvierten Fachstellen in die Geschäftskontrolle einzubinden, damit eine massgebliche Effizienzsteigerung im Vernehmlassungsverfahren erreicht werden kann.
- Realisierung Immissionsgrenzwert Sanierung (IGW/Lärmschutz)
- Revision Energieplan ab Jahr 2010

Produkt 1 Bauaufsicht**Leistungen**

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren in allen Bereichen des formellen und materiellen Planungs-, Bau- und Umweltschutzrechts (soweit erforderlich unter Beizug der Spezialisten)
- Konsequente und effiziente Verfahrensleitung in allen baurechtlichen Bewilligungsverfahren
- Erteilung der Baubewilligung im Anzeigeverfahren bzw. Antragstellung in den übrigen Baubewilligungsverfahren so speditiv als möglich, längstens aber innerhalb der gesetzlichen Fristen
- Kontrolle der Bauten und Anlagen während der Bauphase bezüglich Uebereinstimmung mit den bewilligten Plänen und den gesetzlichen Vorschriften sowie bezüglich Sicherheit (Arbeitssicherheit im Auftrag der SUVA)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'138'675	2'159'735	2'158'256
Erlös	2'309'981	2'446'510	2'444'785
Nettokosten	-171'306	-286'775	-286'529
Kostendeckungsgrad in %	108	113	113

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen			
- Erteilung innert 1 Monat (in %)	30	30	30
- Erteilung innert 2 Monaten (in %)	64	60	60
- Erteilung innert 3 Monaten (in %)	80	90	90
- Erteilung innert 4 Monaten (in %)	92	100	96
Max. 1 % der Baurechtsentscheide müssen aufgehoben werden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Anzeigeverfahren (mit Audienzverfahren)	461	350	400
Anzahl ordentliche Baubewilligungsverfahren	388	450	400
Anzahl Bauabnahmen	871	750	750

Alle Leistungsmengen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 2 Technische Bewilligungen und Kontrollen

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren im eigenen Fachbereich
- Erteilung der Bewilligungen im Rahmen der delegierten Kompetenzen bzw. Antragstellung zu Händen der verfahrensleitenden Stelle in allen Bewilligungsverfahren
- Umfassende Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit amtlicher Kontrolle bzw. stichprobenweise Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit privater Kontrolle
- Periodische Kontrollen nach den von der Amtsleitung festgelegten Prioritäten
- Weiterführung der Energieplanung

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'480'309	2'852'973	2'885'426
Erlös	1'570'537	1'678'226	1'699'141
Nettokosten	909'771	1'174'747	1'186'285
Kostendeckungsgrad in %	63	59	59

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kostendeckungsgrad der Rauchgaskontrolle in %	101	100	100
Kostendeckungsgrad der Aufzugskontrolle in %	85	86	86
Durchführung der gesetzlichen periodischen Kontrollen, Brandschutz (soll 100%):			
- Bauten mit 2-jährigem Kontrollturnus (in %)	93	100	100
- Bauten mit 4-, 6- und 8-jährigem Kontrollturnus (in %)	56	35	60
Durchführung/Überwachung aller Feuerungsanlagen bezüglich Einhaltung von Emmissionsgrenzwerten nach Luftreinhalteverordnung (in %)	90	100	100
Überwachung Anforderung BBV I: Hygiene, Lärm, Wärmedämmung, Luftreinhaltung, technische Ausrüstungen			
- Stichprobenkontrolle (in %)	11	10	10

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Brandschutz			
Anzahl Vernehmlassungen	505	450	450
Periodische Gebäudekontrollen, Berichte:			
- Anzahl 2-jährig	50	50	50
- Anzahl 4-jährig	46	50	71
- Anzahl 6-jährig	188	100	176
- Anzahl 8-jährig	14	10	15
Kontrollen von Fall zu Fall	149	150	150
Feuerungskontrolle			
- Anzahl Bewilligungen	652	550	550
- Anzahl Sanierungen	141	180	140
- Anzahl Belästigungsklagen	19	15	15
Technischer Umweltschutz			
- Anzahl Vernehmlassungen	1'245	1'150	1'200
- Anzahl Baukontrolle	95	100	100
- Anzahl Stichproben Private Kontrollen	85	110	120

Die Mengen von Vernehmlassungen, Bewilligungen und Sanierungen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 3 Spezialaufgaben

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Baubehörde sowie der Bereiche, Ämter und Abteilungen im Departemen Bau in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts sowie des privaten Baurechts (inkl. Entwurf und Erlass von Verfügungen, Verhandlungsführung, Vertragsausarbeitung etc.)
- Beratung von Privaten in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts
- Führung von Rechtsmittelverfahren und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren
- Rechtsetzung: Erarbeitung von kommunalen Gesetzes-/Verordnungsentwürfen und Verfassen von Vernehmlassungen zu Gesetzes-/Verordnungsvorlagen des Kantons bzw. des Bundes
- Erteilung der Bewilligungen für Grenzänderungen und Reklamen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'489'724	1'410'722	1'508'033
Erlös	496'479	376'764	466'574
Nettokosten	993'245	1'033'958	1'041'459
Kostendeckungsgrad in %	33	27	31

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Gewonnene Rechtsmittelverfahren (inkl. formelle Erledigungen) in % Max. 2 % der Baurechtlichen Entscheide zu den Reklamebewilligungen und Mutationen müssen aufgehoben werden	82 erfüllt	90 erfüllt	90 erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Rechtsmittelverfahren:			
- Anzahl erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren *	72	50	60
- Anzahl gewonnener und formell erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren **	59	45	55
- Anzahl erledigter Submissionsbeschwerden *	2	3	2
- Anzahl erledigter Strafverfahren (inkl. Einstellungen, Strafverfügungen und Überweisungen an Statthalter) **	4	25	20
Baurechtliche Entscheide:			
- Anzahl Reklamen *	168	130	160
- Anzahl Mutationen *	58	70	60

*) nicht beeinflussbare Leistungsmengen

**) nur bedingt beeinflussbare Leistungsmengen

IAFP Baupolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	6'149	6'423	6'551	6'622	6'622	6'622
Erlös	4'413	4'501	4'610	4'631	4'631	4'631
Nettokosten/Globalkredit	1'736	1'922	1'941	1'991	1'991	1'991
Kostendeckungsgrad in %	72	70	70	70	70	70

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	2'289	0	200	260	110	180	180	1'359
Bewilligt	895	0	284	100	0	0	0	511
Gesamt	3'184	0	484	360	110	180	180	1'870

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen. Messung: Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %)	82	90	90	90	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	64 101 85	67 100 86	65 100 86	65 100 90	65 100 95	65 100 100
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Baubewilligungen: - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	30 64 80 92	30 60 90 100	30 60 90 96	30 60 90 96	30 60 90 98	30 60 90 98
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen (soll 100%): - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	90 93 56	100 100 35	100 100 60	100 100 75	100 100 75	100 100 75
5 Umweltschutz (Oekologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes: - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	79 90 11	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Strassensanierungsprogramm IGW (Immissionsgrenzwerte) operativ ab 2010
- Abschluss Revision Energieplan 2011
- Neue Geschäftskontrolle operativ 2011
- Aufzugskontrolle im normalen Turnus (Kontrollen +/- 1 Jahr) 2011
- EDV-gestützte Plattform für Vernehmlassungen im BB-Verfahren operativ 2012

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Feuerpolizei: Vermehrte Kontrollen der Bauten und Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial, nachdem der Personalbestand wieder ausgeglichen und geschult ist (gesetzliches Soll wäre 100%).
- Rauchgaskontrolle: Festigung der Zusammenarbeit mit den Kaminfeuern und der Kontrollen nach LRV an den Holzöfen nach Einführung im Oktober 2007.

Städtebau

Auftrag

Schaffen der raumplanerischen Voraussetzungen für eine gedeihliche Stadtentwicklung auf der Basis eines zukunftsgerichteten, effizienten und ressourcenschonenden Umgangs mit dem Boden. Bereitstellung von Grundlagen zur Förderung des optimalen stadtverträglichen Verkehrs in Verbindung mit einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Erstellung, Erneuerung und Unterhalt stadteigener Bauten unter Beachtung von Ökologie und Nachhaltigkeit. Abstimmung der Interessen zwischen Bauherrschaften und Bevölkerung. Erhaltung und Pflege der bestehenden Baukultur und Förderung einer innovativen städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der Stadt.

Produkte

1 Raum- und Verkehrsplanung

Bereitstellen von Planungsgrundlagen (inkl. Verkehrsdaten); Richt- und Nutzungsplanung (inkl. Bau- und Niveaulinien) sowie Sondernutzungsplanungen (Gestaltungspläne, Sonderbauvorschriften, Quartier- und Erschliessungspläne) gemäss den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung; Prüfung von Bauvorhaben hinsichtlich Übereinstimmung mit Planungszielen und -vorgaben; Planung und Steuerung der Verkehrsinfrastruktur.

2 Denkmalpflege

Bereitstellen von Unterlagen, Beauftragen von Schutzabklärungen und Beratung bei der Renovation von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses im kommunalen Inventar der schutzwürdigen Kulturdenkmäler sowie bei Neu- und Umbauten in Ortsbildschutzzonen; Führen der Fachgruppe Denkmalpflege; Beraten und Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Fragen der Erhaltung von Baudenkmälern.

3 Stadtgestaltung, Wettbewerbe

Bereitstellen von Unterlagen und Beratung von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses; Gestalterische Begutachtung von Baugesuchen (private und städtische); Führen der Fachgruppen Stadtgestaltung; Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben.

4 Hochbauten

Planen, Bauorganisation, Begleitung der städtischen Hochbauten und Unterhalt optimiert nach funktionalen, konstruktiven, ökonomischen, ökologischen und gestalterischen Vorgaben. Umsetzung von Kunst am Bau.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Raumplanungsgesetz (RPG) und Raumplanungsverordnung (RPV)
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich (PBG) inkl. Verordnungen
- Besondere Bauverordnung (BBV)
- Kantonale Richtpläne (Siedlung und Landschaft; Verkehr; Versorgung; Entsorgung; Öffentliche Bauten und Anlagen)
- SIA Normen, VSS Normen
- Strassenverkehrsrecht (Bund); Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) inkl. Verordnungen
- Eidgenössische Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)
- Luftreinhalteverordnung (LRV); Lärmschutzverordnung (LSV)
- Energiegesetz (EnG) inkl. Verordnung (EnV)
- Brandschutzrichtlinien, Vereinigung kantonalen Feuerungsversicherungen (VKF)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Richtpläne Siedlung und Landschaft, Verkehrspläne
- Sondernutzungspläne
- Allg. Bedingungen der Stadt Winterthur für die Ausführung von Bauarbeiten vom 4.3.83
- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Energieplan für die Stadt Winterthur
- SRB über die Nachhaltigkeit: Energieoptimierung öffentlicher Bauten
- Inventar der schutzwürdigen Bauten von kommunaler Bedeutung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Michael Hauser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Grundlagen			
<u>1.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>			
▪ Erstellen des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>1.2 Denkmalpflege</u>			
Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen)			
▪ Anzahl erarbeitete Projekte	20	20	20
<u>1.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>			
Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele)			
▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	8	5	5
2 Vernetzen und informieren			
<u>2.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>			
Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund			
▪ Anzahl Veranstaltungen	9	12	15
<u>2.2 Denkmalpflege</u>			
▪ Anzahl Veranstaltungen und Führungen	8	6	6
▪ daraus erreichte Besucherzahl	2'200	1'000	1'000
<u>2.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>			
▪ Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse	22.00	6.00	15.00
3 Beraten und Beurteilen			
<u>3.1 Denkmalpflege</u>			
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	81	80	80
<u>3.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>			
Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben.			
▪ Anzahl Aktivitäten	30	50	50
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	84	80	80
<u>3.3 Hochbauten</u>			
▪ Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	12	5	5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
<u>4.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>			
Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen			
▪ Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
Planung von Strassenräumen und Plätzen			
▪ Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>4.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>			
Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren			
▪ Anzahl Verfahren	10	10	10
<u>4.3 Hochbauten</u>			
▪ Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in %	95.7	100.0	100.0
Kostendeckungsgrad			
▪ Bauherreneigenleistungen in % vom Gesamtaufwand	40.00	40.00	40.00
5 Nachhaltigkeit fördern			
<u>5.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>			
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung. Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele			
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	22	20	20
<u>5.2 Denkmalpflege</u>			
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten	142	139	142
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen	6	3	3

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
5.3 Hochbauten			
▪ Reduktion des Energieverbrauchs bei sanierten Heizungsanlagen in %	25.6	10.0	7.5
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten (zertifiziert)			
▪ Anzahl Neubauten	1	0	0
davon zertifiziert	1	0	0
▪ Anzahl Gesamtsanierungen	1	3	1
davon zertifiziert	1	0	1

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	7'212'501	7'655'297	7'733'643

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Der Globalkredit 2010 der PG Städtebau erhöht sich gegenüber dem VO 2009 um Fr. 78'000.- auf 7.73 Mio. Franken.
- Die Personalkosten erhöhen sich aufgrund des Stufenanstieges im Jahr 2010 um 0.7 %.
- Die Erhöhung vom Sachaufwand setzt sich unter anderem aus höheren Kosten in Hard- und Software, Honoraraufwendungen und Energiekosten für die betreuten Anlagen zusammen.
- Die Ertragszunahme wird vor allem durch höhere Bauherrenleistungen erwirtschaftet. Durch diesen Mehrertrag können die höheren Kosten zum grossen Teil kompensiert werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Zunahme der Personalkosten infolge Personalmassnahmen 2009 und 2010 (Teuerungsausgleich und Stufenanstieg), einer neuen Stelle Projektleiter Hochbau ab VO 2009 sowie abgeschlossenen Stellenbesetzungen aus der neuen Organisation Städtebau.
- Höhere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen auf der Grundlage vom Investitionsprogramm.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	5'666'287	5'965'549	6'040'495
Sachkosten	1'157'758	1'048'701	1'195'361
Beiträge an Dritte	62'511	80'000	80'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	795'639	911'141	911'055
Mietkosten	468'165	468'900	472'600
Übrige interne Kosten	306'633	260'206	278'132
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'456'994</i>	<i>8'734'497</i>	<i>8'977'643</i>
Verrechnungen innerhalb PG	11'900	0	0
Total effektive Kosten	8'445'094	8'734'497	8'977'643
Externe Erlöse	1'232'535	1'079'200	1'244'000
Interne Erlöse	11'958	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'244'492</i>	<i>1'079'200</i>	<i>1'244'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	11'900	0	0
Total effektive Erlöse	1'232'592	1'079'200	1'244'000
Total Nettokosten / Globalkredit	7'212'501	7'655'297	7'733'643
Kostendeckungsgrad in %	15	12	14

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	37.10	38.10	38.10
▪ Auszubildende	2.00	2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	1.00

Im Amt für Städtebau wird erstmals ein/e KV-Lernende/r ausgebildet

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Im Amt für Städtebau wird erstmals ein/e KV-Lernende/r ausgebildet

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Weiterführung der Grundlagenarbeitung und Definition der Vorgehensweise für die Verdichtung der Stadt (u.a. Ersatzneubauten in Quartierhaltungszonen).
- Für die konstante und effiziente architektonische Beratung werden weitere Merkblätter erstellt.
- Stadtgestaltung/Wettbewerbe: Fortführung der städtebaulichen Verfahren die im 2009 gestartet worden sind (Studie Vogelsangstrasse, Testplanung Musikpavillon/Aufwertung Stadtgarten, Wohnen am Kastellweg, etc.)
- Stadtgestaltung/Wettbewerbe: Folgende städtische Wettbewerbe sind geplant: Schulhaus Neuhegi, Busdepot, Polizeigebäude, IZLB, Frohsinnareal, Rudolfstrasse, etc.
- Raum- und Verkehrsplanung: Beim Verkehr werden Szenarien zur mittel- und langfristigen, stadtverträglichen Bewältigung des Verkehrsaufkommen (Städtisches Gesamtverkehrskonzept) erarbeitet; Positivplanung verkehrsintensive Einrichtungen; Mitarbeit beim Mikrozensus Verkehr 2010.
- Hochbauten: Baubeginn Schulhaus Wyden, verschiedener Ökonomiegebäude und MFH Grenzstrasse/Feldeggstrasse; Abschluss Kunstmuseum.
- Denkmalpflege: Im bisherigen Inventar wurden Bauten zwischen 1930 und 1980 nur marginal berücksichtigt, da zur Zeit der Inventarüberarbeitung ein Überblick über den Baubestand dieser Zeit in Winterthur fehlte. Um bei einer nächsten Inventarüberarbeitung eine bessere Ausgangslage zu besitzen und um den Baubestand dieser für Winterthur wichtigen Epochen genauer zu kennen, sind in den Jahren bis 2012 die Grundlagen zu erarbeiten. Der Überblick über den Baubestand dieser Zeit wird es erst ermöglichen, eine Bewertung allenfalls schutzwürdiger Architektur zu vollziehen.

Produkt 1 Raum- und Verkehrsplanung

Leistungen

- Richt- und Nutzungsplanung gemäss Begehren aus Politik, Verwaltung und Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung.
- Erarbeitung und Antragstellung von öffentlichen Sondernutzungsplanungen
- Beratung bei Planungsinstrumenten
- Gesamtkoordination in strategischen Verkehrsfragen
- Aufgleisen von Verkehrsprojekten
- Beratung und Koordination in Verkehrsfragen
- Erheben von Verkehrsdaten

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'888'755	2'036'312	2'062'420
Erlös	139'368	108'000	73'000
Nettokosten	1'749'387	1'928'312	1'989'420
Kostendeckungsgrad in %	7	5	4

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen			
▪ Messung: Erarbeitung von Standardabläufen / -terminen	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
Planung von Strassenräumen und Plätzen			
▪ Messung: Erarbeitung von Standardabläufen / -terminen	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
Nachhaltigkeit fördern			
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung			
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	22	20	22
Massnahmen zur baulichen Verdichtung			
▪ Anzahl erstellte Massnahmen	0	3	3
▪ Anzahl laufende Massnahmen	3	3	3

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Nicht Bauzone gesamt in ha	4'934.8	4'935.0	4'933.0
▪ Bauzone gesamt in ha	1'876.1	1'873.0	1'875.0
Bauzone überbaut			
▪ Bauzone überbaut gesamt in ha	1'697.8	1'696.0	1'640.0
Bauzone nicht überbaut			
▪ Bauzone nicht überbaut gesamt in ha	178.3	177.0	235.0
▪ davon rechtskräftig erschlossen in ha	126.2	123.0	170.0
▪ davon nicht erschlossen in ha	52.1	54.0	65.0
▪ Anzahl laufende Quartierpläne, Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften	17	10	13
▪ Anzahl Strassen- und Platzprojekte	7	5	7

Ab dem Jahr 2010 wird die überbaute Bauzone neuen Bewertungskriterien unterzogen

Produkt 2 Denkmalpflege

Leistungen

- Bereitstellung von Grundlagen für die Erhaltung des baulich kulturellen Erbes
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit im Umgang mit historischer Bausubstanz
- Mitwirkung in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich Denkmalpflege und Ortsbildschutz

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'122'765	1'148'176	1'249'103
Erlös	3'027	5'500	4'000
Nettokosten	1'119'738	1'142'676	1'245'103
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Grundlagen			
Erarbeiten von Artikeln und Publikationen			
▪ Anzahl erstellte Artikel und Publikationen	1	1	1
Vernetzen und informieren			
Vernetzung mit anderen Städten			
▪ Anzahl Veranstaltungen, Anlässe	4	4	4

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Anzahl inventarisierte Objekte absolut	1'156	1'143	1'143
▪ Anzahl inventarisierte Objekte in % des gesamten Gebäudebestandes	6.3	6.3	6.3
▪ Anzahl Schutzobjekte absolut	142	139	145
▪ Anzahl Schutzobjekte in % des gesamten Gebäudebestandes	0.8	0.7	0.8
▪ Fläche der Kernzone im Verhältnis zu sämtlichen Bauzonen	5.7	5.7	5.7
Geschäftsfälle			
▪ Geschäftsfälle Gesamt	518	400	500
▪ davon Anzahl Baugesuche zu Inventar- und Schutzobjekten	120	90	100
▪ davon Anzahl Baugesuche in Kernzonen	57	30	40

Produkt 3 Stadtgestaltung / Wettbewerbe

Leistungen

- Bereitstellen von Grundlagen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadt mit städtebaulicher und gestalterischer Qualität
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit in Fragen der Stadtgestaltung und des Umgangs mit der bestehenden Bausubstanz
- Mitwirken in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich der Stadtgestaltung
- Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben
- Geschäftsführung Fachgruppe Stadtgestaltung

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'447'352	1'876'053	1'564'036
Erlös	16'244	900	0
Nettokosten	1'431'108	1'875'153	1'564'036
Kostendeckungsgrad in %	1	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Grundlagen Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen ▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	8	5	5
Prozesse gestalten, leiten und moderieren Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Anliegen	10	10	10

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Anzahl begleitete Studien und Konkurrenzverfahren	2	7	7
▪ Anzahl selbst durchgeführte Studien und Konkurrenzverfahren	8	3	3
▪ Anzahl Baugesuche	550	650	550
▪ Anzahl Berichte in der Tages- und Fachpresse	22	6	15

Produkt 4 Hochbauten

Leistungen

- Führen der Planung und Realisierung von städtischen Hochbauvorhaben in der Investitionsrechnung (Neu- und Umbauten sowie Sanierungen) im Auftrag des Stadtrates
- Führen der baulichen und haustechnischen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten aller städtischen Liegenschaften im Auftrag der Eigentümer (Nutzerdepartement)
- Bereitstellen von Entscheidungsgrundlagen zur optimalen Erhaltung und Entwicklung der städtischen Liegenschaften

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'970'781	3'673'957	4'102'085
Erlös	1'053'924	964'800	1'167'000
Nettokosten	2'916'857	2'709'157	2'935'085
Kostendeckungsgrad in %	27	26	28

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Beraten und beurteilen			
▪ Begleiten durch den politischen Prozess. Anzahl Projektverstellungen (BA, SR, GGR, Öffentlichkeit)	16	10	10
▪ Bauherrenaufwand in der laufenden Rechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)	171	260	260
▪ Bauherrenaufwand in der Investitionsrechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.-- Baukosten)	40	70	70

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Betreute Liegenschaften von der Stadt Winterthur	560	558	558
▪ Anzahl Anträge für den Stadtrat	39	30	30
Projekte im Rahmen der laufenden Rechnung			
▪ Anzahl laufende Projekte	778	800	800
▪ Bauvolumen (Total Zahlungen in CHF)	9'915'000	5'500'000	5'500'000
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	12'700	6'800	6'800
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung unter 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	135	130	140
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	1'165'000	1'050'000	1'100'000
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung über 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	11	11	11
Investitionen gesamt			
▪ Gesamtes Bauvolumen in der Investitionsrechnung (Total Zahlungen in CHF)	53'655'000	34'000'000	38'000'000

IAFP Städtebau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	8'445	8'734	8'977	9'123	9'123	9'123
Erlös	1'232	1'079	1'244	1'244	1'244	1'244
Nettokosten/Globalkredit	7'213	7'655	7'734	7'879	7'879	7'879
Kostendeckungsgrad in %	15	12	14	14	14	14

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	1'050	0	714	1'130	1'730	1'400	1'500	-5'424
Bewilligt	3'955	192	1'375	1'405	400	50	50	483
Gesamt	5'005	192	2'089	2'535	2'130	1'450	1'550	-4'941

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Grundlagen						
<u>1.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
▪ Erstellung des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>1.2 Denkmalpflege</u>						
Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen)						
▪ Anzahl erarbeitete Projekte	20	20	20	20	20	20
<u>1.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele)						
▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	8	5	5	5	5	5
2 Vernetzen und informieren						
<u>2.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund						
▪ Anzahl Veranstaltungen	9	12	15	15	15	15
<u>2.2 Denkmalpflege</u>						
▪ Anzahl Veranstaltungen und Führungen	8	6	6	6	6	6
▪ daraus erreichte Besucherzahl	2'200	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
<u>2.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
▪ Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse	22.0	6.0	15.0	15	15	15
3 Beraten und Beurteilen						
<u>3.1 Denkmalpflege</u>						
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	81	80	80	80	80	80
<u>3.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben.						
▪ Anzahl Aktivitäten	30	50	50	50	50	50
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	84	80	80	80	80	80
<u>3.3 Hochbauten</u>						
▪ Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	12	5	5	5	5	5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren						
<u>4.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
Effiziente Erarbeitung/Überarbeitung von Ergänzungsplänen zu Sonderbauvorschriften, Quartier- und Gestaltungsplänen						
▪ Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
Planung von Strassenräumen und Plätzen						
▪ Erarbeiten von Standardabläufen / -terminen	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>4.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren						
▪ Anzahl Verfahren	10	10	10	10	10	10
<u>4.3 Hochbauten</u>						
▪ Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in %	95.7	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Kostendeckungsgrad						
▪ Bauherreneigenleistungen in % vom Gesamtaufwand	40.0	40.0	40.0	40	40	40

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
5 Nachhaltigkeit fördern						
5.1 Raum- und Verkehrsplanung						
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung.						
Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele						
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	22	20	20	20	20	20
5.2 Denkmalpflege						
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten	142	139	142	145	148	151
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen	6	3	3	3	3	3
5.3 Hochbauten						
▪ Reduktion des Energieverbrauchs bei sanierten Heizungsanlagen in %	25.6	10.0	7.5	7.5	5.0	5.0
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten (zertifiziert)						
▪ Anzahl Neubauten	1	0	0	0	0	0
davon zertifiziert	1	0	0	0	0	0
▪ Anzahl Gesamtanierungen	1	3	1	1	1	1
davon zertifiziert	1	0	1	1	1	1

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Raum- und Verkehrsplanung: Gesamtrevision Richt- und Nutzungspläne, Definition und Massnahmen erarbeiten in der Zusammenarbeit Kanton und Stadt (Agglomerationsprogramm 2. Tranche); Planungen im Umfeld S-Bahn-Stationen Grüze und Neuhegi, Planungen/Massnahmen gemäss Rahmenplan; Adäquate Erschliessung Industriezone Frauenfelderstrasse.
- Hochbauten: In diesen Jahren stehen verschiedene Neubauprojekte für die Departemente Bau, Schule & Sport (Schulhaus Wyden, Schulhaus Zinzikon, Schulhaus Hegi, etc.) und Umwelt & Sicherheit (Neubau Polizeigebäude) an. Ebenfalls wird die Sanierung des Alterszentrum Adlergarten zur Ausführung kommen.
- Stadtgestaltung/Wettbewerbe: Weiterführung der gestarteten Arealentwicklungen (Neuhegi, Bahnhof Grüze, Ersatzbauten Mattenbachquartier, Osrarn-Areal (Studentisches Wohnen), Wettbewerb Innotec-Areal und Testplanung Sulzer Stadtmitte (ehemaliges SLM-Areal).
- Stadtgestaltung/Wettbewerbe: Folgende städtische Wettbewerbe sind geplant: Schulhaus Wallrüti, Werkjahrschule, Polizeigebäude, etc.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Polizeirichteramt

Auftrag

Rechtmässige und sachgerechte Bearbeitung der eingehenden Verzeigungen mittels Erlass von Verfügungen (Strafverfügungen, Einstellungen, Abtretungen). Bearbeitung der Einsprachefälle, gegebenenfalls mittels Durchführung von Strafuntersuchungen einschliesslich abschliessender Verfügungen. Vollzug der rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide (Inkasso, Nachentscheide betreffend gemeinnützige Arbeit, Bussenumwandlungen, Vollzugsaufträge). Leisten von Rechtshilfe für andere Amtsstellen.

Produkte

1 Übertretungsstrafverfahren

Erledigung der im Rahmen des Auftrages anfallenden Arbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Strafgesetzbuch, Jugendstrafgesetz
- weitere bundesrechtliche Erlasse (SVG, BetmG, TG, ANAG usw.)
- Gerichtsverfassungsgesetz des Kantons Zürich
- Strafprozessordnung des Kantons Zürich
- (kantonale) Verordnung über die Zuständigkeit im Übertretungsstrafrecht des Bundes
- weitere kantonale Erlasse

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnung des Stadtrates
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- weitere städtische Erlasse
- Stadtratsbeschlüsse

Stufe Verwaltungseinheit

- interne Bussenlisten

Verantwortliche Leitung

Heiner Graf

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit Akzeptanz der Strafverfügungen durch die Gebüssten <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafverfügungen in % Verhältnis Einspracherückzüge (inkl. geänderte Strafverfügungen)/eingehende Einsprachen in %	4.95	5.50	5.50 58.00
2 Erledigung der Fälle Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis Erledigungen/eingehende Verzeigungen in % Verhältnis Erledigungen/eingehende Einsprachen in %			105.00 105.00

*Verzeigungen und Einsprachen = Pendenzen Anfang Jahr + Zugänge (betrifft bisherige Messgrössen)

Angepasste Messgrössen:

Im Sinn einer periodengerechten Zuordnung der Verhältniszahlen sind nur noch Mengen zueinander ins Verhältnis zu setzen, die im gleichen Zeitraum entstanden bzw. angefallen sind; aus dem Vorjahr stammende Pendenzen werden daher nicht mehr zu den entsprechenden Neueingängen hinzugerechnet.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	-1'031'217	-1'633'219	-1'500'554

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Erstmals werden 2010 bereits im Voranschlag auf der Aufwandseite die Debitorenverluste (Abschreibungen aus uneinbringlichen Bussen, Gebühren und Kosten) eingerechnet, was zu einer entsprechenden Erhöhung bei den Sachkosten führt, sowie auf der Ertragsseite die Bussen und Gebühren brutto, das heisst ohne Berücksichtigung von Abschreibungen budgetiert.

Aufgrund mehrerer – im Zeitpunkt der Erstellung des Voranschlages 2009 nicht bzw. nicht in ihrer ganzen Tragweite erkennbaren – Umstände ist anzunehmen, dass die Debitorenverluste im Jahr 2010 wiederum, wie bereits im Ist 2008, sehr hoch sein werden. Daher muss für 2010 mit einem schlechteren Gesamtergebnis gerechnet werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Dank des Synergiepotentials aus der Zusammenlegung aller Arbeitsplätze an einem einzigen Standort und der im Jahr 2009 erfolgten Stellenaufstockung können die Erledigungszahlen verbessert werden, was zu einer Erhöhung der Erträge und damit des Gesamtergebnisses führen sollte.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	938'260	1'109'673	1'123'243
Sachkosten	1'697'194	346'603	1'700'269
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	26'078	25'706	24'122
Mietkosten	67'234	105'100	85'100
Übrige interne Kosten	53'567	65'833	52'736
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'782'332</i>	<i>1'652'914</i>	<i>2'985'470</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'782'332	1'652'914	2'985'470
Externe Erlöse	3'813'520	3'285'000	4'486'000
Interne Erlöse	30	1'134	24
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'813'550</i>	<i>3'286'134</i>	<i>4'486'024</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'813'550	3'286'134	4'486'024
Total Nettokosten / Globalkredit	-1'031'217	-1'633'219	-1'500'554
Kostendeckungsgrad in %	137	199	150

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	7.50	8.50	8.50
▪ Auszubildende	0.00	0.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Das Polizeirichteramt verfügt neu über einen Praktikums- oder Ausbildungsplatz. Seit August 2009 wird eine junge Frau in einer zweijährigen Berufslehre zur Büroassistentin EBA ausgebildet.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Abbau der Pendenzen sowie Anpassung der Verfahrensabläufe an die neuen Anforderungen, welche sich aus der per 1. Januar 2011 geplanten Einführung der einheitlichen schweizerischen Strafprozessordnung und den darauf gestützten Änderungen der kantonalen Verfahrensvorschriften ergeben. Dabei ist davon auszugehen, dass das Polizeirichteramt als kommunale Verfügungs- und Untersuchungsbehörde für Übertretungsstrafsachen weiterhin Bestand haben wird.

Produkt 1 Uebertretungsstrafverfahren**Leistungen**

- Beurteilung der zur Anzeige gebrachten Fälle aus dem Bereich des Übertretungsstrafrechts des Bundes (Allgemeines Strafrecht, Strassenverkehr, Betäubungsmittelkonsum, Benützung öffentlicher Verkehrsmittel usw.), des Kantons Zürich (Gastwirtschaftswesen, Gesundheitswesen usw.) und der Stadt Winterthur (Allgemeine Polizeiverordnung, Einwohnermeldewesen, Benützung des öffentlichen Grundes usw.).
- Durchführung von Strafuntersuchungen in Einsprachefällen
- Auskünfte an Beteiligte im Rahmen hängiger Verfahren einschliesslich Einschätzung der Chancen und Risiken bei Weiterführung des Verfahrens
- Rechtshilfe für andere Amtsstellen (in der Regel Einvernahmen von in Winterthur wohnhaften Personen)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'782'332	1'652'914	2'985'470
Erlös	3'813'550	3'286'134	4'486'024
Nettokosten	-1'031'217	-1'633'219	-1'500'554
Kostendeckungsgrad in %	137	199	150

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Verhindern des Anstiegens der Pendenzenzahlen (Verzeigungsfälle/Einsprachen).	2'290/141	2'000/120	1'350/85

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Verzeigungsfälle			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	2'227	2'000	2'000
▪ Neueingänge	12'063	13'000	13'000
▪ Strafverfügungen	10'984	11'900	12'650
▪ Sonstige Erledigungen	1'016	1'100	1'100
▪ Pendenzen Ende Jahr	2'290	2'000	1'350
Einsprachen			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	119	120	120
▪ Neue Einsprachen	544	655	695
▪ Rückzüge	250	290	330
▪ geänderte Strafverfügungen	59	82	73
▪ Aufhebungen	116	130	145
▪ Überweisung an Bezirksgericht	23	30	35
▪ Sonstige Erledigungen	74	123	147
▪ Pendenzen Einsprachen Ende Jahr	141	120	85
Beurteilung der überwiesenen Fälle durch Bezirksgericht			
▪ Verurteilungen (Schuldsprüche)	11	18	21
▪ Freisprüche	1	12	14
erledigte Rechtshilfesuche	1	1	1

IAFP Polizeirichteramt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	2'782	1'652	2'985	2'985	2'985	2'985
Erlös	3'813	3'286	4'486	4'486	4'486	4'486
Nettokosten/Globalkredit	-1'031	-1'633	-1'501	-1'501	-1'501	-1'501
Kostendeckungsgrad in %	137	199	150	150	150	150

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit						
Akzeptanz der Strafverfügungen durch die Gebüssten						
Messung / Bewertung:						
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung						
Messgrössen:						
Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafverfügungen in %	4.9	5.5	5.5	5.5	5.5	5.5
Verhältnis Einspracherückzüge (inkl. geänderte Strafverfügungen)/eingehende Einsprachen in %	0	0	58	58	58	58
2 Erledigung der Fälle						
Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle						
Messung / Bewertung:						
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung						
Messgrössen:						
Verhältnis Erledigungen/eingehende Verzeigungen in %			105	103	103	100
Verhältnis Erledigungen/eingehende Einsprachen in %			105	103	103	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Aus heutiger Sicht drängen sich für diese Planungsperiode keine besonderen Projekte oder Massnahmen auf. Es gilt aber auf jeden Fall, die Entwicklung der Geschäftslast im Auge zu behalten, um gegebenenfalls mit entsprechenden Massnahmen darauf reagieren zu können.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

In Anbetracht der grossen Mobilität - Individualverkehr und öffentlicher Verkehr - in Verbindung mit zunehmenden Bevölkerungszahlen kann nicht damit gerechnet werden, dass die in letzten Jahren massiv angestiegene Verzeigungstätigkeit der dafür zuständigen Organe von Polizei und Verkehrsunternehmungen im Übertretungsstrafbereich zurückgehen wird. Folglich wird sich auch die Geschäftslast des Polizeirichteramtes, was die Neueingänge angeht, weiterhin auf einem sehr hohen Niveau bewegen. Trotzdem ist ein weiterer Abbau der Pendenzen zu erwarten.

Stadtpolizei

Auftrag

- Sicherheitspolizeidienst und Mitwirkung beim Kriminalpolizeidienst
- Verkehrspolizeidienst
- Verwaltungspolizeidienst

Produkte

Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Sichtbare Präsenz der Polizei; periodische Kontrollen an öffentlichen Orten; Angebot eines bevölkerungsfreundlichen Kontakts zur Polizei (Quartierpolizei); Schutz gefährdeter Objekte durch Einsatz von Technik und/oder Personal der Polizei; sämtliche Massnahmen, die einen geordneten, möglichst unfallfreien Verkehrsfluss sicherstellen; Erteilung und Kontrolle von Bewilligungen

Ereignisbewältigung

Intervention bei Verkehrsunfällen (Sicherung, Rettung, Tatbestandsaufnahme, Erstbetreuung von Ereignisbetroffenen); Einsatz bei Grossanlässen (z.B. Albanifest, Fasnacht, Sportanlässe, Demonstrationen); Intervention bei Delikten; schneller und verhältnismässiger Einsatz bei Konflikten; Bewältigung von Grossereignissen und Katastrophenfällen

Ermittlung/Aufklärung

Suchen von Personen und Gegenständen (ohne kriminalistische Fahndung); Ermittlung bei Delikten; Festhalten von Sachverhalten (z.B. Verlustanzeigen von Ausweisen, Aufnahme von Verlustprotokollen bei Fahrzeugdiebstählen); Personen- und Sachfahndung bei Vermutung bzw. Vorliegen eines kriminellen Hintergrundes; Erstellen von Ermittlungsrapporten zu Händen dritter Stellen

Information / Prävention

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; Prävention; Ausbildung von Dritten; Verkehrsschulung

Polizeinahe Dienstleistungen

Gewähren von Rechtshilfe; Ausführen von Transporten; Betreiben eines Fundbüros; Erstellen von Gutachten, Beratungen; Lebensraumschutz (Flurpolizei); Verkehrstechnik; Betrieb der Verkehrsregelungsanlagen; Inkasso für den ärztlichen Notfalldienst; Foto- und Kopierarbeiten für Amtsstellen und Dritte; Lärmmessungen für Dritte; Vermietung von Signalisationsmaterial und mobilen Lichtsignalanlagen; Durchführen von Wochen-, Jahr-, Floh- und Kunsthandwerkermärkten

Kontrolle ruhender Verkehr

Nachtparkieren; Bewirtschaften öffentlicher Parkplätze; Parkraumüberwachung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bund unter anderem: Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG); Bearbeitungsreglement zum Informationssystem HOOGAN (gestützt auf Art. 24a bis 24h des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit [BWIS] vom 21. März 1997 und Art. 21a bis 21n der Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit [VWIS] vom 27. Juni 2001)

Kanton unter anderem: Gesetz betreffend den Strafprozess (Strafprozessordnung) vom 4. Mai 1919; Polizei-Organisationsgesetz vom 29. November 2004; Gewaltschutzgesetz (GSG) vom 19. Juni 2006; Polizeigesetz (PolG) vom 23. April 2007 (Inkraftsetzung 1. Juli 2009)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur vom 26. April 2004; Organisations- und Dienstreglement der Stadtpolizei Winterthur (Polizeireglement) vom 19. Dezember 1986; Dienstkleiderreglement Polizeikorps vom 30. November 1984; Zuständigkeitsordnung der Stadt Winterthur zur kantonalen Verordnung über den Vollzug des Strassensignalisationsrechts des Bundes vom 12. November 1980 vom 4. November 1981; Verordnung betreffend die Ausnahmegewilligungen zur signalisierten Strassenverkehrsvorschriften vom 22. Juni 1988; Vorschriften über das unbeschränkte Parkieren in blauen Zonen (Parkkartenvorschriften) vom 17. Juni 1987; Verordnung betreffend das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 31. Mai 1965; Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken vom 8. Juni 1979; Ladenschluss-Verordnung vom 12. November 1973; Verordnung über das Taxiwesen vom 11. Januar 1989; Tarifordnung für das Taxiwesen der Stadt Winterthur vom 13. März 2002; Winterthurer Marktordnung vom 12. Oktober 1983; Vollzugsvorschriften zur Gesetzgebung über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken vom 4. April 1990; Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 26. Oktober 1987

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF # Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	227.30 38	225.20 45	221.73 43
2 Kundenorientierung 1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit) 2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung 3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin 4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent <i>Messung / Bewertung:</i> 1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit ** 2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr 3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung ** 4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind <i>Messgrößen:</i> 1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in % ** 2. Interventionszeit <=5' in % der Einsatzfahrten 3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in % ** 4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden			
	n/a	70	70
			80
	n/a	65	65
	43	40	44

** Messung nur alle 2 Jahre (ISO-Umfrage)

automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	22'744'258	22'410'369	22'750'429

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Erhöhung des Globalkredits 2010 um rund CHF 340'000 resultiert weitestgehend aus den im Vergleich mit dem Voranschlag 2009 höheren kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen. Die tieferen Erlöse können durch Einsparungen bei den Personal- und Sachkosten kompensiert werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Im Ergebnis fällt das Globalbudget gegenüber der Rechnung 2008 in etwa gleich aus. Die definitiven Auswirkungen der Reform WINPOL sind noch nicht abzuschätzen, insbesondere weil das Projekt MOBEWE (Modernisierung des Besoldungswesens) seine Wirkung noch nicht vollumfänglich entfalten kann.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	29'530'530	32'346'415	31'452'133
Sachkosten	4'818'833	5'417'053	5'055'784
Beiträge an Dritte	3'450	3'400	3'400
Residualkosten	3'466	3'466	5'913
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'076'540	1'084'538	1'427'085
Mietkosten	702'188	1'059'600	1'041'500
Übrige interne Kosten	828'066	876'726	963'161
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>36'939'825</i>	<i>40'791'198</i>	<i>39'948'976</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	36'939'825	40'791'198	39'948'976
Externe Erlöse	13'692'361	17'826'400	16'664'300
Interne Erlöse	439'087	454'429	494'247
Beiträge von Dritten	64'120	100'000	40'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'195'568</i>	<i>18'380'829</i>	<i>17'198'547</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	14'195'568	18'380'829	17'198'547
Total Nettokosten / Globalkredit	22'744'258	22'410'369	22'750'429
Kostendeckungsgrad in %	38	45	43

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	223.60	230.10	233.48
▪ Auszubildende	5.80	14.00	11.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.40	2.40	3.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Gegenüber dem Stellenplan 2009 werden folgende Veränderungen vorgenommen:

- + 3.00 SIWIS (gemäss SR.09.106-2)
- + 0.40 SB Rechnungswesen (Übernahme von Aufgaben aus M+Z [0.20] und Zivilschutz [0.20]; Vergütung durch M+Z)
- 0.02 Reinigung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Planung Polizeigebäude
- Verstärkung der Brennpunktbewirtschaftung (SIWIS)
- Planung neuer Verkehrsgarten
- Umsetzung des Projekts MOBEWE (Modernisierung Besoldungswesen), Folgeauftrag aus WINPOL
- Schulung Einführung neue Strafprozessordnung

Produkt 1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung**Leistungen**

- Präventive Präsenz
- Objekt- und Personenschutz
- Bearbeitung des fliessenden Verkehrs
- Polizeiliche Bewilligungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	12'863'912	15'039'653	13'945'120
Erlös	6'657'165	9'525'286	7'961'341
Nettokosten	6'206'748	5'514'367	5'983'780
Kostendeckungsgrad in %	52	63	57

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Patrouillen und Kontrolltätigkeit in Prozent der effektiven Arbeitszeit	19	20	20
Übertretungsquote bei Geschwindigkeitskontrollen in Prozent	6	8	7

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Gesamtstunden sichtbare Präsenz	55'245	55'000	55'000
Anzahl Stunden für Objekt- und Personenschutz*	1'195	160	160
Anzahl Rotlichtkameras	0	0	
Anzahl Rotlicht-/Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen	5	5	6
Anzahl stationäre Geschwindigkeitsmessgeräte	4	4	4
Kontrollstunden Überwachung des fliessenden Verkehrs	64'351	75'000	75'000
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	4'773	5'000	5'000
Anzahl Gastwirtschaften	460	450	450
Anzahl Patente für Verkauf alkoholischer Getränke	152	150	150
Anzahl saisonale Strassencafés	81	70	70
Anzahl Lärmmessungen	31	30	30

* Der Ist-Wert 2008 ist infolge von Fehlbuchungen zu hoch ausgefallen.

Produkt 2 Ereignisbewältigung**Leistungen**

- Intervention bei Delikten
- Intervention bei Verkehrsunfällen
- Übrige Interventionen/Konfliktbewältigung
- Einsatz bei Grossanlässen/Grossereignissen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	8'983'396	7'707'978	9'605'113
Erlös	71'868	75'253	134'630
Nettokosten	8'911'528	7'632'725	9'470'483
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Intervention vor Ort innerhalb von 5 Minuten (in %)	74	75	75
Mit der Intervention zufriedene Opfer in Prozent	n/a	85	85

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Verkehrsunfälle	1'275	1'270	1'270
Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse*	17'074	5'000	10'000
Anzahl Delikte mit Intervention der Stadtpolizei	8'207	7'500	7'500
Anzahl übrige Intervention/Konfliktbewältigungen der Stadtpolizei	7'939	8'000	8'000
Anzahl Interventionen bei häuslicher Gewalt	190	250	220
Anzahl Anzeigerapporte bei häuslicher Gewalt	91	70	80
Anzahl Einsätze mit Diensthunden	167	160	160

* Fussball-WM 2010

Produkt 3 Ermittlung / Aufklärung

Leistungen

- Ermittlung bei Delikten
- Festhalten von Sachverhalten
- Personen- und Sachfahndung
- Suchen von Personen und Gegenständen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	6'798'272	7'868'679	7'336'231
Erlös	68'183	95'627	79'915
Nettokosten	6'730'089	7'773'052	7'256'315
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Innert Monatsfrist erledigte und verfügte Fälle in Prozent	91	90	90

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Gesamtstunden für Ermittlungsarbeiten	48'760	50'000	50'000
Anzahl Berichte und Rapporte	15'952	17'000	16'000
Gesamtstunden für Personen- und Sachfahndung	13'170	14'000	14'000
Anzahl Suchaktionen	0	0	0
Anzahl Verhaftungen tatverdächtiger Personen durch den Ermittlungsdienst	355	400	400
Anzahl Interventionen des Jugenddienstes	700	700	700

Produkt 4 Information / Prävention

Leistungen

- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Prävention allgemein
- Prävention Verkehr

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'093'803	1'401'665	1'160'312
Erlös	7'160	12'291	9'167
Nettokosten	1'086'643	1'389'374	1'151'145
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Maximale Anzahl Delikte pro 1000 Einwohner/innen	100.00	120.00	100.00
Maximale Anzahl Verkehrsunfälle	1'275.00	1'270.00	1'270.00

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Medieninformationen	290	250	250
Anzahl durchgeführte Präventionskampagnen*	20	8	4
Anzahl unterrichteter Schulklassen (Verkehrsschulung)	535	550	540

* Budget 2010 um die Hälfte gekürzt

Produkt 5 Polizeinahe Dienstleistungen

Leistungen

- Rechtshilfe
- Fundbüro
- Umwelt und Flurpolizei (Lebensraumschutz)
- Verkehrstechnik
- Marktwesen
- Diverse Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'489'426	6'441'823	5'890'170
Erlös	1'529'416	1'365'471	1'621'770
Nettokosten	3'960'010	5'076'351	4'268'400
Kostendeckungsgrad in %	28	21	28

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Innert Monatsfrist erledigte Rechtshilfegesuche in Prozent	92	80	90
Anteil erfolgreich vermittelter Fundgegenstände in Prozent	53	60	50

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl erledigte Rechtshilfegesuche	9'051	10'000	10'000
Anzahl erfasste Fundgegenstände	4'421	4'000	4'000
Anzahl Verkehrsanordnungen	573	400	400
Anzahl durchgeführte Märkte	126	120	120
Anzahl Inkassofälle ärztlicher Notfalldienst	166	200	180
Anzahl Vermietungen Signalisationsmaterial	537	600	600
Anzahl Vermietungstage mobile Lichtsignalanlagen	468	700	500
Anzahl Lotsenposten (Schulwegsicherung)	22	22	22
Anzahl gemeldete Alarmanlagen, bei denen gebührenpflichtig ausgerückt wird (inklusive angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen)	891	900	900
Anzahl angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen	132	130	180

Produkt 6 Kontrolle ruhender Verkehr

Leistungen

- Inkasso der Nachtparkgebühren
- Bewirtschaftung von Parkplätzen auf öffentlichen Strassen und Plätzen
- Erteilen von Parkier- und Ausnahmegewilligungen
- Kontrolle der bewirtschafteten Parkplätze und der blauen Zonen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'734'264	2'331'401	2'012'028
Erlös	5'748'092	7'306'901	7'391'724
Nettokosten	-4'013'827	-4'975'499	-5'379'697
Kostendeckungsgrad in %	331	313	367

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Kontrollstunden des ruhenden Verkehrs	9'059.00	10'000.00	10'000.00

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl in Winterthur immatrikulierte Fahrzeuge (Nachtparkgebühren)	52'352	52'000	52'000
Anzahl gebührenpflichtige Parkplätze	1'058	1'055	1'055
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	9'439	9'000	9'500

IAFP Stadtpolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	36'939	40'791	39'948	40'184	40'437	40'781
Erlös	14'195	18'380	17'198	17'199	17'199	17'199
Nettokosten/Globalkredit	22'744	22'410	22'750	22'985	23'238	23'582
Kostendeckungsgrad in %	38	45	43	43	43	42

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	67'375	0	550	720	2'820	3'820	5'600	53'865
Bewilligt	10'731	2'546	1'941	1'540	244	111	22	4'327
Gesamt	78'106	2'546	2'491	2'260	3'064	3'931	5'622	58'192

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF #	227.2	220.5	221.7	220	221	222
Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	38	45	43	43	43	42
2 Kundenorientierung						
1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit)						
2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung						
3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin						
4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent						
Messung / Bewertung:						
1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit **						
2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr						
3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung **						
4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind						
Messgrößen:						
1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in % **	n/a	70	70	70	70	70
2. Interventionszeit <= 5' in % der Einsatzfahrten			80	80	80	80
3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in % **	n/a	65	65	65	65	65
4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden	43	40	44	44	44	44

** Messung nur alle 2 Jahre möglich (ISO-Umfrage)

automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Polizeigebäude: Planung und Realisierung sowie Abklärung der Möglichkeiten zur Schaffung einer Bahnhofswache;
- Verkehrsgarten (neuer Standort): Planung und Realisierung;
- Verstärken der Sicherheit in den Quartieren und in der Innenstadt (Projekt QUIS - verbesserte polizeitaktische Quartierbewirtschaftung);
- Verkehrssicherheit: Bekämpfen der Raserproblematik;
- Rotlichtmilieu: Verhindern der Bildung eines Strassenstrichs;
- Perfektionieren der Brennpunkte-Bewirtschaftung (Projekt SIWIS - Einsatz flexibler Patrouillen, zu Fuss und per Bike);
- Grossereignis-Bewältigung: Jährliche Trainings allein und mit Partnern;
- Fundbüro: Prüfen eines Online-Fundbüros;
- Service-Steigerung: Evaluieren eines Anzegebüros zur effizienteren Kundenbedienung;
- Tatbestandsaufnahme-Vorgehen: Einsatz des modernen Rolleimetric-Systems;
- Gewaltprävention im Kinds- und Erwachsenenbereich, häusliche Gewalt und umsetzen des Gewaltschutzgesetzes;
- Aufnahme der Schengener-Schleierfahndungen auf Stadtgebiet;
- Umsetzen der neuen Strafprozessordnung; zeitgerechtes Ausbilden des ganzen Korps;
- Verkehrsregimes in den Quartieren: fortlaufende Anpassung;
- Umsetzen des Projekts "Modernisierung des Besoldungswesens der Stadtpolizei" (WINPOL-Restanz);
- Polycom: Definitive Einsetzung des modernen, nationalen Sicherheits-Funksystems;
- Gebührenverordnung: Vorantreiben der Arbeiten;
- Sicherheit in Winterthur als Forschungsthema: Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Winterthur - eine urbane Entwicklung

Zwar weist Winterthur trotz seiner rasanten Entwicklung keine höhere Kriminalität als vergleichbare Städte auf. In der Bevölkerung machen sich gleichwohl zunehmend Unsicherheitsgefühle breit, die in erster Linie durch niederschwellige Immissionen wie Littering, Graffiti, Unordnung, Randständige oder die Übernutzung des öffentlichen Raumes hervorgerufen werden. Desgleichen erweisen sich die Erscheinungen der Kleinkriminalität als lästig (Diebstähle, Sachbeschädigungen, Belästigungen, Drogenkonsum etc.). Die Sicherheitsstruktur von Winterthur hat mit dem Wachstum der Stadt nur teilweise Schritt halten können. Es zeichnet sich ab, dass sozial-interaktive und präventive Polizeimassnahmen in der Regel zu kurz kommen.

Der öffentliche Raum - ein rares Gut

Ein grosser Teil der künftigen Polizeiarbeit wird aus Interventionen bei Störungen und Konflikten im öffentlichen Raum bestehen; dies insbesondere auch dann, wenn sozial randständige Menschen involviert sind. Polizeiliches Einschreiten namentlich in Fällen von «Littering», Vandalismus, Sachbeschädigungen wird je länger je mehr verlangt, ebenso der sachgerechte Umgang mit Randständigen, Minoritäten und verschiedenen Alterssegmenten sowie mit Gewerbetreibenden. Kurzum, der Druck auf den öffentlichen Raum nimmt zu und dies wird Winterthur in nächster Zukunft intensiv beschäftigen.

Die Stadtpolizei - Teil des nationalen Sicherheitssystems

Die Polizeikorps der Schweiz geniessen eine rechtlich geschützte Selbständigkeit, indessen gleichen sie sich im fachlichen und technischen Bereich je länger je mehr an.

So arbeitet auch die Stadtpolizei Winterthur auf nationaler und kantonaler Ebene mit ihren Partnerkorps zusammen. Die Wandlungen und Anpassungen nehmen zu und damit verbunden auch die Investitionen. Noch im laufenden Jahr wird beispielsweise das Diensthundewesen im Ausbildungsbereich mit dem Hundezentrum der Kantonspolizei zusammengelegt. Die technische Integration nimmt zu, so wird beispielsweise das nationale Sicherheitsfunknetz POLYCOM umgesetzt oder integrierte Datenverarbeitungs- oder Fahndungssysteme werden aufgeschaltet.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Auftrag

Betrieb von Parkhäusern, Parkgaragen, Parkplätzen und eines Parkleitsystems

Produkte

Parkhäuser (Altstadt)

Betrieb von vier Parkhäusern in der Altstadt für Kurzparkieren und Dauermieten

Parkgaragen

Betrieb von drei Parkgaragen, die nur Dauermietern zur Verfügung stehen

Parkplätze

Betrieb von neun Parkplätzen für Dauermieter in den Quartieren

Parkleitsystem

Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems für die Parkhäuser und Parkplätze rund um die Altstadt

Dienstleistungen

Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 22. Mai 1967 zur Errichtung einer besonderen Unternehmung "Parkplätze und Parkhäuser" beim Polizeiamt; Beschluss des Stadtrats vom 26. September 1986 zur Weiterführung der bisherigen

"Unternehmung Parkplätze und Parkhäuser" nach neuem Rechnungsmodell als Gemeindebetrieb "Parkhäuser und Parkplätze"

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Ertragsüberschuss	1'127'730	1'370'646	1'253'374
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	97	90	95
2 Kundenorientierung			
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt			
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt			
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt			
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf			
<i>Messung / Bewertung:</i>			
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre			
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen			
<i>Messgrößen:</i>			
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	n/a	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der tiefere Ertragsüberschuss von rund CHF 120'000 ist auf steigende Mieten der sich nicht im Eigentum der Stadt befindenden Parkhäuser und auf tiefere Einnahmen im Parkhaus Museum Nord (Glaspalast, Bauarbeiten) zurückzuführen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Der Ertragsüberschuss steigt gegenüber 2008 um rund CHF 125'000. Dies ist darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2008 die Kosten für den Betrieb des Parkleitsystems noch nicht an die einzelnen Parkhausbetreiber weiterverrechnet werden konnten.

In der Rechnung 2008 wurde der Ertragsüberschuss mehrheitlich in die Städtische Rechnung überführt (Beiträge an Dritte), während im Voranschlag 2010 vorgesehen ist, den Ertragsüberschuss in die Betriebsreserve einzulegen (Bestandteil der Sachkosten).

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	294'654	278'021	428'389
Sachkosten	590'421	1'930'071	1'812'477
Beiträge an Dritte	1'068'170	0	0
Residualkosten	25'417	25'417	22'473
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	122'799	118'662	113'963
Mietkosten	443'377	448'400	449'400
Übrige interne Kosten	-9'806	89'023	-12'132
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'558'281</i>	<i>2'889'594</i>	<i>2'814'569</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	60'000	60'000
Total effektive Kosten	2'558'281	2'829'594	2'754'569
Externe Erlöse	2'374'927	2'649'100	2'551'500
Interne Erlöse	160'106	240'494	263'069
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'558'281</i>	<i>2'889'594</i>	<i>2'814'569</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	60'000	60'000
Total effektive Erlöse	2'558'281	2'829'594	2'754'569
Total Nettokosten / Globalkredit	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	3.00	4.00	4.00
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Der Personalbestand verändert sich gegenüber 2009 nicht.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Auf Grund der finanziellen Möglichkeiten sind für 2010 keine wesentlichen Massnahmen und Projekte vorgesehen.

Produkt 1 Parkhäuser (Altstadt)

Leistungen

Für die Parkhäuser Technikum Nord, AXA-Winterthur Versicherungen, Theater und Museum Nord (Glaspalast):

- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'123'499	1'165'680	1'162'804
Erlös	2'182'788	2'320'496	2'220'538
Nettokosten	-1'059'289	-1'154'816	-1'057'734
Kostendeckungsgrad in %	194	199	191

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Hohe Auslastung der Parkhäuser			
▪ Dauermieter in %	98	90	95
▪ Kurzzeitparkierer in %	42	40	40

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Dauermietplätze	257	257	257
Anzahl Kurzzeitparkplätze	365	365	365

Produkt 2 Parkgaragen

Leistungen

Für die Parkgaragen Neumarkt, Flüeli, Berufsbildungsschule und Unteres Bühl:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	89'804	98'083	140'450
Erlös	175'370	165'708	166'361
Nettokosten	-85'567	-67'626	-25'912
Kostendeckungsgrad in %	195	169	118

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Hohe Auslastung der Parkgaragen			
▪ Dauermieter in %	97	90	95

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Dauermietplätze	118	119	119

Produkt 3 Parkplätze

Leistungen

Für die Parkplätze Kreuzstrasse, Adlerstrasse, Auenrainbrücke, Bleichestrasse, Sägeweg, Schlosstalbrücke, Friedhofstrasse, Nägelsee, Grüzefeldstrasse und NOK Töss:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	31'484	34'906	50'848
Erlös	131'583	122'323	137'200
Nettokosten	-100'099	-87'417	-86'352
Kostendeckungsgrad in %	418	350	270

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Hohe Auslastung der Parkplätze			
▪ Dauermieter in %	92	90	90

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Dauermietplätze	187	201	201
Anzahl Kurzzeitparkplätze	57	65	65

Produkt 4 Parkleitsystem

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	150'357	186'004	178'184
Erlös	36'458	241'010	250'470
Nettokosten	113'900	-55'006	-72'286
Kostendeckungsgrad in %	24	130	141

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Hohe Betriebssicherheit des Parkleitsystems (maximale Ausfallzeit in %)	3.90	5.00	5.00

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Einfahrten in den angeschlossenen Parkhäusern	434'147	390'000	430'000

Produkt 5 Dienstleistungen

Leistungen

- Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	12'158	41'551	28'910
Erlös	8'835	40'057	40'000
Nettokosten	3'324	1'494	-11'090
Kostendeckungsgrad in %	73	96	138

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kundenbewertung	n/a	gut	gut

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Geleistete Arbeitsstunden	168	700	700

IAFP Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	2'558	2'829	2'754	2'755	2'755	2'755
Erlös	2'558	2'829	2'754	2'755	2'755	2'755
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	-825	0	0	0	0	0	0	-825
Bewilligt	1'700	1'094	0	0	0	0	0	606
Gesamt	875	1'094	0	0	0	0	0	-219

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Ertragsüberschuss	1'127'730	1'370'646	1'253'374	1'253'000	1'253'000	1'253'000
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	97	90	95	95	95	95
2 Kundenorientierung						
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt						
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt						
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt						
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf						
<i>Messung / Bewertung:</i>						
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre						
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen						
<i>Messgrößen:</i>						
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	n/a	75	75	75	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.	2x pro Woche / max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Effizienzerhaltung und -steigerung (Sauberkeit, Service etc);
- Wirkungsfördernde Massnahmen zur Parkplatzbenützung (Verkehrssystem ausbauen);
- Förderung der Sicherheit in den Parkhäusern (technische Überwachung, frauengerechte Beleuchtung);
- Kompetitive Preis- und Gebührenpolitik.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Feuerwehr

Auftrag

Kern- und Hilfeleistungsaufgaben

Die Feuerwehr ist zur Rettung von Menschen und Tieren sowie zur Schadenbekämpfung bei Bränden, Explosionen, Elementarereignissen und Erdbeben verpflichtet. Sie trifft bei unmittelbarer Bedrohung durch solche Gefahren die erforderlichen Abwehrmassnahmen. Die Feuerwehr leistet Hilfe bei atomaren, biologischen und chemischen Schadenereignissen (ABC-Schutz) und leistet Nachbarschaftshilfe ausserhalb ihres Einsatzgebietes. Weiter leistet sie Hilfe bei Unfällen im Strassen-, Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr, bei Fahrzeugbränden, bei Unglücksfällen und in Notlagen, insbesondere zur Rettung von Menschen und Tieren sowie bei Wasserschäden im Gebäude, die nicht durch ein Elementarereignis verursacht wurden.

Weitere übertragene Aufgaben: Einsätze bei ABC-Terrorereignissen, Seuchen und Hilfeleistungen für Partnerorganisationen. Das Aufräumen des Schadenplatzes ist Sache der Feuerwehr, soweit dies für die völlige Löschung des Feuers, für die Beseitigung von weiteren Gefahren und für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist. Die Feuerwehr ist jederzeit in der Lage, den Ersteinsatz bei allen üblicherweise zu erwartenden Schadenereignissen zu leisten.

Dienstleistungen

Die Feuerwehr kann für Dienstleistungen eingesetzt werden, wenn die Erfüllung der Kern- und Hilfeleistungsaufgaben gewährleistet ist.

Stützpunktaufgaben

Neben der Erfüllung der Aufgaben als Ortsfeuerwehr leistet die Stützpunktfeuerwehr Hilfe bei regionalen Sonder- oder Grossereignissen.

Produkte

Ereignisbewältigung

Schutz von Leben, Gesundheit, Umwelt und Eigentum. Minimierung von Schadenereignissen und Schäden.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- 862.1 Kantonales Gesetz über die Gebäudeversicherung vom 2. März 1975. Fassung gemäss Gesetz vom 7. Februar 1999. In Kraft seit 1. Januar 2000.
- 861.1 Kantonales Gesetz über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen vom 24. September 1978. Fassung gemäss Gesetz über die Anpassung des Feuerwehrwesens an das Konzept Feuerwehr 2010 vom 1. Dezember 2008. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 861.2 Kantonale Verordnung über die Feuerwehr vom 22. April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 528.1 Kantonale Verordnung über den ABC-Schutz (ABCV) vom 28. Februar 2007. In Kraft seit 1. April 2007.
- 861.21 Kantonale Verordnung über die Subventionen der Gebäudeversicherungsanstalt an den Brandschutz vom 18. September 1991. Fassung gemäss RRB vom 22. April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 861.31 Tarifordnung für die Aufwendungen der ABC-Wehr vom 27. März 2006. Rückwirkend in Kraft seit 1. März 2006.

Richtlinien und Vorschriften

- Feuerwehrkonzept 2010 der GVZ/Kantonale Feuerwehr. Fassung vom 6. März 2006.
- Feuerwehrkonzept 2000 plus und Ergänzungsbericht Richtlinien für die Organisation der Feuerwehren der Schweizerischen Regierungskonferenz für die Koordination im Feuerwehrwesen. Ausgabe Januar 2003.
- Weisung der GVZ für die Rechnungsstellung bei Feuerwehrereignissen vom 1. Juni 2009.
- Richtlinien SFV für die ärztliche Untersuchung von Feuerwehrleuten SFV (Ausgabe 2007)

Leistungsvereinbarung

- GVZ/Kantonale Feuerwehr mit der Feuerwehr Winterthur als Stützpunktfeuerwehr und zum Führen eines Materialkompetenzzentrums vom 1. Januar 2010.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtisches Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 7. September 1988.
- Nachtrag zum Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 8. April 1998.
- Städtisches Dienstreglement für die Freiwillige Feuerwehr vom 6. Dezember 2000.
- Stadtratsbeschluss betreffend Gebühren vom 10.03.1999 (SRB-Nr. 99-0364).
- Stadtratsbeschluss betreffend Sold und Entschädigungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 11. Dezember 2002 (SRB-Nr. 2002-2141 und SRB-Nr. 2004-1329).

Leistungsvereinbarungen

- Stadt Winterthur und den Schweizerischen Bundesbahnen SBB betreffend Bezug von Leistungen bei der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr Winterthur im Hinblick auf Ereignisse auf dem Schienennetz des SBB Betriebswehrstützpunktes Winterthur vom Mai 2007 (SRB-Nr. 2007-1193).
- Stadt Winterthur und Bienenzüchterverein Winterthur (SRB-Nr. 2002-0436). In Kraft seit 1. April 2002.

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung DSU mit Fw 2006 - 2010
- Legislaturziele Fw 2006 bis 2010
- Jahresziele Fw 2010

Verantwortliche Leitung

Jürg Bühlmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit			
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	15	18	20
1.2 Nettokosten pro Einwohner/in in CHF *	66.23	66.88	66.84
2 Kennzahlen und Leistungsstandards			
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	7.85	9.05	8.77
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.71	1.71	1.46
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 * durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.27	0.31	0.31
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude <i>Messung/Messgrösse:</i>			
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)			>95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen und Fahrzeuge im Einsatz und Auftrag vor Ort <i>Messung / Messgrösse:</i>			
2 - 4 Fahrzeuge mit 9-10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:			
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%

Geänderte Messgrössen:

Mit der Einführung des revidierten FwG per 1.6.2009 wird der Vorgabewert (Erreichungsgrad) für die Erfüllung der einzelnen Leistungsnormen generell auf 95% festgelegt (Fw Konzept 2010 GVZ und Konzept 2015 FKS).

Berechnungsgrundlagen:

Personalbestand 24h-Schicht 8 AdBF, Personalbestand Gesamtfeuerwehr 150 AdF, 900 Einsätze der Fw, Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen.

* automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	6'627'926	6'795'230	6'858'289

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der VA 2010 schliesst gegenüber dem VA 2009 mit einem schlechteren Ergebnis von CHF 63'000 (-1%) ab. Erhöhung des Aufwandes um CHF 308'000 (+4%) bei gleichzeitiger Ertragssteigerung um CHF 245'000 (16%).

- Kto-Gruppe 30, Personalaufwand: Mehraufwand von CHF 376'000 (+6%).
Hauptsächlicher Gründe: Mehrkosten Löhne (Kto. 3010) von CHF 350'000, jedoch kompensiert durch angepasste Leistungsvereinbarung mit GVZ (Kto. 4610, Beiträge Dritter, CHF 300'000 für drei neue Rekrutenstellen per 1.1.2010). Mehrkosten Sozialleistungen Verwaltung/Betriebe (Kto. 3030) von CHF 40'000.
- Kto-Gruppe 31, Sachaufwand: Minderaufwand von CHF 106'000 (-12%).
Hauptsächliche Gründe: Büromaterial und Drucksachen (Kto. 310001) werden neu zu den intern verrechenbaren Kosten geschlagen (CHF 13'000). Abschluss 2. Ausbaustufe Fahrzeugabgasabsaugvorrichtung und somit wird das Kto. 311003, Anschaffung Betriebseinrichtungen um CHF 25'000 entlastet. Reduzierter Einkauf technisches Material für Atemschutzzentrum (Kto. 313004 / CHF 50'000), jedoch kompensiert durch weniger Einnahmen (Kto. 434043, CHF - 60'000). Kürzung im Bereich Präventivmassnahmen und Projekte (Kto. 319002) von CHF 20'000.
- Kto-Gruppe 39, interne Verrechnungen: Mehraufwand von CHF 37'000 (+4%).
Hauptsächliche Gründe: Umbuchung Büromaterial und Drucksachen als intern verrechenbare Kosten (CHF 13'000) und Zunahme der kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen von CHF 14'000. Höhere Kosten IC-Unterstützung, Mehrkosten Energie und Umlage Querschnittskosten von CHF 10'000.
- Kto-Gruppe 43, Entgelte: Mindereinnahmen von CHF 50'000 (-7%).
Hauptsächlicher Grund: CHF 50'000 weniger Einnahmen im Atemschutzzentrum, jedoch kompensiert mit CHF 50'000 weniger Ausgaben für den Kauf von technischem Material für das Atemschutzzentrum (siehe Kto-Gruppe 31).
- Kto-Gruppe 46, Beiträge mit Zweckbindung: Mehrerlös von CHF 300'000 (+39%).
Hauptsächlicher Grund: Erhöhung der Leistungsvereinbarung mit der GVZ um CHF 300'000 (drei Rekrutenstellen), wird in der Kto-Gruppe 30, Personalaufwand, kompensiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Der VA 2010 schliesst gegenüber dem RE 2008 mit einem schlechteren Ergebnis von CHF 230'000 (-3%) ab. Erhöhung des Aufwandes um CHF 781'000 (+10%) bei gleichzeitiger Ertragssteigerung um CHF 550'000 (+46%).

- Kto-Gruppe 30, Personalaufwand: Mehraufwand von CHF 776'000 (+13%).
Hauptsächliche Gründe: Kto 3010 Löhne mit Mehrkosten von CHF 599'000, teilweise kompensiert durch Mehreinnahmen in der Kto-Gruppe 46, Beiträge Dritte von CHF 450'000. Höhere Sozialleistungen von CHF 148'000 (Kto 3030). Rentenleistungen und Ruhegehälter plus CHF 18'000 (Kto. 3070).
- Kto-Gruppe 31, Sachaufwand: Mehraufwand von CHF 34'000 (+5%).
Hauptsächliche Gründe: Höhere Aufwendungen in den Bereichen technisches Material/Ersatzteile für Geräte, Funk, Ausrüstung und Treibstoffe und Schmiermittel von CHF 14'000. Baulicher Unterhalt und Unterhalt von Betriebseinrichtungen mit Mehraufwendungen von CHF 41'000. Höhere MwSt-Beiträge auf internen Verrechnungen von CHF 6'000. Kürzung beim Kto. 311006 Anschaffungen Geräte, Funk und Ausrüstung um CHF 27'000.
- Kto-Gruppe 39, interne Verrechnungen: Minderaufwand von CHF 20'000 (-2%).
Hauptsächliche Gründe: Tiefere kalk. Kosten.
- Kto-Gruppe 43, Erträge: Mehreinnahmen von CHF 100'000 (+17%).
Hauptsächliche Gründe: Erwartete Mehreinnahmen bei den verrechenbaren Einsätzen (CHF +20'000), bei den verrechenbaren Einsätzen bei Fehlalarm BMA (CHF +30'000) und Atemschutzzentrum (CHF +15'000). Bei den Lohnrückerstattungen (Kdo. 436001) wird ein Mehrerlös von CHF 35'000 erwartet.
- Kto-Gruppe 46, Beiträge von Dritten: Mehrerlös von CHF 450'000 (+72%).
Hauptsächliche Gründe: Erhöhung der Leistungsvereinbarung mit der GVZ um CHF 450'000, wird in der Kto-Gruppe 30, Personalaufwand, kompensiert.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	6'011'428	6'411'332	6'787'782
Sachkosten	855'253	984'662	893'040
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	744'057	693'006	706'722
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	220'041	214'565	224'064
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'830'780</i>	<i>8'303'566</i>	<i>8'611'608</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	7'830'780	8'303'566	8'611'608
Externe Erlöse	577'511	728'000	678'000
Interne Erlöse	143	5'136	120
Beiträge von Dritten	625'200	775'200	1'075'200
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'202'854</i>	<i>1'508'336</i>	<i>1'753'320</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'202'854	1'508'336	1'753'320
Total Nettokosten / Globalkredit	6'627'926	6'795'230	6'858'289
Kostendeckungsgrad in %	15	18	20

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	38.50	38.50	43.00
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Stelleneinheiten

- Übertritt von 3 Berufsfeuerwehrrekruten aus ihrem Lehrverhältnis in den eigentlichen Stellenplan (Stellen durch GVZ finanziert). Anpassung der Stellenprozente im Feuerwehrsekretariat von 50 auf 100%. Schaffung einer zusätzlichen Kommandostelle zwecks Integration der Funktion 'Kommandant Freiwillige Feuerwehr' in die Leitung der Berufsfeuerwehr. Entsprechende Reorganisation und Neugliederung der Kommandoverantwortlichkeiten in 'Leitung Freiwillige Feuerwehr und Ausbildung Gesamtfeuerwehr' (DC1) sowie 'Technik und Logistik' (DC2).

Auszubildende

- Bildung und Finanzierung von drei neuen Berufsfeuerwehr-Rekrutenstellen per 1.1.2010 gemäss Leistungsvereinbarung der Stadt Winterthur mit der GVZ. Ausbildungsabschluss 2012.

KV-Rotationsausbildungsplätze

- Kaufmännische Lehrstelle im Feuerwehrsekretariat. Weiterführung 2010 nur möglich, wenn die Sekretariatsstelle auf 100% erweitert werden kann.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Schwerpunktziele

- Weiterausbau des GVZ-Materialkompetenzzentrums gemäss unseren Infrastruktur- und Personalmöglichkeiten und Anstellung der letzten 3 (von 9) durch die GVZ/KF finanzierten Mitarbeitenden (Berufsfeuerwehrrekruten für den Lehrgang 2010/2011).
- Reorganisation der Führung der Freiwilligen Feuerwehr durch die Schaffung einer neuen Kommandostelle Leiter Freiwillige Feuerwehr und Verantwortlicher Gesamtausbildung Feuerwehr (5. Kommandostelle).
- Erweiterung der Sekretariatsstelle Feuerwehr von 50 auf 100 Stellenprozente. Beibehaltung der Rotationslehrstelle.
- Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug 1985 E22 MB 1428 (Investitionsvorhaben 2010/2011).

Weitere Ziele

- Polycom Funksystem CH / Kt. ZH; Beschaffung von zusätzlichen Funkgeräten gemäss Konzept GVZ und Stadt Winterthur.
- "Kader der Zukunft", Projekt Lehrgang mittleres Kader der Berufsfeuerwehren der Städte Bern, Basel, St. Gallen, Zürich und Winterthur.
Führung durch Leadership / Führung von Mitarbeitenden (inkl. Führungsstile, Führungsverständnis, Führungsinstrumente), Prozessorientierung inkl. -optimierung, Betriebswirtschaftliches Grundwissen inkl. Controlling, Projektmanagement, Kommunikation.
- Überarbeitung Dienstreglement BF und FFW:
Das Lohnsystem orientiert sich an der hierarchischen Gradstruktur, jedoch entspricht die funktionale Stellung im innerbetrieblichen Dienst (z.B. Fachbereichsleitung) nicht immer dem Grad. Eine kompetenzorientierte Entlohnung ist somit nicht immer möglich.
BF: Arbeitszeitberechnung, Dienstbetrieb, Fachdienst, Lohngruppenportfolio aus Kombination Grad- und Funktionsstufe und weiterer Komponenten (Projekt NELOS), Kompetenzbasierende Funktionsbewertung;
FFW: Leistungsauftrag, Dienstzeit, Verantwortlichkeiten, Entschädigungen etc.
- Kompetenzzentrum GVZ und generelles Kundengeschäft; Evaluation, Beschaffung und Einführung einer Auftragsbearbeitungssoftware für das Kompetenzzentrum Material.
- Personaleinsatzplanungssoftware; Evaluation, Beschaffung und Einführung.
- Ersatzlösung Wegfall ProFire-SW:
Ende April 2010 läuft der Wartungsvertrag für die betriebliche Software endgültig aus (Geschäftsaufgabe). Eine Nachfolgelösung auf gleicher Basis oder ein Neubeginn muss geprüft werden.
- Projekt Energieoptimierung Feuerwehrgebäude; Betriebliche und bauliche Energieoptimierung, energetisches Sparpotenzial identifizieren, Energieverbrauch reduzieren: Zielsetzung mindestens 10% innerhalb der nächsten 5 Jahren (Projektdauer bis 2012).
- Projekt "58plus", Prävention und Früherkennung von gesundheitlichen Schäden unserer Mitarbeitenden:
 - Weiterbeschäftigung von Mitarbeitenden nach dem zurückgelegten 58. Altersjahr in der Berufsfeuerwehr;
 - Schaffung einer Tagesdienststelle für nicht mehr einsatztaugliche MA.

Produkt 1 Ereignisbewältigung

Leistungen

- Schutz von Leben, Umwelt, Gesundheit und Eigentum
- Minimierung von Schadenereignissen und Schäden

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	7'830'780	8'303'566	8'611'608
Erlös	1'202'854	1'508'336	1'753'320
Nettokosten	6'627'926	6'795'230	6'858'289
Kostendeckungsgrad in %	15	18	20

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	7.85	9.05	8.77
Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.71	1.71	1.46
Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.27	0.31	0.31
Messgrösse bisher: Ausfahrt des ersten Fahrzeugs jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute.	94.5%	> 95%	
Messgrösse neu: Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)			>95%
Messgrössen bisher: 2 bis 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Berufsfeuerwehrleuten (AdBF) nach Alarmierung in:			
▪ dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	21%	>95%	
▪ dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 90%)	100%	> 90%	
▪ Stützpunktgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 85%)	98%	> 85%	
Messgrössen neu: 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:			
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%

Geänderte Messgrössen:

Mit der Einführung des revidierten FwG per 1.6.2009 wird der Vorgabewert (Erreichungsgrad) für die Erfüllung der einzelnen Leistungsnormen generell auf 95% festgelegt (Fw Konzept 2010 GVZ und Konzept 2015 FKS).

Berechnungsgrundlagen:

Personalbestand 24h-Schicht 8 AdBF, Personalbestand Gesamtfeuerwehr 150 AdF, 900 Einsätze der Fw, Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Brände	208	230	230
▪ Alarmer automatischer Brandmelde- und Löschanlagen	112	190	180
▪ Öl- und Chemiewehr	72	160	100
▪ Technische Einsätze	394	320	390
Einsätze im Total	786	900	900
<i>davon Einsätze zusammen mit der Freiwilligen-Feuerwehr</i>	<i>228</i>	<i>180</i>	<i>180</i>

Grundlage: Einsatzrapporte 2010

IAFP Feuerwehr

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	7'830	8'303	8'611	8'662	8'662	8'662
Erlös	1'202	1'508	1'753	1'753	1'753	1'753
Nettokosten/Globalkredit	6'628	6'795	6'858	6'908	6'908	6'908
Kostendeckungsgrad in %	15	18	20	20	20	20

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	1'245	0	0	230	230	190	155	440
Bewilligt	940	306	565	0	0	0	0	69
Gesamt	2'185	306	565	230	230	190	155	509

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit						
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	15	18	20	20	20	20
1.2 Nettokosten pro Einwohner/in in CHF *	66.23	66.88	66.84	66.35	65.72	65.10
2 Kennzahlen und Leistungsstandards						
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	7.85	9.05	8.77	8.65	8.56	8.48
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.71	1.71	1.46	1.44	1.43	1.41
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.27	0.31	0.31	0.27	0.27	0.25
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude						
Messung/Messgrösse:						
Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)			>95%	>95%	>95%	>95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen und Fahrzeuge im Einsatz und Auftrag vor Ort						
Messung / Messgrösse:						
2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:						
in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%	>95%	>95%	>95%
in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%	>95%	>95%	>95%
2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%	>95%	>95%	>95%
2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)			>95%	>95%	>95%	>95%

Geänderte Messgrössen:

Mit der Einführung des revidierten FwG per 1.6.2009 wird der Vorgabewert (Erreichungsgrad) für die Erfüllung der einzelnen Leistungsnormen generell auf 95% festgelegt (Fw Konzept 2010 GVZ und Konzept 2015 FKS).

Berechnungsgrundlagen:

- Personalbestand 24h-Schicht: 8 AdBF (2010), 9 AdBF (2011), 9 AdBF (2012), 10 AdBF (2013).
- Personalbestand Gesamtfeuerwehr: 150 (2010-2013)
- Einsätze: 900 pro Jahr (2010-2013).
- Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen.

* automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Weiterausbau des Material-Kompetenzzentrums für den Kanton Zürich gemäss Leistungsvereinbarung mit der GVZ. Geplante Realisierung bis Ende 2012.
- Ausbau der Aktivitäten an der gemeinsamen Berufsfeuerwehrrekrutenschule zusammen mit Schutz und Rettung Zürich und BF St. Gallen. Geplante Realisierung bis Ende 2012.
- Aufbau einer höheren Kaderausbildung (höhere Fachausbildung) als Gemeinschaftsprojekt zwischen den Rettungsorganisationen der Städte Bern, Basel, Zürich, St. Gallen und Winterthur. Geplante Realisierung bis Ende 2012.
- Überführung der Freiwillige Feuerwehr in die Konzepte Feuerwehr 2010 der GVZ und Feuerwehr 2015 der Feuerwehrkoordination Schweiz (FKS). Aufgabenschwerpunkte: Führung, Kaderentwicklung, Tagesverfügbarkeit der Einsatzkräfte, Ausbildung in der Zukunft (z.B. E-Learning/CBT, Fachausweise etc.). Geplante Realisierung für das Konzept 2015 = 2015).

Investitionen

- 2010/2011 Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug 1984.
- 2012 Ersatzbeschaffung von zwei Kommandoeinsatzfahrzeugen (Pw).
- 2013 Ersatzbeschaffung Materialtransportfahrzeug.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Berufsprüfung und höhere Kaderausbildung

Die Berufsfeuerwehren der Städte Bern, Basel, Zürich, St. Gallen und Winterthur werden in der Rekrutenausbildung sowie in der Kaderweiterbildung enger zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang werden wir uns an der Berufsfeuerweherschule in Zürich mit Lehrpersonal und Material beteiligen. Es ist vorgesehen, dass die vorgenannten Städte mittelfristig eine gemeinsame Schule durchführen. In die gleiche Richtung deutet die klare Absicht der Städtekommandanten, eine Ausbildungskonkordanz im Bereich der Kaderausbildung anzustreben. Grundsätzlich verfügen alle Rettungsdienste in den 5 Städten über gute Kaderangehörige. Die Förderung des mittleren Kaderns konzentrierte sich bisher mit Priorität auf die Einsatzbewältigung. Andere Bereiche wie die Betriebswirtschaft und das Personalmanagement wurden demgegenüber untergeordnet behandelt, obschon diese zwischenzeitlich durchschnittlich 75% der Führungstätigkeit belegen. Mit der Umsetzung von New Public Management Ansätzen werden die Betriebswirtschaft, die Prozessorientierung und das Veränderungsmanagement auch in den Rettungsdiensten zu zentralen Schwergewichten der täglichen Führungsarbeit. Um diesen neuen Anforderungen zu genügen ist es nötig, dass die Führungskräfte im Bereich der Rettung weg von der reinen Einsatzführung und hin zu einer Kompetenzentwicklung in allen Managementdimensionen geführt werden (Persönlichkeits-, Sozial-, Fach- und Führungskompetenz).

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Unsere Mitarbeitenden im Kdo und Schichtdienst leisten alle Einsatzdienst bis ins Pensionierungsalter 63. Für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr endet die Dienstpflicht mit 50. Durch flankierende Massnahmen wie Sportkonzept, Beratungen durch externe Fachpersonen, ärztliche Pflichtkontrollen, Impfungen, bestmögliche Schutzausrüstungen etc. soll die Gesundheit unserer Mitarbeitenden erhalten bleiben. Nicht mehr ernsthafteinsatzfähige Mitarbeitende können im Normalfall bei der Berufsfeuerwehr nicht weiter beschäftigt werden.

Dienstreglement Berufsfeuerwehr (Projekt NELOS)

Das Dienstreglement der Berufsfeuerwehr ist bezüglich Berechnung der effektiven Arbeitszeit (die Arbeitszeit zählt während den Nachtstunden nur zu 50%), Regelung der beruflichen Tätigkeiten (Anrechnung Sold und nicht Arbeitszeit), Wohnsitzrayon und Zulagen nicht mehr zeitgemäss und muss dringend überarbeitet und erneuert werden.

Das heutige Lohnsystem orientiert sich an der hierarchischen Gradstruktur der Feuerwehr. Die funktionale Stellung einzelner MA im innerbetrieblichen Dienst (z.B. Fachbereichsleitung, fachliches Führen von mehreren MA) stimmt nicht immer mit dem Grad für die Einsatzfähigkeit überein. Eine kompetenzorientierte Entlohnung ist somit nicht immer möglich. Somit müsste bei der Lohneinreihung eine zusätzliche kompetenzbasierende Funktionsbewertung vorgenommen werden (Lohngruppenportfolio aus Kombination Grad- und Funktionsstufe sowie weiterer Komponenten). Die Stadtpolizei Winterthur bearbeitet zurzeit die gleiche Thematik. Wir werden die ersten Resultate der Polizei abwarten, so dass keine Doppelspurigkeiten in der Projekt-Grundlagenerarbeitung entstehen. Sobald aber erste handfeste Ergebnisse vorliegen, werden wir in enger Zusammenarbeit mit dem Personalamt die komplexe Angelegenheit anpacken und beschleunigen.

Freiwillige Feuerwehr

Mit dem Wandel von der traditionellen Feuerwehr zu einer multifunktionalen Rettungs- und Dienstleistungsorganisation wird nicht nur laufend die Aufgabenvielfalt grösser, sondern auch die Anforderungen an jeden einzelnen AdFFw steigen stetig. Durch die Erweiterung des Einsatzspektrums sind die Feuerwehrleute nicht nur in fachlicher Hinsicht stark gefordert, sondern auch vermehrt in persönlichen, zwischenmenschlichen und kommunikativen Belangen.

Tagesverfügbarkeit:

Bei den Arbeitgebern sinkt die Bereitschaft, Personal für die Ausbildung und den Einsatz in der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Wohn- und Arbeitsort sind je länger je mehr nicht mehr identisch. Dies führt dazu, dass auswärtige Erwerbstätige der Feuerwehr am Wohnort tagsüber nicht zur Verfügung stehen (verminderte Tagesverfügbarkeit). Der Verbleib in einer Feuerwehrorganisation ist durchwegs kürzer als dies früher der Fall war (hohe Fluktuationsrate).

Rekrutierung:

Die Rekrutierung wird zunehmend schwieriger. Vor allem wird es schwieriger Kaderfunktionen mit geeigneten Leuten zu besetzen. Neue Organisations- und Führungsmodelle sollen die Freiwillige Feuerwehr in die Konzepte 2010 GVZ und 2015 FKS überführen.

Zeitgerechtes Einrücken:

Verkehrsüberlastung und Verkehrsberuhigungsmassnahmen beeinflussen das zeitgerechte Einrücken der Freiwilligen Feuerwehr immer stärker.

Zivilschutz

Auftrag

Der Zivilschutz Winterthur schützt in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes die Menschen bei Katastrophen und Notlagen sowie bei bewaffneten Konflikten. Dabei trägt er wesentlich zur Begrenzung und Bewältigung von Schadenereignissen bei.

Produkte

Zivilschutzorganisation

Gewährleisten eines wirkungsvollen Bevölkerungsschutzes durch Werterhaltung der Zivilschutzinfrastruktur; durch Sicherstellung der Alarmierung mittels stationären und mobilen Sirenen; durch einen hohen Ausbildungsstand der Zivilschutzformationen; Schutz der beweglichen und unbeweglichen Kulturgüter; Fördern der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen; Steuerung des Schutzraumbaus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002
 Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz) vom 8. Oktober 1982 (Stand am 5. Juni 2001)
 Verordnung über die Warnung, Alarmierung und Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung (Alarmierungsverordnung AV) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft (VEZG) vom 5. Dezember 2003 bzw. 1. Juli 2008
 Verordnung über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen (VABS) vom 5. Dezember 2003
 Verordnung über die Funktionen, die Grade und den Sold im Zivilschutz (FGSV) vom 9. Dezember 2003
 Verordnung über die Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung (Organisationsverordnung Landesversorgung) vom 6. Juli 1983 (Stand am 22. Juli 2003)
 Weisungen des Bundesamtes für Sozialversicherung betreffend die Bescheinigung der Dienstage gemäss Erwerbsersatzordnung
 Weisung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die vorzeitige Entlassung aus der Schutzdienstpflicht vom 1.04.2004
 Technische Weisungen für die Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes TWO, 1977
 Technische Weisungen für spezielle Schutzräume TWS, 1982
 Technische Weisung für den Pflichtschutzraumbau TWP, 1984
 Reglemente des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS)
 Gesundheitsgesetz vom 1. Juli 2008 (ersetzt Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962)
 Regierungsrätliche Vorgaben zur Umsetzung des Zivilschutzes im Kanton Zürich, RRB vom 2. April 2003
 Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 19. März 2007, Inkrafttreten: 1. August 2007
 Kantonale Zivilschutzverordnung (KZV) vom 17. September 2008, Inkrafttreten: 1. November 2008
 Weisung über den Vollzug der Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft im Kanton Zürich vom 1.03.2004
 Weisungen für Aufbau und Vollzug im Zivilschutz (WAV-ZS) vom 14.06.2000
 Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Militär und Zivilschutz über das Stützpunkt-Rettungsdetachment vom Februar 2002

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gebührenordnung für den baulichen Zivilschutz vom 23. Juni 2004

Stufe Verwaltungseinheit

Gliederung und Sollbestände der Zivilschutzorganisation Winterthur
 Anlage und Standorte der Zivilschutzorganisation Winterthur
 Zivilschutz Katastrophen- und Nothilfeplanung
 Ernstfalldokumentation für bewaffnete Konflikte (EFD)
 Mehrjahresplanungen für die Zivilschutzorganisation Winterthur
 Leitidee
 Strategische Erfolgspositionen (SEP)
 Legislatur- und Jahreszielplanungen
 Entschädigungsreglement vom 1.1.1997 (Regelung über Entschädigungen an Lehrpersonal, Kaderfunktionäre und Spezialisten des Zivilschutzamtes Winterthur sowie an nebenamtliches Instruktionspersonal)

Verantwortliche Leitung

Thomas Engesser, Amtsvorsteher / Kommandant Zivilschutz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Massgebende Anzahl Einwohner/innen Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF * Kostendeckungsgrad insgesamt in % *	112'177 31.38 29	113'800 32.28 26	114'910 29.78 27
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	95.00 ----	>90 >90	>90 ----
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Ueberprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Ueberprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur	50 95 100.00 7	50 95 >98 7	50 95 >98 7

Das Gebiet der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst die Gemeinden Winterthur, Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Die Einwohnerzahlen sind in den Leistungsmengen detailliert aufgeführt.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	3'520'603	3'674'137	3'422'520

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der Voranschlag für das Jahr 2010 ist gegenüber dem Voranschlag 2009 deutlich tiefer. Dies aufgrund der klar tieferen kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen aus der Anlagenbuchhaltung und etwas tieferen Personalkosten. Die Erträge sind geringfügig rückläufig.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Der Voranschlag 2010 weist einen tieferen Globalkredit aus als die Rechnung 2008. Erstmals wurden im Jahr 2008 kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen belastet, die im Jahr 2010 deutlich tiefer ausfallen werden. Der Beitrag an Dritte (Rettungsdienst) ist zu 100 % budgetiert, obwohl im Jahr 2008 mit 54 % in Rechnung gestellt. Der Rückgang der Bautätigkeit bewirkt eine Ertragseinbusse bei den Gebühren.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	2'874'177	3'015'956	2'948'011
Sachkosten	949'404	770'288	767'822
Beiträge an Dritte	94'015	173'000	176'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	731'350	707'464	512'503
Mietkosten	220'242	219'900	219'900
Übrige interne Kosten	70'120	63'257	60'538
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'939'308</i>	<i>4'949'865</i>	<i>4'684'774</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'939'308	4'949'865	4'684'774
Externe Erlöse	1'140'525	1'076'553	1'086'500
Interne Erlöse	164'101	77'576	64'154
Beiträge von Dritten	114'080	121'600	111'600
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'418'705</i>	<i>1'275'729</i>	<i>1'262'254</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'418'705	1'275'729	1'262'254
Total Nettokosten / Globalkredit	3'520'603	3'674'137	3'422'520
Kostendeckungsgrad in %	29	26	27

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	19.31	19.31	19.31
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die Stelleneinheiten sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Unterstützung von Anlässen zu Gunsten der Gemeinschaft im Rahmen der Bewilligungen von BABS, AMZ und Stadt Winterthur.

Einsatzbezogene Ausbildung im Massstab 1:1 für alle WK Einheiten.

Beschaffung und Schulung neuer Übermittlungsmittel im Rahmen des Bevölkerungsschutzes (Polycom).

Anpassen der Infrastruktur und des Ausbildungsmaterials an die Bedürfnisse des Bevölkerungsschutzes.

Werterhalt und stete Einsatzbereitschaft der permanenten Einrichtungen garantieren.

Den Rettungsdienst mit seiner effizienten Einsatzzentrale, dem optimal ausgebildeten Personal und moderner Ausrüstung, stets an die Anforderungen der IVR-Richtlinien anpassen. Neubau der Rettungswache.

Produkt 1 Zivilschutzorganisation**Leistungen**

- Bereitstellung der Schutzinfrastruktur / Alarmierung der Bevölkerung
- Schutz und Betreuung von Schutzsuchenden und von obdachlosen Personen
- Schutz von Kulturgütern (Kulturgüterschutz KGS)
- Unterstützung der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes insbesondere bei Katastrophen und Notlagen
- Führungsunterstützung und Logistik
- Instandstellungsarbeiten
- Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'939'308	4'949'865	4'684'774
Erlös	1'418'705	1'275'729	1'262'254
Nettokosten	3'520'603	3'674'137	3'422'520
Kostendeckungsgrad in %	29	26	27

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Keine schwerwiegenden Unfälle bei Zivilschutzübungen	0	0	0
Alle Kaderfunktionen der Organisation besetzt in %	85	85	85
Alle Zivilschutzpflichtigen sind für die Ernstfalleinsätze vollständig ausgerüstet in %	98	95	98
Betriebsbereitschaft der Anlagen zu 100 % gewährleistet.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Jährlicher Sirenentest	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Schutzdienstpflichtige			
▪ Offiziere	57	74	65
▪ Unteroffiziere	161	116	165
▪ Zivilschutzsoldaten	631	710	670
Gesamte Anzahl Dienstage	4'738	4'300	4'200
▪ zu Gunsten WK / Werterhaltung	2'400	1'900	2'000
▪ zu Gunsten humanitärer Organisationen	219	400	300
▪ zu Gunsten der Gemeinschaft	2'119	2'000	1'900
Anzahl Uebernachtungen in Zivilschutzanlagen	1'124	600	800
Anzahl Schutzplätze für die Bevölkerung	111'751	106'000	106'500
Anzahl kontrollierte private Schutzplätze	23'189	20'000	20'000
Anzahl neu erstellte Schutzplätze	1'228	500	500
Anzahl Sirenen			
▪ stationär	41	41	41
▪ mobil	6	6	6
Anzahl Stabsübungen	2	2	2
Anzahl Stabsrahmenübungen	2	1	1
Bevölkerungszahl total: Grundlage für Parlamentarische Zielvorgaben	112'177	113'800	114'910
Bevölkerungszahl Winterthur (gemäss Finanzamt)	100'065	101'600	102'600
Bevölkerungszahl Bertschikon (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	999	1'030	1'046
Bevölkerungszahl Seuzach (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	6'647	6'700	6'778
Bevölkerungszahl Wiesendangen (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	4'466	4'470	4'486

IAFP Zivilschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	4'939	4'949	4'684	4'685	4'685	4'705
Erlös	1'418	1'275	1'262	1'262	1'262	1'262
Nettokosten/Globalkredit	3'521	3'674	3'423	3'423	3'423	3'443
Kostendeckungsgrad in %	29	26	27	27	27	27

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	275	0	-275
Bewilligt	415	-225	415	0	0	0	0	225
Gesamt	415	-225	415	0	0	275	0	-50

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Massgebende Anzahl Einwohner/innen Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF * Kostendeckungsgrad insgesamt in % *	112'177 31.38 29	113'800 32.28 26	114'910 29.78 27	116'400 29.40 27	117'400 29.15 27	118'500 29.05 27
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	95.0 ----	>90 >90	>90 ----	>90 >90	>90 ---	>90 >90
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Überprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur	50 95 100.0 7	50 95 >98 7	50 95 >98 7	50 95 >98 7	50 95 >98 7	50 95 >98 7

* automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Einführung von Motorfahrerkursen zu Gunsten des Kantons (2011; Pilotkurs 2010).
Nachrüstung KP Ausserdorf mit neusten Übermittlungsmitteln (geplant 2011).
Realisierung Kommunikationsnetz polyalert gesamtschweizerisch.
Anpassung Ausbildungszentrum Ohrbühl für Umnutzung (2012).
Durchführung Bevölkerungsschutztag (2013).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die voraussichtliche bauliche Entwicklung mit rückläufiger Tendenz bewirkt eine Ertragseinbusse bei den Gebühren. Die auf Bundesebene eingereichten Motionen zum Thema Schutzraumbaupflicht werden weiter im Auge behalten.

Die Qualität der Zivilschutzausbildung sowie der Wiederholungskurse liegt in der Hand der Gemeinde. Durch didaktisch und fachlich kompetente sowie motivierte Mitarbeitende ist die Zivilschutzorganisation Winterthur in der Lage, die Ausbildungs- und Wiederholungskurse zielgerichtet zu gestalten und so der Mannschaft und dem Milizkader die notwendige Kompetenz zu vermitteln, um die Einsatzverantwortung zu übernehmen und jederzeit zielgerichtet handeln zu können.

Melde- und Zivilstandswesen

Auftrag

Zuverlässige gegenwarts- und vergangenheitsbezogene Registrierung aller Winterthurer Einwohner/innen und Bürger/innen des Bezirks Winterthur sowie Beurkundung aller Zivilstandsereignisse. Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus den Registern. Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen sowie Registrierung von eingetragenen Partnerschaften.

Mitwirkung bei der Organisation von Wahlen und Abstimmungen.

Auftragserledigung für das Migrationsamt des Kantons Zürich.

Produkte

1 Einwohnerkontrolle

Teilprodukte:

- Führen des Einwohnerregisters
- Führen des Stimmregisters
- Dienstleistungen für das Migrationsamt

2 Zivilstandsamt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

ZGB / Schweiz. Zivilstandsverordnung / Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz) und Verordnung dazu / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer/innen / Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) und Verordnungen / Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen / Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts / Bundesgesetz über das internationale Privatrecht / Eidg. Partnerschaftsgesetz.

Stufe Kanton

Zivilstandsverordnung des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Information und den Datenschutz / Gemeindegesetz des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen / Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes / Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden / Weisungen des Migrationsamtes des Kantons Zürich / Verordnung über die Registrierung gleichgeschlechtlicher Paare.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung (Meldewesen Einwohnerregister)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Kennzahlen:

Bevölkerung am 31.12.2007: 99'307 (gemäss Bevölkerungsstatistik EK)

Bevölkerung 2008: 100'065

Bevölkerung 2009: 101'600

Bevölkerung 2010: 102'600

Bevölkerung 2011: 104'100

Bevölkerung 2012: 105'100

Bevölkerung 2013: 106'100

Verantwortliche Leitung

Daniel Bugeđa, Bereichsleiter

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen			
<i>Messgrössen</i>			
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	16.77	17.13	15.95
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	66	66	68
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	60	56	58
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	63	62	64
2 Kundenorientierung			
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden			
<i>Messgrössen</i>			
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	94	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	96	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	97	97	97
Kurze Reaktionszeit			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	100	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	95	95
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	99	95	95
Kurze Wartezeiten			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Durchschnittliche Wartezeit bei der Einwohnerkontrolle in Minuten	3:41		

Kurze Wartezeiten:

Bisher wurde die durchschnittliche Wartezeit in Minuten ermittelt. Diese Zielvorgabe sagt jedoch zu wenig aus über die wirkliche Wartezeit der Kundschaft, Zielgrössen mit 2 Parametern sind aussagekräftiger.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	1'678'611	1'740'625	1'637'467

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Verminderung der Personalkosten ist dadurch zu begründen, dass durch die interne Reorganisation eine Kaderstelle eingespart wurde. Ausserdem haben Pensionierungen von langjährigen Mitarbeitenden zu einer Verjüngung des Personals geführt. Durch die Re-Zertifizierung des Bereichs und die Anschaffung von neuem Büromöbiliar für die Erweiterung des Archivs des Zivilstandsamtes haben die Sachkosten zugenommen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Die Verminderung der Personalkosten ist dadurch zu begründen, dass durch die interne Reorganisation eine Kaderstelle eingespart wurde. Ausserdem haben Pensionierungen von langjährigen Mitarbeitenden zu einer Verjüngung des Personals geführt. Durch die Re-Zertifizierung des Bereichs und die Anschaffung von neuem Büromöbiliar für die Erweiterung des Archivs des Zivilstandsamtes haben die Sachkosten zugenommen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	3'211'599	3'238'321	3'163'985
Sachkosten	842'359	817'997	921'165
Beiträge an Dritte	2'940	5'000	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	262'342	265'800	221'600
Übrige interne Kosten	232'489	203'563	183'801
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'551'729</i>	<i>4'530'681</i>	<i>4'490'551</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'551'729	4'530'681	4'490'551
Externe Erlöse	2'857'998	2'786'000	2'853'000
Interne Erlöse	15'120	4'055	84
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'873'117</i>	<i>2'790'055</i>	<i>2'853'084</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'873'117	2'790'055	2'853'084
Total Nettokosten / Globalkredit	1'678'611	1'740'625	1'637'467
Kostendeckungsgrad in %	63	62	64

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	30.40	30.40	30.20
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	4.00	4.00	4.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Infolge Abgabe der CS2-Aufgaben werden 0.2 Stelleneinheiten der Stadtpolizei (Rechnungswesen) abgetreten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Fortführung des Projektes Infostars
- Umsetzung Totalrevision Eidg. Zivilstandsverordnung
- Die Volkszählung 2010 kann registergestützt erfolgen
- Einführung Biometrie im Ausländerausweis für Personen, die nicht aus Staaten der EG und der EFTA stammen
- Einführung neuer Ausländerausweis für Ausländer aus EG/EFTA-Staaten
- Inbetriebnahme des E-Voting-Systems auch für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

Produkt 1 Einwohnerkontrolle**Leistungen**

- Führen des Einwohnerregisters
- Erstellen von Auszügen aus dem Register, Erteilen von Auskünften und Beratung
- Antragstellung für Reisepapiere von schweizerischen Staatsangehörigen
- Führen des Hunderegisters und Einzug der Hundesteuer
- Führen des Stimmregisters, inkl. Auslandschweizer/innen
- Zustellung der Stimmunterlagen, Durchführen der brieflichen und vorzeitigen Stimmabgabe
- Entgegennahme, Prüfung und Weiterleitung von Gesuchen an das Migrationsamt
- Beratung der ausländischen Wohnbevölkerung, Gebühreninkasso für Bund und Kanton
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Meldungen an andere Amtsstellen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'681'325	2'571'496	2'556'440
Erlös	1'761'122	1'690'230	1'728'046
Nettokosten	920'203	881'266	828'394
Kostendeckungsgrad in %	66	66	68

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Das Einwohnerregister wird kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Registereintrag/-auszug (ohne Adressauskünfte) in CHF:	41.20	38.90	39.20

Für die Berechnung der operativen Ziele sind folgende Leistungsmengen zu berücksichtigen: Mutationen im Einwohnerregister, Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register, Anträge für CH Reisepapiere (Pass und ID)

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Mutationen im Einwohnerregister	40'357	40'000	41'000
Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register	13'864	15'000	14'000
Anträge für CH Reisepapiere (Pass und Id'Karte)	10'921	10'000	10'000
Briefliche und vorzeitige Stimmabgaben	95'050	110'000	120'000
Kontrollierte Unterschriften (Initiative / Referendum)	39'120	30'000	40'000
Total aller Dienstleistungen	199'312	205'000	225'000

Produkt 2 Zivilstandsamt

Leistungen

- Führen der Zivilstandsregister
- Beurkundung aller Zivilstandsereignisse
- Erstellen von Auszügen aus den Registern, Erteilen von Auskünften und Beratung
- Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung
- Vornahme von Trauungen und eingetragenen Partnerschaften
- Erstellen und Auswerten von Statistiken (Mitteilungen an andere Amtsstellen)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'868'328	1'959'185	1'934'110
Erlös	1'111'996	1'099'825	1'125'038
Nettokosten	756'333	859'360	809'073
Kostendeckungsgrad in %	60	56	58

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Einzel- und Familienregister werden kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Eintrag / Auszug in CHF	46.40	51.90	52.25
Neue Messgrössen:			
▪ Kosten pro Einwohner/in des Zivilstandskreises Winterthur in CHF			7.95
▪ Kosten pro Geschäftsfall in CHF			27.50

Für die Berechnung des Bruttoaufwandes sind die ersten drei Leistungsmengen zu berücksichtigen.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Registereinträge (ereignisbezogen)	6'908	6'000	6'000
Erfassung von Geschäftsfällen im InfoStar	21'801	20'000	20'000
Auszüge aus den Registern	11'603	11'000	11'000
Vorbereitungsverfahren zur Eheschliessung (Beratung und Aktenprüfung)	854	850	850
Vornahme von Trauungen	796	800	800
Dienstleistungen Total	41'962	38'650	38'650

IAFP Melde- und Zivilstandswesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	4'551	4'530	4'490	4'411	4'411	4'411
Erlös	2'873	2'790	2'853	2'853	2'853	2'853
Nettokosten/Globalkredit	1'679	1'741	1'637	1'557	1'557	1'557
Kostendeckungsgrad in %	63	62	64	65	65	65

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen						
<i>Messgrössen</i>						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	16.77	17.13	15.95	14.95	14.81	14.67
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	66	66	68	68	68	68
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	60	56	58	59	59	59
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	63	62	64	65	65	65
2 Kundenorientierung						
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden						
<i>Messgrössen</i>						
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	94	95	95	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	96	95	95	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	97	97	97	97	97	97
Kurze Reaktionszeit						
<i>Messgrössen</i>						
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	100	98	98	98	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	95	95	95	95	95
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	99	95	95	95	95	95
Kurze Wartezeiten						
<i>Messgrössen</i>						
▪ Durchschnittliche Wartezeit bei der Einwohnerkontrolle in Minuten	3:41					

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Bis Ende 2012 sind alle noch lebenden Bürger/innen des Bezirks Winterthur in der Datenbank InfoStar erfasst.
- Automatischer Austausch der Einwohnerdaten zwischen den Gemeinden. Fortführungsprojekt aus der Volkszählung 2010.
- Voraussichtliche flächendeckende Einführung von E-Voting im 2012.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Der Kantonsrat hat Anfang Juni 2008 beschlossen, dass die Ausstellung von biometrischen Pässen (E-Pass) ab März 2010 ausschliesslich durch das kantonale Erfassungszentrum erfolgen wird (in Zürich, ab März 2012 auch in Winterthur an zentraler Lage). Wir werden dadurch eine wichtige Tätigkeit und eine Einnahmequelle verlieren.

Das Ausstellungsverfahren für die Identitätskarte wird angepasst: Nach einer Übergangsfrist von maximal zwei Jahren werden neu die Kantone statt die Gemeinden für Anträge zuständig sein. Pass und ID sind dann am selben Ort zu beantragen, das Antragsverfahren ist für beide Ausweise identisch. Ob es je eine Schweizer ID mit elektronisch gespeicherten Daten geben wird, ist offen. Ebenso offen ist, ob es allenfalls parallel zu einer ID mit Chip auch eine ID ohne Chip geben wird. Demnach ist noch offen, ob für die ID ohne Chip die Einwohnerkontrolle zuständig sein wird.

Im Zusammenhang mit der Volkszählung 2010 werden die harmonisierten Daten in Zukunft elektronisch zwischen den Gemeinden ausgetauscht. Termin noch unbestimmt.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Auftrag

- Gesundheitsschutz der Bevölkerung gewährleisten und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt fördern.
- Im Rahmen der Arbeitssicherheits-, Energie-, Lebensmittel- und Umweltschutzgesetzgebung und gesundheitspolizeilichen Anforderungen sind die Prüf-, Kontroll- und Vollzugsaufgaben kundenfreundlich sicherzustellen.
- Information und Beratung zu Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes.
- Koordination der städtischen Aktivitäten in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Energie.

Produkte

1 Vollzug und Kontrolle

Vollzug der einschlägigen Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lufthygiene, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Ortshygiene. Koordination und Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP).

2 Dienstleistungen

Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie mit der strategischen "Kommission Umwelt und Energie" sowie den beiden operativen Gruppen "Fachgruppe Umwelt" und "Fachgruppe Energie". Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur. Führung der Geschäftsstelle Region Ost (Fluglärm). Information der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik über den Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie die Nachhaltige Entwicklung.

3 Campingplatz

Betrieb Campingplatz am Schützenweiher.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)

Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz [LMG]) / Lebensmittelverordnung (LMV) / Hygieneverordnung (HyV) / Verordnung über Fremd- und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (Fremd- und Inhaltsstoffverordnung [FIV]) / Verordnung über Speisepilze (Pilzverordnung [VSp]) / Verordnung über Gebrauchsgegenstände (GebrV)

Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz [USG]) / Luftreinhalte-Verordnung (LRV) / Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) / SMOG-Verordnung / Massnahmenplan Lufthygiene

Kanton Zürich / Bauverfahrensverordnung (BVV Ziffer 4.1+4.2) Kanton Zürich / Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) / Kantonale Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung / Gebührenordnung zum Vollzug des Umweltrechts

Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG) / Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)

Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz [ArG]) / Verordnungen I bis IV zum Arbeitsgesetz [ArGV I bis IV])

Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) / Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (Verordnung über die Unfallverhütung [VUV])

Tierseuchenverordnung

Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz)

Energiegesetz (EnG) / Energieverordnung des Bundes (EnV)

Energiegesetz des Kantons / Verordnung über die Energieplanung und die Förderung von Pilotprojekten des Kantons (Energieverordnung)

Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung [StFV]) / Verordnung über den Vollzug der Störfallverordnung des Kantons

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur / Massnahmenplan Feuerungen für die Stadt Winterthur / Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS)

Bericht zu Postulat Ökologische Buchhaltung vom 27. April 1987

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 (GGR Nr. 99/079) / Nachhaltige Stadtpolitik: Schaffung der notwendigen Voraussetzungen (SRB-Nr. 2001-0447)

Energiekonzept 2000-2020 (SRB-Nr. 2000-94) / Aktivitätenprogramm Energie (SRB-Nr. 2001-2206) / Konzept

Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt 2003-2006 (SRB-Nr. 2003-2224) / Programm Energieoptimierung öffentlicher Bauten (SRB-Nr. 2004-0882)

Beitritt zum Verein Klimabündnis (SRB-Nr. 94-0104) / Plattform zur Zusammenarbeit der Klimabündnis-Städte Schweiz (KBSS) (SRB-Nr. 96-0215) / Schaffhauser Memorandum der Schweizer Klimabündnis-Städte (SRB-Nr. 2002-0329)

Schaffung einer Fachstelle für Umweltschutz (GGR, 1986), Konzept Umweltschutzorganisation (SR, 1986) / Genehmigung

Strategiepapier 2004-2006 sowie personelle Zusammensetzung der Organisation Umwelt und Energie (SRB-Nr. 2004-0678),

Zusammenlegung Gesundheitsamt und Umweltschutzfachstelle (SRB-Nr. 2005-1039), Organisation Umwelt und Energie:

Strategiepapier 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2309), Energiekonzept 2000-2020: Aktivitätenprogramm 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2254), Ausbau Lebensmittelkontrolle für Gemeinden (SRB-Nr. 2007-0254), Kommunikationskonzept und

Massnahmenprogramm Mobilität (SRB-Nr. 2007-0544), Beschaffung umweltschonender und energieeffizienter Fahrzeuge (SRB-Nr. 2006-1146).

Stufe Verwaltungseinheit

Strategie und Legislaturplanung 2006-2010 / Leistungsvereinbarung 2006-2010 / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Dr. Anna Roschewitz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung - Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF - Kostendeckungsgrad insgesamt in %	21.67 38	20.03 47	19.03 47
2 Kundenorientierung Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufrieden stellend erfüllt. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen <i>Messgrössen:</i> Kundenzufriedenheit Campingplatz (sehr zufrieden in %)	83	75	70
3 Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen. Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt. <i>Messgrössen:</i> - Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur - Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur - Wägungen von PM10-Filtern - Beurteilte Emmissions-Messberichte - VOC-Bilanzen - Arbeitssicherheitskontrollen	0.83 766 36 741 4'688 8 5 235	0.90 900 80 500 5'000 20 6 180	0.90 900 60 700 4'700 20 6 220
4 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre) <i>Messgrössen:</i> - Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren - Anzahl Besucher/innen auf Internetseite - Anzahl Kampagnen / Aktionen - Umweltbericht (alle 4 Jahre) - Label Energiestadt - Zielerreichungsgrad Goldmedaille Gesamttotal	14'969 76'156 7 - k.A. k.A.	10'000 21'000 6 1 - -	15'000 78'000 7 - - -

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	2'169'158	1'993'306	1'953'258

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Personalkosten sind tiefer, da 0.99 Stelleneinheiten weniger budgetiert sind (- 0.85 = nicht benötigte Stellenprozente für die Lebensmittelkontrolle in den Partnergemeinden; - 0.14 = Wegfall der temporären Doppelbesetzung im Arbeitsinspektorat und Rundungsdifferenzen). Die Sachkosten sinken ebenfalls, da im Budget 2009 noch die zusätzlichen Mittel für die Stromspärmäuse enthalten sind. Die restlichen Abweichungen sind marginal.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Im Jahr 2010 wirkt sich die Anpassung der personellen Ressourcen im Lebensmittelinspektorat im Vergleich zum Jahr 2008 aus: Der Ausbau der Lebensmittelkontrolle in den Partnergemeinden (Regionales Kompetenzzentrum) ist nun abgeschlossen. Dieser Ausbau führt zu höheren Personalkosten (Lohnkosten), jedoch gleichzeitig auch zu höheren Erträgen. Zudem wurde die im Rahmen der Akkreditierung verlangte Stellvertretung der Leitung Lebensmittelinspektorat besetzt. Im März 2009 konnte zudem die neu gegründete, mit dem Budget 2009 bewilligte Fachstelle Nachhaltige Entwicklung besetzt werden, so dass im Vergleich zu 2008 ebenfalls höhere Lohnkosten anfallen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	2'157'723	2'611'527	2'592'372
Sachkosten	1'154'624	960'238	929'960
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	6'932	6'932	8'279
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	886
Mietkosten	127'025	126'800	128'530
Übrige interne Kosten	64'255	55'113	57'323
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'510'559</i>	<i>3'760'611</i>	<i>3'717'350</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'510'559	3'760'611	3'717'350
Externe Erlöse	930'599	1'321'000	1'326'000
Interne Erlöse	124'628	156'305	164'092
Beiträge von Dritten	286'174	290'000	274'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'341'402</i>	<i>1'767'305</i>	<i>1'764'092</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'341'402	1'767'305	1'764'092
Total Nettokosten / Globalkredit	2'169'158	1'993'306	1'953'258
Kostendeckungsgrad in %	38	47	47

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.00	19.62	18.63
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Für 2010 sind insgesamt 18.63 Stellen geplant. Gegenüber dem Soll 2009 entspricht dies einer Reduktion von 0.99 Stellen. Davon sind 0.85 nicht benötigte Stellenprozente für die Lebensmittelkontrolle in den Partnergemeinden. Die restliche Differenz resultiert aus einer wegfallenden temporären (krankheitsbedingten) Doppelbesetzung im Arbeitsinspektorat sowie kleineren Rundungsdifferenzen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Bereichsleitung:

- Aktivitäten zu Energieeffizienz: Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Energiekonzept 2050, Energieplan
- Aktivitäten zu 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft: Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen
- Aktivitäten Gebäude: Projekt Gebäudeenergieausweis fortsetzen, Programm "100 - jetzt energetisch modernisieren" fortsetzen
- Vorbereitung Re-Audit Energiestadt Gold, PR zu eea gold
- Aktionswoche "energie bewegt Winterthur" zusammen mit zhaw, BLUE-Tech, myblueplanet und anderen
- Projekte: Tag der Sonne; energy day, Internationaler Tag der Umwelt
- Zusammenarbeit CoR, Blue-Tech, zhaw und mbp fortsetzen
- Region Ost: Führen Geschäftsstelle, Vorbereitung Abstimmungskampagne, Intensivierung Öffentlichkeitsarbeit
- Organisations- und Teamentwicklung UGS fortsetzen

Lebensmittelinspektorat:

- Vollzug und Kontrolle LMG
- Konsolidierung LMK Partnergemeinden
- Öffentlichkeitsarbeit

Arbeitsinspektorat:

- Vollzug und Kontrolle AG und UVG
- Leistungsvereinbarung mit AWA wird übererfüllt
- Einarbeitung neue/r Mitarbeiter/in (Nachfolge Kurt Glaus)

Fachstelle Umwelt:

- Vollzug LRV und VOCV
- Immissionsmessungen
- Abschluss Mobilitätskampagne Clevermobil mit Schlussbericht und Evaluation
- Umsetzung Erkenntnisse Umweltbericht

Fachstelle Nachhaltige Entwicklung:

- Aufbau Fachstelle
- Umsetzung Erkenntnisse aus Bericht Kernindikatoren der Nachhaltigen Entwicklung; Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen
- Fortführung NOGF
- Mobilitätszentrale in Pilotphase
- Mobilitätsmanagement SV umgesetzt

Campingplatz:

- Neubau Plus-Energie-Gebäude (2010/2011) inkl. Praxistest Forschungsprojekt zhaw mit lokaler Wirtschaft
- Vereinbarung mit Zelt-Klub Winterthur erneuert

Produkt 1 Vollzug und Kontrolle

Leistungen

- Lebensmittelkontrolle
- Pilzkontrolle
- Immissionsüberwachung
- Vollzug Luftreinhalte-Verordnung (LRV) und Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)
- Vollzug Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Termingerechte Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)
- Kadaverentsorgung

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'291'163	2'650'177	2'485'263
Erlös	995'182	1'449'602	1'442'078
Nettokosten	1'295'981	1'200'575	1'043'185
Kostendeckungsgrad in %	43	55	58

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Lebensmittelkontrollen pro Mitarbeitende	620	650	650
EKAS Entschädigung (Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) in CHF	178'684	200'000	200'000
Termingerechte Durchführung (3 Monate) von UVP-Verfahren in %	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.83	0.90	0.90
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.7	0.9	0.9
Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	766	900	900
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur	36	80	60
Lebensmittelkontrollen in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	2'231	4'300	3'600
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Partnergemeinden	218	250	250
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur	741	500	700
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Partnergemeinden	1'203	1'800	2'000
Besucher/innen Pilzkontrolle	286	300	300
Wägungen von PM10-Filtern	4'688	5'000	4'700
Beurteilte Emissions-Messberichte	8	20	20
VOC-Bilanzen	5	6	6
Arbeitssicherheitskontrollen	235	180	220
Planbegutachtungen	133	100	120
Anzahl erfolgreicher gerichtlicher Beanstandung bei UVP-Verfahren	0	0	0
Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen	0	0	0
Kadaverentsorgung (t)	148	70	150

Produkt 2 Dienstleistungen

Leistungen

- Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie
- Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur
- Geschäftsstelle Fluglärmorganisation Region Ost
- Beratung der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik bei Fragen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	698'807	764'431	887'433
Erlös	3'486	573	11
Nettokosten	695'321	763'858	887'421
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Besucher/innen auf Internetseite	76'156	21'000	78'000
Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	14'969	10'000	15'000
Label Energiestadt (Re-Audit 2011)	-	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Gesamttotal	('77)	('77)*	('77)
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Entwicklung, Raumordnung'	('83)	('83)	('83)
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunale Gebäude, Anlagen'	('48)	('48)	('48)
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Versorgung, Entsorgung'	('75)	('75)	('75)
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Mobilität'	('94)	('94)	('94)
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Interne Organisation'	('83)	('83)	('83)
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunikation, Kooperation'	('79)	('79)	('79)

* Zielerreichungsgrad in Klammer, da Re-Audit Label Energiestadt alle 4 Jahre und Operatives Ziel Goldmedaille auf 2011 ausgerichtet.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Medienmitteilungen und Anfragen durch Medien	32	30	32
Anzahl durchgeführter Kurse, Seminare und gehaltener Referate	15	10	10
Anzahl Kampagnen / Aktionen	7	6	7
Umweltbericht (alle 4 Jahre)	-	1	-

Produkt 3 Campingplatz

Leistungen

Betrieb Campingplatz am Schützenweiher

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	520'589	346'003	344'654
Erlös	325'182	317'130	322'002
Nettokosten	195'407	28'873	22'652
Kostendeckungsgrad in %	62	92	93

Im Jahr 2010 wird das alte Campingplatz-Gebäude abgerissen, welches in den 1940er Jahren als Sommergebäude errichtet wurde und den heutigen energetischen und betrieblichen Anforderungen bei weitem nicht mehr genügt. Es wird ein Provisorium für den laufenden Betrieb bereitgestellt und ein neues Plus-Energie-Gebäude unter Einbezug eines Forschungsprojektes der zhaw zusammen mit einem Winterthurerer Produktionsunternehmen erstellt. Gegenüber 2008 sinken die Personalkosten aufgrund des angepassten Umlageschlüssels.

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kundenzufriedenheit Campingplatz (sehr zufrieden in %)	83	75	70

Die baulichen Massnahmen sowie das Provisorium werden die Kundenzufriedenheit vorübergehend beeinträchtigen. Ab 2011 ist dann wieder mit einer höheren Kundenzufriedenheit zu rechnen.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Übernachtungen auf Campingplatz	21'388	20'000	20'000

Aufgrund der baulichen Veränderungen ist im 2010 mit einer geringeren Anzahl Übernachtungen zu rechnen.

IAFP Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	3'510	3'760	3'717	3'934	3'949	3'883
Erlös	1'341	1'767	1'764	1'844	1'844	1'844
Nettokosten/Globalkredit	2'169	1'993	1'953	2'091	2'106	2'040
Kostendeckungsgrad in %	38	47	47	47	47	47

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	750	0	0	435	200	150	0	-35
Bewilligt	50	0	50	0	0	0	0	0
Gesamt	800	0	50	435	200	150	0	-35

* Investitionsreserve = Volumen ./ . Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung - Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF - Kostendeckungsgrad insgesamt in %	21.67 38	19.61 47	19.03 47	20.08 47	20.03 47	19.22 47
2 Kundenorientierung Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufrieden stellend erfüllt. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen <i>Messgrössen:</i> Kundenzufriedenheit Campingplatz (sehr zufrieden in %)	83	75	70	85	85	85
3 Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen. Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt. <i>Messgrössen:</i> - Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur - Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur - Wägungen von PM10-Filtern - Beurteilte Emmissions-Messberichte - VOC-Bilanzen - Arbeitssicherheitskontrollen	0.83 766 36 741 4'688 8 5 235	0.90 900 80 500 5'000 20 6 180	0.90 900 60 700 4'700 20 6 220	0.80 900 60 700 4'500 20 6 220	0.80 900 60 700 4'500 20 6 220	0.80 900 60 700 4'500 20 6 220

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
4 Dienstleistungen						
Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt						
Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung.						
Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre.						
<i>Messung / Bewertung:</i>						
Kundenbefragungen						
Erhebung der Nachfrage						
Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre)						
<i>Messgrössen:</i>						
▪ Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	14'969	10'000	15'000	15'000	15'000	15'000
▪ Anzahl Besucher/innen auf Internetseite	76'156	21'000	78'000	75'000	75'000	75'000
▪ Anzahl Kampagnen / Aktionen	7	6	7	7	7	7
▪ Umweltbericht (alle 4 Jahre)	-	1	-	-	-	1
▪ Label Energiestadt	k.A.	-	-	-	-	1
▪ Zielerreichungsgrad Goldmedaille	k.A.	-	-	80	-	-
Gesamttotal						

Re-Audit Label Energiestadt alle 4 Jahre, nächster Termin im 2011.

Nächster Umweltbericht im 2013.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

2010: Legislatorschwerpunkt SR zu 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft

2010/2011: Neubau Plus-Energie-Gebäude inkl. Praxistest Forschungsprojekt zhaw mit lokaler Wirtschaft

2011: Inbetriebnahme E-Mobile-Standort PP am Schützenweiher (PV-Strom für E-Fahrzeuge; Verleih E-Bikes etc.)

2011: Re-Audit Energiestadt Gold: Ziel 85% Zielerreichungsgrad

2011: Entscheid Zukunft Mobilitätszentrale

2011ff: Fortführen Umsetzung Erkenntnisse Umweltbericht

2011 ff: Fortführen Umsetzung Erkenntnisse aus Bericht Kernindikatoren der Nachhaltigen Entwicklung

2011 ff: Fortführen Aktivitäten zu Energieeffizienz

2011 ff: Fortführen Aktivitäten zu 2000-Watt- und 1-Tonne-CO₂-Gesellschaft

2011 ff: Fortführen Aktivitäten Gebäude

2011 ff: Fortführen Aktivitäten Mobilität

2012: neue Organisation und Struktur Tierkadaverentsorgung

2012: Vorbereitungsarbeiten Umweltbericht

2013: Produktion Umweltbericht

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Begründung der Kostenentwicklung:

- Intensivierung Projekte Nachhaltige Entwicklung
- Revision Energieplan und Energiekonzept
- Vorbereitung Audit Energiestadt

Begründung der Ertragsentwicklung:

- Lebensmittelkontrolle Partnergemeinden (Tarife, Verrechnung der Nachkontrollen)

Materialverwaltung

Auftrag

Die Materialverwaltung der Stadt Winterthur ist ein departementsübergreifender Dienstleistungsbetrieb für die professionelle Beschaffung und Verteilung von Verbrauchs- und Investitionsgütern. Sie sichert damit der Stadtverwaltung eine wichtige Kernkompetenz in Bezug auf das Beschaffungswesen.

Produkte

Beschaffung und Verkauf

Koordinierte Beschaffung von Investitions- und Verbrauchsgütern unter Berücksichtigung der ökologischen und qualitativen Aspekte.

Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Unterstützung von städtischen Verwaltungsstellen bei Beschaffungsvorhaben (Beschaffungsberatung), mit dem Zweck gezielt und preiswert zu beschaffen. Zentrales Kompetenzzentrum für Submissionen im Rahmen des GATT/WTO-Abkommens.

Lagerung, Transport und Entsorgung

Koordinierte und effiziente Lagerung und Verteilung von Investitions- und Verbrauchsgütern zwecks Kostenoptimierung. Sicherstellung einer nach ökologischen Gesichtspunkten organisierten Entsorgung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Lehrmittelverordnung für die Volksschule vom 5. Januar 2000
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen v. 15. März 2001

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss vom 21. Mai 2003 über die Richtlinien für das Beschaffungswesen
- Projekt "Nachhaltige ökologische Beschaffung" vom November 1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Materialverwaltung vom April 2000

Verantwortliche Leitung

Peter Buchwalder, Leiter Materialverwaltung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrößen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	104 66	106 61	103 62
2 Wirkung Die 100 umsatzstärksten Produkte werden im Preisvergleich mit dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung mindestens 10% günstiger angeboten. <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	100	100	100
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der verwaltungsinternen und -externen Kundschaft wird mittels einer alle 4 Jahre (nächste Umfrage in 2011) durchgeführten Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Produktqualität, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit "zufrieden" oder "sehr zufrieden" Antwortenden	85.20	keine Befragung	keine Befragung
4 Ökologie Der Anteil von Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> - Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % - Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	67 70 90	66 70 90	66 70 90

Zu 1 Wirtschaftlichkeit: Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 wurde im Soll 2009 falsch erfasst. Richtig für Soll 2009 ist 104.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	-70'736	-13'725	2'152

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Die Erhöhung von Aufwand und Ertrag ist auf den zu erwartenden Mehrumsatz zurückzuführen.
- Erstmals wurden die internen Erlöse über die 49-iger Konten erfasst.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Im Jahr 2008 konnte in den Bereichen Neu- und Umbauten von Schulhäusern, ein aussergewöhnlich hoher Umsatz erzielt werden. Es wird erwartet, dass für das Jahr 2010 diese Zahlen nicht erreicht werden. Deshalb wird der Aufwand auf der Beschaffungsseite entsprechend reduziert.
- Verschiedene interne Betriebskosten können gegenüber 2008 reduziert werden:
 - Geringere Kosten für Anpassungen unserer Navision-Software
 - Keine Fahrzeugbeschaffung

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	959'538	1'016'122	1'016'506
Sachkosten	5'559'705	4'648'078	5'138'952
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	35'683	35'470	30'735
Mietkosten	206'640	207'100	209'600
Übrige interne Kosten	96'011	66'525	65'172
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'857'577</i>	<i>5'973'295</i>	<i>6'460'965</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	6'857'577	5'973'295	6'460'965
Externe Erlöse	6'626'254	5'685'000	1'293'892
Interne Erlöse	302'059	302'020	5'164'921
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'928'313</i>	<i>5'987'020</i>	<i>6'458'813</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'928'313	5'987'020	6'458'813
Total Nettokosten / Globalkredit	-70'736	-13'725	2'152
Kostendeckungsgrad in %	101	100	100

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen: Das Lager der Materialverwaltung wird ebenfalls kalkulatorisch verzinst (keine Abschreibungen).

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:	11.00	12.00	12.00
▪ Stelleneinheiten	8.80	8.80	8.90
▪ Auszubildende	1.00	1.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Auszubildende: Im Ist 2008 und Soll 2009 wurde nur 1 Lernender Logistikassistent erfasst. Der KV-Rotationsausbildungsplatz wurde nicht erfasst.

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- Die Pensumsreduktion einer Mitarbeiterin per 1.1.2008 im Umfang von 10 Stellenprozenten wird wieder aufgestockt, um die anfallenden Arbeiten abwickeln zu können.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Konsolidierung der Shop-in-Shop-Lösung, die mit einem externen Lieferanten realisiert wird.

Produkt 1 Beschaffung und Verkauf

Leistungen

- Sicherstellen der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und den damit verbundenen Dienstleistungen.
- Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie, Qualität, Bedarf und Lieferbereitschaft.
- Durch kosten-/ nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.
- Beschaffen und Auswerten der für den Bereich Materialwirtschaft wichtigen Informationen aus dem Beschaffungsmarkt.
- Führen und Aktualisieren einer umfassenden Lieferantendokumentation.
- Gesamtstädtische Bedarfserhebungen zur koordinierten Beschaffung von Agenden, Telefonbüchern etc.
- Beschaffung im Rahmen von Sammelbestellungen von Geschäfts- und Individualdrucksachen für Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	6'339'143	5'497'008	5'989'649
Erlös	6'590'929	5'702'013	6'165'925
Nettokosten	-251'787	-205'006	-176'276
Kostendeckungsgrad in %	104	104	103

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die pro Projekt vereinbarte Bearbeitungszeit wird eingehalten- Zielerreichungsgrad in %	95.00	>95	>95
Das Verkaufsvolumen wird gesteigert			
▪ Erhöhung des Umsatzes in %	12.80	7.00	5.00
Der Zufriedenheitsgrad unserer Kundinnen und Kunden stabil auf hohem Niveau halten. Kundenzufriedenheitsgrad in %	85.20	keine Befragung	keine Befragung

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen	468	460	450
Umsatzanteil der städtischen Schulen in %	65	60	65
Anzahl Bestellungen insgesamt	13'340	12'000	11'500
Anzahl Bestellungen im Internet-Shop	2'476	2'100	3'000
Anzahl Kundinnen und Kunden	1'176	1'180	1'200

Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen: Leicht rückläufiger Drucksachenbedarf. Formulare, Werbungen werden vermehrt online zur Verfügung gestellt.

Anzahl Bestellungen im Internet-Shop: Annahme, dass durch die Optimierung des Web-Shops die Gesamtzahl der Bestellungen reduziert werden kann (Zusammenfassung von Einzelbestellungen).

Produkt 2 Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Leistungen

- Produkteberatung bei grösseren Beschaffungsvorhaben für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Vermittlung von Lieferanten und Kontaktpersonen bei Beschaffungsvorhaben der städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Budgetierung und Kontrolle der Anschaffungs-, Unterhalts- und Verbrauchsmaterialkonten der Volksschulen.
- Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen wie Beschaffungskommission, Erscheinungsbildkommission, Arbeitsgruppe Lehrmittel, Materialprüfungskommission, Maschinenkommission etc.
- Beratungen bezüglich städtischem Erscheinungsbild.
- Aufbereitung und Verteilung von Informationsmaterial für die städtischen Schulen.
- Vermietung von Ausstellungsmaterial an Schulen, Verwaltung und Private.
- Planung und Durchführung von Submissionen unter GATT/WTO für die gesamte Stadtverwaltung. Auch den Aussengemeinden wird diese Fachkompetenz zu gewinnbringenden Honoraren angeboten.
- Wahrnehmen von GU-Funktionen im Rahmen von Neu- und Umbauten in Bezug auf Beschaffung und Koordination.
- Planen und Durchführen einer jährlichen Ausstellung für Kindergartenmaterial.
- Planen und Durchführen von Kursen in den Bereichen Handarbeit und Werken.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	264'249	245'360	242'799
Erlös	159'752	135'003	136'637
Nettokosten	104'497	110'357	106'162
Kostendeckungsgrad in %	60	55	56

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Budgets der zugeteilten Sachkonten und Klassenkredite der Volksschule werden eingehalten	99	99	99
- Zielerreichungsgrad in %			
Durch Einflussnahme während der Projektphase von Druckaufträgen werden Kosten gesenkt.	2	2	0
- Reduktion von Reklameberater-Kommissionen in %			

Das Einsparpotenzial bei der Reklameberater-Kommission ist ausgeschöpft

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anteil des Aufwandes für städtische Schulen in %	75	75	75

Produkt 3 Lagerung, Transport und Entsorgung

Leistungen

- Effiziente Lagerbewirtschaftung durch periodische Überprüfung der Lagerbestände und Anpassung der Lagerreichweiten unter Einbezug der Wiederbeschaffungsfristen.
- Zentrale Bewirtschaftung und koordinierte Verteilung sämtlicher Lagerartikel in den Bereichen Büromaterial, Schulmaterial, Handarbeitsmaterial, Reinigungsmaterial, Werkzeuge, Sportgeräte etc.
- Organisation und Durchführung von Umzügen und Transporten für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Sammeln von Tonermodulen, Druckerzubehör, Beleuchtungsmaterial etc. und Sicherstellung von ökologisch sinnvoller Entsorgung oder Wiederverwertung.
- Lagerung und Verteilung von Occasionsmobiliar und -maschinen für städtische Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	248'705	230'927	228'517
Erlös	177'631	150'003	156'250
Nettokosten	71'074	80'924	72'267
Kostendeckungsgrad in %	71	65	68

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Jeder Lagerartikel ist innert 4 Tagen lieferbar - Einhaltung der Lieferfristen in %	>90	>90	>90
Durch gezielte Kundeninformation wird der Rücklauf von sinnvoll wieder verwertbaren Produkten erhöht - Zielerreichungsgrad: prozentualer Rücklauf in Relation zur Anzahl verkaufter Produkte	96	96	96

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl der organisierten Umzüge und Transporte	262	270	270

IAFP Materialverwaltung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	6'857	5'973	6'460	6'465	6'465	6'461
Erlös	6'928	5'987	6'458	6'463	6'463	6'459
Nettokosten/Globalkredit	-71	-14	2	2	2	2
Kostendeckungsgrad in %	101	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrössen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	104 66	106 61	103 62	103 62	103 62	103 62

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
2 Wirkung Die 100 umsatzstärksten Produkte werden im Preisvergleich mit dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung mindestens 10% günstiger angeboten. <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	100	100	100	100	100	100
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der verwaltungsinternen und -externen Kundschaft wird mittels einer alle 4 Jahre (nächste Umfrage in 2011) durchgeführten Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Produktqualität, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit "zufrieden" oder "sehr zufrieden" Antwortenden	85.2	keine Befragung	keine Befragung	>85	keine Befragung	keine Befragung
4 Ökologie Der Anteil von Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> - Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % - Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	67 70 90	66 70 90	66 70 90	66 70 90	66 70 90	66 70 90

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Familienergänzende Kinderbetreuung

Auftrag

Die Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung umfasst die folgenden familien- und schulergänzenden Betreuungsdienstleistungen:

- Organisieren der Betreuung von Vorschulkindern in subventionierten Kinderkrippen und in subventionierten Tagesfamilien
- Organisieren der Betreuung von Kindergarten- und Primarschulkindern in städtischen Kinderhorten und Tagesschulen, sowie in subventionierten Kindertagesstätten und Tagesfamilien.
- Organisieren der Betreuung von Jugendlichen auf der Sekundarstufe.
- Sicherstellung und Weiterentwicklung des gesamten Angebots an familien- und schulergänzender Betreuung
- Abschliessen der Leistungsaufträge mit den subventionierten Kinderbetreuungseinrichtungen und dem Tagesfamilienverein.

Die Umsetzung der Dienstleistungen und Aufgaben richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben.

Produkte

Die Produktgruppe Familienergänzende Kinderbetreuung umfasst die beiden Produkte:

1 Städtische schulergänzende Betreuungseinrichtungen

Organisieren und Führen der schulergänzenden Kinderbetreuung und Sicherstellung der Qualität der Angebote.

Aufbau und Durchführung von Pilotprojekten:

- "Betreuter Mittagstisch in Schulen der Sekundarstufe"
- "Tagesschulen in Winterthur"

2 Subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen

Leistungsaufträge mit subventionierten Kinderbetreuungsinstitutionen (Kinderkrippen [bis Kindergarten] und Kindertagesstätten [Krippen und Hort kombiniert]) und dem Tagesfamilienverein Winterthur und Bewirtschaften der Subventionen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 28. April 1998
Legt den Geltungsbereich, die Grundsätze, die Rahmenbedingungen und das Subventionierungsmodell fest. Im Subventionierungsmodell ist die Summe des Mindestelternbeitrages beziffert und der Betrag festgelegt, ab welchem massgebenden Einkommen die Eltern die kostendeckende Tagestaxe bezahlen müssen.
- Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998
Regelt die Berechnungsgrundlagen und die Betreuungsvereinbarung. Im Anhang vom 24. März 2004 wird das massgebliche Einkommen für den Elternbeitrag wie folgt gestaffelt in Fr.: 0 - 31'800, 31'801 - 42'400, 42'401 - 53'000, fortld. in 10'000'er Staffeln bis 137'801 - 148'400, über 148'401 (die massgeblichen Einkommen wurden per 1.1.2009 indexiert)
- Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998
Regelt den Leistungsauftrag, die Organisation des Betriebes sowie Personalfragen
- Reglement über die Kinderhorte in der Stadt Winterthur
Legt u.a. den Geltungsbereich, die Organisationsformen, die Betriebsorganisation und die Aufsicht fest.

Stufe Kanton (KR / RR / BiD)

- Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 § 27
Die Gemeinden werden verpflichtet, für Schülerinnen und Schüler dem Bedarf entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen.
- Verordnung des Kantons Zürich über die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten vom 6. Mai 1998 und den dazu gehörenden Richtlinien der Erziehungsdirektion über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 30. Juni 1998.
- Richtlinien über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 1. Dezember 2002
- Volksschulverordnung (VSV) vom 28. Juni 2006 § 27
- Richtlinien über die Bewilligung von Kinderhorten (Hortrichtlinien) vom 2. Juni 2007
- Ausbildungsanforderungen an ausgebildete Personen im Bereich schulergänzende Betreuung vom März 2008

Verantwortliche Leitung

Anna Wohnlich, Leiterin Abteilung Kinderbetreuung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots ▪ Bruttokosten pro angebotene Betreuungsstunde (städtische Kinderhorte, inkl. Tagesschulen) (1)	8.07	7.80	8.39
2 Quantität Produkt Städtische schulergänzende Betreuungseinrichtungen (Stichtag 31. Dezember) ▪ Anzahl Plätze in städtischen schulergänzenden Kinderbetreuungen ▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Betreuer Mittagstisch in Schulen der Sekundarstufe" ▪ Anzahl Plätze Pilotprojekt "Tagesschulen in Winterthur" Produkt Subventionierte Kinderbetreuungsinstitutionen ▪ Anzahl Kinderplätze ▪ Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate) ▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien	786 45 122 223 51 46'842	823 140 122 241 67 60'000	1'085 160 - 251 72 65'000
3 Qualität Soziale Durchmischung in Betreuungsangeboten (städtische Kinderhorte + Tagesschulen) entspricht ungefähr dem Bevölkerungsanteil mit Betreuungspflichten			erfüllt
4 Wirkung Kinder, welche Betreuungseinrichtungen besuchen, sind im Allgemeinen (z.B. Hausaufgaben, besuchen den Nachmittagsunterricht pünktlich, Sozialkompetenz) gut auf die Schule vorbereitet. (Befragung der Lehrpersonen alle drei Jahre)	erfüllt	-	-

(1) Soll 2009: Angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienhortstunden pro Platz pro Jahr. Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten.

Das Soll 2009 musste anhand der Rechnung 2007 festgelegt werden. Da zwischenzeitlich die Löhne angehoben wurden, liegt das IST 2008 über dem Soll 2009.

Quantität: Das Pilotprojekt Tagesschulen in Winterthur wurde Ende Schuljahr 08/09 abgeschlossen. Diese Plätze sind nun in "Anzahl Plätze in städtischen schulergänzenden Kinderbetreuungen" integriert.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	10'884'444	12'078'863	12'915'074

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Ausbau der schulergänzenden Betreuung um 140 Plätze von 945 Plätze auf 1085 Plätze.
- Ausbau um 20 Plätze betreuter Mittagstisch in Sekundarschulen von 140 Plätze auf 160 Plätze.
- Ausbau um 10 Kinderkrippenplätze (für 6 Monate) von 241 Plätze auf 251 subventionierte Plätze.
- Ausbau um 5 Säuglingsplätze (für 6 Monate) von 67 auf 72 subventionierte Plätze.
- Ausbau von 5'000 subventionierten Betreuungsstunden in Tagesfamilien von 60'000 Stunden auf 65'000 Stunden.
- Die Mehrkosten aus den obgenannten Punkten werden kostenmässig teilweise durch höhere Elternbeiträge ausgeglichen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Die schulergänzende Betreuung ist gemäss Volksschulgesetz dem Bedarf entsprechend anzubieten. Die Nachfrage war 2008 grösser als das Angebot. Die schulergänzende Betreuung auf Primarstufe ist um 177 Plätze von 908 auf 1085 Plätze erhöht.
- Die Anzahl Plätze im Pilotprojekt "Betreuter Mittagstisch in Schulen der Sekundarstufe" ist um 115 Plätze von 45 Plätzen auf 160 Plätze erhöht.
- Die Anzahl subventionierter Betreuungsplätze wurde um 28 Kinder- und 21 Säuglingsplätze erhöht.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	6'691'090	7'518'097	8'817'979
Sachkosten	2'103'956	1'688'558	2'150'728
Beiträge an Dritte	4'365'210	5'278'255	5'718'700
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	190'935	181'518	173'953
Mietkosten	233'986	267'400	306'600
Übrige interne Kosten	377'951	311'959	294'062
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'963'128</i>	<i>15'245'787</i>	<i>17'462'022</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	13'963'128	15'245'787	17'462'022
Externe Erlöse	2'821'469	2'780'000	3'919'000
Interne Erlöse	536	424	448
Beiträge von Dritten	256'679	386'500	627'500
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'078'684</i>	<i>3'166'924</i>	<i>4'546'948</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'078'684	3'166'924	4'546'948
Total Nettokosten / Globalkredit	10'884'444	12'078'863	12'915'074
Kostendeckungsgrad in %			26

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	55.40	60.40	73.22
▪ Auszubildende	20.00	21.00	17.50
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- Auszubildende: Bis Soll 2009 wurde die Anzahl Personen (Köpfe) rapportiert. Neu werden ab Soll 2010 die Anzahl Stellen (Stelleneinheiten) aufgeführt.
- Mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Anzahl schulergänzender Betreuungsplätze auf Primar- und Sekundarstufe steigt auch der entsprechende Personalbedarf an Betreuungspersonen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Gegenüber dem IAFP 2010 (1040 Betreuungsplätze auf Primar- und 190 Mittagstischplätze auf Sekundarstufe) ein Ausbau des schulergänzenden Betreuungsangebotes auf 1085 Betreuungsplätze und 160 Mittagstischplätze.
- Gegenüber dem IAFP 2010 (+ 20 Kinderplätze, + 5 Säuglingsplätze) wird bei den Krippenplätzen aus Kostengründen ein reduzierter Ausbau von + 10 Kinderplätze und + 5 Säuglingsplätze vorgenommen.
- Für die Reorganisation der Administration der Elternbeiträge werden Grundlagen für die Erfassung des steuerbaren Einkommens der Eltern erarbeitet und eine entsprechende Änderung der Famex-Verordnung zu Händen des Grossen Gemeinderats vorbereitet.

Produkt 1 Städtische schulergänzende Betreuungseinrichtungen

Leistungen

- Organisieren und Führen der schulergänzenden Kinderbetreuung und Sicherstellung der Qualität der Angebote:
 - Morgentische
 - Mittagstische
 - Mittag-Nachmittagshorte
 - Ferienhorte
- Einleitung einer gestaffelten Umstellung der Schulen in freiwillige Tagesschulen (Zuständigkeit im Betreuungsbereich)
- Aufbau eines niederschweligen Betreuungsangebotes für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe

Zu den städtischen Kinderhorten, Mittagstischen (MT) und Tagesschulen zählen (Stand 17. August 2009): Obertor, Neuwiesen, Tössfeld, Schachen, Schachen Pavillon, Feldstrasse, Wiesenstrasse, Wülflingerstrasse, Eulach, Linde, Wartstrasse, Langwiesen, MT Langwiesen, Wässerwiesen, Laubegg, Laubegg Pavillon, Rebwiesen, Zelgli, Eichliacker, Gutschick, MT Gutschick, Schooren, Guggenbühl, Unterwegli, Talwiesen, Zinzikon, Wallrüti, Oberseen, Tägemoos 1, Tägemoos 2, Steinacker 1, Steinacker 2, Sennhof Tagesschule Brühlberg, Tagesschule Hegi TMZ, Tagesschule Hegi Dorf mit Betreuung Hegi Dorf und im oberen Gern, Tagesschule Hegifeld, Tagesschule Geiselweid mit Mittagstisch Geiselweid und Betreuung Inneres Lind, Tagesschule Schönengrund mit Betreuung Schönengrund, Tiefenbrunnen und Mittagstisch für Kinder mit besonderen Bedürfnissen, Tagesschule Mattenbach mit Betreuung Mattenbach und Weberstrasse.

Morgentische werden angeboten in den Kinderhorten Guggenbühl, Mattenbach und Linde.

Schulergänzende Betreuung auf Primarstufe, Öffnungszeiten seit 20. August 2007:

Morgentische: 7.00 - 8.00

Mittagstische: 12.00 - 13.30

Kinderhorte und Tagesschulen: 12.00 - 18.00

Mittagstisch auf Sekundarstufe: Sekundarschulen Heiligberg, Wallrüti, Rychenberg, Feld, Oberseen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	9'254'501	9'587'401	11'445'400
Erlös	2'890'485	3'057'581	4'437'403
Nettokosten	6'364'015	6'529'820	7'007'997
Kostendeckungsgrad in %	31	32	39

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Total Elternbeiträge in CHF - Vollkosten pro Betreuungstag in CHF (1)	2'700'824 85	2'788'000 85	4'024'000 85

(1) Voller Betreuungstag à 11 Stunden

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Anzahl Plätze (Stichtag 31. Dezember) - Anzahl Betreuungsverträge (Stichtag 31. Dezember) (1)	953 1'598	1'085 1'650	1'245 1'800

(1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

'Massgebliches Einkommen in Fr. für Elternbeitrag' - 'Anzahl Familien'

(Stand 31. Dezember 2004 / 2005 / 2006 / 2007 / 2008)

Fr. 0 - 30'000: 149 / 159 / 154 / 192 / 215

Fr. 30'001 - 40'000: 32 / 26 / 43 / 52 / 55

Fr. 40'001 - 50'000: 68 / 72 / 63 / 66 / 69

Fr. 50'001 - 60'000: 70 / 72 / 92 / 89 / 106

Fr. 60'001 - 70'000: 80 / 99 / 91 / 96 / 106

Fr. 70'001 - 80'000: 56 / 68 / 72 / 66 / 95

Fr. 80'001 - 90'000: 63 / 52 / 67 / 71 / 75

Fr. 90'001 - 100'000: 56 / 59 / 60 / 67 / 60

Fr. 100'001 - 110'000: 45 / 51 / 52 / 48 / 67

Fr. 110'001 - 120'000: 38 / 52 / 54 / 66 / 84

Fr. 120'001 - 130'000: 49 / 37 / 36 / 54 / 60

Fr. 130'001 - 140'000: 13 / 18 / 30 / 25 / 49

über Fr. 140'001: 117 / 136 / 132 / 175 / 242

Produkt 2 Subventionierte Kinderbetreuungseinrichtungen

Leistungen

- Leistungsaufträge mit Trägerschaften von subventionierten Kinderhorten, Kinderkrippen und Kindertagesstätten sowie die Bewirtschaftung der Subventionen
- Leistungsauftrag mit dem Tagesfamilienverein Winterthur und Bewirtschaftung der Subventionen

Zu den subventionierten Kinderbetreuungsinstitutionen gehören (Stand 17. August 2009):

Kinderkrippen Fantasia, Zauberschiff, Schnäggehus, Dampfschiff, Heckenrose, Kinderhaus Winterthur, Am Teich, Windrädli, Montessori, Kindertagesstätte Wasserwiesen, Luftibus, Sunneberg, Loki, Trotro, Tandem Troll, Tandem Dätttau sowie der Kindertreff Hegi, Kindertreff Hegi im Gern

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'708'627	5'658'386	6'016'622
Erlös	106'172	109'342	109'545
Nettokosten	4'602'455	5'549'043	5'907'077
Kostendeckungsgrad in %			

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kennzahlen der privaten Anbieter (Trägervereine der Horte und Krippen)			
Subventionierte Kinderhorte (2)			
▪ Elternbeiträge pro Jahr in CHF	0	-	-
▪ Kostendeckungsgrad in %	0.0	-	-
▪ Vollkosten pro Betreuungstag (1) in CHF	0.00	-	-
Subventionierte Kinderkrippen			
▪ Elternbeiträge pro Jahr	1'680'716	2'185'000	2'185'000
▪ Kostendeckungsgrad in %	30.8	30.0	31.0
▪ Vollkosten pro Betreuungstag (1) in CHF	94.50	101.00	94.50

(1) Voller Betreuungstag à 11 Stunden. Der Sollwert 2009 wurde etwas zu hoch budgetiert.

(2) Die Kindertagesstätte Wässerwiesen führt ab dem Schuljahr 2008/09 keinen Kinderhort mehr.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Subventionierte Kinderhorte (Stichtag 31. Dezember) (3)			
▪ Anzahl Plätze	0	-	-
▪ Anzahl Betreuungsverträge (1)	0	-	-
Subventionierte Kinderkrippen (Stichtag 31. Dezember)			
▪ Anzahl Kinderplätze	223	241	251
▪ Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate)	51	67	72
▪ Anzahl Betreuungsverträge (1)	514	750	750
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsstunden in Tagesfamilien (2)	46'842	60'000	65'000
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge von Kindern in Tagesfamilien (1)	84	78	100

(1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen

(2) Gemäss SR-Beschluss wurde die Zuständigkeit für die Subventionierung des Tagesfamilienvereins per 1.1.2008 vom DSO dem DSS übertragen.

(3) Die Kindertagesstätte Wässerwiesen führt ab dem Schuljahr 2008/09 keinen Kinderhort mehr.

IAFP Familienergänzende Kinderbetreuung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	13'963	15'245	17'462	18'854	19'222	19'208
Erlös	3'078	3'166	4'546	4'697	4'777	4'877
Nettokosten/Globalkredit	10'884	12'079	12'915	14'157	14'445	14'331
Kostendeckungsgrad in % (1)				25	25	25

(1) Der Kostendeckungsgrad wird nicht ausgewiesen, da Produkt 2 nur Subventionen (Kosten) beinhaltet.

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	1'300	0	0	0	100	1'000	170	30
Bewilligt	330	0	100	100	130	0	0	0
Gesamt	1'630	0	100	100	230	1'000	170	30

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Bruttokosten pro angebotene Betreuungsstunde (städtische Kinderhorte, inkl. Tagesschulen) (1)	8.07	8.39	8.39	8.40	8.44	8.46
2 Quantität Produkt Städtische schulergänzende Betreuungseinrichtungen (Stichtag 31. Dezember) - Anzahl Plätze in städtischen schulergänzenden Kinderbetreuungen - Anzahl Plätze Pilotprojekt "Betreuer Mittagstisch in Schulen der Sekundarstufe" - Anzahl Plätze Pilotprojekt "Tagesschulen in Winterthur" Produkt Subventionierte Kinderbetreuungsinstitutionen - Anzahl Kinderplätze - Anzahl Säuglingsplätze (< 18 Monate) - Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien	786 45 122 223 51 46'842	823 140 122 241 67 60'000	1'085 160 - 251 72 65'000	1'179 160 - 271 77 65'000	1'295 160 - 291 82 65'000	1'339 160 - 311 87 65'000
3 Qualität Soziale Durchmischung in Betreuungsangeboten (städtische Kinderhorte + Tagesschulen) entspricht ungefähr dem Bevölkerungsanteil mit Betreuungspflichten			erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
4 Wirkung Kinder, welche Betreuungseinrichtungen besuchen, sind im Allgemeinen (z.B. Hausaufgaben, besuchen den Nachmittagsunterricht pünktlich, Sozialkompetenz) gut auf die Schule vorbereitet. (Befragung der Lehrpersonen alle drei Jahre)	erfüllt		-	erfüllt	-	-

(1) Soll 2008: Angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienhortstunden pro Platz pro Jahr. Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Dem Bedarf entsprechende schulergänzende Betreuungsplätze bereitstellen.
- Ausbau der subventionierten Kinder- und Säuglingsplätze.
- Der Abschluss der Überführung der Schulen in freiwillige Tagesschulen ist auf Schuljahr 11/12 geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Schuldienste

Auftrag

Die Produktgruppe Schuldienste ist zuständig für verschiedene unterstützende Dienstleistungen und Aufgaben während der obligatorischen Schulzeit. Diese Leistungen umfassen die Arbeiten der Unterstützenden Dienste (Schulpsychologischer Dienst, Schulsozialarbeit), die Gesundheitsförderung und Präventionsaufgaben des Schulzahnärztlichen Dienstes und des Schulärztlichen Dienstes sowie die umfassende Sonderschulung von Lernenden mit einer Behinderung.

Die Leistungen der Produktgruppe Schuldienste erhöhen die Chancengerechtigkeit für die Schülerinnen und Schüler. Weiter unterstützen sie die Schülerinnen und Schüler bis zum erfolgreichen Abschluss der Volksschule, d.h. die Schülerinnen und Schüler verfügen über eine hohe Selbst-, Sach- und Sozialkompetenz. Sie unterstützen die Schulen in der Erfüllung ihres Auftrages.

Die Umsetzung der Dienstleistungen und Aufgaben richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben und ist Bestandteil eines ausgewogenen Angebotes der Volksschule.

Die Produktgruppe Schuldienste ist in Zusammenhang mit der Einführung WoV-Schule (geplant ab 2010) neu zu überdenken.

Produkte

1 Unterstützende Dienste

Der "Schulpsychologische Dienst" und die "Schulsozialarbeit" erbringen die definierten Leistungen in Form der Teilprodukte

- Kurzberatungen SPD
- Fallbearbeitungen (Fälle) SPD
- Abklärungen SPD
- Kurzberatungen SSA
- Fallbearbeitungen (Fälle) SSA

zentral wie auch dezentral durch Teams, die den Schulen zugeordnet sind.

2 Schulgesundheit

Das Produkt "Schulgesundheit" ist zuständig für Untersuchungen, Beratungen, Gesundheitsförderung und Prävention bei den in Winterthur wohnhaften Kindern im Volksschulalter (inklusive Privatschulen, auswärtige Sonderschüler/innen sowie der Jugendlichen im Gymnasium). Mit der Neuausrichtung (neue Volksschulverordnung) steht der Schulärztliche Dienst (SAeD) ab Schuljahr 2008/09 vermehrt auch den Lehrpersonen und Eltern beratend zur Seite.

Das Produkt umfasst die Teilprodukte

- Schulzahnärztlicher Dienst (SZD [inkl. Schulzahnklinik, SZK])
- Schulärztlicher Dienst (SAeD)

3 Sonderschulung (städtisch geführte Sonderschulen)

Das Produkt "Sonderschulung" umfasst die Schulung, Betreuung und Therapie von Lernenden mit einer Behinderung und besteht aus den Teilprodukten

- Michaelschule (Heilpädagogische Schule, HPS) für Lernende mit geistiger Behinderung
- Maurerschule (Schule für cerebral gelähmte Kinder, CPS) für Lernende mit Körper- und Sinnesbehinderung
- Kleingruppenschule (KGS) für Lernende mit Verhaltensauffälligkeiten
- Sonderschulintegration von Sonderschülerinnen und Sonderschülern der HPS oder CPS in die Regelklasse der Volksschule

4 Kinder- und Jugendheim

Das Kinder- und Jugendheim betreut nach den kantonalen Qualitätsvorgaben verhaltens- und entwicklungsauffällige Kinder, die nicht unter der Obhut der Eltern leben können. Das Heim wird vom kant. Amt für Jugend- und Berufsberatung beaufsichtigt und erhält aufgrund der Anerkennung volle Defizitdeckung. Die Einrichtung ist vom Bundesamt für Justiz als Erziehungsheim anerkannt und erhält Betriebsbeiträge des Bundes.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

Stufe Kanton:

- Gesundheitsgesetz vom 2. April 2007
- Volksschulgesetzes vom 7. Februar 2005
- Verordnung über die Schul- und Volkszahnpflege v. 15. November 1965
- Volksschulverordnung vom 28. Juni 2006
- Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen v. 11. Juli 2007
- Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge
- Verordnung über die Jugendheime

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Schulzahnpflege der Stadt Winterthur vom 24. Oktober 1994
- Reglement über die Schuldienste in der Stadt Winterthur vom 13. Mai 2008
- Reglement über die sonderpädagogischen Massnahmen in der Stadt Winterthur vom 13. Mai 2008
- Vertrag über die Schulzahnpflege (Stadt Winterthur-Vereinigung Winterthurer Zahnärzte) vom Oktober 1990
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der Sonderschulen (Heilpädagogische Schulen) vom 09. Januar 2002
- Schulordnung der städtischen Sonderschule für cerebral gelähmte Kinder vom 30. April 1982
- Schulordnung der städtischen Heilpädagogischen Sonderschule (Michaelschule) vom 30. April 1982
- Volksabstimmung zur Einführung der Schulsozialarbeit vom 24. September 2006

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien über die Aufklärung und Prophylaxe in der Schulzahnpflege vom 22. Mai 2001
- Verträge mit Schulärzten/Schulärztinnen

Verantwortliche Leitung

Reto Zubler - Bereichsleiter Bildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt Schulgesundheit ▪ Durchschnittliche Kosten pro Fall in der Schulzahnklinik in CHF	226	340	250
2 Quantität ▪ Anzahl präventive Veranstaltungen (SZD und SAeD) Produkt Sonderschulung Anzahl bereitgestellte Plätze je sonderpädagogische Schulform: ▪ für die Michaelschule (HPS) ▪ für die Maurerschule (CPS) ▪ für die Kleingruppenschule (KGS) ▪ Sonderschulintegration von HPS & CPS - Winterthurer Schülerinnen und Schüler - Auswärtige Schülerinnen und Schüler	853 92 68 19 62 37 25	800 90 80 21 64 46 18	690 90 80 21 64 40 24
3 Qualität Zufriedenheit der Lehrpersonen mit den unterstützenden Angeboten der Produkte Unterstützende Dienste und Schulgesundheit (alle drei Jahre erheben, Umfrage webbasiert) erstmals (2008)	68%	--	--
4 Wirkung Produkt Schulgesundheit ▪ Anzahl gesunde Znüni in % mindestens Produkt Unterstützende Dienste ▪ Wartezeit in Wochen von Anmeldung bis Beginn Abklärung (SPD)	62 3.0	50 6.0	55 4.0

Wirtschaftlichkeit des Angebots:

Es werden die Brutto-Fallkosten ausgewiesen (ohne Abzug städtischer Behandlungsbeiträge).

Bei den durchschnittlichen Kosten pro Fall in der Schulzahnklinik wurde eine Kostensteigerung budgetiert, weil man neu auch die Vorschulkinder behandeln will. Die Umsetzung der Behandlung der Vorschulkinder verzögert sich um ein Jahr und fällt nicht so hoch aus, wie im Budget 2009 angenommen.

Quantität: Die Anzahl präventive Veranstaltungen im SZD und SÄD bezeichnet die Besuche von Klassen oder Schulen. Sie werden aufgrund neuer Schwergewichte und Konzepte, sowie durch das Nutzen von Synergien gegenüber früheren Jahren reduziert. Für den Voranschlag 2010 betrifft die Zahl lediglich den SZD.

Wirkung: Die Zahl bezeichnet den Prozentsatz aller Znüni, der als gesund bezeichnet werden kann. Die Schülerinnen und Schüler die keinen Znüni dabei haben (gut ein Viertel) werden dabei nicht mitgezählt.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	11'452'799	14'039'069	13'292'234

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Kostenentwicklung vom VA09 zu VA10 bleiben relativ stabil.

Die Verbesserung des Nettoergebnisses resultiert aus den höheren Staatsbeiträgen, welche aufgrund der Zunahme der Betreuungskosten und der Integrativen Sonderschulung steigen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Die grösste Zunahme liegt bei den Personalkosten, diese ist bedingt durch:

- Ausbau der Betreuung bei den Sonderschulen
- Anpassung an kantonale Vorgaben (Pensenpool) HPS
- Zunahme Integrierte Sonderschulung
- Erweiterung der Maurerschule.

Bei den Sachkosten fallen die zusätzlich a.o. gebundenen Unterhaltskosten vom 2008 weg.

Die Steigerung der Personalkosten wird teilweise aufgefangen durch die Erhöhung der damit verbundenen Staatsbeiträge.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	24'447'936	28'472'543	28'521'532
Sachkosten	3'854'432	3'704'995	3'794'610
Beiträge an Dritte	450'196	461'625	471'100
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'735'727	1'969'571	2'133'137
Mietkosten	466'775	449'025	508'522
Übrige interne Kosten	803'658	821'834	873'401
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>31'758'725</i>	<i>35'879'593</i>	<i>36'302'303</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	11'000	11'000
Total effektive Kosten	31'758'725	35'868'593	36'291'303
Externe Erlöse	8'548'456	9'171'750	8'884'123
Interne Erlöse	2'554'805	2'678'063	2'666'245
Beiträge von Dritten	9'202'665	9'990'711	11'459'700
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>20'305'926</i>	<i>21'840'524</i>	<i>23'010'068</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	11'000	11'000
Total effektive Erlöse	20'305'926	21'829'524	22'999'068
Total Nettokosten / Globalkredit	11'452'799	14'039'069	13'292'234
Kostendeckungsgrad in %	64	61	63

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	89.50	104.30	97.60
▪ Auszubildende	20.60	31.80	26.60
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 1.5 ICT-Techniker/in werden entgegen dem Voranschlag 2009 nicht geschaffen
- Über den Gesamtbereich Bildung verschiedene Pensenreduktionen
- KV-Rotationsausbildungsplätze: Ein/e zusätzliche/r KV-Lernende/r

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Neue Verordnung für Schulzahnärztlichen Dienst (SZD) und neue Verträge mit den nebenamtlichen Zahnärzten.
 Weitere Anpassungen an kantonale Vorgaben (Stellenpool) bei den Sonderschulen.

Produkt 1 Unterstützende Dienste (SPD und SSA)**Leistungen**

Die Unterstützenden Dienste, bestehend aus Schulpsychologischem Dienst (SPD) und Schulsozialarbeit (SSA), leisten Untersuchungs- und Beratungsarbeit in Schulen, die notwendig ist, um Schwierigkeiten, Störungen und Herausforderungen zu bewältigen. Der SPD ist zuständig für hochschwellige Massnahmen, Beratung und Interventionen vor Ort. Die Schulsozialarbeit ist ein niederschwelliges Angebot und arbeitet innerhalb oder in der Nähe der Schule. Sie bietet unkomplizierte Beratung an bei sozialen Problemen, Konflikten und Gefährdungen.

Beide Dienste leisten auch Mitarbeit in Projekten, an Runden Tischen und in Kommissionen. Zielgruppen sind alle im Schulbetrieb involvierten Personen, u.a. Schülerinnen, Schüler und deren Eltern sowie Lehrpersonen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'411'712	3'396'993	3'416'831
Erlös	1'736'861	1'715'682	1'720'672
Nettokosten	1'674'851	1'681'312	1'696'159
Kostendeckungsgrad in %	51	51	50

Ab 2008 sind die Budgets von SPD und SSA (Unterstützende Dienste) zusammengefasst ausgewiesen.

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Anzahl Abklärungen durch SPD sinkt jährlich um 5%	25.30	350.00	265.00
▪ Anzahl Time-outs sinkt (Erhebung 2008)	19.00	19.00	19.00
▪ Anzahl vorzeitige Schulentlassungen sinkt (Erhebung 2008)	9.00	7.00	7.00

Man hat sich entschieden, die Anzahl Abklärungen zu rapportieren (im 2008 Prozentzahl). Der korrigierte Wert für das Jahr 2008 ist somit 295; entsprechend sind es im Soll 2009 280 Abklärungen.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Anzahl Kurzberatungen SPD	593	650	700
▪ Anzahl Fälle SPD	752	900	900
▪ Anzahl Kurzberatungen SSA	1'257	2'000	1'260
▪ Anzahl Fälle SSA	834	900	840

Aufgrund der aktuellen Zahlen der SSA ist bei gleichbleibenden Ressourcen eher von einer Stagnation der Beratungs- und Fallzahlen auszugehen. Eine leichte Verschiebung in Richtung mehr Kurzberatungen statt länger dauernden Fällen wird angestrebt, hängt aber klar von einigen Faktoren (z.B. der Qualität der Umsetzung der schulischen Integration) ab.

Produkt 2 Schulgesundheit

Leistungen

Das Produkt "Schulgesundheit" umfasst die Teilprodukte

- Schulzahnärztlicher Dienst
 - Untersuchungen: kostenlose, jährliche, obligatorische Untersuchung
 - Kariesprävention und Gesundheitsförderung in der Schule (Prophylaxe-Unterricht)
 - Konservierende und kieferorthopädische Behandlungen auf Wunsch
 - Koordination, Kontrolle und Statistik der Untersuchungen
- Schulärztlicher Dienst
 - Untersuchungen im 2. Kindergartenjahr sowie 4. und 8. Klasse (gem. Volksschulverordnung).
 - Schulärztliche Beratungen zur Unterstützung von Schulen und Eltern
 - Gesundheitsschutz in den Schulen: Impfangebot, Epidemien verhindern/bekämpfen
 - Gesundheitsförderung in der Schule (z. B. Grundlagenvermittlung im Unterricht)
 - Koordination, Kontrolle und Statistik der Untersuchungen

Schulärztlicher Dienst: Neuausrichtung von Umfang und Anzahl der Untersuchungen gemäss neuer Volksschulverordnung ab Schuljahr 2008/2009.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'072'104	5'539'708	5'293'913
Erlös	2'381'001	2'571'245	2'490'123
Nettokosten	2'691'103	2'968'462	2'803'790
Kostendeckungsgrad in %	47	46	47

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Kosten jährliche Schuluntersuchung Schulärztlicher Dienst in CHF	384'000	391'000	392'156
▪ Kosten jährliche Schuluntersuchung Schulzahnärztlicher Dienst in CHF	537'000	563'000	593'000
▪ Städtische Beiträge an zahnärztliche Behandlungen in CHF	439'000	462'000	471'000

Kosten jährliche Schuluntersuchung:

- Schulärztlicher Dienst: 85% vom Kostenüberschuss; entsprechend dem Aufgabenteil.
- Schulzahnärztlicher Dienst: Beinhaltet nebst effektiven Untersuchungskosten auch sämtliche administrativen Aufwände für Organisation, Koordination, Kontrolle der obligatorischen Untersuchungen.
- Städtische Beiträge: umfasst die Summe der Beiträge an zahnärztliche und kieferorthopädische Behandlungen.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Anzahl zu betreuende Schülerinnen und Schüler und Kindergartenkinder	10'837	10'900	10'800
▪ Teilprodukt Schulzahnärztlicher Dienst:			
- Anzahl obligatorische Untersuchungen	7'954	7'600	7'800
- Anzahl Kinder mit konservierender Behandlungsnotwendigkeit	2'595	2'900	2'550
▪ Teilprodukt Schulärztlicher Dienst:			
- Anzahl obligatorische Untersuchungen	2'316	3'700	2'700
- Anzahl Kinder mit pathologischen Befunden	1'225	700	800
- Anzahl fehlende Impfungen gem. Impfplan	1'026	1'100	1'050

Zu betreuende Kinder: Schätzung aufgrund Schuljahr 2008/09, Stichtag 1. Januar 2009, Quelle: winschule.

Konservierende Behandlungsnotwendigkeit: Hochrechnung aufgrund von Zahlen aus der Schulzahnklinik, Statistik Schuljahr 2008/09.

Teilprodukt SAeD: Pathologische Befunde: Durch Neuausrichtung und Änderung des Untersuchungsumfanges (gemäss neuer Volksschulverordnung) nur noch Seh-/Hörschwäche; Abweichungen bei Gewicht/Grösse und Kopflausbefall. Fehlende Impfungen: Hochrechnung aufgrund durchgeführter Impfungen (Vorjahr).

Produkt 3 Sonderschulung (städtisch geführte Sonderschulen)

Leistungen

Sonderschulung in städtisch geführten Sonderschulen gemäss Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG, Art. 19) sowie des Kantonalen Reglements über die Sonderklassen, die Sonderschulung und Stütz- und Fördermassnahmen (Sonderklassenreglement, §§ 29-45):

- Michaelschule (HPS) für Geistigbehinderte und Mehrfachbehinderte (§§41, 45 Sonderklassenreglement)
- Maurerschule (CPS) für Körperbehinderte, Sinnesgeschädigte und Mehrfachbehinderte (§§ 42, 45 Sonderklassenreglement),
- Schule in Kleingruppen (KGS) für Verhaltensauffällige (§ 44 Sonderklassenreglement)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	18'783'866	22'350'482	22'789'694
Erlös	11'646'907	12'879'404	14'010'674
Nettokosten	7'136'959	9'471'078	8'779'021
Kostendeckungsgrad in %	62	58	61

Die Berechnung der Staatsbeiträge im Soll 2010 ist optimistischer als im Soll 2009, aufgrund neuer Informationen vonseiten des Kantons. Somit kann beim Kostendeckungsgrad der Sollwert von 62 % trotz Erhöhung der Nettokosten beibehalten werden. Die Steigerung der Bruttokosten gründet v.a. auf der Erhöhung der Liegenschaftskosten (Abschreibungen und Kapitalzinsen), dem Ausbau des Hortangebotes der HPS und der Pensenvorgaben des Kantons für die CPS.

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Platzangebot (Soll) und besetzte Plätze (Ist) der sonderpädagogischen Schulangebote per 1. November			
HPS:			
▪ Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie)	80	78	78
▪ Kinderhort (Tagesstruktur)	74	60	75
▪ Förderklassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	12	12	12
CPS:			
▪ Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	62	72	72
▪ Abteilung Mehrfachbehinderung (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	6	8	8
KGS			
▪ Heilpädagogische Klassen (Sonderschulung, Therapie und Tagesstruktur)	19	21	21
Integrierte Sonderschulung (Anzahl Plätze)			
▪ Integrierte Sonderschulung HPS	31	32	32
▪ davon Winterthurer Schülerinnen und Schüler	22	26	23
▪ davon Auswärtige Schülerinnen und Schüler	9	6	9
▪ Integrierte Sonderschulung CPS	31	32	32
▪ davon Winterthurer Schülerinnen und Schüler	15	20	17
▪ davon Auswärtige Schülerinnen und Schüler	16	12	15
Anteil Schülerinnen und Schüler mit Transport in %			
▪ HPS	82	80	80
▪ CPS	84	90	90
Kosten pro Schulplatz bei Sonderschulung und Therapie in CHF			
▪ Michaelschule (HPS)	88'000	84'000	93'500
▪ Maurerschule (CPS)	93'000	80'000	103'500
▪ Kleingruppenschule (KGS)	80'000	69'000	83'000
▪ Integrierte Sonderschulung HPS & CPS	32'000	53'000	51'500

HPS Kinderhort: Ausbau des Hortangebotes, Anpassung Soll 2010 an Ist 2008 und voraussichtliches Ist 2009

Integrierte Sonderschulung: Anpassung Verhältnis Winterthurer - auswärtige Schüler/-innen an Ist 2008 und voraussichtliches Ist 2009

Erhöhung Kosten pro Schulplatz durch Erhöhung Liegenschaftskosten: Differenz Soll 2009 zu Soll 2010. Abschreibungen und Kapitalzinsen werden neu im Betriebsaufwand der Sonderschulen belastet, kommt im Ist 2008 bereits zum Ausdruck (noch nicht berücksichtigt im Soll 2009).

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010

Produkt 4 Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur

Leistungen

- Betreuung von entwicklungsauffälligen Kindern und Jugendlichen von Eltern mit Erziehungsschwierigkeiten im Rahmen von Kinderschutzmassnahmen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'708'707	2'784'782	2'849'582
Erlös	2'708'707	2'866'564	2'836'318
Nettokosten	0	-81'783	13'264
Kostendeckungsgrad in %	100	103	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Belegung, Auslastung pro Jahr in %	96	90	90

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Anzahl durchschnittlich betreuter Kinder pro Jahr	26	28	26

Anzahl durchschnittlich betreuter Kinder pro Jahr ist mit der Auslastung abgestimmt.

IAFP Schuldienste

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	31'758	35'868	36'291	36'399	36'685	36'571
Erlös	20'305	21'829	22'999	23'065	23'140	23'402
Nettokosten/Globalkredit	11'453	14'039	13'292	13'334	13'545	13'169
Kostendeckungsgrad in %	64	61	63	63	63	64

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	-4'040	0	60	270	220	150	200	-4'940
Bewilligt	22'590	17'509	1'850	230	-210	0	0	3'211
Gesamt	17'410	17'509	1'910	500	10	150	200	-2'869

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots Produkt Schulgesundheit ▪ Durchschnittliche Kosten pro Fall in der Schulzahnklinik in CHF	226	340	250	300	300	280
2 Quantität ▪ Anzahl präventive Veranstaltungen (SZD und SAeD) Produkt Sonderschulung Anzahl bereitgestellte Plätze je sonderpädagogische Schulform: ▪ für die Michaelschule (HPS) ▪ für die Maurerschule (CPS) ▪ für die Kleingruppenschule (KGS) ▪ Sonderschulintegration von HPS & CPS - Winterthurer Schülerinnen und Schüler - Auswärtige Schülerinnen und Schüler	853 92 68 19 62 37 25	800 90 80 21 64 46 18	690 90 80 21 64 40 24	690 90 80 21 64 40 24	600 89 79 21 66 42 24	600 87 77 21 70 45 25
3 Qualität Zufriedenheit der Lehrpersonen mit den unterstützenden Angeboten der Produkte Unterstützende Dienste und Schulgesundheit (alle drei Jahre erheben, Umfrage webbasiert) erstmals (2008)	68%	--	--	75%	--	--
4 Wirkung Produkt Schulgesundheit ▪ Anzahl gesunde Znüni in % mindestens Produkt Unterstützende Dienste ▪ Wartezeit in Wochen von Anmeldung bis Beginn Abklärung (SPD)	62 3.0	50 6.0	55 4.0	58 4.0	60 4.0	60 4.0

Fallkosten an der Schulzahnklinik: Kostenprofil bedingt durch obligatorischen Kindergarten und Einbezug der Vorschulkinder; beruht auf Schätzungen.

Die Quantität präventiver Veranstaltungen wird voraussichtlich zu Gunsten von grösseren Projekten/Nutzen von Synergien/Erhöhung der Qualität eher abnehmen. Konzepte sind in Arbeit.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Umsetzung der Verordnung des Schulzahnärztlichen Dienstes und neue Verträge mit den nebenamtlichen Zahnärzten.
Dosierte Erhöhung Integrierte Sonderschulung bei gleichzeitiger Senkung der Anzahl Tagessonderschulplätze, Erhöhung des Anteils Winterthurer Schüler/-innen bei gleich bleibender Anzahl auswärtiger Schüler/-innen.
Kinder- und Jugendheim Oberi: Aufbau einer Jugendwohngruppe.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Berufsbildung

Auftrag

Die Produktgruppe Berufsbildung umfasst die Berufswahlschule, die Werkjahrschule, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die msw-winterthur.

Sie stellt ein ausgewogenes Angebot an Schulungsplätzen für das Berufsvorbereitungsjahr sicher. Sie engagiert sich in der Schnittstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und dem Eintritt in eine Berufsgrundausbildung. Sie bietet Lehrplätze in technischen, zukunftsorientierten Berufen an.

Produkte

1 msw-winterthur

Die msw-winterthur bietet als Vollzeitschule folgende Ausbildungsgänge an:

- Lehre als Polymechaniker oder Polymechanikerin
- Anlagen-und Apparatebauer oder Anlagen- und Apparatebauerin
- Automatischer oder Automatischerin
- Elektroniker oder Elektronikerin
- Informatiker oder Informatikerin

2 Werkjahrschule

Die Werkjahrschule (WJS) bietet Berufsvorbereitungsjahre

- Berufswahl Profil A
 - Berufsfeld Gestaltung und Druck
 - Berufsfeld Bau und Gebäudetechnik
 - Berufsfeld Malerei und Oberflächenveredelung
- an.

3 Berufswahlschule

Die Berufswahlschule (BWS) bietet ein Berufsvorbereitungsjahr Berufswahl Profil A an.

4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) bietet für Erwachsene Elternbildungs- und Hauswirtschaftliche Kurse und Berufsvorbereitungsjahre

- Berufswahl A
 - Berufsfeld Gesundheit/Soziales
 - Berufsfeld Gestaltung/Textilien/Schönheit
 - Berufsfeld Gastronomie/Nahrung
 - Berufsfeld Wirtschaft/Verwaltung
 - Berufsfeld Verkauf
 - Sprache Kultur
- an.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

msw-winterthur:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Personalgesetz des Kantons Zürich vom 1. Januar 2002
- Mittel- und Berufsschullehrerverordnung vom 7. April 1999
- Verordnung über die Staatsbeiträge an die Berufsbildung vom 15. Dezember 1993
- Regierungsratsbeschluss vom 01.02.2006; Beitragsberechtigung
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 14. Januar 2008
- Verordnung über die Berufsvorbereitungsjahre 2009/2010 und 2010/2011 vom 22. April 2009
- Schulordnung
- Ausbildungsreglemente

BWS / WJS:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Volksschulgesetz
- Schulleistungsgesetz

HFS:

- Bundesverordnung über die hauswirtschaftliche Ausbildung vom 27. November 1989
- Kantonales Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 28. September 1986
- Verordnung über die hauswirtschaftliche Fortbildung vom 21. Januar 1998

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Volksabstimmung über die Führung der BWS 1973
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der BWS + WJS vom 9. Januar 2002
- Personalstatut vom 12. April 1999
- Verordnung über die berufliche und hauswirtschaftliche Ausbildung vom 14. Dezember 1984
- Submissionsordnung
- Datenschutzgesetz

Stufe Verwaltungseinheit

- Finanzkompetenz DSS
- Reglement über den Erlass des Schulgeldes für den Besuch der Berufsvorbereitungsjahre, für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler vom 25. Mai 2009

Verantwortliche Leitung

Franz Trottmann, Bereichsleiter Berufsbildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots			
Produkt msw-winterthur			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	16'481.00	19'280.00	17'085.00
Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	12'931.00	14'740.00	9'308.00
2 Angebot			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	240	244	246
▪ Anteil Winterthurer/Winterthurerinnen an Lernenden in %	30.40	29.00	30.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Berufsvorbereitungsjahr)	410	410	410
3 Wirkungsorientierter Faktor			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.85	4.80	4.80
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)			
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anschlusslösung an das Berufsvorbereitungsjahr in %	97.66	90.00	95.00

Kostendeckungsgrad:

Ertrag (aus prod. Aufträgen + Schulgeld + div. Einnahmen + Subventionen Bd./Kt) in Relation zum Aufwand

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	9'350'779	11'402'885	9'319'330

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Infolge Änderung der Verordnung über die Finanzierung der Berufsvorbereitungsjahre (BVJ) durch den Kanton erwarten wir im 2010 für den gesamten Bereich Berufsbildung mehr Einnahmen durch den Kanton und für Schüler/innen aus auswärtigen Gemeinden. Dies betrifft aber nicht alle Produkte im gleichen Rahmen. Die BWS erhält weniger Einnahmen, dafür die WJS und HFS mehr als bisher.

Dadurch fallen die Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur für die Berufsvorbereitungsjahre tiefer aus.

Und die Berechnungsgrundlage für die Vollkosten pro Ausbildungsplatz wurde geändert. Der Beitrag für Schüler/innen aus auswärtigen Gemeinden wird neu nicht mehr mitgerechnet bei der Vollkostenrechnung.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Produkt msw: Die Anschaffung von Maschinen beim werden ab 2010 nicht mehr in der Investitionsrechnung gebucht, sondern in der laufenden Rechnung im Sachaufwand (CHF 600'000). Dadurch verringern sich die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen.

Die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen steigen im gesamten Bereich Berufsbildung jedoch wegen dem Umbau Grünenhof für die HFS.

Infolge Pensionierungen von langjährigen Mitarbeitenden fallen die Personalkosten tiefer aus (Rotationsgewinn). Dies betrifft vor allem das Produkt BWS und msw.

Gemäss SR.09.582-2 wurden 2.5 Stelleneinheiten für die HFS geschaffen (Hauswartung, Teamleitung Reinigung und Reinigung). Diese Leistung wurde vorher vom Kanton eingekauft und entfällt mit der neuen Lösung. Ab Herbst 2009 0.5 Stelleneinheiten für Bereichsleitung (befristet für 2 Jahre), ebenfalls ab Herbst 2009 0.5 Einheiten für Hauswartung Werkschuljahr (Verschiebung von Stellenwerten aus der Volksschule).

Bei der HFS fallen ab Januar 2009 Mietkosten für den Grünenhof an.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	15'525'030	16'159'009	15'836'569
Sachkosten	3'367'334	3'194'029	3'748'538
Beiträge an Dritte	20'000	20'000	20'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'738'854	2'216'882	1'829'199
Mietkosten	10'856	440'960	647'140
Übrige interne Kosten	86'617	19'864	37'143
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>20'748'690</i>	<i>22'050'745</i>	<i>22'118'588</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	32'000	32'000
Total effektive Kosten	20'748'690	22'018'745	22'086'588
Externe Erlöse	4'327'952	4'357'180	4'649'000
Interne Erlöse	274'126	238'475	243'180
Beiträge von Dritten	6'795'834	6'052'205	7'907'078
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'397'911</i>	<i>10'647'860</i>	<i>12'799'258</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	32'000	32'000
Total effektive Erlöse	11'397'911	10'615'860	12'767'258
Total Nettokosten / Globalkredit	9'350'779	11'402'885	9'319'330
Kostendeckungsgrad in %	55	48	58

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	19.80	19.80	23.30
▪ Auszubildende	222.00	247.00	246.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Gemäss SR.09.582-2 wurden 2.5 Stelleneinheiten für die HFS geschaffen (Hauswartung, Temleitung Reinigung und Reinigung). Ab 1.9.2009 0.5 Stelleneinheiten für Bereichsleitung (befristet für 2 Jahre gemäss SR.08.1538-1), ebenfalls ab Herbst 2009 0.5 Einheiten für Hauswartung Werkschuljahr (Verschiebung von Stellenwerten aus der Hauswartung Volksschule).
 Auszubildende: Lehrverhältnisse betreffen das Produkt msw-winterthur (242) sowie 4 Praktikumsplätze (2 Mechanik, 2 Automation Center).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Das Projekt 'Neuorientierung der Brückenangebote' wird mit verschiedenen Teilprojekten wie

- Besoldungsharmonisierung
- Berufsfeldorientierung
- Raumplanung
- Behördenstrukturanpassung

weiter entwickelt.

Schaffung von Lehrstellen mit Eidg. Berufsattest (EBA) bei den Berufsvorbereitungsjahren.

Produkt 1 msw-winterthur

Leistungen

- Ausbildung von Lernenden in folgenden Berufen:
 - Polymechaniker und Polymechanikerinnen in Theorie und Praxis
 - Automatiker und Automatikerinnen in Theorie und Praxis
 - Anlagen- und Apparatebauer und Anlage- und Apparatebauerinnen in der Praxis
 - Elektroniker und Elektronikerinnen in Theorie und Praxis
 - Informatiker und Informatikerinnen in der Praxis
- Vermitteln von Lerninhalten die für den Eintritt in Bildungsinstitute des tertiären Bereichs von massgebender Bedeutung sind.
- Herstellung von Produkten mit möglichst grossem Lerninhalt und marktüblichem Ertrag.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	10'355'433	10'898'744	11'014'578
Erlös	6'334'069	5'990'017	6'845'232
Nettokosten	4'021'364	4'908'727	4'169'346
Kostendeckungsgrad in %	61	55	62

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Abschlusserfolgsquote in %	99.12	100.00	100.00
Lehrabbruchquote in %	2.20	0.00	1.00
Ø Anzahl Lernende /Klasse	16.90	17.00	17.00
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	32'414	34'413	35'156
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	16'481	19'280	17'085
Ertrag aus produktiven Aufträgen in CHF	812'960	895'000	805'000

Ertrag produktive Aufträge = Verkaufserlös abzüglich Materialaufwand, inkl. Bestandesänderung

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Plätze	240	244	246
Anzahl Lernende	227	235	242

Anzahl Plätze: 242 msw-Ausbildungsplätze und 4 Praktikantenplätze

Produkt 2 Werkjahrschule

Leistungen

- Führen von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'966'323	1'956'896	2'085'479
Erlös	838'231	874'560	1'563'179
Nettokosten	1'128'092	1'082'336	522'299
Kostendeckungsgrad in %	43	45	75

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	10.5	14.0	14.0
Schulabbruchquote in %	22	7	7
Anschlusserfolgsquote in %	98	90	95
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	24'316	21'642	22'137
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	16'116	12'766	6'185

Schulgeld für Schülerinnen und Schüler CHF 2'500.00 ab Schuljahr 2009/2010

Beitrag von Gemeinden für auswärtigen Schülerinnen und Schüler CHF 9'500.00

Schulabbruchquote:

- mit Anschlusslösung 5 %

- ohne Anschlusslösung 2 %

Anschlusserfolgsquote: Bei den Anschlusslösungen sind nur die Ausbildungen/Praktika berücksichtigt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Plätze	70	70	80
Anzahl Schülerinnen und Schüler	62	70	80
davon Winterthurer und Winterthurerinnen	46	50	45

Produkt 3 Berufswahlschule

Leistungen

- Führen von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Beratung der Schülerinnen und Schüler in der Berufswahl.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'134'102	2'136'863	1'883'162
Erlös	1'292'554	857'603	1'032'007
Nettokosten	841'548	1'279'260	851'156
Kostendeckungsgrad in %	61	40	55

Kosten: Infolge Pensionierungen von langjährigen Mitarbeitenden fallen die Personalkosten tiefer aus (Rotationsgewinn).
Im 2008 wurde a.o. baulicher Unterhalt getätigt (gemäss Stadtratsbeschluss).

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	19	20	20
Schulabbruchquote in %	6	1	1
Anschlussersfolgsquote in %	97	90	95
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	15'033	13'945	16'160
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	8'425	11'945	8'440

Schulgeld für Schülerinnen und Schüler CHF 2'500.00 ab Schuljahr 2009/2010

Beitrag von Gemeinden für auswärtigen Schülerinnen und Schüler CHF 9'500.00

Schulabbruchquote:

- mit Anschlusslösung 1 %

- ohne Anschlusslösung 0 %

Anschlussersfolgsquote: Bei den Anschlusslösungen sind nur die Ausbildungen/Praktika berücksichtigt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Plätze	100	100	100
Anzahl Schülerinnen und Schüler	96	100	100
davon Winterthurerinnen und Winterthurer	60	70	60

Produkt 4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Leistungen

- Durchführung von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Gezielte berufsfeldbezogene Vorbereitung.
- Durchführung von Vorintegrations- und Integrations- Jahreskursen.
- Durchführung von Erwachsenenbildungskursen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	6'296'232	7'058'242	7'135'369
Erlös	2'922'389	2'925'680	3'358'839
Nettokosten	3'373'843	4'132'562	3'776'530
Kostendeckungsgrad in %	46	41	47

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Hauswirtschaftlicher Jahreskurs			
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	12	16	15
Schulabbruchquote in %	7	5	5
Anschlussersfolgsquote in %	98	90	95
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	20'069	17'700	27'150
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	14'253	13'200	13'300
Integrationskurs			
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	12	13	13
Schulabbruchquote in %	5.55	7.00	5.00
Anschlussquote in %	94.44	70.00	80.00
Erwachsenenbildung			
Ø Anzahl Erwachsenen pro Klasse	12.00	11.30	12.00
Ø Kosten pro Lektion für die Stadt Winterthur	182.05	100.00	150.00
Inhalt der Kurse			
▪ Erwachsenenbildung (Ernährung, usw.)		Bericht	Bericht
▪ Elternbildung (Erziehung von Jugendlichen, usw.)		Bericht	Bericht
▪ Integrationskurse (Sprache, Kultur, usw.)		Bericht	Bericht

Schulgeld für Schülerinnen und Schüler CHF 2'500.00 ab Schuljahr 2009/2010

Beitrag von Gemeinden für auswärtigen Schülerinnen und Schüler CHF 9'500.00

Schulabbruchquote: Hauswirtschaftlicher Jahreskurs

- mit Anschlusslösung 5 %

- ohne Anschlusslösung 0%

Schulabbruchquote: Integrationskurs

- mit Anschlusslösung 4 %

- ohne Anschlusslösung 1%

Anschlussersfolgsquote: Bei den Anschlusslösungen sind nur die Ausbildungen/Praktika berücksichtigt

Der Inhalt der Kurse (Erwachsenenbildung) wird mit einem jährlichen Bericht dokumentiert

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Plätze	240	240	240
Anzahl Schülerinnen und Schüler	216	220	215
▪ davon Winterthurerinnen und Winterthurer	122	140	140

Annahme, dass im Soll 2010 die Plätze nicht vollständig belegt sein werden.

IAFP Berufsbildung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	20'748	22'018	22'086	22'293	22'293	22'287
Erlös	11'397	10'615	12'767	12'767	12'767	12'767
Nettokosten/Globalkredit	9'351	11'403	9'319	9'525	9'525	9'519
Kostendeckungsgrad in %	55	48	58	57	57	57

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	23'000	0	169	211	0	150	200	22'270
Bewilligt	5'030	4'176	4'030	0	0	50	0	-3'226
Gesamt	28'030	4'176	4'199	211	0	200	200	19'044

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots						
Produkt msw-winterthur						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	16'481.0	19'280.0	17'085.0	17'905	17'905	17'905
Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	12'931.0	14'740.0	9'308.0	9'308	9'308	9'308
2 Angebot						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	240	244	246	246	246	246
▪ Anteil Winterthurerinnen/Winterthurer an Lernenden in %	30.40	29.00	30.00	30.00	30.00	30.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Berufsvorbereitungsjahr)	410	410	410	410	410	410
3 Wirkungsorientierter Faktor						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)	0.0	0.0	0.0	--	--	--
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anschlusslösung an das Berufsvorbereitungsjahr in %	97.6	90.0	95.0	95	95	95

Der Bericht des Volkswirtschaftlichen Nutzen für die Stadt Winterthur wird im 2009 und dann wieder im 2014 erhoben.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Das Projekt 'Neuorientierung der Brückenangebote' wird mit verschiedenen Teilprojekten wie

- Besoldungsharmonisierung
- Berufsfeldorientierung
- Raumplanung
- Behördenstrukturanspassung

weiter entwickelt.

Schaffung von Lehrstellen mit Eidg. Berufsattest (EBA) bei den Berufsvorbereitungsjahren.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Sportamt

Auftrag

Die Stadt Winterthur fördert den Sport im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Sie betreibt eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Sportorganisationen abgestimmte Sportpolitik.

Die Leitsätze der städtischen Sportpolitik

- Der Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung wird erhöht.
- Es wird ein gutes Angebot an Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt geschaffen.
- Die Stadt stellt attraktive Sportanlagen bereit und sorgt für deren Unterhalt und intensive Nutzung.
- Speziell gefördert werden der obligatorische und der freiwillige Schulsport, der Jugendsport und Breitensport.
- Die Stadt würdigt die Leistungen der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler und leistet in Einzelfällen Unterstützung.
- Sportlich besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Volksschule werden speziell gefördert.
- Die Stadt setzt in der Sportförderung Prioritäten und unterstützt gezielt Projekte von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung.
- Die Sportentwicklung der Stadt Winterthur hat eine Ausstrahlung auf die Region Winterthur.
- Der Stellenwert und die Akzeptanz des Sports in der Stadt (-Politik) werden erhöht.
- Auf ökologische Anliegen wird beim Bau von Sportanlagen und bei der Durchführung von Sportanlässen Wert gelegt.

Produkte

1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung Restaurant

2 Quartierbäder

Beteiligung: 4 Freibäder inkl. Saunen sind im städtischen Besitze. Die Betriebsgenossenschaften werden unterstützt

3 Eissportanlage Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Eissportanlage Deutweg und Verpachtung Restaurant

4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk

5 Fussballplätze

Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese

6 Übrige Sportanlagen

Beteiligung am Unterhalt der Sportinfrastruktur

7 Dienstleistung / Information

Auslastung, Disposition und Vermarktung der Sportanlagen, Vermietung der Räume in Schulanlagen ausserhalb der Schulzeit, freiwilliger Schulsport, Sportförderungsprojekte, Information; Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Jugendsportförderung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport (1972)

- Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
- Konzept des Bundesrates für eine Sportpolitik der Schweiz (2000)
- Kantonale Verordnung über die Koordinationsstelle Sport und die Sportkommission (2000)
- Kantonale Volksschulverordnung (Schulturnen)
- NASAK (Nationales Sportanlagen Konzept)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Leitbild zur Sportförderung in der Stadt Winterthur 2006

Stufe Verwaltungseinheit

- Ganzheitliches Sportkonzept Winterthur 1992
- Grundsätze des Sportamtes 1996
- Betriebs-Verträge mit Eulachhallen AG, Schwimmbadgenossenschaften und Genossenschaft Schützenwiese
- Raumbedeutsames Leitbild 1997
- Leistungsvereinbarung
- Konzept Raum für Bewegung und Sport

Verantwortliche Leitung

Urs Wunderlin, Bereichsleiter Sportamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit			
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohner/Einwohnerin (1) in CHF	124	120	120
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	21	24	23
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	34	38	35
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	110'000	150'000	150'000
2 Qualität			
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4)	Bericht	--	--
In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.			
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle	--	Bericht	--
▪ Gebäudezustand erfassen;	--	--	Bericht
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht	--	--	--
▪ Energieverbrauch (5)	825'260	774'700	825'261
3. Quantität			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	13'024	15'000	15'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	372'144	330'000	370'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	60'448	70'000	70'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben) (6)			
▪ Mädchen	1'411	1'300	1'800
▪ Knaben	2'691	2'500	3'000
Freiwilliger Schulsport Anzahl Kurse/Teilnehmer (Mädchen/Knaben)			
▪ Kurse	80	85	90
▪ Mädchen	517	500	550
▪ Knaben	406	500	500
4 Wirkungsziele			
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.			
▪ Der Sportpass erreicht national wiederum die Höchstnote für Sportdienstleistungen	--	--	--
▪ Der Anteil der 15 - 74-jährigen, die nie Sport treiben, wird gesenkt (7)	--	--	--
▪ Die Bewertung der Information über die Sportmöglichkeiten in Winterthur wird gesteigert (8)	--	--	--

(1) 98'500 Einwohner (Vorgabe Finanzamt für Budget 2008); ab 2009: 100'000; Prognose 2010: 102'600

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2004 - 2008: 336'473 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2004 - 2008: 66'799 Eintritte

(4) Erhebung im 2012, Ergebnisse liegen im Mai 2013 für Rechnung 2013 vor (nationale Erhebung alle 5 Jahre)

(5) Im Moment nur 4-Jahres-Durchschnitt, da neu ab 2005 (2005 - 2008) inkl. Eishalle und Schützenwiese CHF 788'568 (geplant ist ein 5-Jahres-Durchschnitt)

(6) Ab 2009 werden die 5 bis 20-jährigen erfasst (neues J+S Alter)

(7) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 18%, Ziel für (Erhebung 2012) Soll 2013 auf unter 16%

(8) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 3.5, Ziel für (Erhebung 2012) Soll 2013 ist eine Steigerung auf 3.7 auf einer 5er Skala

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	13'342'292	12'070'600	12'183'756

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Personal:

- Ab 2010 wird ein zusätzlicher Lernender "Fachmann Betriebsunterhalt" eingestellt.
- Zuschlagsstunden wurden anhand der effektiven Zahlen der Vorjahre berechnet.

Sachkosten:

- Die Sachkosten liegen im Rahmen des Budgets 09.

Erträge:

- Die Erträge wurden im Budget 09 zu optimistisch budgetiert, unter anderem Eventerträge und Eisvermietung werden im Budget 2010 realistisch budgetiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Personal:

- mehrere Stellen waren im 08 vakant (u. a. Stellvertretung Abteilungsleiter Sportanlagen, Betriebshandwerker Geiselweid, Betriebsmitarbeiter Grünanlagen). Die Stellen konnten in der Zwischenzeit besetzt werden.
- Zuschlagsstunden wurden anhand der effektiven Zahlen der Vorjahre berechnet.

Sachkosten:

- Gebundener, ausserordentlicher Aufwand für baulichen und gärtnerischen Unterhalt entfällt.

Erträge:

- Wegfall Subventionen an Konzept Raum für Bewegung und Sport von CHF 70'000
- ZHAW-Sport geht an den Akademischen Sportverband Zürich (ASVZ) über, Mindereinnahmen von CHF 140'000 (Wegfall von Ausgaben von ca. CHF 90'000.-)
- Erhöhung Sportpasseinnahmen um CHF 120'000.- (Preiserhöhung auf die Sommersaison 2010 geplant)

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	4'177'637	4'327'420	4'593'966
Sachkosten	6'183'043	4'232'319	4'171'438
Beiträge an Dritte	819'138	815'000	815'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	5'343'547	6'095'574	5'680'933
Mietkosten	39'134	31'200	28'200
Übrige interne Kosten	393'751	378'079	441'844
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>16'956'251</i>	<i>15'879'592</i>	<i>15'731'382</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	16'956'251	15'879'592	15'731'382
Externe Erlöse	3'491'014	3'686'010	3'424'460
Interne Erlöse	122'944	122'983	123'165
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'613'958</i>	<i>3'808'993</i>	<i>3'547'625</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'613'958	3'808'993	3'547'625
Total Nettokosten / Globalkredit	13'342'292	12'070'600	12'183'756
Kostendeckungsgrad in %	21	24	23

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	37.90	39.20	38.45
▪ Auszubildende	5.00	5.00	5.80
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- Stelleneinheiten: 0.75 Stellenprozente wurden in Sozialstellen überführt
- Auszubildende: 1.00 zusätzliche Lehrstelle als Fachmann Betriebsunterhalt, 0.20 Reduktion Praktikant Administration
- KV-Rotationsausbildungsplätze: Ab Sommer 09 ein/e zusätzliche/r KV-Lernende/er

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Konzeptgenehmigung für die Sanierung des Hallenbades Geiselweid
- Konzeptgenehmigung für die Sanierung des Freibades Oberwinterthur
- Stadion Schützenwiese: erarbeiten des langfristigen Sanierungskonzeptes
- Konzeptgenehmigung Raum für Bewegung und Sport
- Spilsporthalle (3-fach Turnhalle): Variantenentscheid
- Internationales Zentrum für Leistungs- und Breitensport (IZLB)
- Eröffnung erste Teilstrecke "Human Powered Mobility - Weg" rund um Winterthur

Produkt 1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades Geiselweid inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Wassersport

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'712'189	4'887'271	4'507'226
Erlös	2'102'745	2'217'396	2'211'042
Nettokosten	2'609'444	2'669'875	2'296'184
Kostendeckungsgrad in %	45	45	49

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb des Hallen- und Freibades Geiselweid			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt (Eintritte Hallen- und Freibad, inkl. Sauna) in CHF	6.55	8.25	6.65
Kostendeckung Zusatzangebote (Aqua Gym, ZHaW-Sport) in %	202.00	270.00	210.00

Kostendeckende Zusatzangebote: Ab 01.01.2010 wird die Durchführung des ZHaW-Sportes durch den Akademischen Sportverband Zürich (ASVZ) übernommen.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Öffnungszeiten des Hallenbades Geiselweid (Tage pro Jahr)	343	342	342
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (1)	372'144	330'000	370'000
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher Hallenbad Geiselweid pro Tag	1'085	965	1'081
▪ Anzahl Eintritte Sauna Geiselweid (2)	22'611	23'000	23'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2004-2008: 336'473 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2004-2008: 22'971 Eintritte

Produkt 2 Quartierbäder

Leistungen

- Beteiligung an vier Freibädern (Wülflingen, Wolfensberg, Oberwinterthur und Töss) inkl. Saunen
- Fachliche und finanzielle Unterstützung der Genossenschaften.
- Werterhalt der Bausubstanz

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'341'639	2'007'050	1'945'871
Erlös	11'754	6	21
Nettokosten	2'329'885	2'007'045	1'945'849
Kostendeckungsgrad in %	1	0	0

- Jährlicher Betriebsbeitrag an die Bäder Töss, Wülflingen und Oberwinterthur Fr. 150'000 bzw. Wolfensberg Fr. 125'000

- In den Kosten 2008 sind CHF 271'067.-- ausserordentliche, gebundene Aufwendungen enthalten.

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Finanzen: Halten des Kostenniveaus pro Eintritt			
▪ Nettokosten pro Eintritt Wülflingen in CHF	7.6	7.0	7.6
▪ Nettokosten pro Eintritt Oberwinterthur in CHF	9.6	14.0	7.5
▪ Nettokosten pro Eintritt Töss in CHF	17.9	14.0	13.4
▪ Nettokosten pro Eintritt Wolfensberg in CHF	8.3	5.9	11.0
▪ Betriebsbeitrag pro Eintritt Quartierbäder Total in CHF	2.7	2.5	2.8

- beim Schwimmbad Töss sind im Ist 2008 die ausserordentlichen Aufwendungen enthalten

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Erhaltung des Angebotes			
▪ Anzahl Freibäder	4	4	4
Nutzung: Optimale Auslastung der Quartierbäder			
▪ Anzahl Eintritte Quartierbäder Total, inkl. Saunen (1)	198'821	226'000	205'000
▪ Anzahl Eintritte Wülflingen (2)	79'484	84'000	80'000
▪ Anzahl Eintritte Oberwinterthur (3)	32'540	40'000	35'000
▪ Anzahl Eintritte Töss (4)	38'017	52'000	40'000
▪ Anzahl Eintritte Wolfensberg (5)	48'780	50'000	50'000

- Die Eintritte 2010 werden auf Grund des 5-Jahresdurchschnitts angepasst.

(1) 5-J.-Durchschnitt 2004-2008: 194'602 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2004-2008: 75'554 Eintritte Wülflingen

(3) 5-J.-Durchschnitt 2004-2008: 32'860 Eintritte Oberwinterthur

(4) 5-J.-Durchschnitt 2004-2008: 39'255 Eintritte Töss

(5) 5-J.-Durchschnitt 2004-2008: 42'933 Eintritte Wolfensberg

Produkt 3 Eissportanlage Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Eishalle Deutweg, Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Eissport
- Vermarktung der Eishalle

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'933'300	3'361'724	3'462'632
Erlös	764'068	940'929	853'466
Nettokosten	3'169'232	2'420'795	2'609'166
Kostendeckungsgrad in %	19	28	25

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Eishalle Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt in CHF	46.70	35.00	37.70

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
Öffnungszeiten der Eishalle Deutweg (Tage pro Eissaison)	249	249	249
Nutzung: Optimale Auslastung der Eishalle Deutweg			
▪ Anzahl Eintritte Eishalle Deutweg (1)	60'448	70'000	70'000
▪ Anzahl Veranstaltungen	7	12	12
▪ Belegung durch Vereine (Anzahl Std./Saison)	4'199	2'200	4'200
▪ Belegung durch öffentlichen Eislauf (Anzahl Std./Saison)	2'417	2'000	2'400

(1) 5-J.-Durchschnitt 2004-2008: 66'799 Eintritte

Produkt 4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk
- Infrastruktur für Leichtathletik und polysportive Nutzung

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	742'874	761'069	525'994
Erlös	83'040	65'153	68'013
Nettokosten	659'833	695'916	457'981
Kostendeckungsgrad in %	11	9	13

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Sportanlage Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Öffnungstag in CHF	1'872	1'982	1'285

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
▪ Leichtathletikstadion mit polysportiven Nebenanlagen	1	1	1
▪ Öffnungszeiten der Gesamtanlage (Anzahl Tage pro Jahr von 8.00-22.00 Uhr)	358	358	358
Nutzung: Optimale Auslastung der Sportanlage Deutweg			
▪ Anzahl Veranstaltung auf der Sportanlage Deutweg	194	140	175
▪ Anzahl Dauerbelegungen	46	45	45

Produkt 5 Fussballplätze

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese
- Infrastruktur für den Fussballsport und polysportive Nutzung der Anlagen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'720'112	3'585'788	3'885'792
Erlös	107'171	85'505	99'042
Nettokosten	3'612'941	3'500'283	3'786'750
Kostendeckungsgrad in %	3	2	3

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Fussballanlagen			
▪ Nettokosten pro dem städtischen Fussballverband angeschlossene Mannschaft (1)	21'891	23'715	25'705

(1) Saison 2008/09: 148, davon 2 Damen-, 8 Juniorinnen- und 102 Junioren-Teams

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Angebot: Erhaltung des Angebots			
▪ Anzahl Fussballanlagen	7	7	7
▪ Anzahl Fussballplätze (Normspielfelder)	23	23	23
▪ Naturrasenfläche aller Fussballplätze in m2	158'740	158'740	153'340
▪ Kunstrasenflächen in m2	13'000	19'200	19'200
▪ Fussballstadion	1	1	1

Naturrasenfläche: ab 2010 wird der Allwetterplatz auf der Schützenwiese nicht mehr mitgezählt

Produkt 6 Übrige Sportanlagen

Leistungen

- **Beteiligung und Unterhalt der Sportinfrastruktur (Finnenbahnen, Vitaparcours, Reitsport)**
- Finanzielle und fachliche Unterstützung der Eulachhallen AG
- Angebote im Trendsportbereich
- Unterhalt Freizeitanlage Reitplatz

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	471'071	246'478	191'980
Erlös	109'590	103'000	104'000
Nettokosten	361'481	143'478	87'980
Kostendeckungsgrad in %	23	42	54

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Jährliche Unterhaltskosten für Werterhaltung der übrigen Sportanlagen	322'074	97'500	79'480

Ist 2008: In den Kosten sind CHF 190'000.-- ausserordentliche, gebundene Aufwendungen enthalten.

Produkt 7 Dienstleistung / Information

Leistungen

- Auslastung, Vermietung und Vermarktung der Sportanlagen
- Vermietung der Schulräume, Singsäle, Turnhallen, Schulzimmer und Schulschwimmanlagen ausserhalb der Schulzeit. Ertrag budgetiert in der Abteilung Schulbauten.
- Freiwilliger Schulsport
- Sportförderungsprojekte (Senioren-sport, Raum für Bewegung und Sport u.a.m.)
- Information und Beratung (Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung des Sportes)
- Unterstützung Vereinssport

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'009'635	1'030'212	1'211'886
Erlös	357'574	397'004	212'040
Nettokosten	652'061	633'207	999'846
Kostendeckungsgrad in %	35	39	17

Höhere Kosten sind durch neuen Umlageschlüssel der Overheadkosten ab 2010 begründet (+ CHF 140'000.-)
Ertragsrückgang weil der ZHaW-Sport ab 2010 wegfällt. Dadurch entfallen auch CHF 40'000.- Lohnkosten.

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Sportnutzung: Verkauf möglichst vieler Sportpässe			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	13'024	15'000	15'000
▪ davon Jahrespässe gesamt	7'635	7'500	8'500

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Jugendsportförderung: Auszahlung von Beiträgen an Vereine mit jugendlichen Mitgliedern			
▪ Beitrag an Jugendsportförderung in CHF	110'000	150'000	150'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche			
▪ Mädchen	1'411	1'300	1'800
▪ Knaben	2'691	2'500	3'000
Sportinformation: Verbesserung der Information über das Sportangebot in Winterthur			
▪ Anzahl Ausgaben des Prospektes über den Sportpass	1	1	1
▪ Anzahl Besuche auf der Homepage im Internet (durchschnittlich pro Monat)	15'500	14'000	16'000
Übrige Daten			
▪ Anzahl städtische Turnhallen (davon 3 Grossraumhallen)	45	45	45
▪ Auslastung Turnhallen Wochentage (Mo-Fr, 18.00-22.00 Uhr) in %	98	98	98
▪ Auslastung Turnhallen Wochenende (Sa-So, 08.00-22.00 Uhr) in %	15	15	15

Anzahl durch Vereine gemeldete Jugendliche: ab 2009 werden die 5- bis 20jährigen erfasst (neues J+S Alter)

IAFP Sportamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	16'956	15'879	15'731	16'188	17'178	17'611
Erlös	3'613	3'808	3'547	3'298	3'878	3'878
Nettokosten/Globalkredit	13'342	12'071	12'184	12'891	13'301	13'734
Kostendeckungsgrad in %	21	24	23	20	23	22

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	74'739	0	440	800	23'584	10'494	13'404	26'017
Bewilligt	27'700	18'643	4'424	1'435	660	-130	0	2'668
Gesamt	102'439	18'643	4'864	2'235	24'244	10'364	13'404	28'685

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit						
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohnerin und Einwohner (1)	124	120	120	122	125	127
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	21	24	23	20	23	22
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	34	38	35	35	35	35
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	110'000	150'000	150'000	200'000	200'000	200'000
2 Qualität						
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4) In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.	Bericht	--	--			Bericht
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle	--	Bericht	--			
▪ Gebäudezustand erfassen;	--	--	Bericht			
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht	--	--	--	Bericht		
▪ Energieverbrauch (5)	825'260	774'700	825'261	830'000	Bericht	830'000
3. Quantität						
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	13'024	15'000	15'000			
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	372'144	330'000	370'000	370'000	370'000	370'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	60'448	70'000	70'000	70'000	70'000	70'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben) (6)						
▪ Mädchen	1'411	1'300	1'800	1'800	1'800	1'800
▪ Knaben	2'691	2'500	3'000	3'000	3'000	3'000
Freiwilliger Schulsport Anzahl Kurse/Teilnehmer (Mädchen/Knaben)						
▪ Kurse	80	85	90	92	95	95
▪ Mädchen	517	500	550	550	600	600
▪ Knaben	406	500	500	500	550	550
4 Wirkungsziele						
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.						
▪ Der Sportpass erreicht national wiederum die Höchstnote für Sportdienstleistungen	--	--	--	--	--	Erfüllt
▪ Der Anteil der 15 - 74jährigen, die nie Sport treiben, wird gesenkt (7)	--	--	--	--	--	15.90
▪ Die Bewertung der Information über die Sportmöglichkeiten in Winterthur wird gesteigert (8)	--	--	--	--	--	3.70

(1) Einwohnerzahl 2008: 98'500, ab 2009: 100'000

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2004-2008: 336'473 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2004-2008: 66'799 Eintritte

(4) Erhebung im 2012, Ergebnisse liegen im Mai 2013 für Rechnung 2013 vor (nationale Erhebung alle 5 Jahre)

(5) Im Moment nur 4-Jahres-Durchschnitt, da neu ab 2005 (2005 - 2008) inkl. Eishalle und Schützenwiese CHF 788'568 (geplant ist ein 5-Jahres-Durchschnitt)

(6) Ab 2009 werden die 5- bis 20jährigen erfasst (neues J+S Alter)

(7) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 18%, Ziel für (Erhebung 2012) Soll 2013 auf unter 16%

(8) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 3.5, Ziel für (Erhebung 2012) Soll 2013 ist eine Steigerung auf 3.7 auf einer 5er Skala

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Sanierung Hallenbad Geiselweid 2011
- Sanierung Schwimmbad Oberwinterthur 2011/2012
- Förderung J+S Kids ab 2010
- Subventionskonzept 2011

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Vormundschaftsamt

Auftrag

Für die in der Stadt Winterthur wohnenden Erwachsenen, Kinder und Jugendlichen, die wegen fehlender oder eingeschränkter Handlungsfähigkeit nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu besorgen sowie Schutz und Hilfe benötigen, wird eine adäquate begleitete und überwachte vormundschaftliche oder kindesrechtliche Betreuung angeordnet. Der zivilrechtliche Kindes- und Erwachsenenschutz wird gewährleistet. Die gesetzeskonforme Führung der vormundschaftlichen Massnahmen in persönlichen und finanziellen Belangen ist sichergestellt und die rechtlichen Interessen der Klienten sind gewahrt.

Die Vormundschaftsbehörde, eine durch den Gemeinderat gewählte nebenamtliche Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen, trifft die rechtskräftigen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide. Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde behandelt das Vormundschaftsamt die Gefährdungsmeldungen und Gesuche und erteilt die erforderliche Beratung, führt die vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Verfahren, überprüft die gesetzeskonforme Mandatsführung, bereitet generell die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte professionell vor und ist für deren Abwicklung besorgt.

Produkte

1 Vormundschaftspflege

Im Rahmen der Vormundschaftspflege werden sämtliche vormundschaftlichen Verfahren durchgeführt und die erforderlichen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide gefällt. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften erfolgt eine entsprechende Mitwirkung bei der Mandatsführung und es wird eine Aufsichtsfunktion wahrgenommen. An Mandatspersonen, Klientinnen und Klienten sowie an deren Umfeld wird eine fachkundige Beratung und Information erteilt sowie gezielte Vernetzungsarbeit geleistet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- ZGB Art. 361: Vormundschaftliche Behörden sind die Vormundschaftsbehörde und die Aufsichtsbehörde. Die Kantone bestimmen diese Behörden.
- EG ZGB des Kantons Zürich § 73 und § 74: Vormundschaftsbehörde ist der Gemeinderat der politischen Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Besorgung des Vormundschaftswesens entweder einer Kommission von 3 oder 5 Mitgliedern aus seiner Mitte oder einer besonderen Kommission von mindestens 3 Mitgliedern übertragen, deren Wahl durch die Gemeinde erfolgt. In gleicher Weise können durch Gemeindebeschluss einzelne Aufgaben der vormundschaftlichen Fürsorge besonderen Amtsstellen übertragen werden.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtische Gemeindeordnung § 64 und 65: Regelung der konkreten Zusammensetzung der Vormundschaftsbehörde und des Auftrages, dass die Vormundschaftsbehörde die vormundschaftlichen Aufgaben gemäss den gesetzlichen Vorschriften (ZGB, EG ZGB) und den Staatsverträgen zu erledigen hat. Die Vormundschaftsbehörde ist eine Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen. Ausserdem wird auf die Geschäftsordnung der Vormundschaftsbehörde verwiesen.

Stufe Verwaltungseinheit

- Geschäftsordnung vom 14. März 2006: Gemäss Art. 24 der Geschäftsordnung bereitet das Vormundschaftsamt die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte vor und ist für deren Abwicklung besorgt, soweit die Erledigung nicht anderen Vollzugsorganen übertragen ist.
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987, § 14: Beratungen zu vormundschaftlichen Fragestellungen sowie die Erledigung der Geschäfte der Vormundschaftsbehörde gelten als Aufgabenbereich des Vormundschaftsamtes.

Verantwortliche Leitung

Silvia Rey

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes Messgrössen - Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF - Anzahl Berichtabnahmen pro Jahr Belastung in der Verfahrensleitung: - Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung - Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr - pendente Verfahren Ende Jahr	1'072 815 639 1'967 524	1'000 820 635 2'040 500	1'000 820 635 2'040 500
2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksrat (alle zwei Jahre) <i>Messgrösse:</i> - Audit erfüllt <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. <i>Messgrösse:</i> - Prozent der bestätigten Fälle	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation
	92	92	92

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	2'158'811	2'188'988	2'193'919

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Personalkosten bewegen sich praktisch auf dem gleichen Niveau wie im Budget 2009.

Der Sachaufwand steigt aufgrund von erwarteten Mehrausgaben für Gutachten und unentgeltliche Rechtsvertretungen.

Die kalkulatorischen Abschreibungen und Zinsen waren im Budget 2009 irrtümlicherweise im Vormundschaftsamt budgetiert, dies wurde nun korrigiert

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Die budgetierten Personalkosten sind tiefer als in der Rechnung 2008, da es Doppelbesetzungen infolge Absenzen wegen Krankheit und Mutterschaftsurlauben gab.

Der Sachaufwand sinkt gegenüber der Rechnung 2008, da in diesem Jahr die Mehrausgaben für Gutachten und unentgeltliche Rechtsvertretungen ausserordentlich hoch waren.

Bei den externen Erlösen ist mit einem Rückgang zu rechnen, da im 2008 hohe Lohnrückerstattungen eingingen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	2'181'626	2'132'615	2'144'166
Sachkosten	310'390	237'788	262'631
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	35'373	0
Mietkosten	3'351	4'400	3'400
Übrige interne Kosten	213'695	220'162	225'547
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'709'062</i>	<i>2'630'338</i>	<i>2'635'744</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'709'062	2'630'338	2'635'744
Externe Erlöse	548'952	440'000	440'000
Interne Erlöse	1'299	1'350	1'825
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>550'250</i>	<i>441'350</i>	<i>441'825</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	550'250	441'350	441'825
Total Nettokosten / Globalkredit	2'158'811	2'188'988	2'193'919
Kostendeckungsgrad in %	20	17	17

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	18.50	16.00	16.00
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber Budget. Im Ist 2008 gab es infolge von drei Mutterschaftsurlauben Doppelbesetzungen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Vorbereitung Neuwahl der Mitglieder der Vormundschaftsbehörde
- Vorbereitung auf die neue Gesetzgebung im Vormundschaftswesen
- Weiterentwicklung der internen Strukturen
- Laufende Überprüfung der Verfahrensabläufe
- Vertiefung der Zusammenarbeit mit internen und externen Stellen
- Anpassung der EDV-Software an die laufenden Bedürfnisse

Produkt 1 Vormundschaftspflege**Leistungen**

Massnahmeprüfung und Entscheid

Durchführung aller vormundschaftlichen Verfahren: Behandlung und Überprüfung sämtlicher Gefährdungsmeldungen, Gesuche und Anträge auf Anordnung einer vormundschaftlichen Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahme. Fall/Geschäftseröffnung, Sachverhaltsabklärung, Gewährung des rechtlichen Gehörs, Bestimmen der Mandatsperson, Antragstellung/Entscheid, Vernehmlassung in Beschwerdeverfahren, Geschäftsabschluss

Mitwirkung bei der Mandatsführung und Aufsichtstätigkeit

Geschäftseröffnung, Inventaraufnahme, Prüfung der zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfte, Aufbewahrung, Verwaltung, Anlage und Aushändigung von Mündelvermögen, Berichts- und Rechnungsprüfung, Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatsperson, Einschreiten von Amtes wegen, Antragstellung/Entscheid, Geschäftsabschluss

Beratung und Information

Erteilen von Auskünften, Beratung, Vermittlung und Schlichtung

Vernetzungsarbeit

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'671'812	2'630'338	2'635'744
Erlös	499'935	441'350	441'825
Nettokosten	2'171'877	2'188'988	2'193'919
Kostendeckungsgrad in %	19	17	17

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl laufende Verfahren	2'491	2'540	2'540
Anzahl vormundschaftliche Beschlüsse	1'783	1'650	1'700
Anzahl Inventarverfahren	143	140	140

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Massnahmeprüfung und Entscheid			
Anzahl Prüfungen / Entscheide für Kinder			
- Errichtungen	154	120	130
- Aufhebungen	123	80	100
- Übernahmen	14	15	15
- Übertragungen	17	10	15
- Verzicht	196	100	150
Anzahl Prüfungen / Entscheide für Erwachsene			
- Errichtungen	111	100	110
- Aufhebungen	15	20	20
- Übernahmen	11	8	10
- Übertragungen	5	3	5
- Verzicht	28	15	25
Mitwirkung bei Mandatsführungen und Aufsichtstätigkeit			
- Anzahl Inventaraufnahmen	143	140	140
- Anzahl Prüfungen zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte	174	160	170
- Höhe des verwalteten Mündelvermögens	81'405'925	65'000'000	65'000'000
- Anzahl Berichts- und Rechnungsprüfungen	829	820	820
- Anzahl Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen	4	3	3

IAFP Vormundschaftsamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	2'709	2'630	2'635	2'716	2'716	2'716
Erlös	550	441	441	442	442	442
Nettokosten/Globalkredit	2'159	2'189	2'194	2'274	2'274	2'274
Kostendeckungsgrad in %	20	17	17	16	16	16

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes Messgrössen - Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF - Anzahl Berichtabnahmen pro Jahr Belastung in der Verfahrensleitung: - Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung - Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr - pendente Verfahren Ende Jahr						
	1'072	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
	815	820	820	830	830	830
	639	635	635	635	635	635
	1'967	2'040	2'040	2'040	2'040	2'040
	524	500	500	500	500	500
2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksrat (alle zwei Jahre) Messgrösse: - Audit erfüllt <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. Messgrösse: - Prozent der bestätigten Fälle	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation	Audit erfüllt
	92	92	92	92	92	92

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Vorbereitung auf das neue Vormundschaftsrecht und dessen Umsetzung in der Praxis

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Das neue Vormundschaftsrecht ist vom eidgenössischen Parlament verabschiedet worden. Mit der Inkraftsetzung der neuen Gesetzgebung ist per 2012/2013 zu rechnen. Die Organisation der zukünftigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde wird im Kanton Zürich neu geregelt.

Jugend- und Familienhilfe

Auftrag

Mitwirken in den kantonalen Gremien, im Hinblick auf die Erhaltung der qualitativ notwendigen Beratungsangebote für Kinder-/Jugendliche und Familien in der Stadt. Bearbeiten von städtischen Jugendhilfefragen und sicherstellen der notwendigen Vernetzung von Jugendhilfeangeboten zwischen städtischen, privaten und kantonalen Einrichtungen.

Betreuen und fördern der vielfältigen präventiven Angebote im Jugendbereich. Präventive Unterstützung von Eltern nach der Erstgeburt mit geeignetem Informationsmaterial.

Gewährleisten von gesetzlichen Ansprüchen und ausrichten der finanziellen Leistungen an Alleinerziehende, Geschiedene und finanziell schlecht gestellte Familien mit Kleinkindern.

Beraten und unterstützen von privaten Einrichtungen und Organisationen, welche Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen. Vertreten der Interessen Jugendlicher. Entwicklungsarbeit bei Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung des intergenerationellen Dialogs und bei der Nutzung des öffentlichen Raumes.

Produkte

1 Kinderschutz und Beratung

Die städtische Jugendhilfe wirkt bei den kantonalen Gremien aktiv mit, damit die von kantonalen Stellen zu leistenden Jugendhilfeangebote den städtischen Bedürfnissen angepasst sind. Sie bearbeitet die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Einrichtungen und sorgt für die notwendige Vernetzung. Ferner bearbeitet sie die städtischen Jugend- und Familienanliegen und führt das Sekretariat der städtischen Jugendkommission. Mit dem Versand von Informationsmaterialien unterstützt sie präventiv Eltern nach der Erstgeburt.

2 Alimentenwesen

Das Alimentenwesen leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus. Die ordentliche Abwicklung der Rechtsansprüche und die Auszahlung der finanziellen Leistungen sind gewährleistet.

3 Jugendförderung

Die Fachstelle Jugendförderung (Jugenddelegierter) betreut die vielfältigen Angebote in der offenen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendpartizipation, berät politische Behörden und private Trägerschaften. Sie ist verantwortlich für die Vernetzung mit den Departementen Schule und Sport, Sicherheit und Umwelt, mit kantonalen Fachstellen und privaten Trägerschaften im Bereich der offenen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendpartizipation.

4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Die städtische Jugendhilfe betreut private Einrichtungen, welche Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen des GGR, des SR oder von Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Kantonales Gesetz über die Jugendhilfe (Jugendhilfegesetz) und Verordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verschiedene Beschlüsse des GGR
- Verschiedene Beschlüsse des Stadtrates
- Leistungsaufträge mit privaten Trägerschaften

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Jugend- und Familienhilfe
- Geschäftsordnung des Departement Soziales
- Richtlinien der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur
- Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Unterstützung von privaten Institutionen			
Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt.			
<i>Messgrössen:</i>			
Summe der Förderungskredite	918'405	922'100	987'100
Anzahl Förderungskredite	22	20 - 23	20 - 24

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	7'439'307	7'566'885	7'745'363

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der Globalkredit erhöht sich um 178'000 Franken. Hauptgrund dafür ist einerseits der gestiegene Beitrag an das kantonale Jugendsekretariat (Produkt 1). Zudem wurde der Beitrag an Mojawi vom GGR um 65'000 Franken erhöht (Produkt 3).

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die Summe der Förderungskredite erhöht sich um die erwähnte Erhöhung bei Mojawi um 65'000 Franken.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Hauptgrund für die Erhöhung sind der höhere Beitrag an Mojawi sowie der gestiegene Beitrag für die Leistungen des kantonalen Jugendsekretariates.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	1'847'392	2'230'147	2'396'324
Sachkosten	241'151	206'275	176'270
Beiträge an Dritte	6'798'873	7'042'100	7'107'100
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	27'343	35'100	20'500
Übrige interne Kosten	175'656	4'465	5'579
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'090'415</i>	<i>9'518'087</i>	<i>9'705'773</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'090'415	9'518'087	9'705'773
Externe Erlöse	1'468'945	1'750'000	1'750'000
Interne Erlöse	182'162	201'202	210'410
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'651'107</i>	<i>1'951'202</i>	<i>1'960'410</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'651'107	1'951'202	1'960'410
Total Nettokosten / Globalkredit	7'439'307	7'566'885	7'745'363
Kostendeckungsgrad in %	18	21	20

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	2.20	2.20	2.20
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

keine Veränderungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

keine geplant

Produkt 1 Kinderschutz und Beratung

Leistungen

Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe

- Die städtische Mitwirkung in der vom Regierungsrat gewählten Bezirksjugendkommission hat dafür zu sorgen, dass die Grundversorgung der kantonalen Jugendhilfeangebote die städtischen Bedürfnisse abdecken. Im Zusammenhang mit der Kostenbeteiligung sind Wirkung und Angebote laufend zu überprüfen.

Generelle Jugendhilaufgaben

- Im Rahmen der städtischen Jugendkommissionsarbeit werden innerstädtische Jugend- und Familienanliegen besprochen und bearbeitet, welche die kantonalen Stellen nicht übernehmen. Ferner sind die Interessen der Stadt in verschiedenen gemeinnützigen- und öffentlichen Gremien wahrzunehmen. Die neuen Schnittstellen und die notwendige Vernetzung mit den kantonalen Einrichtungen sind zu bearbeiten.

Prävention

- Alle Eltern von Erstgeborenen erhalten während drei Jahren periodisch unterstützende Informationen für ihre Erziehungsaufgabe.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'520'197	1'760'140	1'885'992
Erlös	9'108	10'060	10'520
Nettokosten	1'511'089	1'750'079	1'875'472
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe	1'435'659	1'800'000	2'000'000
Anzahl präventiv erfasste Familien mit Informationsmaterial nach der Erstgeburt	1'061	1'000 - 1'100	1'000 - 1'100

Die Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe betrifft die Produkte 1 und 2

Produkt 2 Alimentenwesen

Leistungen

- Die Alimentenhilfe leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	6'190'870	6'405'837	6'394'033
Erlös	1'641'999	1'941'141	1'949'886
Nettokosten	4'548'871	4'464'695	4'444'147
Kostendeckungsgrad in %	27	30	30

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Kinder mit bevorschussten Alimenten	846	800 - 830	840 - 860
Anzahl Kleinkinderbetreuungsfälle	134	150 - 170	130 - 150
Anzahl der Inkassofälle	705	950 - 980	710 - 750
Summe der bevorschussten Alimenten	4'496'197	4'400'000	4'500'000
Summe der ausgerichteten Kleinkinderbetreuungsbeiträge	1'350'145	1'500'000	1'400'000

Produkt 3 Jugendförderung

Leistungen

- Betreuung der Angebote der Jugendarbeit (Offene Jugendarbeit, Projekte)
- Fachberatung gegenüber politischen Behörden, privaten Trägerschaften, Stadtverwaltung
- Mitarbeit in Kommissionen und Projekten
- Vernetzung mit anderen öffentlichen und privaten Stellen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'099'653	1'132'111	1'205'747
Erlös	0	1	3
Nettokosten	1'099'653	1'132'110	1'205'744
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Beratungen und Netzwerkkontakte	840	500 - 600	500 - 600
Anzahl Projekte zur Konfliktlösung und Prävention	5	5 - 10	5 - 10

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

- Die Jugend- und Familienhilfe betreut private Jugendhilfeeinrichtungen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen und Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	265'120	220'000	220'000
Erlös	0	0	0
Nettokosten	265'120	220'000	220'000
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Verein Partnerschafts- und Eheberatung, Scheidungsberatung	60'000	60'000	60'000
Verein Frauenhaus Winterthur*	145'120	100'000	100'000
Frauen - Nottelefon	60'000	60'000	60'000

*Defizitgarantie für Verein Frauenhaus Winterthur max. Fr. 300'000.--.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Organisationen und Anbieter wird vertraglich geregelt.			

IAFP Jugend- und Familienhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	9'090	9'518	9'705	9'706	9'706	9'706
Erlös	1'651	1'951	1'960	1'960	1'960	1'960
Nettokosten/Globalkredit	7'439	7'567	7'745	7'745	7'745	7'745
Kostendeckungsgrad in %	18	21	20	20	20	20

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ . Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Unterstützung von privaten Institutionen						
Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt.						
<i>Messgrössen:</i>						
Summe der Förderungskredite	918'405	922'100	987'100	937'100	937'100	937'100
Anzahl Förderungskredite	22.0	20 - 23	20 - 24	20 - 24	20 - 24	20 - 24

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

keine vorgesehen

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

keine

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Auftrag

- Die Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe umfasst die Existenzsicherung und die persönliche Hilfe in Notlagen. Sie erbringt Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz im Auftrag der Fürsorgebehörde und führt deren Sekretariat.
- Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde führt die Sozial- und Erwachsenenhilfe vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene. Sie fördert und begleitet private Mandatsträger/innen.
- Die Produktgruppe umfasst auch die Ausrichtung von Zusatzleistungen bestehend aus Ergänzungsleistungen des Bundes, kantonalen Beihilfen und Gemeindegeldzuschüssen zur AHV und IV.
- Mit der Erbringung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen verhindert die Sozial- und Erwachsenenhilfe materielle Armut, soziale Desintegration sowie Krankheit und sie unterstützt damit die Erhaltung des Sozialen Friedens in der Stadt Winterthur. Wichtigste Ziele sind die Förderung der beruflichen Integration (Projekte und Programme) und der sozialen Integration (Tagesstrukturen und sinnvolle Beschäftigung).

Produkte

1 Sozialhilfe gemäss SHG

Durchführung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur mit dem Ziel der materiellen Existenzsicherung in Notlagen, Förderung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung ihrer sozialen und beruflichen Integration.

2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene werden im Rahmen des behördlichen Auftrags durch Gesetzliche Betreuer/innen und private Mandatsträger/innen geführt.

3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Anspruchsklärung, Berechnung und Ausrichtung der Zusatzleistungen nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

4 Krankenkassenwesen

Im Rahmen der Existenzsicherung werden Krankenkassenprämien übernommen.

5 Beiträge an Institutionen

Beiträge an Institutionen mit einer sozialen Zielsetzung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfe gemäss SHG

- Bundesverfassung
- Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz / ZUG)
- Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz
- Einführungsgesetz zum AHV-Gesetz
- Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Kantonales Einführungsgesetz zum ZGB (EGzZGB)

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Bundesgesetz über die Zusatzleistungen zur Alters- Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ((ELG) und Verordnungen
- Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)
- Kantonales Gesetz über die Zusatzleistungen zur AHV/IV (ZLG) und Verordnung
- Kantonales Einführungsgesetz zum AHVG und Verordnung

Krankenkassenwesen

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) und Verordnungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

Sozialhilfe

- Gemeindeordnung der Stadt Winterthur
- Geschäftsordnung der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur
- Richtlinien der Fürsorgebehörde Winterthur
- Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde Winterthur
- Geschäftsordnung des Departements Soziales

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV und die Gewährung von Gemeindegeldzuschüssen
- Geschäftsordnung des Departements Soziales

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsenen

- Geschäftsordnung des Departements Soziales

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Interkommunaler Anschlussvertrag betreffend Durchführung der Zusatzleistungen zur AHV/IV

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF	 2'554 3'177 588	 2'780 3'500 680	 3'010 3'780 620
2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende	 53 121 44 98	 50-55 95-105 40-45 85-95	 50-55 95-105 40-45 85-95
3 Fachstelle Sozialversicherungen Die Fachstelle Sozialversicherungen entlastet die Sozialhilfe optimal. <i>Bemessung/Bewertung:</i> Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle <i>Messgrösse:</i> Neuaufnahmen pro 100%-Stelle	 535	 500-600	 500-600

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	77'759'365	80'047'973	88'025'271

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der Nettoglobalkredit erhöht sich um rund 8 Mio. Franken. Hauptgrund dafür sind die aufgrund der wirtschaftlichen Situation höheren Fallzahlen und somit Kosten bei der Sozialhilfe sowie weiter steigende Kosten bei den Zusatzleistungen. Zudem wird der Aufwand für Lohnkosten an Teilnehmende in KAP-Teilohnprogrammen ab 2010 den Sozialen Diensten (Einzelfallkonti) belastet. Um die steigenden Fallzahlen bei Sozialhilfe und Gesetzlichem Betreuungsdienst zu bewältigen, ist eine Erhöhung des Stellenetats um 380 Stellenprozente geplant.

Produkt 1 Sozialhilfe gemässe SHG:

- Im Jahr 2009 wurde ein leichter Fallrückgang budgetiert, welcher nun aufgrund der veränderten Wirtschafts- und Beschäftigungslage nicht eintreffen wird. Entsprechend müssen die Annahmen nach oben korrigiert werden. Für 2010 wird mit einem weiteren Wachstum von ca. 7 % gerechnet. Allerdings sind Vorhersagen aufgrund der unsicheren konjunkturellen Lage praktisch unmöglich. Bei den Rückerstattungen kann davon ausgegangen werden, dass diese höher ausfallen, da mehr Bevorschussungen von Sozialversicherungen (insb. ALV) anfallen. Zudem werden neu die Lohnkosten für KAP-Teilohnprogramme als Programmgebühr den Teilnehmenden belastet, was den Nettoglobalkredit der KAP entlastet und zu netto CHF 1'346'000 Mehrkosten bei der Sozialhilfe führt. Zur Bewältigung der steigenden Fallzahlen werden 200 Stellenprozent Sozialberatung sowie 80 Stellenprozent Fachstelle für junge Erwachsene zusätzlich budgetiert.

Produkt 2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene:

- Es muss mit weiter steigenden Fallzahlen gerechnet werden. Um dies zu bewältigen sind 100 Stellenprozent zusätzlich budgetiert.

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV/IV:

- Bei den Zusatzleistungen wird mit einem moderaten weiteren Wachstum gerechnet. Nebst Fallzunahmen, wirken sich auch Tarifierhöhungen bei Heimen auf die Kosten aus.

Produkt 4 Krankenkassenwesen:

- Keine wesentliche Veränderung.

Produkt 5 Beiträge an Institutionen:

- Der Beitrag an die Christlichsoziale Rechtsauskunftsstelle entfällt, da diese geschlossen wurde.
- Die erwartete Defizitgarantie an die Brühlgutstiftung wurde tiefer eingesetzt.
- Der Beitrag an das Selbsthilfzentrum wurde gemäss GGR-Beschluss um 10'000 Franken erhöht.
- Das Projekt Dachlade des Vereins AGJP wird neu mit 10'000 Franken und der Verein Stadtmuur mit 20'000 Franken pro Jahr unterstützt.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die Kosten pro Fall steigen bei der Sozialhilfe sowie bei den vormundschaftlichen Massnahmen aufgrund der Lohnmassnahmen und der im Jahr 2009 gewährten zusätzlichen Personalressourcen. Bei den Zusatzleistungen sinken die Kosten gegenüber dem Voranschlag 2009 aufgrund des seit 2008 gewährten Beitrages des Bundes an die Verwaltungskosten. Die Kostensteigerung gegenüber 2008 ist auf die Lohnmassnahmen sowie zusätzlich gewährte Personalressourcen zurückzuführen.
- Die übrigen Messgrössen bleiben im gleichen Rahmen wie im Vorjahr.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Die Abweichung beim Globalkredit ist insbesondere auf die für 2010 erwartete Zunahme bei Sozialhilfe und Zusatzleistungen sowie den im Jahr 2009 bewilligten neuen Stellen zurückzuführen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	11'104'128	12'320'767	13'270'071
Sachkosten	2'587'586	2'909'366	2'985'274
Beiträge an Dritte	140'986'528	138'606'200	154'724'200
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	228'833	197'751	260'383
Mietkosten	597'357	549'400	678'650
Übrige interne Kosten	1'363'071	1'824'398	1'884'844
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>156'867'504</i>	<i>156'407'882</i>	<i>173'803'422</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	156'867'504	156'407'882	173'803'422
Externe Erlöse	29'658'605	24'793'700	31'709'766
Interne Erlöse	4'760	4'009	6'485
Beiträge von Dritten	49'444'774	51'562'200	54'061'900
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>79'108'139</i>	<i>76'359'909</i>	<i>85'778'151</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	79'108'139	76'359'909	85'778'151
Total Nettokosten / Globalkredit	77'759'365	80'047'973	88'025'271
Kostendeckungsgrad in %	50	49	49

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	88.15	92.15	95.95
▪ Auszubildende	2.10	5.80	12.10
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	4.00	4.00	5.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

3.8 Stellenerhöhung infolge höherem Bedarf bei Sozialhilfe, Gesetzlichem Betreuungsdienst und Fachstelle für Junge Erwachsene. Der höhere Bedarf ergibt sich aus dem erwarteten Fallwachstum.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Umsetzung Projekt "Neue Fallführungssoftware" als Ersatz der heute unterschiedlichen Anwendungen.

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG

Leistungen

- Erstberatung mit Klärung der Ansprüche auf Sozialhilfe
- Erbringung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe gemäss SHG und Richtlinien der Fürsorgebehörde, insb. Sicherung der Existenz, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration
- Beratung von Klienten in persönlichen und finanziellen Notlagen, Vermittlung von Hilfeleistungen
- Abrechnung mit kostenpflichtigen Gemeinwesen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	62'074'206	57'954'021	70'219'769
Erlös	26'897'631	22'532'456	28'571'122
Nettokosten	35'176'575	35'421'565	41'648'647
Kostendeckungsgrad in %	43	39	41

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl unterstützte Personen pro Jahr.	4'358	4'200	4'500
Anzahl Unterstützungsfälle pro Jahr.	2'593	2'620	2'800
Anzahl Neuaufnahmen pro Jahr	857	950	1'100
Anzahl abgeschlossene Fälle pro Jahr	1'131	1'060	950
Anzahl Behördenbeschlüsse pro Jahr	2'949	3'000	3'050
Unterstützungsleistungen brutto in CHF	52'479'736	47'400'000	57'020'700
Unterstützungsleistungen netto in CHF	28'152'063	28'440'000	31'360'700

Produkt 2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Leistungen

- Konkretisierung und Umsetzung des Auftrages der Vormundschaftsbehörde
- Beratung und Begleitung von Klienten in allen Lebensbereichen, insb. Budget, Wohnen, Arbeit/Beschäftigung, soziales Umfeld, Gesundheit
- Vermittlung von Ressourcen (Sachhilfe)
- Wahrung von Klienten-Interessen aufgrund der Vertretungsaufgaben, insb. Geltendmachen von Ansprüchen und Finanzverwaltung (Stellvertretendes Handeln)
- Förderung, Schulung und Begleitung von privaten Mandatsträger/innen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'219'790	4'950'725	5'337'254
Erlös	607'264	641'230	658'249
Nettokosten	3'612'526	4'309'495	4'679'005
Kostendeckungsgrad in %	14	13	12

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl vormundschaftliche Massnahmen pro Jahr	1'021	1'100	1'110
Anzahl Fälle persönlicher Hilfe nach SHG pro Jahr	107	100	120
Total Fälle pro Jahr	1'128	1'200	1'230
- davon durch Privatpersonen geführt (PRIMA)	265	300	260

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV / IV

Leistungen

- Abklärung der Ansprüche auf Zusatzleistungen
- Auszahlung von Ergänzungsleistungen des Bundes, der kantonale Beihilfen und Gemeindezuschüssen zur AHV und IV gemäss Gesetzen und Richtlinien
- Führung von Fällen für andere Gemeinden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	67'986'869	69'821'639	72'958'148
Erlös	29'445'904	30'106'146	31'823'692
Nettokosten	38'540'965	39'715'492	41'134'456
Kostendeckungsgrad in %	43	43	44

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl unterstützte Fälle per 31.12.	3'321	3'320	3'430
- davon Betagte	1'627	1'610	1'670
- davon Behinderte	1'610	1'630	1'680
- davon Hinterlassene	84	80	80
Anzahl unterstützte Fälle für andere Gemeinden per 31.12.	48	50	50
Anzahl pendente Gesuche per 31.12.	65	70	75
Anzahl Verfügungen pro Jahr	11'141	10'000	11'300
Gesamtbelastung der Stadt (in Mio. CHF)	36	37	41'648'000
- davon Gemeindezuschüsse (in Mio. CHF)	2	2	2'770'000

* ab Budget 2010 werden die Gesamtbelastung der Stadt und die Gemeindezuschüsse neu in CHF dargestellt.

Produkt 4 Krankenkassenwesen

Leistungen

- Abrechnung mit dem Kanton und den Krankenkassen
- Bewirtschaftung von Verlustscheinen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	22'243'820	23'237'084	24'865'412
Erlös	22'157'340	23'080'077	24'725'088
Nettokosten	86'480	157'007	140'324
Kostendeckungsgrad in %	100	99	99

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Summe der Prämienübernahmen	18'989'020	20'280'000	21'730'000
- davon für Zusatzleistungen	13'765'885	13'660'000	14'915'000
- davon für Sozialhilfe	4'834'795	6'000'000	6'200'000
- davon für Fälle ohne wirtschaftliche Hilfe	388'340	620'000	615'000
Anzahl Verlustscheine	1'578	1'890	2'150
Summe der Verlustscheine	1'835'676	2'250'000	2'520'000
Individuelle Prämienverbilligung: Manuelle Nachmeldungen	3'368	3'400	4'200

Produkt 5 Beiträge an Institutionen

Leistungen

Leistung von Beiträgen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	340'067	444'414	422'840
Erlös	0	0	0
Nettokosten	340'067	444'414	422'840
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Unterstützte Rechtsauskunftsstellen			
Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes	42'000	42'000	42'000
Rechtsauskunft des kaufm. Verbandes	2'500	2'500	2'500
Christlichsoziale Rechtsauskunftsstelle	3'700	3'700	0
Unentgeltliche Rechtsauskunft (der Stadt Winterthur)	20'859	21'500	21'784
Beträge an Institutionen in CHF			
Tele-Hilfe der Dargebotene Hand	18'000	18'000	18'000
Frauenzentrale	85'000	85'000	85'000
Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte)*	0	100'000	50'000
Selbsthilfezentrum, Region Winterthur**	20'000	20'000	30'000
Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme Winterthur AGJP (Dachlade)**			10'000
Verein stadtmuur			20'000
Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich**	15'000	15'000	15'000
Verschiedene Beiträge in CHF	39'020	45'000	10'000

*Beitrag an Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte) max. Fr. 250'000.--. Aufgrund der Erfahrungswerte der letzten Jahre nur Fr. 50'000.-- im Budget 2010 eingestellt.

**Die unter "Verschiedene Beiträge" zusammengefassten Leistungen wurden differenziert und für das Selbsthilfezentrum sowie die Fachstelle für Schuldenfragen separate Linien eingefügt. Die Beiträge an den Dachlade und den Verein stadtmuur ab 2010 neu vorgesehen.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Zusammenarbeit mit den Geldempfängern wird in der Regel vertraglich geregelt.			

IAFP Sozial- und Erwachsenenhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	156'867	156'407	173'803	180'160	186'965	194'239
Erlös	79'108	76'359	85'778	87'391	89'668	92'493
Nettokosten/Globalkredit	77'759	80'048	88'025	92'769	97'297	101'746
Kostendeckungsgrad in %	50	49	49	49	48	48

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	900	0	650	200	0	0	0	50
Bewilligt	50	20	50	0	0	0	0	-20
Gesamt	950	20	700	200	0	0	0	30

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF						
	2'554	2'780	3'010	3'000	3'000	3'000
	3'177	3'500	3'780	3'700	3'700	3'700
	588	680	620	630	630	630
2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende						
	53.0	50-55	50-55	50-55	50-55	50-55
	121.0	95-105	95-105	95-105	95-105	95-105
	44.0	40-45	40-45	40-45	40-45	40-45
	98.0	85-95	85-95	85-95	85-95	85-95
3 Fachstelle Sozialversicherungen Die Fachstelle Sozialversicherungen entlastet die Sozialhilfe optimal. <i>Bemessung/Bewertung:</i> Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle <i>Messgrösse:</i> Neuaufnahmen pro 100%-Stelle						
	535	500-600	500-600	500-600	500-600	500-600

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Ständige Anpassung der Organisation und Prozesse an die sich verändernden Rahmenbedingungen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Aufgrund dem wirtschaftlichen Abschwung und den entsprechenden Prognosen bezüglich Entwicklung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes ist spätestens ab 2011 mit einem markanten Fallwachstum bei der Sozialhilfe zu rechnen. Daraus resultiert die Annahme beim IAFP:

- Wachstum von jährlich netto 7 % bei den Sozialhilfeausgaben.
- Zudem kontinuierliches Wachstum der Zusatzleistungen um netto 3 % infolge demografischer Entwicklung.
- Entsprechende personelle Ressourcen, um das Wachstum zu bewältigen.

Asylwesen

Auftrag

Die Asylkoordination Winterthur gewährleistet die fachlich qualifizierte Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden, die der Stadt Winterthur zugewiesen werden. Sie erbringt im Auftrag des Kantons und Gemeinden der Region Leistungen in den Bereichen Unterbringung / Betreuung und Bildung / Beschäftigung und schliesst entsprechende Verträge ab.

Produkte

Betreuung und Unterbringung 2. Phase

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Rahmen des Aufnahmekontingentes der Stadt Winterthur gemäss den Richtlinien der kantonalen Direktion für Soziales und Sicherheit.

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Auftrag von Gemeinden der Region.

Neue Bezeichnung der Produkte 1 und 2 ab 2006 (Ersatz bzw. Ergänzung der Bezeichnung)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Asylgesetz (AsylG) und Asylverordnung 2
- Kantonales Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) und Asylfürsorgeverordnung sowie Verordnung über die Gewährung von Nothilfe an Personen ohne Aufenthaltsrecht

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss der Fürsorgebehörde vom 19. April 1996 (Auftrag der Fürsorgebehörde an die Asylkoordination)

- Leistungsvereinbarung mit dem GemeindepräsidentInnen-Verband des Bezirks Andelfingen betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden im Bezirk Andelfingen
- Vereinbarungen mit 14 Gemeinden des Bezirks Winterthur betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Asylwesen
- Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde Winterthur
- Leistungsvereinbarung mit dem GemeindepräsidentInnen-Verband des Bezirks Andelfingen betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden im Bezirk Andelfingen
- Vereinbarungen mit 15 Gemeinden des Bezirks Winterthur betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden

Ergänzung der Rechtsgrundlagen Stufe Bund/Kanton mit

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons in %	93	90 - 95	90 - 95
Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.) in %	95	90 - 100	90 - 100
Tagesstruktur / Rückkehrfähigkeit Asyl Suchende nehmen an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen teil. <i>Messung / Bewertung</i> Anzahl Teilnehmende im Verhältnis zu allen Asyl Suchenden in %	2.3	n.v.	3.0
Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen in % Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur in % Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten in %.	100 115.6 A 95 / W 96	100 100.0 A 95 / W 95	100 100.0 A 95 / W 95

W = Winterthur, A = Andelfingen

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	559'056	165'381	185'769

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Keine wesentliche Veränderung zum Voranschlag des Vorjahres.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Mit Ausnahme von Zielvorgabe 3 unverändert.
- Aufgrund der Intervention der gemeinderätlichen Kommission SSK wurde dieser Wert wieder aufgenommen, obwohl die Programme nicht mehr durch den Sozialdienst Asyl selbst angeboten werden. Der Wert wurde aufgrund der Vorjahreszahl geschätzt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Basis für den Voranschlag 2010 ist der Voranschlag 2009. Die höheren Auslagen im Jahr 2008 sind auf schwierig kalkulierbare Ausgaben für wirtschaftliche Hilfe (insbesondere Heimplatzierungen) zurückzuführen. In wie weit diese auch 2010 ins Gewicht fallen, ist schwierig abzuschätzen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	910'157	940'394	898'923
Sachkosten	2'431'623	2'085'639	2'460'699
Beiträge an Dritte	4'117'322	4'390'600	4'507'500
Residualkosten	108'595	108'595	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	723	753	422
Mietkosten	390'279	391'200	376'200
Übrige interne Kosten	409'655	0	2'970
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'368'354</i>	<i>7'917'181</i>	<i>8'246'714</i>
Verrechnungen innerhalb PG	89'270	0	0
Total effektive Kosten	8'279'084	7'917'181	8'246'714
Externe Erlöse	7'664'169	7'697'000	8'006'145
Interne Erlöse	89'961	0	0
Beiträge von Dritten	55'168	54'800	54'800
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'809'298</i>	<i>7'751'800</i>	<i>8'060'945</i>
Verrechnungen innerhalb PG	89'270	0	0
Total effektive Erlöse	7'720'028	7'751'800	8'060'945
Total Nettokosten / Globalkredit	559'056	165'381	185'769
Kostendeckungsgrad in %	93	98	98

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	6.40	7.20	7.20
▪ Auszubildende	0.00	0.80	1.80
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

keine Veränderungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Keine geplant. In wie fern sich die angekündigte Revision des Sozialhilfegesetzes des Kantons Zürich auf die Arbeit des Sozialdienstes Asyl auswirkt (Veränderungen bei Ausländern mit Ausweis F "Vorläufig Aufgenommene") ist noch nicht bekannt.

Produkt 1 Betreuung und Unterbringung 2. Phase**Leistungen**

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'736'645	5'459'723	5'392'064
Erlös	5'026'852	5'174'400	5'180'045
Nettokosten	709'794	285'323	212'019
Kostendeckungsgrad in %	88	95	96

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	3.52	3.70 - 4.00	3.60 - 4.00
Uebrige Kosten pro Präsenztage in CHF	28.44	29.00 - 31.00	30.00 - 31.00
Anteil der in Kollektivunterkünften (Wohnheim Hegfeld) untergebrachten Asyl Suchenden in %	28.71	20 - 25	25 - 30

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Abgerechnete Präsenztage	140'652	140'000 - 150'000	140'000 - 150'000

Produkt 2 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region**Leistungen**

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination
- Durchführung von Beschäftigungsprogrammen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'593'551	2'457'459	2'854'649
Erlös	2'782'446	2'577'400	2'880'900
Nettokosten	-188'895	-119'941	-26'251
Kostendeckungsgrad in %	107	105	101

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	3.65	2.90 - 3.40	3.10 - 3.60
Übrige Kosten pro Präsenztage in CHF	27.01	25.00 - 29.00	28.00 - 32.00

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Abgerechnete Präsenztage	81'737	78'000 - 90'000	80'000 - 90'000
Bez. Andelfingen: Beiträge an die Verwaltung Asylkoordination (CHF. 1.- - pro Präsenztage) in CHF	44'176	40'000 - 45'000	42'500 - 47'500

IAFP Asylwesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	8'279	7'917	8'246	8'247	8'247	8'247
Erlös	7'720	7'751	8'060	8'061	8'061	8'061
Nettokosten/Globalkredit	559	165	186	186	186	186
Kostendeckungsgrad in %	93	98	98	98	98	98

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ . Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons in %	93	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95	90 - 95
Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.) in %	95	90 - 100	90 - 100	90 - 100	90 - 100	90 - 100
Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen in % Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur in % Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten in %.	100 115.6 A 95 / W 96	100 100.0 A 95 / W 95	100 100.0 A 95 / W 95	100 100 A 95 / W 95	100 100 A 95 / W 95	100 100 A 95 / W 95

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

keine geplant

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Entwicklungen im Asylwesen sind generell schwierig vorauszusehen.

Prävention und Suchthilfe

Auftrag

- Gewährleistung der fachgerechten Beratung, Unterstützung, Behandlung und Therapie suchtgefährdeter und suchtkranker Personen.
- Sicherstellen einer suchtbewussten Prävention
- Zur Verfügungstellen von niederschwelligen und teilweise begleiteten Angeboten in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Tagesstruktur

Produkte

1 Prävention

Suchtthemenbezogene Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Projektarbeit, d.h. entwickeln, planen und umsetzen von primär- und sekundärpräventiven, zielgruppenspezifischen Dienstleistungsangeboten und Projekten auf personenorientierter und struktureller Handlungsebene.

2 Betreuung und Wohnen

Leitung und Koordination der niederschwelligen Angebote Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen in der Stadt Winterthur. Die Angebote sind in den Bereichen Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen. Die Koordinationsaufgaben bestehen in der Mitarbeit und Vernetzung bei den städtischen Angeboten und den privaten Anbietern (Projekt Taglohn, Subita Strassensozialarbeit, Caritas Hot Pot und Wohnheime Heilsarmee). Ziele sind Verhinderung einer offenen Drogenszene und Obdachlosigkeit, ferner die Gewährleistung der Angebote Infektionsprophylaxe, Beschäftigung und Aufenthaltsorte.

3 Therapie und Behandlung

Substitution, Therapie und Behandlung von suchtgefährdeten und suchtkranken jungen und erwachsenen Personen aus der Stadt, dem Bezirk und der Psychiatrieregion Winterthur auf der Basis (sozial)-psychiatrischer und psychotherapeutischer Verfahren (Leistungen Krankenkassenberechtigt).

4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Beiträge an Institutionen, die im Bereiche Prävention und/oder niederschwelliger Suchthilfe tätig sind.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) und Verordnungen
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe (BetmG) und Verordnung
- Dringlicher Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin bis im Jahre 2009 vom 13. 06.1999 (Ikarus und Substitution)
- Tarmed
- Institutionsbewilligung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) (Ikarus und Substitution)
- Arztbewilligung des BAG (Ikarus und Substitution)
- Kantonales Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)
- Kantonales Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)
- Kantonale Verordnung über Leistungen und Gebühren der kantonalen Spitäler (Taxordnung)
- Beschluss des Regierungsrats des Kantons Zürich vom 11.11.1971 (Ikarus und Substitution)
- Bewilligung für Betäubungsmittel, Krankenanstalt der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (Ikarus und Substitution)
- Kantonales Psychiatriekonzept
- Kantonales Suchtpräventionskonzept
- Versorgungsmodell Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw)
- Vertrag zwischen Santésuisse Zürich Schaffhausen und dem Departement Soziales der Stadt Winterthur (Ikarus und Substitution)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 zum Drogenkonzept (Begleitetes Wohnen)
- Volksabstimmung vom 25.06.1995 Teilnahme am Versuch zur heroingestützten Behandlung (Ikarus)
- Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 und GGR 2006/055 (Läbesraum)
- Beschluss des GGR vom 20.03.1991 (Drogenanlaufstelle)
- Beschluss des GGR 2001/078 (Subita Strassensozialarbeit)
- Beschluss des GGR 1995/01 (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme)
- Beschluss des GGR 2003/085 (jump und jumpina)
- SRB 1970/1366 (Drogenberatungsstelle)
- SRB vom Januar 1990 (Notwohnungen)
- SRB 1995/01 (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Prävention und Suchthilfe
- Verträge mit ipw
- Verträge mit 20 Bezirksgemeinden betreffend die Leistungen der Prävention und Suchthilfe

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Kostendeckungsgrad der Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) in % des Zentrums für heroïn- und methadongestützte Behandlung Ikarus in % der Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA) in %	101.20 82.70 61.80	90 - 95 85 - 90 63 - 65	95 - 100 80 - 85 61 - 63
2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen in CHF	1'412	1'340	1'480
3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina	36	36	36
4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrößen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	2008 keine Erhebung	90	90
5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den Suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	55	55	55

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	4'691'132	4'587'687	4'731'467

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Der Globalkredit liegt rund 140'000 Franken höher als im Vorjahr. Hauptgrund sind die höheren Beiträge an das Projekt Taglohn sowie höhere Belastungen von Abschreibungen auf das Wohnheim der Heilsarmee. Die weiteren geplanten Mehrauslagen (Personal- und Sachaufwand) werden durch entsprechende Erträge ausgeglichen.

Produkt 1 Prävention:

- Leicht höherer Bedarf aufgrund Lohnmassnahmen.

Produkt 2 Betreuung und Wohnen:

- Der Betrieb der Anlaufstelle für Randständige DAS am neuen Standort Zeughausstrasse 76 wird im bestehenden Rahmen weitergeführt.
- Die Angebote des Begleiteten Wohnens (BeWo) und der Notwohnungen werden aufgrund des veränderten Bedarfs (mehr Fälle aus der Psychiatrie) konzeptionell und mengenmässig angepasst. Dies erfordert zusätzliche 1.6 Stellen für das BeWo. Ein Teil der Leistungen des BeWo werden zudem neu den Klient/innen bzw. zuweisenden Stellen verrechnet, was auch vom Ombudsmann gefordert wurde. Dies ermöglicht, die Mehrkosten zu kompensieren.

Produkt 3 Therapie und Behandlung:

- Im Rahmen des Vorjahres. Die Aufteilung der Leistungsmengen wird der heutigen Organisation angepasst.

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen:

- Der Beitrag für den Taglohn des Vereins Läbesruum wird auf 845'000 Franken erhöht. Gemäss Volksabstimmung vom 17.6.2007 beträgt dieser 770'000 Franken mit der Kompenz des GGR, ihn im Rahmen des Voranschlages zu erhöhen. Da der bewilligte Ausbau bereits im Jahr 2008 realisiert werden konnte und der Bedarf nach wie vor steigend ist, wird die Leistungsmenge (Stunden für Sozialhilfeempfangende) von 20'000 auf 25'000 Stunden pro Jahr erhöht, was zu Mehrkosten von 75'000 Franken führt. Diese Mehrkosten werden zum grossen Teil bei der Sozialhilfe kompensiert, da der ausbezahlte Lohn vom Bedarf abgezogen wird. Die Menge der Stunden für weitere Personen (z.B. Stellenlose) ohne Sozialhilfebezug verbleibt bei 44'000 Stunden pro Jahr.
- Beim Wohnheim der Heilsarmee werden dem Departement höhere Zinsaufwendungen und Abschreibungen belastet.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Der Kostendeckungsgrad bei den Angeboten der Integrierten Suchthilfe (Produkt 3 Therapie und Behandlung) werden an den realisierten Ergebnissen des Jahre 2008 angepasst. Gesamthaft verbessert sich der Kostendeckungsgrad leicht von 79 auf 80 %.
- Der Personalaufwand bei den Notwohnungen wird den generell gestiegenen Personalkosten (Lohnmassnahmen) angepasst.
- Die übrigen Zielvorgaben bleiben im Rahmen des Vorjahres.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Gesamthaft ist der Voranschlag 2010 im Rahmen der Rechnung 2008.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	5'114'527	5'494'700	5'897'751
Sachkosten	4'149'307	3'767'556	4'144'486
Beiträge an Dritte	922'948	760'000	925'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	191'210	203'276	284'328
Mietkosten	364'651	360'300	362'900
Übrige interne Kosten	736'520	775'132	747'393
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'479'163</i>	<i>11'360'964</i>	<i>12'361'858</i>
Verrechnungen innerhalb PG	135'000	90'000	90'000
Total effektive Kosten	11'344'163	11'270'964	12'271'858
Externe Erlöse	5'577'278	5'651'220	6'445'588
Interne Erlöse	150'610	105'158	105'803
Beiträge von Dritten	1'060'143	1'016'900	1'079'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'788'031</i>	<i>6'773'278</i>	<i>7'630'391</i>
Verrechnungen innerhalb PG	135'000	90'000	90'000
Total effektive Erlöse	6'653'031	6'683'278	7'540'391
Total Nettokosten / Globalkredit	4'691'132	4'587'687	4'731'467
Kostendeckungsgrad in %	59	59	61

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	35.15	35.95	37.55
▪ Auszubildende	2.80	5.40	5.40
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Produkt 2 Betreuung und Wohnen: ▪ 1.60 Stellenerhöhung beim Begleiteten Wohnen als Anpassung an den gestiegenen Bedarf. Die Erhöhung führt beim Produkt zu keinen Mehrkosten, da parallel dazu Betreuungstaxen eingeführt werden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Kontinuierliche Umsetzung der Massnahmen, welche durch die Suchtpolitik 2007 - 2011 vorgegeben sind.
- Umsetzung des überarbeiteten Wohn-Konzeptes mit Anpassungen der Leistungen bei den Notwohnungen, dem Begleiteten Wohnen und dem zusätzlichen Betreuten Wohnen.
- Umzug der Anlaufstelle für Randständige DAS an die Zeughausstrasse 76.

Produkt 1 Prävention

Leistungen

Suchtprävention

- Die Suchtpräventionsstelle Winterthur ist Anlauf-, Informations- und Impulsstelle für präventive Anliegen in Stadt und Bezirk Winterthur und arbeitet koordiniert mit den kantonalen Fachstellen. Sie ist zur Hauptsache in den Bereichen Information, Bildung, Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und strebt auf mehreren Einflussebenen sowohl im individuellen als auch strukturellen Bereich präventive Wirkung an. Die Suchtprävention ist ein Teilbereich der Gesundheitsförderung.

Programme JUMP und Jumpina

- Die Programme Jumpina bzw. Jump sprechen potentiell suchtgefährdete weibliche (bzw. männliche) Jugendliche an der Schnittstelle Oberstufe – Ausbildung – Eintritt ins Erwerbsleben an. Die Programme sollen dazu führen, dass diesen eine bessere berufliche und soziale Integration ermöglicht wird und sie trotz ihrer high risk Lebens- und Persönlichkeitsmerkmale nicht drogen- oder alkoholabhängig werden.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'276'126	1'366'607	1'395'642
Erlös	345'793	375'133	383'076
Nettokosten	930'333	991'474	1'012'566
Kostendeckungsgrad in %	27	27	27

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Tagesvollkosten in den Projekten Jump / Jumpina in CHF	1323 / 1350	1330 / 1262	1385 / 1450
Wartefrist für Aufnahme in Projekt (in Tage)	18	20 - 25	20 - 25

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl laufende Projekte in der Suchtprävention	34	25 - 30	25 - 30
Anzahl initialisierte Projekte in der Suchtprävention	17	20 - 25	15 - 20
Anzahl Veranstaltungen in der Suchtprävention	52	60 - 70	55 - 65
Anzahl Teilnehmende Jump / Jumpina	61 / 58	55 / 55	55 / 55
Anzahl Anschlusslösungen Jump / Jumpina	29 / 27	28 / 28	28 / 28

Produkt 2 Betreuung und Wohnen

Leistungen

Drogenanlaufstelle

- Treff für suchtmittelabhängige und ausgegrenzte Menschen, Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe, Information und Triage, Tagesstruktur, Verhindern einer offenen Szene und aufsuchende Sozialarbeit am Musikpavillon.

Begleitetes Wohnen

- Das Begleitete Wohnen stellt Wohnraum für suchtmittelabhängige und verhaltensauffällige Menschen zur Verfügung und begleitet die Bewohner/innen in ihrem Lebensalltag. Die Angebote sind in der Stadt dezentral verteilt. Es werden Zimmer in Wohngruppen und Einzimmer-Wohnungen in Untermiete zur Verfügung gestellt. Ziel ist die Erhaltung oder Verbesserung von Wohn- und Sozialkompetenzen und Verhindern des Aufenthalts in stationären Einrichtungen.

Notwohnungen

- Es wird Wohnraum zur Verfügung gestellt für kinderreiche Familien mit beschränkten Mitteln, sozial auffällige Menschen, Ausländer/innen aus fremden Kulturkreisen, generell Personen mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen und bei Ausweisungen. Ziel ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'056'117	4'779'545	5'429'595
Erlös	3'096'484	3'000'696	3'707'973
Nettokosten	1'959'633	1'778'849	1'721'621
Kostendeckungsgrad in %	61	63	68

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Kontakte pro Jahr / Stellenprozent der Drogenanlaufstelle	6'460	3'300	11'000
Anzahl begleiteter Personen / Stellenprozent des Begleiteten Wohnen	29.4	25 - 30	25 - 30
Mietaufwand im Verhältnis zum Mietertrag bei den Notwohnungen in %	101	100 - 105	100 - 105

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Drogenanlaufstelle:			
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher pro Jahr (Frequenz)	23'904	14'000	36'000
▪ Abgegebene Spritzen pro Jahr	54'000	45'000	43'000
Begleitetes Wohnen:			
▪ Anzahl begleitete Personen	94	80 - 95	90 - 95
▪ Anzahl Mietobjekte	94	80 - 95	90 - 95
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	103 / 46 / 41	80 / 30 / 10	110 / 40 / 40
Notwohnungen:			
▪ Anzahl Wohnungen / Einfamilienhäuser / Zimmer	136 / 0 / 19	145 / 0 / 25	140 / 0 / 25
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember:			
Erwachsene / Kinder	218 / 229	230 / 230	230 / 230
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Familien / Alleinerziehende / Einzelpersonen / Paare	58 / 36 / 64 / 12	60 / 20 / 70 / 15	60 / 30 / 70 / 15
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	393 / 61 / 49	400 / 55 / 40	400 / 60 / 40

Produkt 3 Therapie und Behandlung

Leistungen

Beratungsstelle für Drogenprobleme

- Die Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) ist Teil des 4 Säulenmodells. (Prävention, Therapie, Risikoverminderung und Repression), das auf eidgenössischer, kantonaler und städtischer Ebene abgesichert ist. Die BSD gibt Methadon ab. Die BSD ist in der kantonalen Spitalliste als poliklinisches ambulantes (sozial)-psychiatrisches Spital und als ambulante Fachklinik aufgeführt. Die erbrachten Leistungen werden den Krankenkassen in Rechnung gestellt.

Ikarus

- Im Zentrum zur heroingestützten Behandlung Ikarus werden
 - Bei Menschen mit langjährigen chronifizierten Suchtentwicklung und bei denen andere Behandlungen versagten, heroingestützte Behandlungen durchgeführt.
 - Methadonbehandlung in einem niedrig strukturierten Setting durchgeführt sowie übergetretene Klientinnen und Klienten vom Heroinprogramm weiter behandelt.
 Die HeGeBe-Zentren (Heroin gestützte Behandlung) stehen gesamtschweizerisch unter der Kontrolle des BAG (Bundesamt für Gesundheit).

Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme

- Die Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme ist eine ambulante psychiatrische/psychologische Behandlungseinrichtung für erwachsene Personen aus der Stadt Winterthur mit einer Suchterkrankung (Alkohol-, Medikamenten- und Spielsucht). Sie bietet ambulante psychiatrische Behandlungen, Psycho- und Sozialtherapien an, sowohl Einzeltherapie als auch Paar- und Gruppentherapie, führt strafrechtliche Massnahmen durch, berät und begleitet Angehörige von suchtkranken Menschen. Das Behandlungsmodell der WFA basiert auf zeitgemässen, professionellen und interdisziplinären Behandlungskonzepten und richtet sich nach den individuellen Bedürfnissen, Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Patientinnen und Patienten.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'111'571	4'310'532	4'435'020
Erlös	3'290'135	3'397'449	3'539'341
Nettokosten	821'436	913'083	895'679
Kostendeckungsgrad in %	80	79	80

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben (Kostendeckungsgrad) abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Integrierte Suchthilfe Winterthur			
Spezialsprechstunden *			
▪ behandelte Fälle *	209	200 - 220	200 - 220
▪ Konsultationen *	1'163	1'000 - 1'100	1'000 - 1'100
Methadonbehandlungen			
▪ behandelte Fälle *	258	250 - 280	250 - 280
▪ Konsultationen *	3'276	3'000 - 3'100	3'000 - 3'100
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse	12'733	12'000 - 14'000	12'000 - 14'000
▪ Anzahl Ein- / Austritte im Methadonprogramm	52 / 38	50 / 30	50 / 30
Heroinprogramm			
▪ Anzahl Plätze im Heroinprogramm	55	55	55
▪ Anzahl Patienten per 31.12. im Heroinprogramm	55	50 - 55	50 - 55
▪ Anzahl Ein- / Austritte im Heroinprogramm	5 / 5	8 / 8	8 / 8
Alkoholberatungen / -behandlungen			
▪ behandelte Fälle	451	330 - 350	330 - 350
▪ Konsultationen	3'396	3'300 - 3'500	3'300 - 3'500

* Anfang 2008 wurden das Methadonprogramm von den Spezialsprechstunden (Cannabis, Kokain etc.) fachlich getrennt, organisatorisch aber weiterhin bei der Beratungsstelle für Drogenprobleme belassen. Aus diesem Grund werden ab 2010 die Leistungsmengen ebenfalls getrennt ausgewiesen.

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

Projekt Taglohn

- Beschäftigung von Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen, Süchtigen, Randständigen. Arbeit im Taglohn-System und mit festen Arbeitszuteilungen. Schaffung einer Tagesstruktur durch Arbeit. Autonomierückgewinnung durch eigenen Erwerb.

Wohnheim der Heilsarmee

- Angebot und Führung eines Wohnheimes für Männer und Frauen mit insgesamt 30 Betten und Verpflegung. Verhinderung von Obdachlosigkeit. Das Haus gehört der Stadt und wird für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Aids-Infostelle

- Das Angebot der AIDS-Infostelle Winterthur richtet sich im Bereich Prävention und Beratung an die Einwohner der Stadt Winterthur und seiner Umgebung.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'035'349	904'280	1'101'601
Erlös	0	0	0
Nettokosten	1'035'349	904'280	1'101'601
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Verein "Läbesruum" -Projekt Taglohn- (Beitrag in CHF)*	822'948	680'000	845'000
Wohnheim der Heilsarmee (Beitrag in CHF)	112'401	19'215	182'826
Verein Aids-Infostelle (Beitrag in CHF)	80'000	80'000	80'000

*Beitrag an Verein "Läbesruum" gemäss Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 maximal Fr. 770'000.-- pro Jahr. Eine Erhöhung des Beitrages kann mit Genehmigung des Budgets durch den Grossen Gemeinderat erfolgen.

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Projekten wird durch Subventionsverträge und Leistungsvereinbarungen geregelt.			

IAFP Prävention und Suchthilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	11'344	11'270	12'271	12'272	12'272	12'272
Erlös	6'653	6'683	7'540	7'240	7'240	7'240
Nettokosten/Globalkredit	4'691	4'588	4'731	5'031	5'031	5'031
Kostendeckungsgrad in %	59	59	61	59	59	59

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	300	0	368	1'022	0	0	0	-1'090
Bewilligt	3'007	1'542	1'322	150	0	0	0	-7
Gesamt	3'007	1'542	1'390	872	0	0	0	-797

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Kostendeckungsgrad der Beratungsstelle für Drogenprobleme (BSD) in %	101.2	90 - 95	95 - 100	95 - 100	95 - 100	95 - 100
des Zentrums für heroïn- und methadongestützte Behandlung Ikarus in %	82.7	85 - 90	80 - 85	80 - 85	80 - 85	80 - 85
der Winterthurer Fachstelle für Alkohol- und Medikamentenprobleme (WFA) in %	61.8	63 - 65	61 - 63	61 - 63	61 - 63	61 - 63
2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen	1'412	1'340	1'480	1'500	1'500	1'500
3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina	36	36	36	36	36	36
4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrößen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	2008 keine Erhebung	90	90	90	90	90
5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	55	55	55	55	55	55

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Erarbeitung einer neuen Suchtpolitik, als Weiterführung der Suchtpolitik 2007 - 2011.
- Aufgrund einer Umstellung von Poliklinikpauschalen auf Tarmed ist mit tieferen Erträgen ab 2011 zu rechnen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

keine

Alterszentren

Auftrag

Die Alters- und Pflegeheime des Bereichs Alter und Pflege bieten in Alters- und / oder Tageszentren ein Zuhause mit nach Bedarf abgestuften Dienstleistungen in Betreuung, Begleitung und Pflege für Erwachsene, in der Regel betagte Menschen. Daneben werden diverse Dienstleistungen aus Hotellerie und / oder ärztlich / therapeutischen Bereichen für Dritte erbracht.

Produkte

1 Langzeitbetreuung und -pflege

Wohngruppen für Menschen mit Demenz

Betreutes Wohnen

Alterswohnungen

2 Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Ferienabteilungen

Temporäre Betreuung und Pflege (länger als 24 Stunden)

Tagespflege

3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Hotellerie

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering

- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen

- Liegenschaften insbesondere Raumvermietung

Ärztliche Dienstleistungen mit separater Verrechnung

Therapeutische Dienstleistungen insbesondere Physiotherapie an Externe

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Altersplanung Stand 2005 - Schlussbericht der Projektgruppe
- Ausführungsplan "Altersplanung Stand 2005"

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Der Betrieb der stationären Organisationen des Bereichs Alter und Pflege ist kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in % Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	86 82.1	85 80.0	85 72.9
2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen mit gut bis sehr gut bewerten in %. ■ Anteil der befragten Bewohner: ■ Anteil der befragten Angehörigen:	--- ---	92 86	--- ---
3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitbetreuung und -pflege (ohne Alterswohnungen) - in Alterswohnungen - in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz - in den temporären Angeboten Eintritte in städtische Alterszentren: - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 2 Wochen (Stichdatum 30.06.) - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 6 Monaten (Stichdatum 30.06.)	669 49 57	669 49 61	617 50 49 62
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hoch stehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Studierende - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	87 651 1'879 2.7	81 785 1'728 2.5	89 813 2'300 2.5

* ab VO 2010 neue Berechnungsart des Kostendeckungsgrad Hotellerie (Hinweis von Revision)

* Im 2008 hat keine Befragung statt gefunden.

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	10'431'126	11'888'993	12'511'862

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Hochrechnung 09 vom August zeigt gegenüber dem Budget 09 einen Mehraufwand von Fr. 1.6 Mio. auf. Dieser ist bedingt durch eine tiefere Auslastung aufgrund geringerer Pflegebedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner (weniger starker Anstieg der Besa-Stufen) und dadurch tieferer Erträge sowie zu optimistischer Annahmen bezüglich der Ertragsziele der seit 2009 geltenden neuen Taxordnung.

Das Budget 2010 anerkennt den sich dadurch ergebenden finanziellen Mehrbedarf; der Globalkredit der Produktgruppe und damit der Aufwand seitens der Stadt wird entsprechend auf Fr. 12'500'765 (gegenüber Fr. 11'888'993 in 2009) erhöht. Damit kann aber nur ein Teil des fehlenden Ertrags abgedeckt werden. Die Integration der Anlagekosten in die Rechnung der Produktgruppe hat 2008 deren Kostendeckungsgrad gesenkt. Da auch der Kanton Zürich darauf hinweist, dass die Anlagekosten zumindest teilweise auf die Taxen umzulegen seien, beabsichtigt der Stadtrat deshalb, die Grundtaxen auf den 1. Januar 2010 zu erhöhen. Damit kommt man dem Grundsatz der verursachergerechten Finanzierung von städtischen Leistungen entgegen. Auch die neue Pflegefinanzierung, welche vom Bund beschlossen und von den Kantonen im nächsten Jahr umzusetzen ist, geht neu von Vollkosten inkl. der Kapitalkosten als Berechnungsgrundlage für die Taxen aus.

Die einzelnen Abweichungen gegenüber dem Budget 2009:

Kostenart 30 Personalaufwand (+ 720 Tsd. Fr.)

Mehrkosten vor allem durch den SR-Beschluss "Neueinreihung von Stellen" im Rahmen des Projektes zur Integration neue Gesundheitsberufe vom 13. Mai 2009. Diese verursacht Zusatzkosten von Fr. 700'000.- für das Jahr 2010 und abnehmend noch bis 2014, durch höhere Weiterbildungskosten und Lohnausgleich durch Besitzstandswahrung.

Kostenart 31 Sachaufwand (+ 730 Tsd. Fr.)

Die Differenz lässt sich darauf zurückführen, dass der Sachaufwand im Ist 2008 bereits deutlich höher war als im Budget 2009 vorgesehen und folgedessen den budgetierten Sachaufwand übertrifft. Für das Budget 2010 wurde er im Wesentlichen auf das Niveau der Rechnung 2008 angehoben und der Teuerung angepasst.

Kostenart 46 Beiträge von Dritten mit Zweckbindung (- 2.07 Mio. Fr.)

Die Beiträge mit Zweckbindung weisen einen starken Rückgang auf. Die bisher gültige Praxis, die Hilfflosenentschädigung (HLE) von den Bewohnenden durch die Stadt Winterthur einzufordern, wurde mit Einführung der neuen Taxordnung auf 1.1.2009 aufgegeben. Die Bewohnenden mit Anspruch auf HLE können diese nun zur Begleichung ihrer Rechnung verwenden. Damit entfällt die entsprechende Budgetierung dieser Bundesbeiträge bei der Stadt.

Differenz Kostenart 43 Entgelte (Externe Erlöse + 2.18 Mio. Fr.)

Im Gegenzug zum Verzicht auf das Einfordern der Hilfflosenentschädigung wurde in der neuen Taxordnung die Höhe der Betreuungstaxe entsprechend angepasst und teilweise kompensiert. Dies bewirkt eine Erhöhung der Entgelte um rund 1.4 Mio. Fr.

Da die Auslastung der Tagesklinik nicht dem im Jahr 2009 budgetierten Wert entspricht und die Auslastung der Überbrückungspflege ebenfalls stark schwankt, wurden die Auslastungswerte angepasst und entsprechend die Einnahmen gegenüber dem Budget 2009 um rund 210 Tsd. Fr. reduziert.

Kostendeckungsgrad Teilprodukt 'Hotellerie'

Für das Budget 2010 wurde die Berechnungsgrundlage geändert, da bei der Revision der Rechnung 2008 (Revisionsbericht Seite 8) festgestellt wurde, dass der Kostendeckungsgrad für das Teilprodukt 'Hotellerie' falsch berechnet wurde. Der korrekte Kostendeckungsgrad für die Rechnung 2008 beträgt 76.6%. Bei der Berechnung der Hotellerie fallen die Erträge der Ärztlichen Dienstleistungen (ca. 310 Tsd. Fr.) weg, welche die Differenz vom Teilprodukt zum Produkt ausmachen.

Der Kostendeckungsgrad ist beim Teilprodukt 'Hotellerie' wie auch beim Produkt 'Weitere Dienstleistungen an Dritte' um ca. 4% gesunken. Wie schon im Ist 2008 ist dies auch im Budget 2010 auf die höheren Gemeinkosten zurückzuführen, welche von der Produktgruppe auf die Produkte umgelegt wurden. Für die Produktgruppe ist dieser Umstand ergebnisneutral.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Die Begründungen zu den Abweichungen finden sich im Wesentlichen in oben aufgeführter Argumentation.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	57'528'507	61'448'425	62'552'873
Sachkosten	13'448'359	13'133'577	14'238'547
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	4'039'659	4'273'876	3'660'521
Mietkosten	385'411	383'000	384'000
Übrige interne Kosten	912'675	887'937	716'505
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>76'314'612</i>	<i>80'126'815</i>	<i>81'552'445</i>
Verrechnungen innerhalb PG	619'449	562'400	470'200
Total effektive Kosten	75'695'163	79'564'415	81'082'245
Externe Erlöse	62'330'319	65'007'500	67'884'600
Interne Erlöse	1'052'593	805'521	802'983
Beiträge von Dritten	2'500'574	2'424'800	353'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>65'883'485</i>	<i>68'237'821</i>	<i>69'040'583</i>
Verrechnungen innerhalb PG	619'449	562'400	470'200
Total effektive Erlöse	65'264'037	67'675'421	68'570'383
Total Nettokosten / Globalkredit	10'431'126	11'888'993	12'511'862
Kostendeckungsgrad in %	86	85	85

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	538.60	555.77	560.62
▪ Auszubildende	80.00	81.00	89.00
▪ KV-Rotationsausbildungsplätze			4.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Betreuung & Pflege AN und BOR (Stellenausbau total 2.45 Stellen): • Weiterer leichter Anstieg der BESA-Stufen • Zusätzlicher Nachtpikettdienst im AZN wegen höherer Pflegebedürftigkeit der Bewohnenden Kundendienst und Hotellerie AN und BOR (Stellenausbau total 1.25 Stellen): • Kleine Ausbauten an verschiedenen Stellen, damit die Pflege sich stärker ihren Kerntätigkeiten widmen kann Bereichsleitung / Zentrale Dienste (Stellenausbau total 1.15 Stellen): • Assistenzarzt neu auf Lohnliste der Stadt Winterthur (kostenneutral, weil die Kostenerstattung an das KSW für den Assistenzarzt entfällt) • Ausbau der Administration MTT wegen stark gestiegener administrativer Aufgaben

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Im Rahmen der Überprüfung des Stellenplans werden zusätzliche Kosteneinsparungen durch Projekte zur Prozess- und / oder Effizienzverbesserung angestossen.

Integration der neuen Pflegeberufe

Die neuen Pflege- und Betreuungsberufe erfordern eine Neugestaltung der Funktionen innerhalb der Pflege und eine neue Aufgabenteilung auf den verschiedenen Wohngruppen. Dieses Projekt wird per 1.1.2010 umgesetzt und hat massgeblichen Einfluss auf die Kompetenzen und Verantwortlichkeiten der einzelnen Funktionen in der Pflege, sowie die Zusammensetzung der einzelnen Teams.

Einführung einer elektronischen Bewohnerdokumentation.

Produkt 1 Langzeitbetreuung- und pflege

Leistungen

- Alterszentren:
Den individuellen Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes professionelles Angebot an Betreuung, Pflege und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Je nach Angebot inklusive medizinischer und therapeutischer Versorgung vom Eintritt bis zum Austritt/Tod. Besonderer Wert wird auf ein möglichst autonomes und eigenverantwortliches Leben gelegt. Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Bewohnenden, z.B. durch ein Bezugspersonensystem und flexible Tagesstrukturen.
- Angebot von Aktivitäten aller Art in den Tagesstrukturen, Einbezug von Freiwilligendiensten.
- Beratung und Information von Angehörigen in allen Fragen vor und während des Aufenthaltes sowie Einbezug in den Alltag, soweit sinnvoll und gewünscht.
- Spezielle Angebote für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenzerkrankung im Sinne von entsprechender pflegerischer und ärztlicher Betreuung sowie therapeutischer und hauswirtschaftlicher Dienstleistungen.
- Betreutes Wohnen / Alterswohnungen:
Wohnformen, in denen die Bewohner / Mieter – je nach ihren individuellen Möglichkeiten – möglichst selbständig leben können. Den Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes Angebot an Betreuung und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Die Mieter können verschiedene weitere Dienstleistungen beziehen und an allen Anlässen der Institution teilnehmen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	66'123'496	69'604'933	70'891'034
Erlös	58'278'349	60'037'212	61'415'718
Nettokosten	7'845'147	9'567'720	9'475'316
Kostendeckungsgrad in %	88	86	87

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Auslastung der Betten in % (Bettenbelegung)	98,9	98	98
- Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	30,7	21.0	37.2
- Qualitätskennziffern			
▪ Anzahl Stürze	1'938	1'850	2'100
▪ Dekubiti	87	130	90
▪ Menge der Anwendung freiheitsbeschränkender Massnahmen	293	330	240
- Durchschnittliche Anzahl BESA-Punkte im Verhältnis zur durchschnittlichen Anzahl Stellen der Abteilung Betreuung und Pflege	63.0	70.0	60.4
- Prozentualer Anteil des Personals der Abteilung Betreuung und Pflege am Stichtag 31.12. nach Fachbereichen			
▪ Fachmitarbeiterinnen in %	53	59	50
▪ Mitarbeiterinnen in %	9	11	29
▪ Assistentinnen in %	38	30	21

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Bewohnertage	255'569	257'221	257'726
Durchschnittliche Anzahl Bewohnende je BESA (Stufe 0-4) im Jahr			
▪ Stufe 0	77	70	68
▪ Stufe 1	111	79	94
▪ Stufe 2	128	145	135
▪ Stufe 3	130	156	127
▪ Stufe 4	229	217	234
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen pro Bewohner	1'234	1'050	940

Produkt 2 Temporäre Angebote

Leistungen

- Zeitlich begrenzter Aufenthalt in Pflege-, Alters- und/oder Tageszentren für Ferien, Entlastung der Helfenden, Erholung von einer Krankheit oder Operation, Abklärung der weiteren Wohnform.
- Je nach Angebot differenzierte Betreuung, Begleitung und Pflege für betagte Temporäraufenthalter.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'339'203	4'723'334	4'665'666
Erlös	2'851'318	3'574'445	3'222'787
Nettokosten	1'487'886	1'148'889	1'442'879
Kostendeckungsgrad in %	66	76	69

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Auslastung der Kapazitäten (Betten / Plätze) in %	74.80	75.40	78.00
Kostendeckungsgrad Produkt Temporäre Angebote in %	66	82	67
Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	104.90	50.00	96.10
Anteil der Übertritte aus temporären in Langzeitangebote in %	6.0	11.1	13.8

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Bewohnertage	14'177	15'972	15'680
Durchschnittliche Anzahl KlientInnen in der Tagesklinik pro Tag	13	20	16
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Überbrückungspflege pro Jahr	22	26	20

Produkt 3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Leistungen

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering: Die Restaurants und die damit ermöglichten weiteren Nutzungen wie Sitzungen, Schulungen, Seminare haben den Auftrag, die Institution Heim für die Bewohnenden und die Bevölkerung transparenter und durchlässiger zu machen. Das Angebot von Speisen und Getränken für Interne, Besucher und Externe wie z.B. Kursteilnehmer ist gästeorientiert, schmackhaft, abwechslungsreich und zeitgemäss (z.B. vegetarisch). Die Mitarbeitenden der Restauration bieten einen individuellen Service an. Die Durchführung von Sonderanlässen aller Art wird gewinnbringend geleistet.
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen: Verkauf von Artikeln verschiedenster Art an Bewohner und Besucher.
- Liegenschaften: Vermietung von Räumen, Wohnungen, Garagen- und Parkplätzen.
- Diverse Dienstleistungen aus den Bereichen Therapie, insbesondere Physiotherapie und ärztlichem Dienst an Dritte.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'706'697	5'798'548	5'995'745
Erlös	4'682'854	4'626'163	4'402'079
Nettokosten	1'023'842	1'172'384	1'593'666
Kostendeckungsgrad in %	82	80	73

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kostendeckungsgrad Produkt 'Weitere Dienstleistungen' in %	82	80	76
Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	3.80	2.70	5.10

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Bruttoumsatz Restaurant in CHF	1'996'584	2'019'000	1'998'000
Bruttoumsatz Verkäufe / Dienstleistungen / Vermietungen	1'176'283	1'625'600	1'524'000
Anzahl Raumvermietungstage	51	50	50
Therapieleistungen für Dritte in Taxipunkten	142'916	125'000	130'000
Arztbehandlungen für Dritte / Patienten			
Bruttoumsatz Therapie- und Arztleistungen in CHF	311'625	308'000	304'000

IAFP Alterszentren

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	75'695	79'564	81'082	82'392	81'492	81'492
Erlös	65'264	67'675	68'570	68'020	64'570	64'570
Nettokosten/Globalkredit	10'431	11'889	12'512	14'372	16'922	16'922
Kostendeckungsgrad in %	86	85	85	83	79	79

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	37'474	0	498	2'130	7'279	15'442	15'000	-2'875
Bewilligt	11'764	4'240	2'852	2'950	0	0	0	1'722
Gesamt	49'238	4'240	3'350	5'080	7'279	15'442	15'000	-1'153

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in % Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	86 82.1	85 80.0	85 72.9	82 72.9	79 72.9	79 72.9
2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> ▪ Anteil der befragten Bewohner: ▪ Anteil der befragten Angehörigen:	 --- ---	 92 86	 --- ---	 92 86	 --- ---	 92 92
3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitbetreuung und -pflege (ohne Alterswohnen) - in Alterswohnungen - in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz - in den temporären Angeboten Eintritte in städtische Alterszentren: - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 2 Wochen (Stichdatum 30.06.) - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 6 Monaten (Stichdatum 30.06.)	 669 49 57	 669 49 61	 617 50 49 62	 671 49 62	 671 49 62	 671 49 62
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Studierende - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	 87 651 1'879 2.7	 81 785 1'728 2.5	 89 813 2'300 2.5	 89 813 2'300 2.5	 89 813 2'300 2.5	 89 813 2'300 2.5

* Im 2008 hat keine Befragung statt gefunden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Sanierung Alterszentrum Adlergarten:

Die Planungsarbeiten zur Sanierung des Alterszentrums Adlergarten werden im Jahre 2010 wichtige Grundlagen für ein zukunftsorientiertes städtisches Angebot im Bereich Betreuung und Pflege liefern.

Neue Pflegefinanzierung:

Zurzeit sind die Auswirkungen der geplanten neuen Pflegefinanzierung noch unklar. Es ist aber mit einer deutlichen Zunahme derjenigen Kosten der Pflege zu rechnen, welche von den Gemeinden zu tragen sind.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Umsetzungsarbeiten zur Renovation des Alterszentrums Adlergarten werden zu einer vorübergehenden Einschränkung der Kapazitäten führen. Diese wirken sich während der Bauphase dämpfend auf die Betriebskosten und Erträge aus.

Spitex

Auftrag

Die Spitexdienste gewährleisten die Pflege, Betreuung und Unterstützung zu Hause für kranke, verunfallte oder sonst in ihrer Gesundheit eingeschränkte Einwohner von Winterthur.

Produkte

1 Pflege

- Abklärung des Pflegebedarfs und Planung der notwendigen Massnahmen
- Beratung der Klienten sowie deren Angehörigen
- Massnahmen der Untersuchung und der Behandlung (Messung der Vitalzeichen, Wundversorgung, Verabreichung von Medikamenten, etc.)
- Massnahmen der Grundpflege (Körperpflege, Mobilisierung und psychiatrische und psychogeriatrische Grundpflege)

2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

- Hilfe und Unterstützung bei der Hausarbeit
- Zubereiten von Mahlzeiten (inkl. Schon- und Heilkost)
- Betreuung und Aktivierung von kranken, betagten und behinderten Menschen
- Vermietung von Hilfsmitteln zur Bewältigung von täglichen Aktivitäten (Rollator, Gehstöcke, etc.)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Spitexdienste vom 21.1.2008 (GGR 2007/097)

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	67	63	62
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	---	87	---
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	1'141 107	1'070 120	1'200 120
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	71	70	70
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	8 402 0 2.4	12 496 0 2.5	11 188 0 2.5

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	4'881'447	5'869'462	6'309'525

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Die Spitex baut in Übereinstimmung mit der stadträtlichen Strategie "Ambulant vor stationär" ihre Leistungen dem Bedarf entsprechend aus. Effizienzsteigerungen wurden im Rahmen des Reorganisationsprozesses realisiert und sind an eine Grenze gelangt.

Dies zeigt z.B. die Kennziffer "Prozentsatz der verrechneten Zeit", die von 58% (2006) auf 71% (2008) erhöht werden konnte, wobei die Verbesserung zwischen dem Jahr 2007 und 2008 lediglich noch 1% betrug.

Müssen die Leistungen ausgebaut werden, ohne dass Potenzial für Effizienzverbesserungen vorliegt, ist zwangsläufig ein Ausbau der personellen Kapazität nötig, die eine Erhöhung der Kosten mit sich bringt. Damit erklärt sich die Personalkostensteigerung zwischen Budget 2009 und Budget 2010 um rund 500 Tsd. Fr.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Durch die Umsetzung des NFA hat sich die Berechnung des Kantonsbeitrags an die Spitex ab 2009 geändert. Dies ist ersichtlich an den gesunkenen Beiträgen von Dritten, die nicht mehr in gleichem Masse zum Leistungsausbau steigen, sondern im Gegenteil gesunken sind.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	12'669'705	13'678'391	14'323'265
Sachkosten	707'722	758'080	616'821
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	141'027	132'755	123'882
Mietkosten	317'611	315'300	324'000
Übrige interne Kosten	983'277	904'349	1'103'852
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'819'343</i>	<i>15'788'875</i>	<i>16'491'820</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	14'819'343	15'788'875	16'491'820
Externe Erlöse	6'799'972	7'108'200	7'356'400
Interne Erlöse	11'245	11'213	25'895
Beiträge von Dritten	3'126'679	2'800'000	2'800'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'937'896</i>	<i>9'919'413</i>	<i>10'182'295</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	9'937'896	9'919'413	10'182'295
Total Nettokosten / Globalkredit	4'881'447	5'869'462	6'309'525
Kostendeckungsgrad in %	67	63	62

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	122.90	129.00	133.80
▪ Auszubildende	8.00	12.00	11.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die Stellenzunahme ist begründet durch eine Nachfragesteigerung, die durch Effizienzsteigerungen nicht mehr aufgefangen werden kann.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010**Produkt 1 Pflege****Leistungen**

- Abklärung und Beratung
- Behandlungspflege
- Grundpflege
- Beschaffung und Verkauf von Pflegematerial und Medikamenten

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	9'276'322	10'195'468	10'849'758
Erlös	6'265'029	6'146'889	6'360'728
Nettokosten	3'011'294	4'048'579	4'489'030
Kostendeckungsgrad in %	68	60	59

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	64	62	62
Kostendeckungsgrad Produkt Pflege in %	68.0	63.0	59.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	128	133	139

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl betreute Personen	1'316	1'620	1'600
Anzahl Einsatzstunden	72'341	73'800	77'700

Produkt 2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung**Leistungen**

- Unterstützung bei der Haushaltsführung
- Vermietung von Hilfsmitteln
- Beschaffung und Verkauf von Material

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'450'883	5'593'407	5'642'062
Erlös	3'672'868	3'772'524	3'821'567
Nettokosten	1'778'015	1'820'883	1'820'495
Kostendeckungsgrad in %	67	67	68

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	79.0	78.0	80.0
Kostendeckungsgrad Produkt Hilfe bei Alltagsbewältigung in %	67.0	69.0	68.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	71	68	71

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl betreute Personen	1'691	1'500	1'500
Anzahl Einsatzstunden	77'208	80'000	79'300

IAFP Spitex

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	14'819	15'788	16'491	16'892	17'192	17'492
Erlös	9'937	9'919	10'182	10'422	10'602	10'782
Nettokosten/Globalkredit	4'881	5'869	6'310	6'470	6'590	6'710
Kostendeckungsgrad in %	67	63	62	62	62	62

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	110	80	0	0	0	0	0	30
Gesamt	110	80	0	0	0	0	0	30

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	67	63	62	62	62	62
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	---	87	---	87	---	87
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	1'141 107	1'070 120	1'200 120	1'200 120	1'200 120	1'200 120
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	71	70	70	70	70	70
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	8 402 0 2.4	12 496 0 2.5	11 188 0 2.5	11 188 0 2.5	11 188 0 2.5	11 188 0 2.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Die seit Jahren ungebrochene Zunahme von Pflegeleistungen von jährlich 10 % wird sich voraussichtlich weiter fortsetzen und die Ressourcenplanung der Spitex ist darauf auszurichten.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Finanzierung der ambulanten Hilfe und Pflege wird durch die neue Pflegefinanzierung mit der Verschiebung von Kosten zwischen Versicherungsträgern, Kunden und öffentlicher Hand wesentlich verändert.

Der Bedarf an Pflegeleistungen wird zukünftig aus folgenden Gründen zunehmen:

- Altersplanung mit dem Ziel "ambulant vor stationär"
- Verkürzung der Hospitalisationsdauer bei Spitalaufenthalt
- Demografische Entwicklung

Das Gewicht der verschiedenen Einflussfaktoren kann nicht bewertet werden und so sind die Prognosen mit Unsicherheit behaftet. Die Kapazitäten im ambulanten Bereich können jedoch verhältnismässig schnell angepasst werden.

Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich der Gesundheit bzw. des Alters gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Beiträge

Finanzielle Unterstützung von Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich. Die Beiträge erfolgen subsidiär.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kantonale Verordnung vom 26.02.1968 (Kantonsspital Winterthur)

Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich vom 04.11.1962 (Sockelbeiträge der Gemeinden)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 26.06.1966 (Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Ligen- und Heimstätten - ZALK)

Volksabstimmung vom 02.06.1991 (Pro Senectute)

Volksabstimmung vom 30.11.2003 (Verein Pflegewohngruppe)

GGR-Beschluss vom 21.06.2004 (Kinderspitex)

Stadtratsbeschluss vom 28.01.1971 (Gaiwo)

Stadtratsbeschluss vom 6.12.85 (Altersheim St. Urban)

Stadtratsbeschluss vom 28.06.2000 (Verein Freiwilligenagentur)

Stadtratsbeschluss vom 10.11.2004 (Taxreduktion Heimbewohner)

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner in CHF	155	159	171
2 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.	100	100	100

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	15'260'242	15'081'921	17'590'047

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Gegenüber dem Budget 2009 haben sich die Beiträge an das Kantonsspital nach den definitiven Angaben der kantonalen Gesundheitsdirektion um rund 1.3 Mio. Fr. erhöht.

Daneben steigen die Beiträge an die konfessionellen Spitexvereine im Rahmen der Leistungsvereinbarungen ebenfalls wegen der gesunkenen Subventionen des Kantons.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Aufgrund der erhöhten Bettenzahl in den Pflegewohnungen des Vereins Pflegewohngruppen, die erstmals 2009 voll wirksam sind, steigt der Beitrag der Stadt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	39'926	35'000	35'000
Beiträge an Dritte	15'071'771	14'863'000	17'335'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	121'127	156'221	192'447
Mietkosten	27'418	27'700	27'600
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'260'242</i>	<i>15'081'921</i>	<i>17'590'047</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	15'260'242	15'081'921	17'590'047
Externe Erlöse	0	0	0
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	0	0	0
Total Nettokosten / Globalkredit	15'260'242	15'081'921	17'590'047
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	0.00	0.00	0.00
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Personaleinheiten auf dieser Produktgruppe.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Produkt 1 Beiträge

Leistungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	15'260'242	15'081'921	17'590'047
Erlös	0	0	0
Nettokosten	15'260'242	15'081'921	17'590'047
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kantonsspital Winterthur	9'954'425	10'500'000	11'825'000
Pro Senectute	205'714	200'000	200'000
Pro Senectute-Sozialberatung	653'578	477'700	667'600
Verein Pflegewohngruppe	840'922	819'000	958'654
Kinderspitex	80'869	80'000	80'000
Gaiwo (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)	20'000	20'000	20'000
Altersheim St. Urban	114'339	35'000	171'918
Wohnheim für Menschen mit Demenz Sonnenberg	20'000	20'000	20'000
Verein Freiwilligenagentur	20'000	20'000	20'000
Sockelbeiträge der Gemeinden	2'889'521	2'900'000	3'000'000
Taxreduktion Heimbewohner	152'027	200'000	200'000
Institut für Gesundheitsökonomie	3'000	3'000	3'000
Auswärtigenzuschlag	4'293	10'000	6'000
Honorare Hebammen	43'035	36'000	45'000
ZALK ARGE Ligen und Heilstätten	25'000	22'000	23'000
GeWint (Gesundheitsregion WT)	5'792	0	0
Stiftung Onko-Spitex	13'727	12'000	14'000
Verein Kath. Gemeindekrankenpflege Winterthur	50'000	83'000	110'000
Verein Kath. Schwestern-Krankenpflege Oberwinterthur	66'000	88'000	94'000
Evangelischer Krankenpflegeverein Winterthur	93'000	95'000	130'000
Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter	5'000	5'000	5'000

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den Institutionen wird durch Verträge geregelt.			

IAFP Beiträge

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	15'260	15'081	17'590	17'590	17'590	17'590
Erlös	0	0	0	0	0	0
Nettokosten/Globalkredit	15'260	15'082	17'590	17'590	17'590	17'590
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0	0	0	0

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	-85	0	0	280	0	0	0	-365
Bewilligt	1'902	1'191	250	40	0	0	0	421
Gesamt	1'817	1'191	250	320	0	0	0	56

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner in CHF	155	159	171	169	167	166
2 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.	100	100	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine

Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

Auftrag

Die KAP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte führt

- im Auftrag des Kantons arbeitsmarktliche Massnahmen für Stellensuchende durch zur Qualifizierung und zur raschen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- und im Auftrag der Stadt Winterthur Massnahmen zur beruflichen Intergration für Sozialhilfe beziehende Personen.

Produkte

1 AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) für Stellensuchende

Förderung der Wiedereingliederung von erschwert vermittelbaren Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt mit arbeitsmarktlichen Massnahmen gemäss den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG)

Das Produkt 1 wird vom Bund (AVIG) finanziert.

2 Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden

Förderung der (Wieder)eingliederung von vermittlungsfähigen Sozialhilfe Beziehenden und vorläufig aufgenommenen Asyl Suchenden in den Arbeitsmarkt sowie langfristige Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen gemäss den Bestimmungen des Einführungsgesetzes zur Arbeitslosenversicherung (EG AVIG), des kantonalen Sozialhilfegesetzes und den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS).

Das Produkt 2 wird von den zuweisenden Sozialstellen und vom Kanton (EG AVIG) finanziert.

3 Berufliche Integration von Jugendlichen

Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (Motivationssemester). Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen in der Persönlichkeitsentwicklung. Bereitstellen von Attestausbildungsplätzen für schulisch schwache Jugendliche.

Das Produkt 3 wird vom Bund (AVIG, Motivationssemester), von der Stadt (Attestausbildung und Trampolin) und von der Hilfsgesellschaft Winterthur (Trampolin) finanziert.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz (AVIG) und Verordnung (AVIV) über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung
 Kreisschreiben des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) über die arbeitsmarktlichen Massnahmen

Richtlinien des Bundesamtes für Bildung und Technologie (BBT)

Kantonales Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG)

Vorgaben des kantonalen Mittelschul- und Berufsbildungsamtes

Rahmenverträge für Qualifizierungsangebote für Stellen Suchende mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

Zuspracheverfügungen der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich

Stufe Stadt (GGR / SR)

Auftrag der Stimmbürger/innen der Stadt Winterthur zur Durchführung arbeitsmarktlicher Massnahmen für Erwerbslose gemäss Volksabstimmung im Jahre 1989.

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild DSO und Leitbild Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte

Verantwortliche Leitung

Christoph Pohl

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester) finanziert. <i>Messung</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen</i> - Produkt 1: AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) - Produkt 2: Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden - Produkt 3: Berufliche Integration von Jugendlichen			
	113	98	100
	46	53	67
	82	87	81
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrösse</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt - Produkt 1: AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) - Produkt 2: Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden - Produkt 3: Berufliche Integration von Jugendlichen			
	-	40	40
	-	95	95
	-	60	60
3 Wirksamkeit der Massnahmen Produkt 1 Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert <i>Messung</i> Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV) <i>Messgrösse</i> - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %) - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %) Produkt 2 Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der KAP teil <i>Messung / Messgrösse</i> - Anzahl Personen pro Jahr Produkt 3 a) Motivationssemester und Trampolin: Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt b) Attestausbildung: Teilnehmende schliessen die Ausbildung erfolgreich ab <i>Messung</i> a) Übertritte in Anschlusslösungen b) Abgeschlossene Ausbildungen <i>Messgrössen</i> a) Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %) b) Bestandene Lehrabschlussprüfungen im Verhältnis zu den Absolvierenden (in %)			
	-	85	90
	-	85	90
	-	725	550
	-	75	75
	-	80	80

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	4'108'141	3'928'360	3'277'757

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Die zusätzlich beantragten Mittel werden benötigt für den Betrieb der neuen Velostation "Stellwerk RailCity" ab Sommer 2010 (150'000), für das Restaurant Römerpark (380'000) und - als Folge der Entwicklung in den Jahren 2008 und 2009 - für die eingeschränkte Weiterführung der Angebote für die berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Teillohnplätze).
- Produkt 1: Bei den AVIG-Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) rechnen wir bei insgesamt gleichem Volumen mit leicht tieferen Kosten (215'000 Franken) und einem Kostendeckungsgrad von 100%.
- Produkt 2: Die Annahmen für den Voranschlag 2009 haben sich als falsch erwiesen. Für die 48 EG-AVIG-Plätze - von Kanton zu 45% und von den Gemeinden zu 55% finanziert - bestand keine Nachfrage und die budgetierten Einnahmen blieben vollständig aus. Demgegenüber besteht eine grosse Nachfrage nach Teillohnplätzen. Deren Kosten (inkl. Lohnkosten der Teillohnmitarbeitenden) werden intern nicht verrechnet und belasten vollumfänglich die Rechnung der KAP.
Die Ende 2008 besetzten Plätze (130) waren bereits höher als die für 2009 budgetierten 102 Plätze. In der Rechnung 2008 resultierte eine deutliche negative Nettozielabweichung von 908'790 Franken. Im Rechnungsjahr 2009 wird sich - als Folge der Entwicklung im Jahr 2008 - ebenfalls eine negative Nettozielabweichung ergeben. Der Stadtrat hat den Globalkredit deutlich aufgestockt, um in der derzeitigen Wirtschaftskrise das Integrationsangebot soweit als möglich zu sichern. Eine Straffung und Konzentrierung auf die wichtigsten Bedürfnisse ist aber notwendig und erscheint realisierbar.
- Produkt 3: Gegenüber dem Budget 2009 hat die Rechnung 2008 einen Mehraufwand von 280'000 Franken ausgewiesen. Dies ist primär auf Mehrkosten im Restaurant Römerpark zurückzuführen. Der Stadtrat hat sich im Juni 09 mit den Ergebnissen einer Betriebsanalyse des Restaurants "Römerpark" befasst und festgestellt, dass der Ausbildungsbetrieb - unter optimalen betrieblichen Voraussetzungen und guter Ertragslage - 200'000 Franken pro Jahr mehr kosten wird als ursprünglich angenommen. Der Stadtrat stellt sich hinter das Projekt und beauftragt die KAP, Massnahmen zur Kostenreduktion und Ertragssteigerung zu treffen und Optionen für den zukünftigen Betrieb zu prüfen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Der beantragte Globalkredit entspricht praktisch dem bereinigten Globalkredit der Rechnung 2008.
- Produkt 1: Die gegenüber der Rechnung 2008 praktisch unveränderte Platzzahl widerspiegelt sich im nur unwesentlich veränderten Gesamtaufwand (-67'351).
- Produkt 2: Das Angebot an Teillohnplätzen ist vergleichbar mit demjenigen im Jahr 2008. Das Budget wurde erhöht, um den Einnahmefall aus den nicht mehr angebotenen EG-AVIG-Plätzen zu decken. Um den beantragten Globalkredit einhalten zu können, muss die Entwicklung gemäss der Hochrechnung 2009 gebremst werden. Das Angebot ist zu straffen und auf die wichtigsten Bedürfnisse zu konzentrieren.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	11'242'975	11'536'203	11'799'919
Sachkosten	2'128'190	1'755'848	1'733'357
Beiträge an Dritte	20'000	20'000	20'000
Residualkosten	191'774	191'774	227'098
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	1'063'194	1'068'700	1'024'200
Übrige interne Kosten	113'875	118'883	117'246
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'760'008</i>	<i>14'691'408</i>	<i>14'921'821</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	14'760'008	14'691'408	14'921'821
Externe Erlöse	3'269'210	4'515'900	4'667'627
Interne Erlöse	277'978	270'048	251'324
Beiträge von Dritten	7'104'679	5'977'100	6'725'113
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'651'867</i>	<i>10'763'048</i>	<i>11'644'064</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	10'651'867	10'763'048	11'644'064
Total Nettokosten / Globalkredit	4'108'141	3'928'360	3'277'757
Kostendeckungsgrad in %	72	73	78

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	74.00	75.20	75.20
▪ Auszubildende	15.00	15.00	15.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Der im Voranschlag enthaltene Abbau von Teilohnplätzen hat voraussichtlich den Abbau von ca. 4 Vollstellen zur Folge. Konkrete Entscheidungen werden im Spätsommer 2009 gefällt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Die Vorarbeiten für die dringend nötige Stabilisierung der Instrumente zur Vorbereitung von Budgets, Hochrechnungen, Jahresrechnungen, Abrechnungen gegenüber Auftraggebern und für die Ermittlung von Controlling-Daten (Führungscockpit) laufen seit anfangs 2009. Die IDW rechnen mit der Inbetriebnahme einer Datenbank (heute Excel-Tabellen) im Verlauf von 2010.
- Zusammen mit den Sozialen Diensten gilt es, die Finanzierung von Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden auf eine bessere Grundlage zu stellen. Geprüft wird insbesondere die Gewährung eines entsprechenden Rahmenkredites. Zudem müssen die Detailregelungen mit den Sozialen Diensten für die Erbringung einzelner Leistungen aufgrund der gemachten Erfahrungen überarbeitet und verbessert werden.
- Im Rahmen des Projektes "Römerpark 2011" werden Varianten für einen zukünftigen möglichen Betrieb evaluiert und dem Stadtrat zur Entscheidungsfindung unterbreitet. Der Stadtrat soll dadurch in die Lage versetzt werden, aufgrund detaillierter Informationen aus dem Pilotbetrieb (Kosten, Organisationsform, Vor- und Nachteile für die Stadt Winterthur) eine Entscheidung über die zukünftige Betriebsstruktur zu fällen. Geprüft werden unter anderem die weitere Optimierung des bestehenden Betriebes, die Veränderung der Zielgruppe (z.B. Berufsvorbereitungsjahr) oder den Übergang in eine private Trägerschaft.

Produkt 1 AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB)

Leistungen

- Die Teilnehmenden führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnahe Tätigkeiten aus, welche ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechen und erhalten resp. verbessern damit ihre Arbeitsmarktfähigkeit.
- Im Bildungsteil befassen sich die Teilnehmenden mit der Situation und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, ihrer persönlichen Situation sowie der zielgerichteten Stellensuche.
- Im individuellen Betreuungsteil werden mit den Teilnehmenden Ziele vereinbart, die regelmässig reflektiert werden. Der Stand der Zielerreichung dient als Grundlage zur Rückmeldung an die Personalberatenden der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Die Teilnehmenden erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'246'188	3'401'730	3'195'751
Erlös	3'680'268	3'326'548	3'186'653
Nettokosten	-434'081	75'182	9'098
Kostendeckungsgrad in %	113	98	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Programmkosten pro Teilnehmertag - Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	144.00 50	86.80 45	85.20 25

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) (Anzahl Plätze)			
- Einzeleinsatzplätze - Gruppeneinsatzplätze Deutschförderung - Gruppeneinsatzplätze FOKUS - Gruppeneinsatzplätze für junge Erwachsene	42 20 12 14	42 20 12 14	56 30 12 14
Praktika in der Wirtschaft (Anzahl Plätze)			
- Wirtschaftsförderungspraktikum Start Job - Berufspraktikum learn + earn für Leihabgänger/innen - Ausbildungspraktikum A-Plus	8 40 8	8 40 8	0 30 0
Total	144	144	142

Produkt 2 Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden

Leistungen

- Überbrückungs- und Abklärungsangebote: Das Überbrückungsangebot "Passage" hilft arbeitsfähigen Personen, vor dem Bezug von Sozialhilfeleistungen nochmals sämtliche Ressourcen zu aktivieren, um doch noch eine Stelle im 1. Arbeitsmarkt zu finden. Vom Abklärungsangebot "Kompass" erhalten die Verantwortlichen der Sozialhilfe eine qualifizierte Einschätzung des beruflichen Integrationspotentials.
- Teillohnstellen (Einzeleinsatzplätze in der Wirtschaft und in der Stadtverwaltung, Gruppenarbeitsplätze in externen Sozialfirmen und in KAP-Betrieben) zielen auf die langfristige unbefristete Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen.
- Im Auftrag des kantonalen Sozialamtes fördert das Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Unterhaltszentrum) mit arbeitsmarktnaher Beschäftigung, individueller Beratung und Deutschunterricht die berufliche und soziale Integration.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	6'839'664	7'029'050	7'298'511
Erlös	3'126'508	3'723'508	4'872'153
Nettokosten	3'713'156	3'305'543	2'426'358
Kostendeckungsgrad in %	46	53	67

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Programmkosten pro Teilnehmertag (ohne Teilnehmerlohnkosten) - Teilnehmerlohnkosten (Teillöhne und Passage) - Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	82.50 2'000'000 48	56.85 1'980'800 40	89.90 2'461'740 10

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich Teilnehmer-Löhne und programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
EG-AVIG-Programme (Anzahl Plätze)			
▪ Einzeleinsatzplätze	24	24	0
▪ Gruppeneinsatzplätze (Unterhaltszentrum)	24	24	0
Überbrückung und Abklärung (Anzahl Plätze)			
▪ "Passage"	20	20	20
▪ Kompass	18	18	16
Teillohnstellen (Anzahl Plätze)			
▪ Teillohn Wirtschaft	20	20	30
▪ Teillohn Stadtverwaltung	20	20	20
▪ Teillohn KAP-Betriebe	52	52	43
▪ Teillohn externe Sozialfirmen und NPO	10	10	10
Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Anzahl Plätze)			
▪ Unterhaltszentrum	30	30	20
Weitere Integrationsangebote			
▪ Stellenvermittlung			10
▪ Arbeitseinsätze, Beschäftigung			15
Total	218	218	184

Produkt 3 Berufliche Integration von Jugendlichen

Leistungen

Motivationssemester:

- Die Jugendlichen führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnahe Tätigkeiten aus, welche ihren Fähigkeiten sowie der Arbeitsmarktrealität in Bezug auf Ausbildungsplätze entsprechen und steigern bzw. verbessern damit ihre Chancen auf eine Berufsausbildung.
- Im Bildungsteil befassen sich die Jugendlichen mit der Situation und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, ihrer persönlichen Situation sowie der zielgerichteten Lehrstellensuche.
- Im individuellen Betreuungsteil werden mit den Jugendlichen Ziele vereinbart, die regelmässig reflektiert werden. Der Stand der Zielerreichung dient als Grundlage zur Rückmeldung an die Personalberatenden der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Die Jugendlichen erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.

Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen

- Trampolin fördert in praktischen Arbeitsfeldern Schlüsselqualifikationen, welche von der Arbeits- und Ausbildungswelt eingefordert werden.
- Trampolin bietet auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Tagesstrukturen für Jugendliche beiderlei Geschlechts.

Attestausbildungsplätze für schulisch schwache Jugendliche

- 15 Ausbildungsplätze der zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest "Küchenangestellte/r" und "Restaurationsangestellte/r" für stellenlose, schulisch schwache Schulabgängerinnen und Schulabgänger.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'674'156	4'260'628	4'427'561
Erlös	3'845'084	3'712'992	3'585'258
Nettokosten	829'072	547'636	842'303
Kostendeckungsgrad in %	82	87	81

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Motivationssemester)	155.14	100.05	106.50
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Trampolin)	203.88	125.30	133.90
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (Attestausbildung)	226.69	170.95	158.65

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich Teilnehmer-Löhne und programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produktverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Motivationssemester (Anzahl Plätze)			
▪ Gruppeneinsatzplätze Transit Werkstatt	63	50	50
▪ Einzeleinsatzplätze Transit Praktika	24	30	30
Attestausbildung (Anzahl Plätze)			
▪ Restaurant Römerpark	15	14	15
Unterstützung gefährdeter Jugendlicher			
▪ Trampolin	25	25	25
Total	127	119	120

IAFP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	14'760	14'691	14'921	14'922	14'922	14'922
Erlös	10'651	10'763	11'644	11'644	11'644	11'644
Nettokosten/Globalkredit	4'108	3'928	3'278	3'278	3'278	3'278
Kostendeckungsgrad in %	72	73	78	78	78	78

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester) finanziert. <i>Messung</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen</i> - Produkt 1: AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) - Produkt 2: Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden - Produkt 3: Berufliche Integration von Jugendlichen	113	98	100	100	100	100
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrösse</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt - Produkt 1: AVIG-Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) - Produkt 2: Berufliche Integration von Sozialhilfe Beziehenden - Produkt 3: Berufliche Integration von Jugendlichen	-	40	40	40	40	40
3 Wirksamkeit der Massnahmen Produkt 1 Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert <i>Messung</i> Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV) <i>Messgrösse</i> - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %) - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %) Produkt 2 Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der KAP teil <i>Messung / Messgrösse</i> - Anzahl Personen pro Jahr Produkt 3 a) Motivationssemester und Trampolin: Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt b) Attestausbildung: Teilnehmende schliessen die Ausbildung erfolgreich ab <i>Messung</i> a) Übertritte in Anschlusslösungen b) Abgeschlossene Ausbildungen <i>Messgrössen</i> a) Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %) b) Bestandene Lehrabschlussprüfungen im Verhältnis zu den Absolvierten (in %)	-	85	90	90	90	90
	-	85	90	90	90	90
	-	85	550	450	450	450
	-	75	75	75	75	75
	-	80	80	80	80	80

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Keine Massnahmen

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Stadtwerk Winterthur

Auftrag

Stadtwerk Winterthur

- versorgen Haushalte und Wirtschaft der Stadt Winterthur mit Wasser, Elektrizität, Erdgas und Fernwärme.
- reinigen das Abwasser der Stadt Winterthur und weiterer topografisch geeigneter Gemeinden.
- verwerten thermisch den Abfall der Stadt Winterthur und eines weiteren Einzugsgebietes an einem Standort, der die Nutzung der anfallenden Abwärme ermöglicht.
- betreiben weitere mit den vorstehenden Aufgaben zusammenhängende unterstützende Geschäfte wie Energie-Contracting, Telecom, Hausinstallationsgeschäft.
- bieten ihre Leistungen weiteren Gemeinden und Körperschaften an, zwecks Optimierung der Gesamtwirtschaftlichkeit, der Marktstellung oder zur langfristigen Zukunftssicherung.
- erbringen zugewiesene öffentliche Leistungen wie an die Konzession gebundene Lieferung von Zuschusswasser an Drittgemeinden, Klärschlammverbrennung für Dritte, Tankkontrolle oder Aufgaben der Gewässerschutzfachstelle, sofern die Leistung in einem engen Zusammenhang mit der Grundgeschäftstätigkeit steht.

Im Bereich der Wasser- und Stromversorgung sowie der Abwasserreinigung, der Schlammverbrennung und Kehrichtverbrennung kommt die Stadt Winterthur mit Stadtwerk Winterthur ihrem gesetzlichen Auftrag nach.

Produkte

Gemäss GGR-Beschluss Nr. 2004/039 vom 19. Mai 2004 führt Stadtwerk keine Produkte-, sondern eine eigene Profitcenter-Rechnung. Diese ist in einem separaten Bericht abgebildet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Gewässerschutzverordnung (GSchV)
- Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG)
- Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (StoV)
- Bundesgesetz betreffend die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen (ELG)
- Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (RLG)
- Rohrleitungsverordnung (RLV)
- Verordnung über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen
- Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)
- Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)
- Energiegesetz (EnG)
- Stromverteilungsgesetz (Strom VG)
- Stromversorgungsgesetz (Strom VV)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG)
- Lebensmittelverordnung (LMV)
- Energienutzungsbeschluss (ENB)
- Klärschlammverordnung
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Verordnung über Abwassereinleitungen
- Verordnung über den Verkehr von Sonderabfällen
- Verordnung über elektrische Schwachstromanlagen
- Verordnung über elektrische Starkstromanlagen
- Verordnung über elektrische Leitungen (LeV)
- Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV)
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserverordnung in Notlagen (VTN)
- Abfallgesetz Kanton Zürich
- Bewilligung zur Annahme von Sonderabfällen
- Betriebsbewilligungen KVA und SVA
- EKAS Richtlinien
- Finanzhaushaltsgesetz
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Submissionsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Reglement über die Abgabe elektrischer Energie inkl. Nachträge
- Regulativ über die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserversorgung
- Verordnung über die Abgabe von Gas
- Verordnung über die Fernwärmeversorgung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Verordnung über die Siedlungsentwässerung

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild und Strategie
- Zielvorgaben
- Kompetenzregelungen

Verantwortliche Leitung

Christian von Burg

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
1.1 Marktgerechte Versorgungspreise			
<i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Strompreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
<i>Messgrösse:</i> Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städte	93	92	92
1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise			
<i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Kehrichtverbrennungspreise mit denjenigen anderer zürcherischer KVA			
<i>Messgrösse:</i> Verbrennungspreise Stadtwerk Winterthur in % des Durchschnitts der zürcherischen KVA's	82	97	95
1.3 Marktgerechte Versorgungspreise			
<i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Gaspreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
<i>Messgrösse:</i> Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städte	96	100	100
1.4 Marktgerechte Versorgungspreise			
<i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der Wasserpreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
<i>Messgrösse:</i> Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts mit Wasserversorgungen grösser 50'000 Einwohner (gem. SVGW Klasse 1).	91	95	95
1.5 Betriebsreserve Stromhandel			
<i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Stromhandel			
<i>Messgrösse:</i> in TCHF	2'784	1'820	1'543
1.6 Betriebsreserve Gashandel			
<i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Gashandel			
<i>Messgrösse:</i> in TCHF	-563	191	64
1.7 Betriebsreserve Haustechnik			
<i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Haustechnik			
<i>Messgrösse:</i> in TCHF	56	-49	-8
<i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Laden			
<i>Messgrösse:</i> in TCHF	entfällt	entfällt	entfällt
1.9 Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
<i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
<i>Messgrösse:</i> in TCHF	-653	-211	-2'438
1.10 Betriebsreserve Telekom			
<i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Telekom			
<i>Messgrösse:</i> in TCHF	-601	161	141

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1.11 Betriebsreserve Verteilung Gas <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Gas <i>Messgrösse:</i> in TCHF	1'677	191	50
1.12 Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messgrösse:</i> in TCHF	966	123	419
1.13 Betriebsreserve KVA <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve KVA <i>Messgrösse:</i> in TCHF	12'221	2'207	-192
1.14 Betriebsreserve Kläranlage <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Kläranlage <i>Messgrösse:</i> in TCHF	698	-801	97
1.15 Betriebsreserve Fernwärme <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Fernwärme <i>Messgrösse:</i> in TCHF	1'538	708	145
1.16 Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messgrösse:</i> in TCHF	836	615	72
2 Versorgungssicherheit 2.1 Qualität des Stromversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 50 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 2,0% <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	22 Jahre / 1,5%	23 Jahre / 1,5%	22,5 Jahre/1,7%
2.2 Qualität des Wasserversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 60 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,7%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	31 Jahre / 1,5%	30 Jahre / 1,7%	30 Jahre/1,7%
2.3 Qualität des Gasversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 70 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,4%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	27 Jahre / 0,7%	27 Jahre 1,0%	28 Jahre/0,8%

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
2.4 Qualität des Fernwärmeversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 33 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 3,0%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge	20 Jahre / 6,0%	19 Jahre / 3,0%	21 Jahre/1,5%
3 Qualität 3.1 Wasserqualität <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Einhaltung der massgeblichen Vorschriften, obwohl keine Wasseraufbereitung erfolgt. <i>Messung:</i> Anzahl gesetzeskonforme Proben in % 3.2 Reinigungsleistung ARA <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Einhaltung der massgeblichen Vorschriften <i>Messung:</i> Die Quartalskontrollen des AWEL werden bestanden 3.3 Gesicherte Geschäftsprozesse als Quelle der Qualität <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur laufen qualitätsgesichert ab <i>Messgrösse:</i> Die vorgeschriebenen ISO 9001-Audits (Qualitätsnorm) werden erfolgreich bestanden	100 erfüllt erfüllt	100 erfüllt erfüllt	100 erfüllt erfüllt
4 Aus- und Weiterbildung 4.1 Lehrlingsausbildung <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl Lehrlinge im Betrieb <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der beschäftigten Lehrlinge	13	13	13
5 Kundenorientierung 5.1 Reklamationen <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Anzahl der (berechtigten) Reklamationen <i>Messung:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Reklamationen. 5.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Medienkontakte und Medienberichte <i>Messgrösse:</i> Jährlicher Ausweis der Anzahl Medienkontakte (K) und positive Medienberichte (B)	102 887 K / 461 B	90 350 K / 250 B	120 350 K / 300 B
6 Nachhaltigkeit 6.1 Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messgrösse / Bewertung:</i> Im Berichtsjahr durchgeführte Massnahmen im Nachhaltigkeitsbereich <i>Messung:</i> Jährliche Vorlage eines Nachhaltigkeitsberichts 6.2 Nachhaltige Geschäftsprozesse <i>Messung / Bewertung:</i> Die Geschäftsprozesse Stadtwerk Winterthur tragen den Nachhaltigkeitsgesichtspunkten Rechnung <i>Messgrösse:</i> Die jährlichen ISO 14001-Audits (Umweltnorm) werden erfolgreich bestanden	erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt	erfüllt erfüllt

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
6.3 Ökostrom-Verkauf <i>Messung / Bewertung:</i> Ökostromverkauf pro Jahr in GWh <i>Messgrösse:</i> In GWh	5.82	4.50	6.00
6.4 Ökostrom-Anteil <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich Anteil des verkauften Ökostroms zum Stromabsatz mit vergleichbaren Schweizer Städte <i>Messgrösse:</i> Ökostromanteil in % des Durchschnitts des Ökostromanteils von anderen Schweizer Städten	100	100	100
6.5 Fernwärmeabsatz auf Stadtgebiet <i>Messung / Bewertung:</i> Steigerung des Fernwärmeabsatzes <i>Messgrösse:</i> Neu angeschlossene Leistung in kW/Jahr	3'161	3'000	3'000

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Es werden nur wesentliche Abweichungen zur Rechnung 2008 begründet.

Die Einlagen/Entnahmen Betriebsreserven sind direkt abhängig vom Erfolg (Gewinn/Verlust) der einzelnen Profit-Center.

Dieser ist in den entsprechenden Erfolgsrechnungen ersichtlich und kommentiert.

1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung

1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise KVA:

Die Preise werden mit dem ZAV (Zürcher Abfallverwertungs-Verbund) abgestimmt. Die im Jahr 2009 vorgenommene Preissenkung anderer Verbundwerke führte zu einer relativen Erhöhung der Stadtwerk-Preise.

2 Versorgungssicherheit

2.3 Qualität des Gasversorgungsnetzes

Das Durchschnittsalter liegt leicht unter dem Zielbereich. Dies ist durch die Stilllegung von Leitungen in Zusammenhang mit dem Energieplan (Ausscheidung Gas- und Fernwärmegebiet) begründet. Die geplante Erneuerungsrate wurde leicht reduziert.

2.4 Qualität des Fernwärmeversorgungsnetzes:

Bis anhin beinhaltete die Prozentangabe den Zuwachs des neuen Netzes, da aufgrund des Alters keine Erneuerungen anstanden. Im 2010 ist erstmalig eine Netz-Erneuerung im Altstadtgebiet geplant.

5 Kundenorientierung

5.2 Öffentlichkeitsarbeit:

Im 2008 wurden mehr Medienkonferenzen veranstaltet als geplant. Insbesondere ökologische Themen wie Klimafonds stiessen auf grosses Interesse, was zu entsprechender Medienarbeit führte.

Stadtbus Winterthur

Auftrag

Stadtbus erbringt die vom ZVV bestellten Angebots- und Marktleistungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Marktgebiet Winterthur.

Produkte

1. Betrieb Stadtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Linien 1 – 15 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

2. Betrieb Regional- und Nachtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Regionallinien 610, 611, 658, 660, 662, 665, 670, 680, 681, 765 sowie der Nachtlinien N61, N65, N66, N67 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

3. Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Produktemarketing für das gesamte Marktgebiet Winterthur: Einführung und Vermarktung der ZVV-Leistungen, Angebotsplanung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

4. Nebenleistungen

Vermietungen von Gebäuden und Parkplätzen, Werbung für Dritte, Extrafahrten

5. Unterhalt Infrastruktur

Betrieb und Unterhalt von Fahrleitungen und Haltestelleninfrastruktur (ZVV-Standard)

6. ZVV-Aufgaben

Im Auftrag des ZVV zu erbringende verbundweite Aufgaben: Verkauf von Fahrscheinen an Verkaufspunkten (Verkaufsstelle HB, Kioske, Fahrzeuge, Billettautomaten) und Leadhouse-Aufgaben

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesamt für Verkehr (BAV)

- Diverse Konzessionen für regelmässige gewerbsmässige Personenbeförderung
- Eisenbahngesetz vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Personenbeförderung und die Zulassung als Strassentransportunternehmen vom 18.6.1993
- Bundesgesetz über die Trolleybusunternehmen vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Arbeit in Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (Arbeitszeitgesetz) vom 19.3.1993
- Verordnung über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen vom 15.3.1999
- Kanton / Zürcher Verkehrsverbund
- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Zusammenarbeitsvertrag mit ZVV vom 3.10.89 und 24.3.99
- Transportvertrag 2005/06 vom 28.02.2005
- Zielvereinbarung 2012 (SRB-Nr. 2005-1235)
- Finanzierung gemäss § 25 PVG (SRB-Nr. 2005-2693)
- Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr vom 14.12.1988
- Verordnung über das Fahrplanverfahren im Verkehrsverbund vom 15.10.1997
- ZVV-Strategie 2009 - 2012
- Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild
- Strategie
- Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung Fahrleistungserbringung in % <i>Messgrösse:</i> - CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Fahrleistungskosten für Stadt- und Regionallinien <i>Messgrösse:</i> - Kosten der Fahrleistung pro Fahrplankilometer Wartezeiten an Lichtsignalanlagen senken <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Stunden pro Jahr Produktivität Fahrdienst <i>Messgrösse:</i> - Krankheitsstunden pro MA - Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region <i>Messgrösse:</i> - Linienerefolgsrechnung ZVV / KDG in %	erfüllt	3.0	2.6
		7.44	7.05
		2'000	2'000
	122	93	86
	1'693	1'720	1'731
	57.3	56.5	59.0
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste <i>Messgrösse:</i> - Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer - Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Pünktlichkeitsgrad <i>Messgrösse:</i> - Verspätung maximal 3 Minuten in %	56'300'000 23'670'000	54'000'000 23'400'000	59'000'000 25'000'000
		95	94
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Reklamationen <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Reklamationen Stadtbus und Contact-Center ZVV - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	72	76	75
	73	77	75
	44	50	50
4 Öffentlichkeitsarbeit Kommunikation <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Medienmitteilungen - Anzahl Medienanlässe Image <i>Messgrösse:</i> - Anzahl positive / negative Medienberichte	9 2	10 3	14 3
	3 : 1	5:1	5:1
5 Mitarbeitende Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte - Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung und Rechnungsergebnis / Betrag pro Mitarbeitenden - Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums	74 72	78	75 73
	46.00	50.00	50.00

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Interne Kommunikation			
Messgrösse:			
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	190	140	190
Lehrlingsausbildung			
Messgrösse			
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	3.00	4.00	4.00

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	26'697'918	28'292'195	28'385'854
Sachkosten	14'465'080	12'703'173	15'108'271
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	255'500	269'400	273'500
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'114'135	1'447'693	1'303'611
Mietkosten	45'660	57'000	57'000
Übrige interne Kosten	497'660	433'300	469'000
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>43'075'953</i>	<i>43'202'761</i>	<i>45'597'237</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	43'075'953	43'202'761	45'597'237
Externe Erlöse	42'267'666	42'062'711	44'558'437
Interne Erlöse	808'287	1'140'050	1'038'800
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>43'075'953</i>	<i>43'202'761</i>	<i>45'597'237</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	43'075'953	43'202'761	45'597'237
Total Nettokosten / Globalkredit	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	231.43	240.47	238.98
▪ Auszubildende	3.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- Leitung F & D: Eintritt Nachfolger 2 Mt. früher, da Stelleninhaber Ferien bezieht +0.17
- Fahrplanbüro: Geplante Penseneinsparung (auf Grund von Pensionierung) kann infolge Stellenaufgaben nicht umgesetzt werden +0.25
- Fahrdienst: Neue Leistungen (mehr Fahrplanangebot) +1.10

Die Kosten für die zusätzlichen Stellen werden zu 100% vom ZVV finanziert und sind somit für die Stadt kostenneutral

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Planung Verstärkung Linie 2
- Projektierung Depot Grüzefeld abgeschlossen
- Umsetzung Projekt Gesundheitsmanagement
- Inbetriebnahme 2. Tranche Gelenktrolleybusse Hess
- Einführung neues Beurteilungssystem Fahrdienst
- Vorbereitungen Projekt Neubau Stadtraum Bahnhof

Produkt 1 Betrieb Stadtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Stadtgebiet gemäss Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2005/2006)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	30'627'002	30'208'017	32'830'010
Erlös	30'627'002	30'208'017	32'830'010
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Stadt" gem. Zielvereinbarung 2012 mit ZVV ▪ Sicherstellen zusätzlicher Einsatzfahrzeuge bei ausserordentlichen Ereignissen (Anzahl Fahrzeuge) ▪ Qualität: Projekt "Einzelschulung Fahrpersonal" umgesetzt ▪ Sicherheit: Ausbildung Fahrpersonal zum Thema "Gewalt- und Eskalationsprävention" ▪ Zeitguthaben Fahrpersonal Ende Jahr (in Stunden) ▪ Projekt Busbevorzugung (Massnahmen definiert) ▪ Trolleybusbeschaffung 2010 (Systementscheid liegt vor) ▪ Technische Verfügbarkeit Leitstelle für Kunden in % ▪ Sauberkeit Busse innen (Resultat MSQ) ▪ Sauberkeit Busse aussen (Resultat MSQ) ▪ Linie 15: Anzahl Fahrgäste für Übernahme ins ZVV-Angebot	erfüllt 9'084 Keine Angaben 75 77	3.0 8'500 98 78 80 Fehlt noch!	2.6 8'200 98 78 80

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Fahrplankilometer (Stadtnetz, Basis DIVA) ▪ Fahrplanstunden (Stadtnetz, Basis DIVA)	3'527'930 226'065	3'914'000 243'000	3'915'000 243'500

Produkt 2 Betrieb Regional- und Nachtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Regional- und Nachtnetz gem. Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2005/2006)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	5'815'254	5'990'619	6'018'835
Erlös	5'815'254	5'990'619	6'018'835
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Regional" gemäss Zielvereinbarung 2012 mit ZVV - siehe operative Ziele "Stadtlinien"	erfüllt	3.0	2.6

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Fahrplankilometer (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA) - Fahrplanstunden (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA)	1'028'739 44'847	951'000 38'000	959'000 38'800

Produkt 3 Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Leistungen

- Planen von Angebotserweiterungen und -veränderungen (Angebotsplanung)
- Bewerben des Linienangebotes im Marktgebiet (Produktemarketing)
- Durchführen von Marktbearbeitung und Promotion (Produktemarketing)
- Sicherstellen von aktuellen und vollständigen Fahrgastinformationen (Produktemarketing)
- Veranlassen einer aktiven Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (PR-Massnahmen)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'766'114	2'081'847	1'413'514
Erlös	1'766'114	2'081'846	1'413'514
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Neue Linie 16 eingeführt - Angebotsveränderungen frühzeitig kommunizieren - Verbesserte Information bei Verspätungen/Leitstelle in Betrieb - Angebotskonzept nächste Fahrplanperiode 2010/11 liegt vor - Marktanalyse Preise Fahrzeugwerbung (Analyse durchgeführt) - Betriebsabwicklung EURO 08 sichergestellt - Erschliessung Dättnau West - Erschliessung Niderfeld - Neue Linienführung Nr. 7 + Nr. 5 umgesetzt - Aufhebung Linie 8 umgesetzt	erfüllt erfüllt nicht erfüllt teilweise erfüllt erfüllt	Dezember Mai/Juni Dezember Dezember Juni	Dezember Dezember

Leistungsmengen		Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Auflage Taschenfahrpläne	pro Jahr	120'000	125'000	120'000
▪ Auflage "Stadtbus AKTUELL"	pro Jahr	110'000	120'000	110'000
▪ Auflage Geschäftsbericht	pro Jahr	800	800	800

Produkt 4 Nebenleistungen

Leistungen

- Erzielen von Zusatzeinnahmen aus Geschäften die sich als "Nebenprodukt" der Hauptaufgabe von Stadtbus (Fahrleistungserbringung) ergeben. Hauptsächlich:
 - Werbeeinnahmen Fahrzeuge
 - Vermietung von Gebäuden
 - Reparaturreinnahmen aus Werkstattarbeiten
 - Extrafahrten und Bahnersatz

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'292'279	1'104'653	911'945
Erlös	1'292'279	1'104'653	911'945
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Mindestumsatz mit neuem Werbeträger "Trafficboard"			
▪ Durchschnittsgewinn pro Extrafahrt (in %)	21	20	20
▪ Mietertrag erhöhen Caravan-Parkplätze (bisher Fr. 45.00 pro Mt.)			
▪ Vermietungen Depot Deutweg und Grüzefeld (keine Leerstände)	91%	90%	88%
▪ Einnahmen aus Fahrzeugwerbung	537'000	700'000	660'000
▪ Umsatzziel "Altstadt-Card"		1'000'000	1'200'000
▪ Anzahl Verkaufstransaktionen "Altstadt-Card"		12'000	14'000

Leistungsmengen		Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Anzahl verkaufte Trafficboard	pro Jahr	16	22	24
▪ Anzahl verkaufte Heckwerbung	pro Jahr	65	75	75
▪ Anzahl verkaufte Dachreklamen	pro Jahr	96	50	90
▪ Anzahl Extrafahrten	pro Jahr	120	150	160
▪ Anzahl vermietete Caravan-Parkplätze				
▪ Anzahl verkaufte Teilbemalungen	pro Jahr	2	3	4

Produkt 5 Unterhalt Infrastruktur

Leistungen

- Betrieb und Instandhaltung der Infrastrukturanlagen an der Fahrstrecke, insbesondere Fahrleitungen und Haltestellen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'421'506	1'104'653	2'234'265
Erlös	1'421'506	1'104'653	2'234'265
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Sauberkeit Haltestellen: Kontroll- und Meldeorganisation verbessern Einsatz Clean-Team (Zusatzkosten) in CHF ▪ Haltestelleninfrastruktur: Neuaurüstung mit Sitzgelegenheit ▪ Anzahl neue Warthallen ▪ Vandalenschäden: Zeitvorgabe für Wiederinstandstellung (nach Eingang Meldung) in Stunden ▪ Ersatzbedarf Fahrleitungen bekannt ▪ Energieverbrauch Immobilien / Infrastruktur senken (Im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrauch der letzten 5 Jahre) in % ▪ Neuaurüstung mit Haltestellenanzeigen	 erfüllt erfüllt 2 0	 48 5 15	 48 2 15

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Unterhalt des Fahrleitungsnetzes (Länge in km) ▪ Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Kurslinien) (in km) ▪ Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Dienstlinien) (in km) ▪ Unterhalt von Haltestellen im Stadtnetz (Anzahl) ▪ Unterhalt Buswartehallen im Stadtnetz (Anzahl) ▪ Unterhalt Haltestellenanzeigen (Anzahl)	26'162 258 7	 23.2 2.9 272 25	 22.2 2.9 274 21

Produkt 6 ZVV-Aufgaben

Leistungen

- Aufgaben, die Stadtbus gemäss separatem Auftrag für den Zürcher Verkehrsverbund ausführt. Hauptsächlich:
 - Verkauf von Fahrausweisen (Verkaufsstellen, Fahrzeuge, Billettautomaten und Dritte)
 - Instandhaltung, Unterhalt und Leerung der Billettautomaten
 - Geldabrechnung und Statistikwesen der Fahrausweisverkäufe (Inkasso, Ablieferung und Statistikdaten)
 - Umsetzung der Leistungsaufträge als Leadhouse im ZVV Gebiet

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'153'798	1'996'873	2'188'667
Erlös	2'153'798	1'996'873	2'188'668
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Projektierung Mobilitätszentrale am Bahnhof ▪ Beheben von Vandalenschäden an Billettautomaten (in Stunden) ▪ Anzahl qualifizierte Kontakte zu Neuzuzügern ▪ Projekt S-POS / Testbetrieb Verkaufsgeräte in Fahrzeugen ▪ Aufbau Testmarkt Winterthur (Konzept vom ZVV genehmigt)	erfüllt	Dezember 48 Dezember	Dezember 48 Juni Dezember

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Unterhalt Verkaufsgeräte (Anzahl) - Billettautomaten - Entwerter (stationär) - Fahrscheinausgabegeräte Fahrzeuge - Fahrscheinausgabegeräte Verkaufsstellen ▪ Anzahl Drittverkaufsstellen (Kioske) ▪ Anzahl Fahrzeuge mit AFAZ ausgerüstet	195 45 28 3 11 14	196 45 28 3 11 15	196 45 28 3 11 16

IAFP Stadtbus Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	43'075	43'202	45'597	45'462	45'962	47'011
Erlös	43'075	43'202	45'597	45'462	45'962	47'011
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	38'345	0	2'750	9'905	10'090	13'500	2'300	-200
Bewilligt	56'498	23'192	14'794	6'371	10'566	50	0	1'524
Gesamt	94'843	23'192	17'544	16'276	20'656	13'550	2'300	1'324

* Investitionsreserve = Volumen ./. Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung Fahrleistungserbringung in % <i>Messgrösse:</i> - CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Fahrleistungskosten für Stadt- und Regionallinien <i>Messgrösse:</i> - Kosten der Fahrleistung pro Fahrplankilometer Wartezeiten an Lichtsignalanlagen senken <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Stunden pro Jahr Produktivität Fahrdienst <i>Messgrösse:</i> - Krankheitsstunden pro MA - Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region <i>Messgrösse:</i> - Linienerefolgsrechnung ZVV / KDG in %	erfüllt	3.0	2.6	2.4		
		7.44	7.05	7.00	6.85	6.60
		2'000	2'000	2'000	2'000	2'000
	122	93	86	86	85	84
	1'693	1'720	1'731	1'727	1'734	1'734
	57.3	56.5	59.0	60.0	61.0	62.0
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste <i>Messgrösse:</i> - Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer - Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Pünktlichkeitsgrad <i>Messgrösse:</i> - Verspätung maximal 3 Minuten in %	56'300'000	54'000'000	59'000'000	60'000'000	61'000'000	62'000'000
	23'670'000	23'400'000	25'000'000	25'500'000	26'000'000	26'500'000
	0	95	94	94	95	95
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Reklamationen <i>Messgrösse:</i> - Anzahl Reklamationen Stadtbuss und Contact-Center ZVV - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	72	76	75	75	78	78
	73	77	75	75	77	77
	0	0	0			
	44	50	50	50	54	54
4 Öffentlichkeitsarbeit Kommunikation Kommunikation - Anzahl Medienmitteilungen - Anzahl Medienanlässe Image <i>Messgrösse:</i> - Anzahl positive / negative Medienberichte	9	10	14	14	14	14
	2	3	3	3	3	3
	3 : 1	5:1	5:1	5:1	5:1	5:1

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
5 Mitarbeitende						
Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	74	78	75	75	77	77
▪ Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA	72	0	73		74	
Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung und Rechnungsergebnis / Betrag pro Mitarbeitenden	0	0	0			
▪ Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums	46.0	50.0	50.0	50	52	52
Interne Kommunikation						
Messgrösse:						
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	190	140	190	190	190	190
Lehrlingsausbildung						
Messgrösse						
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	3.0	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Verstärkung 665 / Linie 2 HAST Wülflingen realisiert
- Fahrplanstabilisierung Linien 5, 7 und 14
- Depotneubau Grüzefeld: Neubau bis Ende 2013 realisiert
- Trolleybusbeschaffung 2011 abgeschlossen
- Start Pilotprojekt Hybridfahrzeug (SBW / ZVV)
- Planung Linienverlängerungen (Linien 1 + 5)
- Umsetzung reibungslose Bauphase Umbau Bahnhofplatz

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

2011 - 2013

Die zu erwartende massive Fahrgastzunahme wird durch Mehrangebot kaum kompensiert werden können. Weiteres Zusatzangebot ist primär durch Angebotsoptimierungen und Umlagerungen zu finanzieren.

FinöV Stadt

Auftrag

Finanzierung der Abgeltungen der Stadt Winterthur im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Finanzierung des jährlichen Gemeindebeitrages an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes gemäss ZVV-Abrechnung und Verkehrsratsbeschluss

2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Finanzierung von Fahrplanleistungen, Angebotserweiterungen und Haltestelleninfrastruktur über das Verbundangebot hinaus

3 Leistungen an Stadtbus

Finanzierung von Aufwand bei Stadtbus welcher nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes gedeckt ist

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Verkehrsverbund vom 14.12.1988

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeinderatsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi) vom 28.6.2004
- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg) vom 27.10.2004, SR-Beschluss Nr. 2004-2142
- Stadtratsbeschlüsse 2000-315 und 2001-243 zu den Leistungen an Stadtbus

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit Angebotserweiterung Linie 12 (Mittwochnachmittag) <i>Messgrösse:</i> ▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste) Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi) <i>Messgrösse:</i> ▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste) Reinigungskosten Haltestellen (gemäss Leistungsvereinbarung TB) <i>Messgrösse:</i> ▪ Kosten insgesamt ▪ Kosten pro Haltestelle	980'000	1'600 Fehlt noch! Fehlt noch!	1'800 750'000 246
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit <i>Messgrösse:</i> ▪ Fahrgastfrequenzsteigerung der Linie 12 in % (Plan VJ) ▪ Fahrgastfrequenzsteigerung der Linie 14 in % (Plan VJ) Haltestelleninfrastruktur <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl neue Buswartehallen ▪ Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen ▪ Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	27 0 66 72	 5 72 76	12 10 72 76

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	12'462'452	11'730'583	14'959'206

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010**Aufwand**

- Mehrkosten für den ZVV (Beitrag Kostenunterdeckung) Fr. 1'872'100
- Minderkosten §20-Leistungen (Linie 12 und 16) Fr. -10'000
- Mehrkosten neues Haltestellenkonzept (Reinigung und Unterhalt) Fr. 610'000
- Minderkosten für Beiträge an Stadtbuss (Kosten von ZVV nicht gedeckt) Fr. -12'878
(Beiträge an Verwaltungskosten, Rententeuerung, Lohnkosten etc.)
- Mehrkosten Kapitalaufwand für Haltestellen Fr. 10'401

Ertrag

- Weniger ZVV-Rückerstattung aus Vorjahr (zuviel bez. Gemeindebeitrag) Fr. 894'000
- Mehrertrag für Werbung an Haltestellen und Parkplatzabgaben von Migros/Coop Fr. -135'000

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008**Aufwand**

- Mehrkosten ZVV (Bruttoverbuchung ab RG 2008, ohne Rückerstattung) Fr. 2'908'919
- Minderkosten §20-Leistungen (Linie 12 und 16, Wegfall Linie 14) Fr. -737'320
- Mehrkosten neues Haltestellenkonzept (Reinigung und Unterhalt) Fr. 588'198
- Mehrkosten für Beiträge an Stadtbuss (Kosten von ZVV nicht gedeckt) Fr. 116'859
(Beiträge an Verwaltungskosten, Rententeuerung, Lohnkosten etc.)
- Mehrkosten Kapitalaufwand für Haltestellen Fr. 23'651

Ertrag

- Mehrertrag ZVV-Rückerstattung (Bruttoverbuchung, siehe Aufwand) Fr. -384'000
- Mehrertrag für Werbung an Haltestellen und Parkplatzabgaben Migros/Coop Fr. -19'553

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	387'096	260'560	256'580
Sachkosten	30'966	0	0
Beiträge an Dritte	11'702'501	12'012'000	13'874'100
Residualkosten	401'573	382'173	367'575
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	13'250	23'651
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	557'763	842'600	1'458'300
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'079'899</i>	<i>13'510'583</i>	<i>15'980'206</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	13'079'899	13'510'583	15'980'206
Externe Erlöse	0	1'278'000	384'000
Interne Erlöse	617'447	502'000	637'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>617'447</i>	<i>1'780'000</i>	<i>1'021'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	617'447	1'780'000	1'021'000
Total Nettokosten / Globalkredit	12'462'452	11'730'583	14'959'206
Kostendeckungsgrad in %	5	13	6

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal: ▪ Stelleneinheiten ▪ Auszubildende ▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Umsetzung Projekt Haltestellen
- Einführung Linie 16 (Ergänzung Linie 4)

Produkt 1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Leistungen

- Finanzielle Leistung gemäss Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) und der Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Zürcher Verkehrsverbund

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	10'950'181	11'987'000	13'859'100
Erlös	0	1'278'000	384'000
Nettokosten	10'950'181	10'709'000	13'475'100
Kostendeckungsgrad in %	0	11	3

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Periodengerechte Abgrenzung der ZVV-Abrechnung aus Vorjahren	entfällt	Dezember	

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Anrechenbare, gewichtete Haltestellenabfahrten ▪ Kostenanteil an Kostenunterdeckung in % (Anteil Gemeindebeiträge) ▪ Leistungen gemäss Gesetz PVG	16'913'573 6.9	16'900'000 6.9	16'920'000 7.0

Produkt 2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Leistungen

- Gemeindeeigene Finanzierung diverser zusätzlicher Leistungen (Angebotserweiterungen, Studien, Buswartehallen etc.) welche nicht durch den ZVV finanziert werden.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	993'349	261'250	872'651
Erlös	617'447	502'000	637'000
Nettokosten	375'903	-240'750	235'651
Kostendeckungsgrad in %	62	192	73

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Linie 12: Einhaltung Kostenvorgabe Heidi Taxi (Mittwochnachmittag) - Linie 14: Erhöhung Fahrgastfrequenz (zu Vorjahr) - Linie 14: Übertreffen der Vorgabe ZVV (§20) für Übernahme in Verbundangebot ab 2009 (420'000) - Werbeeinnahmen (APG) aus Haltestellenwerbung in Fr. - Gesamtreinigung wichtiger Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) jährlich - Reinigung Haltestellen bei ausserordentlicher Verunreinigung - Wichtige Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) Reaktionszeit in Std. - Leeren der Papierkörbe an Haltestellen mit hohen Fahrgastfrequenzen und grossem Verschmutzungspotential	 560'000 386'000	25'000 340'000 2 4 täglich	15'000 420'000 2 3 täglich

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Linie 12: Fahrplankilometer Mittwochnachmittag pro Jahr - Linie 14: Durchschnittliche Anzahl Fahrgäste pro Tag - Linie 14: Fahrplankilometer (inkl. Depotfahrten) pro Jahr	326'508	1'900	1'900

Produkt 3 Leistungen an Stadtbus

Leistungen

- Interne Vergütungen der Stadt für Leistungen oder Aufwendungen von Stadtbus, die nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes finanziert sind

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'136'369	1'262'333	1'248'455
Erlös	0	0	0
Nettokosten	1'136'369	1'262'333	1'248'455
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Keine neuen oder zusätzlichen Kosten für Stadtbuss, die nicht durch Leistungsentgelt ZVV finanziert sind, Veränderung zu Vorjahr - Bereitstellen genügender Transportleistungen für EURO 08	103'900 erfüllt	0	0

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
- Betriebsausflüge Fahrdienst (Anzahl Stunden) - Kompensationstage Weihnachten/Neujahr (Anzahl Stunden) - Verkehrsdienst und Überwachung (Anzahl Anlässe)	3	3	3

IAFP FinöV Stadt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	13'079	13'510	15'980	17'819	18'393	19'086
Erlös	617	1'780	1'021	1'681	1'726	1'576
Nettokosten/Globalkredit	12'462	11'731	14'959	16'138	16'667	17'510
Kostendeckungsgrad in %	5	13	6	9	9	8

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	3'400	0	250	700	700	700	600	450
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	3'400	0	250	700	700	700	600	450

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit						
Angebotsenerweiterung Linie 12 (Mittwochnachmittag)						
Messgrösse:						
Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	0	1'600	1'800	2'000		
Angebotsenerweiterung Linie 14 (HB – Hegi)						
Messgrösse:						
Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	980'000	0	0			
Reinigungskosten Haltestellen (gemäss Leistungsvereinbarung TB)						
Messgrösse:						
- Kosten insgesamt - Kosten pro Haltestelle	0 0	Fehlt noch! Fehlt noch!	750'000 246	760'000 249	770'000 253	780'000 256
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit						
Messgrösse:						
- Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 12) in % - Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 14) in %	0 27	0 0	12 0	11		
Haltestelleninfrastruktur						
Messgrösse:						
- Anzahl neue Buswartehallen - Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen - Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	0 66 72	5 72 76	10 72 76	10 72 76	5 74 78	5 74 78

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Einführung Ergänzungen Linien 3 + 674 (Einkaufszentrum Rosenberg)
- Projekt Haltestellen: Umsetzung des SR-Beschlusses

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

2011 - 2013

- Verdichtung Linie 676, EKZ Rosenberg (Postautolinie)

Forstbetrieb

Auftrag

Der Forstbetrieb Winterthur ist verantwortlich für Unterhalt, Pflege und Nutzung des Natur- und Erholungsraums Wald. Er betreibt den Wildpark Bruderhaus als Ausflugsziel und Umweltbildungsort. Die Bevölkerung findet beim Forstbetrieb kompetente Ansprechpartner für alle Belange von Wald, Wild und Natur. Der Forstbetrieb Winterthur nimmt die hoheitlichen Aufgaben des kommunalen Forstdienstes gemäss Waldgesetzgebung wahr.

Produkte

1. Verrechenbare Leistungen:

Verkauf von Holz und Holzprodukten, Erbringen von Dienstleistungen innerhalb der Stadtverwaltung und für Dritte gegen Verrechnung.

2. Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen:

Jungwaldpflege, Wildschadenverhütung und Biotophege, Betrieb Wildpark Bruderhaus, Bau, Betrieb und Unterhalt von Erholungs- und Sportanlagen, Strassen und Wegen, Führungen, Vorträge und Exkursionen, Planung und Ausführung von Naturschutzmassnahmen, Sicherheitsholzerei, Hochwasserschutz, Forstpolizei, Querschnittsaufgaben, Beförderung Privatwald.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991
Verordnung über den Wald vom 30. November 1992
Kantonales Waldgesetz vom 7. Juni 1998
Kantonale Waldverordnung vom 28. Oktober 1998

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild Forstbetrieb, Oktober 2000

Verantwortliche Leitung

Beat Kunz, Stadtforstmeister

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in % Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	116 112	>100 >110	>100 >110
2 Kundenorientierung Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5
3 Nachhaltigkeit Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz <i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen in % Laufmeter Waldrandpflege, Aren Pflege Lichter Wald, Aren Eichen- und Eibenförderungsmassnahmen. Anzahl grössere öffentliche Aktionen Anzahl Stunden für Umweltbildung	11 1'041 4 605.00	11 1'000 3 >500	11 1'000 3 >500
5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandarts hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb Ausbildung von Forstwartlernenden <i>Messgrösse:</i> Anzahl Lehrstellen	5	4	5

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	2'160'037	2'299'071	2'215'169

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010**Kosten**

Personalkosten:

Vorarbeiterstelle zur Führung von KAP Teillohn-Arbeitsplätzen im Forstbetrieb.

Erhöhung der Anzahl Lehrstellen von 4 auf 5.

Kleinerer Übertrag von Überzeit aus dem Vorjahr.

Sachkosten:

Mehr interne Leistungen, reduzierter Unterhalt Infrastruktur, tiefere Treibstoffpreise.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen auf Investitionen gemäss Investitionsprogramm 2009.

Übrige interne Kosten:

Mehr interne Leistungen, dadurch tiefere Sachkosten.

Erlöse

Mehr Dienstleistungen für Dritte.

Höhere Entschädigung für Wildschadenverhütungsmassnahmen.

Mehr Beiträge für Naturschutzmassnahmen.

Neue Beiträge an Massnahmen zur Erhaltung der Schutzwaldfunktion des Waldes.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008**Kosten**

Personalkosten:

Grössere Belastung durch Überzeit in der Rechnung 2008.

Sachkosten:

Reduzierter Unterhalt Infrastruktur, weniger Anschaffungen.

Übrige interne Kosten:

Reduzierter Unterhalt Infrastruktur.

Erlöse

Weniger Holzverkauf durch Senkung Hiebsatz (Jährlich nachwachsende Holzmenge).

Preisrückgang auf dem Holzmarkt infolge Wirtschaftskrise.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	3'496'207	3'227'456	3'428'059
Sachkosten	1'960'380	1'944'002	1'838'143
Beiträge an Dritte	7'704	8'000	8'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	212'091	375'993	270'647
Mietkosten	31'348	31'100	30'000
Übrige interne Kosten	188'213	91'520	142'320
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'895'943</i>	<i>5'678'071</i>	<i>5'717'169</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'895'943	5'678'071	5'717'169
Externe Erlöse	2'452'202	2'282'000	2'375'000
Interne Erlöse	1'119'303	968'000	956'000
Beiträge von Dritten	164'401	129'000	171'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'735'906</i>	<i>3'379'000</i>	<i>3'502'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'735'906	3'379'000	3'502'000
Total Nettokosten / Globalkredit	2'160'037	2'299'071	2'215'169
Kostendeckungsgrad in %	63	60	61

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	25.00	25.50	26.50
▪ Auszubildende	5.00	4.00	5.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Vorarbeiterstelle zur Führung von KAP Teillohn-Arbeitsplätzen im Forstbetrieb gemäss SRB 2007-1207.
Die Stelle wird im Jahr 2010 geschaffen und zu 50 % belastet und ab 2011 zu 100 % besetzt.
Eine zusätzliche Lehrstelle.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Holznutzung im Stadtwald gemäss dem zu erwartenden reduzierten Hiebsatz von 17'000 Tfm. (Jährlich nachwachsende Holzmenge)
- Sinnvolle Nutzung des Holzpotenzials im Privatwald.
- Optimierung und Ausbau des Energieholzbetriebes.
- Revision der Betriebspläne für die Reviere Eschenberg-Seen-Töss und Kümberg.
- Baubeginn Projekt Wildpferd-Mufflonanlage im Wildpark Bruderhaus.
- Projekt Ausbau Betriebsgebäude Wildpark Bruderhaus.
- Projektierung Winforst, Zusammenlegung Betriebsstützpunkte: Zusammenlegung der gesamten Infrastruktur des Forstbetriebs und teilweise des Wildparks sowie Betriebsleitung und Administration.
- Verkehrskonzept Eschenberg umgesetzt.
- Sanierung Denkmalschutzobjekt Klosterruine Mariazell im Beerenberg Wülflingen abgeschlossen.
- Ausführung Projekt "Aufwertung Reitplatz" innerhalb des Programms "Entwicklungsimpuls Töss".
- Sanierung Walcheweier - Hochwasserschutz.
- Projekt Gestaltung Allmend Gütli Veltheim.

Produkt 1 Verrechenbare Leistungen

Leistungen

- Produktion und Verkauf von Stammholz, Industrieholz, Brennholz, Holzschnitzeln, Kleinmaterial (Weihnachtsbäume, Dekorationsmaterial, Tische, Bänke, Pfähle, Scheitstöcke)
- Spezialholzerei in Gärten und Parkanlagen, Tiefbau, Ingenieurbiologie und Grünverbau, Planungen und Konzepte

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	2'748'688	2'480'857	2'573'252
Erlös	3'035'065	2'737'531	2'791'771
Nettokosten	-286'377	-256'674	-218'519
Kostendeckungsgrad in %	110	110	108

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kostendeckungsgrad Holz ab Wald in %	115.7	114.4	110.4
Keine Unfälle bei der Holzerei mit gravierenden Personenschäden	0	0	0
Umsatz Dienstleistungen für Private in CHF	138'924	180'000	180'000
Umsatz Dienstleistungen Stadtverwaltung in CHF	217'908	245'000	280'000
Kostendeckungsgrad Dienstleistungen in %	112.3	104.7	110.0
Brennstofflogistik Schnitzelheizungen jederzeit sichergestellt	Keine Bu*	keine Bu	Keine
Messgrösse: Betriebsunterbrüche			Betriebsunterbrüche

* keine Betriebsunterbrüche

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Hiebsatz Stadtwald in m3	21'600	17'000	17'000
Produktion Nadelholz in m3	8'200	8'500	8'500
Produktion Laubholz in m3	2'400	1'700	1'700
Produktion Brennholz und Holzschnitzel in m3	9'250	6'800*	6'800*

* plus aus Zukauf von Schnitzelholz:

Soll 2009: 2'300 m3

Soll 2010: 2'400 m3

Produkt 2 Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Leistungen

- Jungwaldpflege
- Wildschadenverhütung, Biotophege, Wild und Jagd
- Wildpark Bruderhaus
- Planung, Bau und Unterhalt Sport- und Erholungsanlagen im Wald
- Unterhalt von Waldstrassen und Wegen
- Umweltbildung, Exkursionen, Führungen, Vorträge
- Bau, Unterhalt und Pflege von Naturschutzflächen im Wald
- Sicherheitsholzerei entlang von Strassen, Siedlungen, Infrastrukturanlagen
- Bachunterhalt und -Verbau, Rutschungs- und Hangverbau
- Forstpolizei, Bewilligungswesen
- Forstliche Planung
- Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung (Umwelt, Naturschutz, Energie)
- Beförderung des Privatwaldes auf Stadtgebiet

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'143'871	3'197'214	3'143'917
Erlös	700'841	641'469	710'229
Nettokosten	2'443'030	2'555'744	2'433'688
Kostendeckungsgrad in %	22	20	23

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Jungwaldpflege: 45 Hektaren gepflegt	erledigt	erledigt	erledigt
Wildpark Bruderhaus: Wildpferd-Mufflonanlage realisiert	Projekt begonnen	erledigt	erledigt
Waldweg-Unterhaltskonzept aktualisiert	erledigt	erledigt	erledigt
Naturschutz: Holzschläge für lichten Wald:	2 Holzschläge	3 Holzschläge	3 Holzschläge
Naturschutz: Neophyten in Wald-Naturschutzgebieten eingedämmt	erledigt	erledigt	erledigt
Beförderung Privatwald in ha	462	462	462
Betriebspläne Eschenberg-Seen-Töss und Kumberg abgeschlossen	in Arbeit	erledigt	erledigt

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Jungwaldpflege in Hektaren	45	45	45
Wildschadenverhütung (Einzelschutz)	755	sistiert GGR	
Laufender Unterhalt Wegnetz in km	170	170	170
Periodischer Unterhalt Wegnetz (Bekiesung) in km	4	5	2
Sicherheitsholzerei (Anzahl Holzschläge)	4	4	4
Kontrolle und Unterhalt von Bächen und Entwässerungsgräben im Wald in km	60	60	60

IAFP Forstbetrieb

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	5'895	5'678	5'717	5'717	5'717	5'717
Erlös	3'735	3'379	3'502	3'467	3'467	3'467
Nettokosten/Globalkredit	2'160	2'299	2'215	2'250	2'250	2'250
Kostendeckungsgrad in %	63	60	61	61	61	61

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	9'210	0	350	1'550	4'195	3'400	200	-485
Bewilligt	2'454	115	1'479	400	455	0	0	5
Gesamt	11'664	115	1'829	1'950	4'650	3'400	200	-480

* Investitionsreserve = Volumen ./ . Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in %	116	>100	>100	>100	>100	>100
Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	112	>110	>110	>110	>110	>110
2 Kundenorientierung						
Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5	<5	<5	<5
3 Nachhaltigkeit						
Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz						
<i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen in %	11	11	11	11	11	11
Laufmeter Waldrandpflege, Aren Pflege Lichter Wald, Aren Eichen- und Eibenförderungsmaßnahmen.	1'041	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
Anzahl grössere öffentliche Aktionen	4	3	3	3	3	3
Anzahl Stunden für Umweltbildung	605.0	>500	>500	>500	>500	>500
5 Objektschutz und Sicherheit						
Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässererbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle
Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle
Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandarts hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb						
Ausbildung von Forstwartlernenden <i>Messgrösse:</i> Anzahl Lehrstellen	5	4	5	5	5	5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Wildpark Bruderhaus: Entwicklungskonzept 2020 zur Hälfte umgesetzt.
- Wildpark Bruderhaus: Ausbau Betriebsgebäude gemäss Vorschriften.
- Sanierung Walcheweiher:
Hochwasserschutz- und Gestaltungsplan realisiert.
Sanierung ausgeführt.
- Aufwertung Reitplatz gemäss Ergebnissen der Studie 2006 umgesetzt.
- Infrastruktur Energieholz:
Energieholz nimmt im Rahmen der Energiebilanz an Bedeutung zu.
Zur Optimierung der Produktion und Lagerung muss die Infrastruktur ausgebaut werden.
- Ausführung Projekt Winforst, Zusammenlegung Betriebsstützpunkte:
Zusammenlegung der gesamten Infrastruktur des Forstbetriebs und teilweise des Wildparks Bruderhaus sowie Betriebsleitung und Administration.
- Gestaltung Allmend Gütli Veltheim ausgeführt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Stadtgärtnerei

Auftrag

Die Stadtgärtnerei Winterthur stellt eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung der städtischen Grünräume sicher. Dies beinhaltet Projektierungs- und Pflegemassnahmen, Nutzungsaufsicht und Grünberatung. Sie gewährleistet pietätvolle Bestattungen und qualitativ hochstehende Grab- und Friedhofpflege.

Produkte

1 Leistungen mit vollem Ertrag

Objektplanung für Investitionsrechnung; Baumanagement Aussenanlagen; Grünpflege Schulanlagen; Grünpflege Sportanlagen; Grünpflege Liegenschaften Stadtverwaltung; Pflanzenproduktion für Verkauf; Produktion Floristik; Innenbegrünung städtische Liegenschaften; Bestattung auswärts Wohnende; Grabpflege; Bestattungszusatzleistungen.

2 Leistungen mit Teilertrag

Naturschutzplanung und -controlling; Pflege überkommunales Verkehrsgrün; Diverse Dienstleistungen.

3 Leistungen ohne Ertrag

Grünraum- und Entwicklungskonzepte; Objektplanung für laufende Rechnung; Baubewilligungsverfahren; Bewirtschaften GIS-Daten; Pflege öffentliche Grünanlagen; Pflege Naturschutzobjekte; Pflege kommunales Verkehrsgrün; Pflanzenproduktion für Grünanlagen; Pflege Friedhofanlagen; Bestattung Einwohner/innen Winterthurs.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung (§ 58 OR)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz
- Eidg. Stoffverordnung
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich
- Kantonale Bestattungsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofswesen
- Grabmalverordnung
- Gebührentarif für die Friedhöfe
- Geschäftsreglement der Naturschutzkommission
- Naturschutzkonzept
- Alleenkonzept

Stufe Verwaltungseinheit

- Entwicklungskonzepte für Grünanlagen und Friedhöfe
- Jahreszielsetzungen

Verantwortliche Leitung

Christian Wieland

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> - Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt 1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF <i>Messgrössen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	89.70	<100	<100
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut' 2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufende Rechnung)	73	75	75
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle) 3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> - Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	104.5 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
4 Nachhaltigkeit/Oekologie 4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	27.0	30.0	30.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> Aktionen pro Jahr	8	6	6
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen in % <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	20.8	21.0	21.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> Projekte im Jahr	4	3	3
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	4.6	6.0	6.0

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	9'846'075	11'164'232	11'228'922

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

- Das Total der effektiven Kosten ist um Fr. 616'000 höher budgetiert. Es wird eine zusätzliche Lehrstelle geschaffen. Die Dienstkleider entsprechen nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen und müssen teilweise ersetzt werden. Höhere Sachkosten müssen wegen zusätzlichen Aufgaben aufgrund bewilligter Investitionskredite (Eulachpark, Brühlgutpark, Gemeinschaftsgräber) budgetiert werden. Auf Wareneinkauf und Dienstleistungen Dritter muss eine (teils vertraglich zugesicherte) Teuerung budgetiert werden. Der bauliche Unterhalt an Gebäuden und Tiefbauten muss sukzessive angehoben werden.
- Das Total der effektiven Erlöse ist um Fr. 552'000 höher budgetiert. Es wird weiterhin mit einer Steigerung der Anzahl Kremationen für auswärts Wohnende gerechnet. Der Grabunterhalt ist nach wie vor leicht rückläufig, wird aber durch andere Dienstleistungen im Bestattungswesen kompensiert. Die internen Verrechnungen decken teilweise die Vollkosten nicht mehr, da insbesondere die Lohnmassnahmen der letzten Jahre nicht überwältigt werden können.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen gegenüber dem Voranschlag 2009 lediglich um Fr. 65'000, was sich positiv auf den Kostendeckungsgrad auswirken wird (+ 2 %).

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

- Das Total der effektiven Kosten ist um Fr. 1'361'000 höher. Mehraufwand wird bei den Personalkosten infolge Lohnmassnahmen 2009 sowie Stellenaufstockung resultieren. Höhere Sachkosten müssen wegen zusätzlichen Aufgaben aufgrund bewilligter Investitionskredite (Eulachpark, Brühlgutpark, Gemeinschaftsgräber) budgetiert werden. Einzelne Ersatzanschaffungen bei Betriebseinrichtungen sind notwendig. Der bauliche Unterhalt an Gebäuden und Tiefbauten kann nicht im notwendigen Mass budgetiert werden.
- Das Total der effektiven Erlöse ist um Fr. 22'000 tiefer. Es wird zwar mit einer Steigerung der externen Erlöse gerechnet, welche jedoch durch einen Rückgang der internen Erträge aufgeessen werden. Die einmalig vorgenommene zeitliche Verschiebung für überkommunale Strassen fällt weg.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen gegenüber der Rechnung 2008 um Fr. 1'383'000.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	9'674'553	9'908'173	10'172'022
Sachkosten	5'397'577	5'761'552	5'899'256
Beiträge an Dritte	21'652	31'300	31'300
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'693'397	2'020'437	2'168'316
Mietkosten	94'685	91'600	91'100
Übrige interne Kosten	413'077	226'671	294'228
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>17'294'941</i>	<i>18'039'732</i>	<i>18'656'222</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	17'294'941	18'039'732	18'656'222
Externe Erlöse	4'077'587	3'938'600	4'225'300
Interne Erlöse	3'057'820	2'756'900	2'993'000
Beiträge von Dritten	313'459	180'000	209'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'448'866</i>	<i>6'875'500</i>	<i>7'427'300</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	7'448'866	6'875'500	7'427'300
Total Nettokosten / Globalkredit	9'846'075	11'164'232	11'228'922
Kostendeckungsgrad in %	43	38	40

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	89.50	89.38	89.38
▪ Auszubildende	12.00	11.00	12.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- Stelleneinheiten: Keine Veränderung.
- Auszubildende: Eine zusätzliche Lehrstelle.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

- Eulachpark: Fertigstellung 2. Etappe und Einweihung
- Brühlgutpark: Abschluss Neugestaltung
- Stadtgarten: Projektierung Aufwertungsmassnahmen
- Friedhof Rosenberg: Neubau Werkhof, projektiert
- Friedhof Seen: Neues Gemeinschaftsgrab, Baubeginn
- Friedhof Rosenberg: Friedhofteil für Muslime, Baubeginn
- Neuauflage Vernetzungsprojekte: Projektphase

Produkt 1 Leistungen mit vollem Ertrag**Leistungen**

- Objektplanung für Aussenanlagen welche über die Investitionsrechnung finanziert werden
- Baumanagement für Aussenanlagen, wie Kostenvoranschläge, Submission, Bauleitung
- Grünpflege für die Umgebung von Schulhäusern, Kindergärten und Horten
- Grünpflege für Sportanlagen, wie Rasen-, Gehölz- und Baumpflege
- Grünpflege für Liegenschaften der Stadtverwaltung
- Pflanzenproduktion für Verkauf im Friedhof und an Dritte
- Produktion Floristik, wie Dekorationen, Büroschmuck, Grabschmuck, Trauerbinderei
- Innenbegrünung für städtische Liegenschaften
- Bestattung auswärts Wohnende, Kremation i.A. von Gemeinden, Beisetzungen auf städtischen Friedhöfen
- Grabpflege für Private als Jahres- oder Dauerauftrag
- Bestattungszusatzleistungen, wie Grabplatzvermietung, Nischenbeschriftungen u.dgl.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	6'707'296	6'840'866	6'944'418
Erlös	6'498'352	6'236'200	6'636'000
Nettokosten	208'944	604'666	308'418
Kostendeckungsgrad in %	97	91	96

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kostendeckungsgrad für alle Leistungen des Produkts 1 in %	97.0	100.0	96.0
Kostendeckungsgrad für Bestattung auswärts Wohnende in %	103.3	105.0	106.5
Verrechnungsansätze für Planungsleistungen in % der KBOB-Ansätze	84	<100	<100
Auslastung der Kulturflächen in den Gewächshäusern in %	61.00	60.00	62.00

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Planungsleistungen in Std.	2'074	2'000	2'100
Pflegeflächen Sportanlagen in m2	189'675	186'000	176'000
Pflegeflächen Schulanlagen in m2	475'163	477'000	477'700
Pflegeflächen Kindergärten in m2	104'013	104'500	104'500
Anzahl für Verkauf produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	187'800	214'000	221'500
Anzahl Kremationen auswärts Wohnende	1'655	1'590	1'720
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg-, Urnen-, Privatgräber) FH Rosenberg	5'374	5'340	5'200
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg- und Umengräber) Vorortsfriedhöfe	2'491	2'410	2'350
Anzahl neu erstellte Privat- und Baumgräber	45	40	45

Produkt 2 Leistungen mit Teilertrag

Leistungen

- Naturschutzplanung und -controlling, wie Naturschutzprojekte und Umsetzung, Beitragswesen, Kontrollen
- Pflege überkommunales Verkehrsgrün, wie Alleen, Hecken und Rabatten an "überkommunalen" Strassen
- Diverse Dienstleistungen, wie Rückerstattungen, Vermietungen, Verwaltungsleistungen

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	1'925'654	1'983'252	2'067'441
Erlös	950'513	639'300	791'300
Nettokosten	975'141	1'343'952	1'276'141
Kostendeckungsgrad in %	49	32	38

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anteil erstellter Pflegepläne aller Naturschutzflächen auf Stadtgebiet in %	52.5	53.0	60.0
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Allee-bäume an überkommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	47	40	35
Anzahl Arbeitsplätze für Integration	10	10	10

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Planungsleistungen für Naturschutz in Std.	859	1'000	1'000
Beaufschlagte Naturschutzgebiete überkommunal, m2	239'000	237'000	239'000
Beaufschlagte Naturschutzgebiete kommunal, m2	190'900	192'900	190'900
Anzahl Strassenbäume, überkommunal	2'493	2'480	2'515

Produkt 3 Leistungen ohne Ertrag

Leistungen

- Grünraum- und Entwicklungskonzepte für Park- und Friedhofanlagen, Kinderspielanlagen und Verkehrsgrün
- Objektplanung für die laufende Rechnung, wie Umgestaltungen, Neuelegungen und Pflegepläne
- Baubewilligungsverfahren für Umgebungsgestaltung im Auftrag des Baupolizeiamtes (bis Rechnung 2007 im Produkt 1)
- Bewirtschaften von GIS-Daten, Baum- und Grünflächenkataster
- Pflege öffentlicher Grünanlagen, wie Parkanlagen, Kinderspielplätze und Kleinanlagen
- Pflege der stadt eigenen Naturschutzobjekte (exkl. Wald)
- Pflege kommunales Verkehrsgrün, wie Strassenbäume, Hecken, Rabatten an Strassen
- Pflanzenproduktion für Grünanlagen für Rabatten und Blumenschalen
- Pflege Friedhofanlagen; Rasen, Beläge, Rabatten, Gehölze, Bäume, Einrichtungen
- Bestattung Einwohner/innen Winterthurs; Sarg, Einsargen, Transport, Aufbahrung, Kremation, Beisetzung

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	8'655'072	9'215'615	9'644'364
Erlös	0	0	0
Nettokosten	8'655'072	9'215'615	9'644'364
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl der erstellten Entwicklungskonzepte	2	2	2
Anteil der extensiv/naturnah gepflegten Flächen in öffentlichen Grünanlagen in %	23	24	24
Pflegepläne für öffentliche Grünanlagen, anteilmässig erstellt in %	30	50	70
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Alleebäume an kommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	14	20	30
Durchschnittliche Kosten einer Bestattung in CHF	2'419	2'000	2'500

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Planungsleistungen in Std.	3'119	3'000	3'000
Pflegeflächen öffentliche Grünanlagen, m2	423'032	426'000	455'000
Naturschutzflächen durch StG gepflegt, m2	280'225	280'000	280'000
Anzahl Strassenbäume, kommunal	1'615	1'640	1'670
Anzahl für Grünanlagen produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	32'300	36'000	37'000
Pflegeflächen Friedhofanlagen, m2	203'593	208'000	208'093
Anzahl Bestattungen Einwohner/innen Winterthurs	879	910	900

IAFP Stadtgärtnerei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	17'294	18'039	18'656	19'227	19'613	19'981
Erlös	7'448	6'875	7'427	7'672	7'703	7'816
Nettokosten/Globalkredit	9'846	11'164	11'229	11'555	11'910	12'165
Kostendeckungsgrad in %	43	38	40	40	39	39

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitions- reserve *
Vorgesehen	14'920	0	1'030	1'340	3'970	3'565	6'800	-1'785
Bewilligt	16'255	3'585	6'885	2'835	1'000	400	0	1'550
Gesamt	31'175	3'585	7'915	4'175	4'970	3'965	6'800	-235

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt	89.70	<100	<100	<100	<100	<100
1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF <i>Messgrössen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	2.37 2.57 5.39 6.26 5.00 0.95	2.50 2.60 5.40 6.50 5.10 1.40	2.60 2.70 5.50 6.50 5.10 1.20	2.60 2.70 5.60 6.70 5.20 1.20	2.70 2.80 5.70 7.00 5.20 1.30	2.80 2.90 5.80 7.20 5.30 1.30
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut'	73.0	75.0	75.0	75	75	75
2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufenden Rechnung)	2.9	3.0	1.0	2.0	2.0	3.0
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet						

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
<i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> ▪ a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen ▪ b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle)	104.5	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Nachhaltigkeit/Oekologie 4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	27.0	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> ▪ Aktionen pro Jahr	8	6	6	7	7	7
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	20.8	21.0	21.0	22.0	23.0	23.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> ▪ Projekte pro Jahr	4	3	3	3	3	3
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> ▪ Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	4.6	6.0	6.0	7.0	8.0	10.0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

- Bau Eulachpark 3. Etappe.
- Integration Eulachpark in Normalunterhalt.
- Stadtgarten, Aufwertung gemäss Testplanung.
- Neugestaltung und Vergrösserung Max-Bill-Park.
- Sanierung und Aufwertung Frobergpark.
- Natur- und Landschaftsschutzmassnahmen: Aktualisierung der Inventare und Vernetzungsprojekte, Überprüfung der Strategie, Umsetzung.
- Friedhof Rosenberg, Erweiterung muslimische Gräber.
- Bau eines Werkhofs im Friedhof Rosenberg.
- Renovation und Umnutzung alte Kapelle Friedhof Rosenberg.
- Vorortsfriedhöfe, Erweiterung Urnennischen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Im Zentrumsgebiet Oberwinterthur wird der Eulachpark als wesentliches städtebauliches Element in 4 Etappen (2006 bis 2017) erstellt.
- Der Stadtgarten ist als altstadtnaher Grünraum bei Einwohnern und Passanten sehr geschätzt und sehr stark genutzt. Durch gezielte Eingriffe soll auf diesen Nutzungsdruck reagiert werden. Eine Testplanung soll erfolgsversprechende Massnahmen aufzeigen. Die Umsetzung ist in Etappen vorgesehen.
- Die Aufwertung der Zürcherstrasse ist ein wichtiger Teil des Projekts "Töss". Im gleichen Zug soll die kleine Max-Bill-Anlage zum Max-Bill-Park erweitert werden und das "Tor zur Stadt" aufwerten.
- Der Frobergpark erhält infolge der Bautätigkeit im Sulzerareal Stadtmitte einen höheren Stellenwert als grüner Frei- und Erholungsraum. Er ist als alter Villengarten nicht für den steigenden Nutzungsdruck konzipiert und muss deshalb saniert werden.
- Die Naturschutzinventare müssen periodisch aktualisiert und die Strategie entsprechend angepasst werden. Wichtige Themen werden die Bekämpfung von Neophyten und die Auswirkungen der Klimaveränderung auf Fauna und Flora sein.
- Die über den ganzen Friedhof verstreuten Betriebsgebäude (Baracken) sollen durch ein neues, einfaches Gebäude im Bereich des bestehenden Werkhofs ersetzt werden.
- Die betriebliche Nutzung der alten Kapelle schadet dem Rittmeyer-Gebäude. Es soll künftig für Aufbahrungen und als Aufenthalt für Friedhofbesuchende genutzt werden. Zudem soll der Zugang zur Aufbahrungshalle in die Kapelle verlegt werden.
- Die Urnennischen in den Vorortsfriedhöfen sind sehr beliebt. Es werden bald keine Nischen mehr verfügbar sein. Wenn weiterhin genügend Nischen in den Vorortsfriedhöfen vorhanden sein sollen, müssen die bestehenden Anlagen erweitert werden.

Stadtkanzlei

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtkanzlei stellt die administrativen Kernfunktionen der legislativen und exekutiven Tätigkeiten innerhalb der Stadt Winterthur sicher. Neben dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat sind auch Wahlen/Abstimmungen und Einbürgerungen sowie das Stadtarchiv in dieser Produktgruppe enthalten.

Produkte

1 Behörden

Zu den Behörden werden der Grosse Gemeinderat (Legislative) und der Stadtrat (Exekutive) gezählt.

2 Kanzleifunktionen

Die Stadtkanzlei ist das zentrale Sekretariat von Stadtrat und Grosse Gemeinderat. Sie unterstützt und berät beide Behörden auch in juristischen Fragen. Zudem betreut sie das Einbürgerungswesen und organisiert die Wahlen und Abstimmungen. Der Stadtkanzlei ist der Informationsdienst als zentrale Stelle für die städtische Öffentlichkeitsarbeit angegliedert.

3 Stadtarchiv

Das Stadtarchiv dient gemäss gesetzlichem Auftrag der Bewahrung, Erschliessung und Vermittlung einer dauerhaften Überlieferung zu administrativen, rechtlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zwecken.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über die Politischen Rechte
- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes
- Gemeindegesetz
- Kantonales Archivgesetz und Vollzugsverordnung
- Gesetz über die Information und den Datenschutz IDG

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnungen Stadtrat und Grosser Gemeinderat
- Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur
- Verordnung betr. die Organisation des Wahlbüros
- Städtisches Archivreglement
- Beschluss betreffend Informationspolitik des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

- Ablieferungsvereinbarungen mit städtischen Amtsstellen
- Depositaverträge mit Kirchgemeinden, Firmen, Privaten
- Beschluss des Stadtrates vom 19. Dezember 2001 ("Richtlinien für den Versand von Parteienwerbung vor Proporzahlen")

Verantwortliche Leitung

Arthur Frauenfelder

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr.			
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 30
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	7'058'929	9'246'068	9'322'015

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Personalkosten

Geringerer Aufwand für Entschädigungen GGR und –Kommissionen; erhöhter Aufwand für Besoldungen SR infolge von absehbaren Ruhegehältern; höhere Entschädigungen für Wahlbüros bei den GGR-Wahlen 2010; Aufstockung Stelle Im Informationsdienst um 60 %.

Sachkosten

a.o. Reduktion des Kompetenzkredites des SR für einmalige Ausgaben; Verlagerung von Büromaterialeinkauf vom Sachaufwand zu internen Verrechnungen.

externe Erlöse

Aufgrund des Gesuchseinganges im laufenden Jahr ist mit tieferen Einnahmen aus Einbürgerungsgebühren zu rechnen.

interne Verrechnungen

Wegfall Kosten für Geschäftskontrollen SR und GGR (abgelöst durch iGEKO); erhöhter Aufwand der IDW i.Z. mit GGR-Wahlen; Erhöhung des Aufwandes infolge neuer interner Verrechnung von Büromaterial (bisher über Sachkosten abgewickelt); reduzierter Aufwand beim Stadtarchiv für Kapitalzinsen, Abschreibungen und Kosten für Unterstützung durch die IDW; Minderertrag aufgrund reduzierter Residualkosten.

Beiträge an Dritte

Wegfall einmaliger Beiträge bzw. Defizitgarantien an grosse Veranstaltungen (Delegiertenversammlung der Schweiz. Trachtenvereinigung / 21. Ostschweizer Tambouren-, Pfeifer- und Clarionwettspiele) sowie des Beitrages an den Schweiz. Städteverband; demgegenüber Ausrichtung des Beitrages an den Versand von Parteienwerbung anlässlich der GGR-Wahlen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Personalkosten

Mehraufwand für Wahlbüros i.Z. mit GGR-Wahlen; höhere Ersatzrenten für zurücktretende SR-Mitglieder und Rententeuerung sowie AHV-Ersatzrenten für pensionierte Mitarbeitende; Mehrkosten für die im Stadtarchiv besetzte Stelle ELAR sowie die im Informationsdienst vorgesehene Pensumserhöhung.

Sachkosten

Kredite des SR für einmalige (Fr. 1'200'000.--) und wiederkehrende (Fr. 40'000.--) Ausgaben sind im Globalkredit enthalten. Diese Kosten werden nach der Zusprennung an die einzelnen Abteilungen vom Voranschlag der Stadtkanzlei in diejenigen der begünstigten Abteilung übertragen; budgetierte Prozesskosten für SR und GGR fielen 2008 nicht an; erhebliche Mehrkosten i.Z. mit GGR-Wahlen und kommunalen Abstimmungen; Mehrkosten i.Z. mit geplanter Neugestaltung des Öffentlichkeitsbereichs des Stadtarchivs.

interne Verrechnungen

Minderertrag aufgrund reduzierter Residualkosten; erhöhter Aufwand der IDW i.Z. mit GGR-Wahlen und aufgrund erstmaliger interner Verrechnung von Bezügen aus der Materialverwaltung; Wegfall von Lizenzkosten für Geschäftskontrollen SR und GGR; geringerer allg. Aufwand IDW; geringere Kapitalzinsen.

Beiträge an Dritte

2010 Ausrichtung des vollen Betrages an die Stiftung Winterthur-La Chaux-de-Fonds sowie Beitrag an den Versand von Parteienwerbung i.Z. mit den GGR-Wahlen 2010.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	5'264'955	5'692'870	5'868'246
Sachkosten	1'880'762	3'497'223	3'314'390
Beiträge an Dritte	481'000	640'000	559'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	79'788	102'584	71'200
Mietkosten	777'415	772'700	774'700
Übrige interne Kosten	26'300	21'100	21'200
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'510'221</i>	<i>10'726'477</i>	<i>10'608'737</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Kosten	8'500'221	10'716'477	10'598'737
Externe Erlöse	386'583	414'200	339'200
Interne Erlöse	1'064'709	1'066'209	947'522
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'451'292</i>	<i>1'480'409</i>	<i>1'286'722</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Erlöse	1'441'292	1'470'409	1'276'722
Total Nettokosten / Globalkredit	7'058'929	9'246'068	9'322'015
Kostendeckungsgrad in %	17	14	12

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	18.40	19.40	19.95
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

2009 Aufstockung der Kapazität Sekretariat/Einbürgerungen Stadtkanzlei bewilligt mit 100 %, besetzt mit 80 %
 2010 Aufstockung Kapazität Informationsdienst um 60 %

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Einführen von Records Management in Hinblick auf die elektronische Langzeitarchivierung, Umgestaltung des Öffentlichkeitsbereichs des Stadtarchivs (Verbessern der Kundenfreundlichkeit und der Sicherheit, Vergrössern der Kapazität der Präsenzbibliothek).

Produkt 1 Behörden

Leistungen

Grosser Gemeinderat

- Erfüllung der Legislativaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch 60 nebenamtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Stadtrat

- Erfüllung der Exekutivaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch sieben vollamtliche Stadträte und Stadträtinnen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	4'061'020	5'810'562	5'335'872
Erlös	228	0	0
Nettokosten	4'060'792	5'810'562	5'335'872
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Auf die Angabe von operativen Zielen wird verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl Sitzungen des Grossen Gemeinderates	23	27	25
Anzahl Kommissionssitzungen des Grossen Gemeinderates	109	116	116
Anzahl Sitzungen des Stadtrates	41	41	41
Anzahl Stadtratsgeschäfte	1'864	2'350	2'350

Produkt 2 Kanzleifunktionen

Leistungen

- Die Stadtkanzlei ist Stabsstelle für den Grossen Gemeinderat (GGR) und den Stadtrat (SR). Überdies sind hier der Rechtskonsulent des Stadtrates, der Informationsdienst und der Weibeldienst beheimatet. Ferner organisiert die Stadtkanzlei eine Vielzahl von Veranstaltungen des GGR und des SR. Sie ist auch zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Bearbeitung von Einbürgerungsgesuchen.

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	3'660'815	4'013'120	4'362'495
Erlös	1'421'759	1'450'909	1'257'222
Nettokosten	2'239'056	2'562'211	3'105'273
Kostendeckungsgrad in %	39	36	29

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Wahlen und Abstimmungen			
Anzahl Urnengänge pro Jahr	4	4	4
Anzahl Sachvorlagen pro Jahr	20	15	15
Durchführung einer Proporzwahl (ja/nein)	nein	nein	ja

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Einbürgerungen			
Anzahl eingereichter Einbürgerungsgesuche von ausländischen Personen	466	480	390
Anzahl durch GGR eingebürgerte ausländische Personen	499	380	500
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte ausländische Personen	250	200	150
Anzahl durch den GGR abgelehnte Einbürgerungsgesuche	3	5	3
Anzahl Rückstellungen	27	30	25
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte schweizerische Personen	22	30	22
Stadtkanzlei			
Anzahl Versände an den Grossen Gemeinderat	68	80	75
Anzahl Stadtratsbeschlüsse	727	550	550
Anzahl Stadtratsbriefe	342	500	500
Anzahl organisierte Veranstaltungen	120	100	100
Informationsdienst			
Anzahl Medienmitteilungen	392	380	380
Anzahl Pressekonferenzen, Besichtigungen und Anlässe	88	60	60

Produkt 3 Stadtarchiv

Leistungen

Das dauernd bedeutsame Schriftgut (alle Arten von Daten und Dokumenten) der Stadt(verwaltung) erfassen, sichten, sichern und für den administrativen Gebrauch und die historische Forschung erschliessen und vermitteln.

- a) Vorarchiv Bereich: Registraturplanung, Beratung, Akzession, Bewertung
- b) Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung, Digitalisierung
- c) Ordnung, Erschliessung
- d) Benutzung und Vermittlung

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	724'322	902'794	910'370
Erlös	29'305	29'500	29'500
Nettokosten	695'017	873'294	880'870
Kostendeckungsgrad in %	4	3	3

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Eingesetzte Stunden für Registraturplanung, Beratung, Akzession und Bewertung	1'000	2'600	2'600
Eingesetzte Stunden für Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung und Digitalisierung	1'350	1'000	1'000
Eingesetzte Stunden für Ordnung und Erschliessung	1'800	3'800	3'500
Eingesetzte Stunden für Benutzung und Vermittlung	1'600	1'600	1'600

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Akzessionen Anzahl / Umfang in Laufmeter	39 / 66	35 / 30	35 / 50
Anzahl Aufnahmen (Mikrofilm / Digitalisierung)	31'788 / 17'357	25'000/25'000	15'000/18'000
Anzahl Benutzer aus der Verwaltung / zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	273 / 677	250 / 520	250 / 520
Anzahl benutzter Archivalien	3'810	3'000	3'000
Anzahl Auskünfte: mündliche / schriftliche	67 / 228	120 / 300	70 / 250
Führungen / Ausstellungen	5 / 2	4 / 1	5 / 1

IAFP Stadtkanzlei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	8'500	10'716	10'598	10'942	10'146	10'218
Erlös	1'441	1'470	1'276	1'277	1'277	1'277
Nettokosten/Globalkredit	7'059	9'246	9'322	9'665	8'869	8'941
Kostendeckungsgrad in %	17	14	12	12	13	12

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	940	0	1'332	1'750	1'950	1'950	1'850	-7'892
Bewilligt	60	60	60	0	0	0	0	-60
Gesamt	1'000	60	1'392	1'750	1'950	1'950	1'850	-7'952

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr. Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung.						
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5
Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5	36.5
Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	30	30	30	30	30	30
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Etablieren eines Records Management-Systems, Verstärken und Umsetzen von Records Management in der Stadtverwaltung sowie Übernahmen von elektronischen Unterlagen in ein elektronisches Langzeitarchiv, Planen einer Magazinerweiterung.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Auftrag

Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle als verwaltungsunabhängige Stelle prüft

- aufgrund einer Beschwerde, auf Anregung oder von sich aus, ob städtische Behörden und Verwaltungsstellen sowie alle Institutionen und Organisationen des privaten Rechts, denen öffentliche Aufgaben übertragen worden und die überwiegend von der Stadt finanziert werden, nach Recht und Billigkeit verfahren (Grundsätze der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Fairness und des Handelns nach Treu und Glauben usw.).
- ob die Bestimmungen des kantonalen Datenschutzgesetzes durch die städtischen Behörden und Verwaltungsstellen eingehalten werden.

Seit Spätherbst 2008 werden die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle personell voneinander getrennt geführt. Zurzeit ist noch nicht entschieden, ob die Datenaufsichtsstelle bei einer anderen Produktgruppe als neues Produkt integriert wird oder zukünftig für sich alleine steht. Interimsmässig nimmt die Stadtkanzlei die administrative Führung der Datenaufsichtsstelle wahr.

Da noch ungeklärt ist, wie der Datenschutz künftig ausgestaltet und wer hierfür zuständig sein wird, werden die beiden Produkte einstweilen weiter unter der vorliegenden Produktgruppe geführt.

Produkte

1 Ombudsstelle

Behandlung der Beschwerden (Beratung, Abklärungen, nach Möglichkeit Vermittlung und notfalls Empfehlung) und der Anfragen (Geschäfte mit vergleichsweise kleinerem Bearbeitungsaufwand).

2 Datenaufsichtsstelle

Überwachung der Anwendung der Vorschriften über den Datenschutz, Auskunfterteilung und Information, ggf. Vermittlung, unter der Oberaufsicht der kantonalen Datenaufsichtsstelle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stand 2. Oktober 2008:

Datenaufsichtsstelle

ab 1. Oktober 2008

- Informations- und Datenschutzgesetz IDG vom 12. Februar 2007
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28.05.2008
- RRB-Nr. 3304 vom 27. November 1996

Stufe Stadt (GGR / SR)

Ombudsstelle

- § 70 der Gemeindeordnung
- Verordnung über die Ombudsstelle vom 23. Juni 2008
- Beschluss des GGR über die Besoldung der Ombudsperson vom 27.10.08

Datenaufsichtsstelle

- Beschluss des GGR betreffend Datenschutzaufsichtsstelle vom 10. November 1997
- Stadtratsbeschluss "Richtlinie Sofortmassnahmen zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips" vom 1. Oktober 2008

Verantwortliche Leitung

Ombudsstelle:

Viviane Sobotich

Datenaufsichtsstelle:

a.i. Arthur Frauenfelder

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
1 Zugänglichkeit Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist leicht und formlos erreichbar. <i>Messgrössen Ombudsstelle:</i> ▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche ▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	24.0 24.0	24.0 24.0	32.0 32.0
2 Kundenorientierung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist spezifische Kontaktstelle für Anfragen von Dritten bzw. von städtischen Stellen. <i>Messgrössen:</i> Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle: ▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF ▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF Ombudsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme Datenaufsichtsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	266'223 38'323 130 26 < 2 Tage 40 10 2.5 Tage	305'480 58'187 150 30 < 2 Tage 24 30 < 2 Tage	301'328 85'408 130 30 < 2 Tage 30 15 < 2 Tage
3 Leistungserbringung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert. <i>Messgrössen:</i> ▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes) ▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	22.06.09 MO 31.05.09	Juni 2010 MO Juni 2010	Juni 2011 MO Juni 2011

Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Nettokosten / Globalkredit	225'350	363'667	386'736

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2009/2010

Das minim höhere Globalbudget ist auf leicht erhöhte Personalkosten (Stellenanpassungen) zurückzuführen. Neben den Löhnen bzw. Sozialkosten sind die Kosten für die fachliche Ausbildung etwas angepasst worden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2010 zu Rechnung 2008

Bei der Ombudsstelle sind Pensenerhöhungen der Ombudsfrau sowie der Mitarbeiterin geplant. Bei der Ombudsfrau handelt es sich um eine Erhöhung um 20% auf neu 80%. Das Pensum der Mitarbeiterin wird um 10% auf 80% erhöht um die Neuorganisation der Ombudsstelle sowie die Erarbeitung eines Archives vornehmen zu können.

Seit der Trennung der Datenaufsichtsstelle von der Ombudsstelle nimmt die Stadtkanzlei interimistisch die Aufgaben der Datenaufsichtsstelle war. Spätestens auf 2010 wird eine neue Lösung mit einem Teilzeitpensum von max. 50% geplant.

Bei den Sachkosten rechnet man mit erhöhten Anschaffungskosten für Mobiliar sowie Hard- und Software.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personalkosten	265'930	388'361	406'057
Sachkosten	18'356	29'932	26'262
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	27'410	32'100	40'000
Übrige interne Kosten	780	400	300
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>312'476</i>	<i>450'793</i>	<i>472'619</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	312'476	450'793	472'619
Externe Erlöse	0	0	0
Interne Erlöse	87'126	87'126	85'883
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>87'126</i>	<i>87'126</i>	<i>85'883</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	87'126	87'126	85'883
Total Nettokosten / Globalkredit	225'350	363'667	386'736
Kostendeckungsgrad in %	28	19	18

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	1.00	0.90	1.35
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.15
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Das Pensum von 1,35 Stellen setzt sich wie folgt zusammen:

0,8 Ombudsmitarbeiterin

0,05 Reinigungsperson Ombudsstelle

0,5 Datenaufsichtsstelle

Im Zusammenhang mit der Trennung der Datenaufsichtsstelle von der Ombudsstelle erhöht sich der Stellenbestand um max. 50 Stellenprozente. Bis zur Schaffung der Datenaufsichtsstelle werden deren Aufgaben a.i. durch die Stadtkanzlei wahrgenommen.

Die Stelle der Ombudsperson von 80 Stellenprozenten ist in den 1,35 Stellen nicht enthalten, da die Ombudsperson vom GGR gewählt wird und damit nicht im städtischen Stellenplan enthalten ist.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2010

Ombudsstelle: Aufbau eines Archives sowohl datentechnischer als auch herkömmlicher Art.

Produkt 1 Ombudsstelle**Leistungen**

Gemäss der Verordnung über die städtische Ombudsstelle vom 23. Juni 2008

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	266'223	361'463	376'403
Erlös	55'983	55'983	75'075
Nettokosten	210'240	305'480	301'328
Kostendeckungsgrad in %	21	15	20

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Aufgabenerfüllung nach Art. 2 VO Ombudsstelle	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Anzahl neu eingegangener Fälle	154	100	155

Produkt 2 Datenaufsichtsstelle

Leistungen

Gemäss § 33 ff IDG

Beschluss des Grossen Gemeinderates (noch ausstehend)

Nettokosten	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Kosten	38'323	89'330	96'216
Erlös	31'143	31'143	10'808
Nettokosten	7'180	58'187	85'408
Kostendeckungsgrad in %	81	35	11

Operative Ziele	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Aufgabenerfüllung nach § 33 ff IDG	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
Beschäftigungsgrad (in %)	12.7	30.0	50.0

IAFP Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Kosten	312	450	472	473	473	473
Erlös	87	87	85	86	86	86
Nettokosten/Globalkredit	225	364	387	387	387	387
Kostendeckungsgrad in %	28	19	18	18	18	18

Investitionsrechnung in CHF 1'000.-	Volumen	Kosten bis 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013	Investitionsreserve *
Vorgesehen	0	0	0	0	0	0	0	0
Bewilligt	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0	0	0	0	0	0	0	0

* Investitionsreserve = Volumen ./ Kosten, Soll- und Plandaten

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1 Zugänglichkeit						
▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	24.0	24.0	32.0	32	32	32
▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	24.0	24.0	32.0	32	32	32
2 Kundenorientierung						
Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenschuttsstelle:						
▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	266'223	305'480	301'328	300'000	300'000	300'000
▪ Anteil der Datenschuttsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	38'323	58'187	85'408	85'000	85'000	85'000
Ombudsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	130.0	150.0	130.0	130	130	130
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	26.0	30.0	30.0	30	30	30
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage
Datenschuttsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	40.0	24.0	30.0	30	30	30
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	26.0	30.0	15.0	15	15	15
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	2.5 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage
3 Leistungserbringung						
Die Ombuds- und Datenschuttsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert.						
Messgrössen:						
▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes)	22.06.09	Juni 2010	Juni 2011	Juni 2012	Juni 2013	Juni 2014
▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	MO 31.05.09	MO Juni 2010	MO Juni 2011	MO Juni 2012	MO Juni 2013	MO Juni 2014

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2011 - 2013 / geplante Realisierung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Anhang

Kennzahlen

Kennzahlen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
Bevölkerung	100'065	101'600	102'600	104'100	105'100	106'100

Kontrolltabelle

Produktgruppen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
WoV-Produktgruppen:			
▪ Personalamt	3'010'688	3'159'160	3'234'979
▪ Stadtentwicklung	4'166'004	4'309'502	4'413'396
▪ Theater Winterthur	3'039'194	3'081'609	3'193'410
▪ Bibliotheken	7'782'655	7'882'829	8'135'291
▪ Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	9'216'873	9'467'469	10'202'206
▪ Städtische Museen, Kulturinstitution und Bauten	7'348'860	8'169'717	8'066'188
▪ Rechtspflege	344'662	514'679	498'829
▪ Finanzkontrolle	694'785	742'956	709'421
▪ Finanzamt	2'446'020	2'553'847	2'585'262
▪ Informatikdienste (IDW)	249'918	176'177	110'265
▪ Steuerbezug	2'624'043	3'017'907	2'964'272
▪ Immobilien	12'922'816	-571'957	3'046'266
▪ Städtische Allgemeynkosten/Erlöse	-9'596'099	-1'919'880	-5'209'991
▪ Steuern und Finanzausgleich	-431'980'847	-441'838'000	-471'944'083
▪ Stadtplanung	0	0	0
▪ Tiefbau	9'757'752	12'123'248	20'147'328
▪ Entsorgung	0	0	0
▪ Hochbau	0	0	0
▪ Vermessung	494'114	859'633	768'072
▪ Baupolizei	1'735'761	1'921'931	1'941'215
▪ Städtebau	7'212'501	7'655'297	7'733'643
▪ Polizeirichteramt	-1'031'217	-1'633'219	-1'500'554
▪ Stadtpolizei	22'744'258	22'410'369	22'750'429
▪ Betrieb Parkhäuser und Parkplätze	0	0	0
▪ Feuerwehr	6'627'926	6'795'230	6'858'289
▪ Zivilschutz	3'520'603	3'674'137	3'422'520
▪ Melde- und Zivilstandswesen	1'678'611	1'740'625	1'637'467
▪ Umwelt- und Gesundheitsschutz	2'169'158	1'993'306	1'953'258
▪ Bildung	0	0	0
▪ Materialverwaltung	-70'736	-13'725	2'152
▪ Familienergänzende Kinderbetreuung	10'884'444	12'078'863	12'915'074
▪ Schuldienste	11'452'799	14'039'069	13'292'234
▪ Berufsbildung	9'350'779	11'402'885	9'319'330
▪ Sportamt	13'342'292	12'070'600	12'183'756
▪ Vormundschaftsamt	2'158'811	2'188'988	2'193'919
▪ Jugend- und Familienhilfe	7'439'307	7'566'885	7'745'363
▪ Sozial- und Erwachsenenhilfe	77'759'365	80'047'973	88'025'271
▪ Asylwesen	559'056	165'381	185'769
▪ Prävention und Suchthilfe	4'691'132	4'587'687	4'731'467
▪ Alterszentren	10'431'126	11'888'993	12'511'862
▪ Spitex	4'881'447	5'869'462	6'309'525
▪ Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich	15'260'242	15'081'921	17'590'047
▪ Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)	4'108'141	3'928'360	3'277'757
▪ Stadtwerk Winterthur	0	0	0

Produktgruppen	Ist 2008	Soll 2009	Soll 2010
▪ Stadtbus Winterthur	0	0	0
▪ FinoV Stadt	12'462'452	11'730'583	14'959'206
▪ Forstbetrieb	2'160'037	2'299'071	2'215'169
▪ Stadtgärtnerei	9'846'075	11'164'232	11'228'922
▪ Stadtkanzlei	7'058'929	9'246'068	9'322'015
▪ Ombuds- und Datenaufsichtsstelle	225'350	363'667	386'736
Nicht-WoV-Produktgruppen:			
▪ Schulbehörden	3'699'379	3'994'904	3'910'865
▪ Schul- und Sportbauten	0	0	0
▪ Ferienkolonien	51'020	66'000	50'000
▪ Beiträge	6'144'157	6'103'000	6'477'500
▪ Schulbetrieb Kindergärten	9'009'077	9'284'146	9'408'810
▪ Liegenschaften Kindergärten	4'301'844	3'704'241	3'423'423
▪ Oblig. Unterricht Primarschule	35'732'053	37'179'548	39'638'749
▪ Fakultativer Unterricht Primarschule	1'062'082	1'131'358	1'136'022
▪ Liegenschaft Primarschule	22'904'062	21'330'138	22'702'383
▪ Oblig. Unterricht Oberstufe	21'674'395	21'501'609	22'715'592
▪ Fakultativer Unterricht Oberstufe	131'529	212'182	186'652
▪ Liegenschaften Oberstufe	11'025'042	9'929'670	11'164'528
▪ Sprachheilkindergarten	613'899	583'472	183'551
▪ Kleinklasse C	945'490	1'023'322	916'861
▪ Therapeutischer Unterricht	9'059'601	9'761'889	10'776'649
▪ Auswärtige Sonderschulen	5'787'507	5'487'785	6'100'644
Total Stadt	3'321'224	3'286'800	2'905'185